

Die Relevanz der regionalen Dimension bei sozialwissenschaftlichen Fragestellungen am Beispiel der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Eilinghoff, Carmen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eilinghoff, C. (1996). *Die Relevanz der regionalen Dimension bei sozialwissenschaftlichen Fragestellungen am Beispiel der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)*. (ZUMA-Arbeitsbericht, 1997/05). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-205321>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA-Arbeitsbericht 97/05

**Die Relevanz der regionalen Dimension
bei sozialwissenschaftlichen Fragestellungen
am Beispiel der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften
(ALLBUS)**

Carmen Eilinghoff
Juni 1996

ZUMA
Quadrat B2, 1
Postfach 12 21 55
W 68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246-0
Telefax: (0621) 1246-100

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2 Beschreibung regionaler Unterschiede	6
2.1 Die Beschreibung regionaler Strukturen durch Kennzahlen.....	6
2.1.1 Regionale Informationen aus der amtlichen Statistik	6
2.1.2 Weitere Datenquellen für flächendeckende Regionaldaten	10
2.2 Die Beschreibung und Darstellung regionaler Unterschiede durch Raumgliederungen und Raumtypisierung	12
2.2.1 Administrative Gebietsgliederungen	14
2.2.2 Siedlungsstrukturelle Gebietstypen für Regionen, Kreise und Gemeinden der BfLR.....	17
2.2.3 Stadtregionen nach Boustedt	22
2.2.4 BIK-Stadtregionen	25
2.2.5 Unterschiede zwischen den Raumtypen	33
3 Regionale Unterschiede bei soziodemographischen Merkmalen und Einstellungs- variablen - aufgezeigt anhand der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).....	40
3.1 Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien	40
3.2 Beschreibung regionaler Unterschiede	41
3.2.1 Bundesland.....	41
3.2.2 Politische Gemeindegrößenklasse	42
3.2.3 Siedlungsstrukturelle Gebietstypen der BfLR	43
3.2.4 Stadtregionstypen nach BIK	44
3.3 Analyseschritte.....	45
3.4. Soziodemographische Merkmale im regionalen Vergleich	49
3.4.1 Bildung.....	54
3.4.2 Haushaltsgröße.....	58
3.4.3 Wohnform.....	62
3.4.4 Konfessionszugehörigkeit.....	68
3.5 Einstellungsmerkmale im regionalen Vergleich	73
3.5.1 Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage	83
3.5.2 Religiosität	91
3.5.3 Sexualmoral am Beispiel der Bewertung vorehelicher sowie gleichgeschlechtlicher Sexualität.....	95
3.5.4 Geschlechterrollen	101
3.5.5 Einstellung zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches	105

3.5.6 Wahlverhalten.....	109
3.5.7 Wertorientierung.....	118
3.5.8 Kriminalitätsfurcht.....	123
3.5.9 Die Einstellung der Deutschen zu Ausländern in der Bundesrepublik.....	126
3.6 Siedlungsstruktureller Kreistyp der BfLR und regionale Kennziffern im ALLBUS unter der besonderen Berücksichtigung des Datenschutzes.....	134
3.7 Diskussion.....	136
4. Literatur	139
5. Anhang.....	144

1. Einleitung

Hinter dem Anliegen, die Relevanz der regionalen Dimension bei sozialwissenschaftlichen Fragestellungen deutlich zu machen, steht die zentrale Ausgangshypothese, daß räumliche Differenzierungen sozial bedeutsam sind. Geographische Räume spielen für die Strukturierung sozialer Beziehungen und der Lebensentwürfe von Menschen eine nicht unbedeutende Rolle. Während in den meisten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der Frage nach dem Einfluß von Individualmerkmalen auf Einstellungen und Lebensentwürfe nachgegangen wird, soll in meiner Untersuchung die regionale Dimension im Mittelpunkt stehen.

Gerade die Bundesrepublik ist ein Land mit einer großen regionalen Vielgestaltigkeit. So haben sich unter anderem durch den föderalen Staatsaufbau die verschiedenen regionalen Traditionen erhalten. Der verfassungsrechtlich verankerte Föderalismus verschafft den einzelnen Bundesländern eigenen politischen Handlungsspielraum, wie die „Kulturhoheit“, um diese eigenen kulturellen Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. Dies führt z. B. zu Unterschieden im Bildungssystem. Daneben existieren weitere verschiedene Lebensbedingungen auf kleinräumiger Ebene. So führte die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Deutschlands aufgrund unterschiedlicher räumlicher Bedingungen (Verkehrslage, Ausstattung mit Bodenschätzen etc.) zu regionalen Ungleichgewichten, z. B. in der Anzahl und Struktur der Arbeitsplätze, im Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosenquote. Je nach Reichtum einer Region kann auch die infrastrukturelle Ausstattung (Bildungseinrichtungen, Verkehrsanbindung, Freizeiteinrichtungen usw.) unterschiedlich sein. Diese Einflüsse auf der Makroebene führen zu regionalen Entwicklungsunterschieden und zu einer Hierarchie des Siedlungssystems.

Diese strukturelle regionale Ungleichverteilung ist ein zentraler Gegenstand in den Regionalwissenschaften, sei es in den 80er Jahren in Form der Diskussion um ein Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik (u.a. Friedrichs/Häußermann/Siebel 1986, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) 1986) oder aktuell in Form der Diskussion über die notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern (Görmar/Maretzke 1992, Maretzke/Möller 1992, Gatzweiler 1993, Friedrichs 1993). Die soziale, wirtschaftsstrukturelle und kulturelle regionale Heterogenität ist weitgehend als bundesrepublikanische Realität anerkannt und wird entsprechend auch von nicht rein regionalwissenschaftlichen Fachdisziplinen

(Geschichte, Politik) in ihre Betrachtungen und Analysen integriert. Dagegen gibt es in der Soziologie kaum Ansätze, die Vielfalt der regionalen Strukturen zu berücksichtigen.

In den meisten Ansätzen der Soziologie wird von einer „Homogenität des Raumes“ ausgegangen, die es allerdings im Laufe der Geschichte nie gegeben hat. Dieses Vorgehen wird von der Soziologie kaum als Mangel betrachtet. Eine der Ausnahmen stellt die Sozialökologie und insbesondere die Stadtsoziologie dar, in der die räumliche Differenzierung, d. h. die Ungleichheit zwischen und innerhalb der räumlichen Ebenen, aufgegriffen wird. Sie ist innerhalb der Soziologie die einzige Forschungsrichtung, die die Beschreibung und Analyse von sozialen und räumlichen Ungleichheiten durchführt (vgl. zum Felde/Alisch 1992).

Eine der grundlegenden Annahmen der Sozialökologie ist der Raumbezug sozialen Handelns, das heißt es wird angenommen, daß „ein Zusammenhang zwischen der sozialen und der räumlichen Organisation einer Gesellschaft besteht“ (Friedrichs 1983, S. 50). Ausgehend von der Annahme, daß sich z. B. innerhalb einer Stadt eine soziale und räumliche Differenzierung entwickelt, führt dies zu bestimmten Beziehungen zwischen Variablen der sozialen und räumlichen Organisation (Friedrichs 1983, S. 216). So ist eine innerstädtische Verteilung nach sozialer Schichtung zu beobachten (räumliche Segregation). Durch die Konkurrenz um verschieden bewertete räumliche Einheiten, die sich unmittelbar in den Unterschieden in Boden- und Mietpreisen niederschlägt, kommt es infolge von Einkommens- und Vermögensunterschieden der Stadtbewohner zu dieser sozialen und räumlichen Ungleichheit (a.a.O.). Wie der Begriff „Stadtsoziologie“ schon ausdrückt, geht es bei dem Untersuchungsgegenstand um innerstädtische Beziehungen zwischen Raum und Mensch.

Seltener sind die Untersuchungen, die diese Beziehung im großräumigeren Kontext betrachten. So gibt es eine Reihe von Arbeiten, die sich mit dem Effekt des städtischen Lebens oder des Großstadtlebens auf den einzelnen beschäftigen. Typische Variablen, mit denen Urbanismus oder großstädtischer Kontext und somit Stadt-Land-Unterschiede beschrieben werden sollen, sind dabei Stadtgröße, Einwohnerdichte, Bevölkerungsheterogenität oder Kriminalitätsrate (vgl. Alpheis 1988, S. 38).

Wagner (1990) bzw. Bertram (1992) gehen in ihren Arbeiten zu der Bedeutung der regionalen Herkunft im Lebensverlauf einerseits und bei der Beschreibung der sozialen Situation der Menschen in der Bundesrepublik und deren unterschiedliche Lebensführung jeweils andererseits davon aus, daß die soziale Differenzierung der Gesellschaft nicht allein Ausdruck eines Systems sozialer Ungleichheit ist, sondern

abhängig ist von sozioökonomischen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen in der Bundesrepublik. Sie beschränken sich bei ihren Untersuchungen nicht allein auf die Stadt-Land-Dimension. Bertram (1995) kritisiert weiter die Lebensstilforscher, die bei ihren Analysen zu Entwicklung und Wandel der Lebensformen und Lebensstile die regionalen Unterschiede im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl sie doch ihr Hauptaugenmerk auf die Auflösung traditioneller soziokultureller Milieus richten. Deshalb berücksichtigt er bei seinen Analysen zu familiären Lebensformen und Einstellungen in Bezug auf Ehe und Familie auch den regionalen und kulturellen Kontext.

Weitere Ansätze zur Regionalisierung von Umfragedaten sind auch innerhalb der Sozialberichterstattung und bei der „Laufenden Raumbewertung“ der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung vorhanden. Hier vertritt man die Ansicht (Schröter 1985, Böltken/Strubelt 1985), daß neben den objektiven - meist aus der amtlichen Statistik stammenden Indikatoren - auch „subjektive“, durch Befragung ermittelte Informationen zur Beschreibung regionaler Lebensbedingungen dienen können. Bei der Beobachtung z. B. der wirtschaftlichen Lage spiegeln nicht nur die objektiven Unterschiede (z. B. Arbeitsmarktsituation) die regionalen Disparitäten in den Lebensumständen wider, „vielmehr spielen gerade im wirtschaftlichen Bereich subjektive Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen, Investitions- und Konsumbereitschaft von Unternehmen und von privaten Haushalten eine große Rolle“. Somit sind auch subjektive Indikatoren ein wesentliches Element der Konjunkturbeobachtung (Böltken 1987a). Böltken untersucht die Unterschiede in den Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage anhand der ALLBUS-Daten von 1982, 1984 und 1986 unter dem Aspekt des Süd-Nord-Gefälles in der Bundesrepublik. Durch das Hinzuziehen von subjektiven Daten ist zum einen eine differenziertere Darstellung allgemeiner Lebensbedingungen im Vergleich zur amtlichen Regionalstatistik möglich, und zum anderen kann man diese mit den Bewertungen und Verhaltensweisen der Betroffenen verknüpfen. Weiterhin kann eine Überprüfung der Gültigkeit objektiver Regionaldaten und die Analyse der Bedeutung der objektiv erkennbaren Unterschiede erfolgen (Böltken 1991, S. 409ff.).

Regionale subjektive Informationen werden seit 1985 regelmäßig lediglich durch die BfLR-Umfrage erhoben und entsprechend aufbereitet. Bei dieser speziellen, auf die Raumplanung bezogenen, Umfrage wird versucht, alle raumrelevanten Lebensbereiche anzusprechen, die zur Charakterisierung alltäglicher Lebenssituationen auf Dauer wichtig sind. Dazu zählen z. B. Umzugsabsichten, Wohnzufriedenheit, soziale Bindungen

etc. (Böltken 1991). Daneben gab es aber schon - wie oben angedeutet - zu früheren Zeitpunkten den Versuch, den ALLBUS für regionalforscherische Fragestellungen zu nutzen (Böltken 1992, 1987a, 1987b, 1984). An diese Arbeiten soll bei den folgenden Analysen zum Teil angeknüpft werden.

Ziel dieser Studie ist es, am Beispiel des ALLBUS aufzuzeigen, ob und wie in repräsentativen sozialwissenschaftlichen Studien regionale Unterschiede der Sozial- und Bevölkerungsstruktur, regionalspezifische Einstellungen und Verhaltensweisen zu erfassen sind und ob die regionale Zugehörigkeit einen Einfluß auf das Individuum hat.

Mit den ALLBUS-Datensätzen stehen umfangreiche Daten zur sozioökonomischen und demographischen Situation der Befragten, ihren individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen zur Verfügung. Allerdings fehlt zum Teil die Operationalisierung des regionalen Kontextes, in dem sich die Individuen - hier die Personen in der jeweiligen Stichprobe - befinden. Idealerweise könnte der regionale Kontext der befragten Personen durch kleinräumige - auf Gemeindeebene bezogene - Indikatoren wiedergegeben werden, die sich direkt an der Forschungsfrage orientieren. Hat man z. B. das regionale subjektive Konjunkturklima anhand der wirtschaftlichen Lageeinschätzung gemessen, wäre eine Verbindung zur Arbeitslosenquote und der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde, in der die Befragten wohnen, sinnvoll. Die Verbindung ließe sich durch das Zuspieren von regionalen Kennziffern der amtlichen Statistik zu den eigenen Umfragedaten herstellen. In Kapitel 2.1 wird deshalb die Zugangsmöglichkeit zu objektiven kleinräumigen Daten aufgezeigt sowie ein kurzer Überblick über deren Inhalte gegeben.

In den seltensten Fällen hat der Forscher allerdings die Möglichkeit, seinen Umfragedaten objektive Daten der amtlichen Statistik zuzuspielen. Ist er nicht selber Auftraggeber der Umfrage, wird er nicht über die notwendigen Ortskennziffern verfügen, mit denen er seinen Daten Regionalinformationen zuspielen kann. Beim ALLBUS ist das bei jedem Sekundärnutzer der Fall, da aus datenschutzrechtlichen Gründen die Ortskennung nicht weitergegeben wird. Somit entfällt die Möglichkeit, auf spezifische Forschungsfragen bezogene regionale Kennziffern dem Datensatz zuzuspielen oder anhand kleinräumiger Daten forschungsspezifische Raumgliederungen vorzunehmen. Ein Ausweg besteht darin, auf bestehende Raumkategorien zurückzugreifen. Deshalb werden in Kapitel 2.2 die gängigsten Raumabgrenzungen dargestellt. Nämlich neben den administrativen Gebietsgliederungen, die in der Regel als Basiseinheiten für viele Abgrenzungen dienen, die politische Gemeindegrößenklasse, der siedlungsstrukturelle

Gebietstyp der BfLR, sowie die Stadregionen nach Boustedt bzw. deren Revision nach BIK.

Im empirischen Teil der Arbeit wird vorab das Konzept und Frageprogramm des ALLBUS kurz vorgestellt. Nachdem die regionale Verteilung der Befragten im ALLBUS 1994 anhand der vier Regionalvariablen, die zur weiteren Analyse verwendet werden, in Kapitel 3.2 beschrieben wird, soll in Kapitel 3.4 der Frage nachgegangen werden, ob mit sozialwissenschaftlichen Untersuchungen wie dem ALLBUS regionale Unterschiede von Sozial- und Bevölkerungsstruktur festgestellt werden können. Anschließend wird in Kapitel 3.5 anhand ausgewählter Themenbereiche aus dem ALLBUS-Frageprogramm untersucht, ob es regionale Unterschiede in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Befragten gibt.

Im Anschluß an die Analysen wird die oben skizzierten Möglichkeiten zur regionalen Nutzung von Umfragedaten abschließend bewertet, und es werden die verschiedenen hier verwendeten Gebietstypen auf ihre Aussagekraft hin betrachtet.

Als Endergebnis werden konkrete Vorschläge gemacht, welche weiteren Regionalvariablen - seien es Gebietsgliederungen oder regionale Kennziffern - der Umfrageforschung als Standardinstrument beigefügt werden sollen, um die beschriebenen Analysemöglichkeiten einem an regionalen Fragestellungen interessierten Nutzerkreis zugänglich zu machen. In einem Exkurs wird dabei auf die speziellen Probleme des Datenschutzes hingewiesen.

2 Beschreibung regionaler Unterschiede

2.1 Die Beschreibung regionaler Strukturen durch Kennzahlen

Will man regionale Analysen durchführen, sei es für die Beschreibung und den Vergleich regionaler Lebensbedingungen, sei es für eine Typisierung der Regionen, benötigt man entsprechende regional gegliederte Daten. Die amtliche Statistik ist dabei der wichtigste Datenlieferant für einen flächendeckenden Datenkatalog auf kleinräumiger Ebene.

2.1.1 Regionale Informationen aus der amtlichen Statistik

2.1.1.1 Das Datenerhebungsprogramm der amtlichen Statistik

Um den Nutzen der amtlichen Statistik als Datenquelle für wissenschaftliche Forschungen einschätzen zu können, sind einige grundlegende Informationen vonnöten (vgl. Pricking 1993, S. 211 ff.). Die amtliche Statistik ist nach dem föderalen Prinzip in drei Teilbereiche gegliedert: die Bundesstatistik, die Landesstatistik und die Kommunalstatistik. Während die Kommunalstatistik lokale statistische Datensammlung betreibt, ermitteln die statistischen Ämter der Länder und des Bundes Daten auf regionaler, überregionaler und nationaler Ebene. Alle damit verbundenen Arbeiten sind dem Legalitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, daß alle Erhebungen der Länder und des Bundes auf einer entsprechenden rechtlichen Grundlage basieren müssen. Weiter hat der Gesetzgeber mit dem "Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke" die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt beauftragt, die Bundesstatistiken durchzuführen. Derzeit werden ca. 160 Erhebungen bearbeitet. Daneben werden - je nach Bundesland variierend - eine weitere Anzahl von statistischen Erhebungen (hier auch zum Teil vom Bund koordiniert) auf Basis landesrechtlicher Grundlagen durchgeführt. Die Kooperation der statistischen Ämter im Rahmen des statistischen Verbundes stellt sicher, daß in ganz Deutschland die Bundesstatistiken und die koordinierten Länderstatistiken nach denselben methodischen Vorgaben und nach identischen Verfahren durchgeführt und somit fachlich wie regional vergleichbare Ergebnisse erzielt werden. Auf der gleichen Grundlage wurden in den neuen Bundesländern die neuen statistischen Landesämter aufgebaut.

Beim Veröffentlichungswesen verfolgen Bund und Länder ebenfalls eine Aufgabenteilung. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Zahlenmaterial in begrenzter regionaler Differenzierung (maximal bis auf Regierungsbezirksebene), die statistischen Landesämter bieten die Daten in regional tieferer Gliederung an.

2.1.1.2 Räumliche Informationssysteme und Datenweitergabe in der amtlichen Statistik

Von Seiten der regionalen Planung bestand ab den 70er Jahren, parallel zur Verbreitung der EDV, ein reges Interesse an einer breiten Datenbasis, insbesondere an räumlichen Informationssystemen, die für den gesamten Planungsprozeß Informationen zur Verfügung stellen sollten (vgl. Koch, R. 1992, S. 137 f.). Denn zur Erfüllung des Auftrages der Raumordnungspolitik (in den Ländern entsprechend der Landesentwicklungspolitik), der Schaffung und Erhaltung möglichst gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen, waren die Planer auf umfassende Informationen über eben diese Lebens- und Arbeitsbedingungen angewiesen. So wurde bis heute in allen Bundesländern der alten Bundesrepublik ein EDV-gestütztes räumliches Informationssystem geschaffen. Das Datenangebot bezieht sich in der Regel auf Strukturdaten, mit dem Übergewicht auf Daten zur Raum- und Siedlungsstruktur (z. B. Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, Arbeitsmarkt, Wohnungs- und Grundstücksmarkt). Die Ergebnisse der amtlichen Statistik stehen grundsätzlich allen Interessenten zur Verfügung. Außer der gesetzlich vorgegebenen Verpflichtung auf statistische Geheimhaltung gibt es theoretisch keine grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der Weitergabe statistischer Daten. Aus den statistischen Datenbanken des Bundes und der Länder können Auswertungen erstellt werden und als EDV-Liste oder auf elektronischen Datenträgern weitergereicht werden. Gibt es einen bestimmten Datenbedarf, der sich über das Veröffentlichungsprogramm nicht befriedigen läßt, können vom Bundesamt oder den Landesämtern Sonderauswertungen angefordert werden. Bei länderübergreifenden Anforderungen von Regionaldaten unterhalb der Regierungsbezirksebene muß nicht jedes einzelne Landesamt angesprochen werden, sondern der Datenwunsch kann, laut Übereinkunft der statistischen Landesämter, an das Landesamt des jeweiligen Bundeslandes gestellt werden, in dem der Anfrager wohnt. Dieses Amt übernimmt dann die Datensammlung bei den anderen Landesämtern. Die Koordinierung derartiger Anfragen durch ein Statistisches Landesamt benötigt wegen des hohen Organisationsaufwandes je nach Auftrag mehrere Wochen oder auch Monate. Eine Einschränkung erfährt diese Art von Recherche oft dadurch, daß nicht immer in allen Ländern die gewünschten regionalstatistischen Informationen mit vertretbarem Aufwand zur Verfügung gestellt werden können (vgl. Koch, R. a.a.O.). Inwieweit obiges Verfahren praktikabel ist und von potentiellen Nutzern auch in Anspruch genommen wird, entzieht sich meinen Kenntnissen.

Übersicht 1: Inhalt des MKRO-Katalog (Stand Mai 1991)

Statistik- nummer	Kurztext der Statistik	Verfügbar auf Gemeinde-(GE) bzw. Kreis- ebene (KR)	Anzahl der Merk- male	Perio- dizi- tät '1)	Ergeb- nisse verfügbar ab	Auf Daten- träger von ... Stala ²⁾ lieferbar
171	Gebietsstand	GE KR	1 1	1 1	1983 1983	8 8
173	Bevölkerungsstand	GE KR	3 153	1 1	1983 1983	9 9
178	Geburten	GE KR	3 42	1 1	1983 1983	10 10
179	Sterbefälle	GE KR	3 108	1 1	1983 1983	10 10
182	Handerungen	GE KR	2 44	1 1	1983 1983	10 10
254	Sozialversicherungspflich- tig beschäft. Arbeitnehmer	GE KR	6 103	1 1	1983 1983	9 9
114	Agrarberichterstattung	GE KR	2 37	4 4	1983 1983	10 8
449	Flächenerhebung	GE	19	4	1981	9
123	Bodennutzungshaupterhebung	GE	28	4	1983	9
132	Erntestatistik	KR	10	1	1983	6
141	Viehzählung	KR	16	2	1982	10
147	Schlachtungen	KR	2	1	1983	7
150	Milcherzeugung, -verwendung	KR	2	2	1983	6
001	Bergbau und Verarb. Gewerbe	GE KR	4 101	1 1	1983 1983	9 8
011	Investitionserhebung im Bergbau und Verarb. Gewerbe	KR	1	1	1983	9
035	Wohngebäude- und Wohnungs- bestand	GE	10	1	1983	10
052	Bauhauptgewerbe	KR	3	1	1983	10
030	Baugenehmigungen	KR	14	1	1983	10
031	Baufertigstellungen	KR	14	1	1983	10
469	Beherbergung i. Reiseverkehr	GE	3	1	1983	10
641	Kfz- und Anhängerbestand	KR	5	1	1983	9
302	Straßenverkehrsunfälle	KR	5	1	1983	10
192	Allgemeines Schulwesen	GE KR	33 5	1 1	1983 1983	9 6
200	Berufliches Schulwesen	KR	36	1	1983	8
187	Berufe des Gesundheitswe- sens sowie Apotheken	KR	8	1	1983	6
188	Krankenhausstatistik	KR	19	1	1983	8
334	Jugendhilfe	KR	5	4	1982	7
346	Kassenstatistik	GE	17	1	1983	6
356	Realsteuervergleich	GE	12	1	1983	8
368	Lohn- und Einkommensteuer	GE	3	3	1980	10
358	Schulden	KR	1	1	1983	8
360	Personalstand	KR	32	3	1983	7
374	Einheitswerte der gewerbl. Betriebe	KR	4	3	1980	7
400	Kaufwerte für Bauland	KR	12	1	1983	6
426	Sozialproduktsberechnungen	KR	6	2	1980	7
095	öffentl. Abfallbeseitigung	KR	6	3	1984	7
087	öffentl. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	KR	13	4	1983	8
089	Wasserversorgung und Abwas- serbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	KR	9	4	1983	10
		Merkmal GE KR Insgesamt	149 817 966			

¹⁾ Die Ergebnisse werden: 1 = jährlich, 2 = jedes zweite Jahr,
3 = jedes dritte Jahr, 4 = jedes vierte Jahr erstellt.
²⁾ Stala = Statistischen Landesämtern.

Um das große Datenangebot der amtlichen Statistik zwischen den Ländern besser koordinieren und nutzen zu können, einigten sich die statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit den Vertretern des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) auf ein für alle Statistischen Landesämter verbindliches Mindestprogramm regionalstatistischer Daten, das flächendeckend für das gesamte Bundesgebiet auf Gemeinde- bzw. Kreisebene aus allen Bereichen der amtlichen Statistik Ergebnisse enthält. Dieser „MKRO-Katalog“ wurde auch entwickelt, weil die Großzählungen nicht wie geplant in 10jährigem Abstand durchgeführt wurden und Nutzer von Regionalstatistiken auf andere aktuelle Statistiken angewiesen sind (Rost 1991, S. 395). Insgesamt beinhaltet der Datenkatalog aus 38 statistischen Erhebungen 966 Merkmale, davon 149 auf Gemeindeebene und 817 auf Kreisebene. Doch selbst diese Vereinbarungen auf ein Mindestprogramm für jährliche Kreis- und Gemeindezahlen sind nicht von hohem praktischen Wert. So dauerte es fast 10 Jahre, bis diese Vereinbarungen von allen Ländern umgesetzt wurden. Diese mangelhafte Koordination zwischen den Statistischen Landesämtern ist einer der Hauptgründe, wieso es bis heute nur ein kleines, bundesweit verfügbares gemeinsames regionalstatistisches Datenangebot gibt.

Ein weiteres Problem bei der Bereitstellung von regionalen Daten sind die Geheimhaltungsvorschriften. Benötigt man Daten auf Gemeindeebene, kann von seiten der Länder nur ein sehr eingeschränktes Datenspektrum veröffentlicht werden. Denn die amtliche Statistik ist durch den Gesetzgeber durch besondere Übermittlungsvorschriften verpflichtet, Einzelangaben geheimzuhalten. Rückschlüsse auf einzelne Personen, Unternehmen oder Institutionen dürfen nicht möglich sein. Bei einer tieferen regionalen und sachlichen Differenzierung können auch bei aggregierten Datensätzen Einzelangaben auftreten, die dann, entsprechend der Vorschriften zum Datenschutz, nicht ausgewiesen werden dürfen. Deshalb ist das veröffentlichte Datenmaterial häufig unvollständig und somit eine Weiterverarbeitung in regionalen Analysen nicht mehr möglich.

Die Datenweitergabe durch die Statistischen Landesämter ist ein sehr zeitaufwendiges und auch kostspieliges Verfahren und auch nicht mehr zeitgemäß. Aufgrund der starken Großrechnerorientierung der Statistischen Ämter läßt sich eine flexible Vielnutzung der regionalstatistischen Ausgangsdaten kaum bewerkstelligen. Die bundesstatistischen Aufbereitungsprogramme sind bis jetzt meist darauf abgestellt, geplante Veröffentlichungen zu unterstützen. Doch inzwischen verlangen die Konsumenten nicht vorstrukturierte Veröffentlichungen in Form von fertigen Tabellen, sondern an den eigenen Fragestellungen sich orientierende Sonderauswertungen bzw. statistische Daten, die von den potentiellen Nutzern direkt auf dem eigenen PC weiterverarbeitet werden können.

Diesen Wünschen wurde von seiten der amtlichen Statistik Rechnung getragen, indem das Programmpaket "Statistik regional" entwickelt wurde, welches das gesamte Datenspektrum des "MKRO-Katalogs" einheitlich für alle 16 Länder und den Bund auf Diskette vertreibt. Mit Hilfe eines Retrievalprogramms (EASYSTAT) besteht die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und den Bund zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen. Für die neuen Bundesländer wurde das Erhebungsprogramm der alten Bundesländer übernommen. Wegen der kurzen Zeitspanne der Datenerhebungen kommt es in Einzelfällen zu Lücken im Datenbestand. Da „Statistik regional“ jährlich aktualisiert wird, können somit auch regionalstatistische Zeitreihen berechnet werden. Zu folgenden Sachgebieten werden Daten geliefert:

- Siedlungsstruktur
- Bevölkerung
- Land- und Forstwirtschaft
- Industrie und Handwerk
- Bautätigkeit und Wohnen
- Verkehr und Tourismus
- Unterricht und Bildung
- Gesundheitswesen
- Sozialleistungen (Jugendhilfe)
- Finanzen und Steuern
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
- Umwelt

Neben dem Angebot der flächendeckenden Kreisdaten von „Statistik Regional“ gibt es inzwischen auch Bestrebungen von seiten der Länder, Daten aus dem „MKRO-Katalog“ auch auf Gemeindeebene anzubieten. Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen bieten diese Daten bereits in einer Datenbank auf CD-ROM an.

2.1.2 Weitere Datenquellen für flächendeckende Regionaldaten

Da eine flächendeckende und kleinräumige Datenbereitstellung von seiten der amtlichen Statistik nur sehr unzureichend erfolgte, versuchten die Nutzer an den verschiedensten Stellen, sich eigene Datenbanken für ihre spezifischen Analysen zusammenzustellen. Viele taten dies nicht unbedingt in der Absicht, allgemein zugängliche Quellen für Regionaldaten aufzubauen. Die folgende Darstellung konzentriert sich auf zwei wichtige Institutionen, die Regionaldaten im großen Umfang gesammelt haben.

Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung unterhält ein Informationssystem der "Laufenden Raumbeobachtung". Dabei handelt es sich um ein flächen-

deckendes Indikatorensystem für Stadt- und Landkreise, mit dem die Raumentwicklung und das Ausmaß räumlicher Disparitäten möglichst umfassend abgebildet werden sollen. Die regionalstatistische Grundlage bilden vor allem die Daten der Statistischen Landesämter, die im Rahmen des MKRO-Kataloges zur Verfügung gestellt werden, sowie Regionaldaten aus den Statistischen Jahrbüchern Deutscher Gemeinden und des Umweltbundesamtes. Diese Daten werden regelmäßig unter dem Titel „Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden“ in der BfLR-Reihe „Materialien zur Raumentwicklung“ veröffentlicht. Entsprechend dem Hauptanliegen der Veröffentlichung, einen flächendeckenden Regionalvergleich im regionalen und siedlungsstrukturellen Kontext zu ermöglichen, werden die gebildeten regionalen Indikatoren zuallererst auf den höheren Aggregatstufen, wie Bundesland, Raumordnungsregion und siedlungsstruktureller Regions- und Kreistyp - jeweils insgesamt und getrennt nach alten und neuen Bundesländern - in Tabellen dargestellt. Für die präzise Information dient die Ausweisung der Ergebnisse auf der Ebene der Stadt- und Landkreise. Die regionalen Indikatoren umfassen die Themenbereiche: Siedlungsstruktur, Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur, Beschäftigung und Einkommen, Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Bildung, soziale und kulturelle Infrastruktur, Verkehr und Energie, Flächennutzung, Baulandmarkt und Wohnungsbestand und Wohnungsbau (gesamte Indikatorenliste im Anhang 5.1).

Neben diesen Daten bis auf Kreisebene werden auch ausgewählte Strukturdaten, wie z. B. Bevölkerungszahl, Fläche, Bevölkerungsdichte, Ausländeranteil sowie Daten zur kommunalen Finanzsituation auf der Ebene der Gemeinden ausgewiesen, allerdings nur für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern.

Sämtliche Indikatoren, die in den Tabellen abgebildet werden, sind auch auf Datenträger erhältlich. Im Gegensatz zu „Statistik Regional“ sind die Daten aus dem MKRO-Katalog aufbereitet, d. h. es sind nicht die absoluten Zahlen ausgewiesen, sondern es handelt sich zum größten Teil um Indizes.

Einen breiten Querschnitt über die Lebensbereiche der Menschen in der Bundesrepublik liefert die Regionaldatenbank am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Dort sah man ein Defizit im systematischen Vergleich der Lebenslagen von Familien in der Bundesrepublik nach Regionen. Deshalb begann das Institut 1988, im Rahmen seiner Sozialberichterstattung diese Datenbank aufzubauen. Denn "ohne Berücksichtigung der kulturellen Vielgestaltigkeit der Regionen in der Bundesrepublik wird ihre Sozialstruktur in unangemessener Weise vereinfacht und ihre sozialen und politischen Entwicklun-

gen können nicht begriffen werden " (Bertram u.a. 1993, S. XII). In dieser Datenbank sind für alle Kreise der alten Bundesrepublik und inzwischen auch für alle Kreise der neuen Bundesländer mehr als 600 verschiedene im weiteren und engeren Sinn familienbezogene Indikatoren aus den unterschiedlichen Quellen der amtlichen Statistik abgelegt. Zusätzlich fanden Daten aus der empirischen Untersuchung zum Thema "Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen" für die alten (N=10 000) und die neuen (N=2 000) Bundesländer Eingang. Der Katalog der Indikatoren enthält Daten aus den Bereichen Ehe und Familie (Haushaltsstrukturen, Familienstand, Eheschließungen und Ehelösungen, Geburten, Kinder), Bevölkerung (Bevölkerungsstand und -bewegung), Bildung (Bildungsstand, Schulische Angebote, Bildungsbeteiligung), Infrastruktur (Jugendhilfe, Tageseinrichtungen für Kinder, medizinische Versorgung), soziale Sicherheit (Sozialhilfe, Wohngeld), Einkommen und Wohlstand (Einkommensniveau, Kaufkraft, Eigentumsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsstruktur, kommunale Finanzen), Wohnungsversorgung, Werte (Konfession, Wahlverhalten) und Kreisbeschreibung (Dichte, Fläche, Regionstypen). Ein zentrales Anliegen ist neben der kontinuierlichen Aktualisierung auch die Sicherstellung der Vergleichbarkeit von regionalen Zahlen der einzelnen statistischen Landesämter. Allerdings ist anzumerken, daß diese Datenbank nur zum internen Gebrauch des DJI angelegt worden ist und externen Nutzern in der Regel nicht offensteht.

Die in diesem Kapitel vorgestellten öffentlich zugänglichen (Statistik Regional, Laufende Raumb Beobachtung) und internen (DJI) Datenbanken umfassen flächendeckend nur Daten bis auf Kreisebene. Das Bedürfnis vieler Forscher, eine bundesweite flächendeckende Datenbasis auf Gemeindeebene zu haben, ist kaum zu befriedigen. Wenn Gemeindedaten vorhanden sind, befinden sie sich meist auf dem Stand der letzten Volkszählung 1987 (West) bzw. 1981 (Ost). Und selbst diese Daten müssen dann von potentiellen Nutzern von den Statistischen Ämtern unter erheblichem zeitlichen, personellen und auch finanziellen Aufwand zusammengetragen werden.

2.2 Die Beschreibung und Darstellung regionaler Unterschiede durch Raumgliederungen und Raumtypisierung

Eine Analyse regionaler Unterschiede an Hand regionaler Kennziffern, wie sie z. B. oben beschrieben wurden, bedarf eines regionalen Ordnungskriteriums, nach dem die Daten betrachtet werden können. Sind die räumlichen Unterschiede nicht auf den ersten Blick sichtbar, da z. B. die Anzahl der räumlichen Einheiten zu groß ist, muß der zu

untersuchende Gesamttraum in untereinander vergleichbare Teilräume gegliedert bzw. typisiert werden. Regionale Gebietsgliederungen werden i.d.R. in administrative (Bundesländer, Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise, Gemeinden) und nichtadministrative Gebietsgliederungen (z. B. Raumordnungsregionen bzw. Analyseräume, Arbeitsmarktregionen etc.) unterschieden (vgl. Knoche/Köhler 1992). Eine spezielle Form der nichtadministrativen Gebietsgliederung ist die Gebietstypisierung. Dabei handelt es sich um die Zusammenfassung regionaler nicht notwendig territorial zusammenhängender Gebietseinheiten auf Basis eines oder mehrerer festgesetzter Merkmale. So wird bei der Bildung der Gemeindegrößenklassen z. B. nach der Zahl der Einwohner pro Gemeinde abgegrenzt. Der Gebietstyp läßt sich nach der Typisierung, im Gegensatz zur administrativen und nichtadministrativen Gebietsgliederung, nicht mehr verorten, das heißt er ist nicht mehr zu einer bestimmten Basiseinheit (z. B. Gemeinde) zuordenbar. Je nach Verwendungszweck der Gebietskategorisierungen können diese flächendeckend oder nicht flächendeckend sein. Häufig werden als Basiseinheiten für die Regionaltypisierung aus praktischen Gründen (Verfügbarkeit von Daten) administrative Gebietseinheiten (Gemeinden, Kreise) verwendet.

Die Grundidee von Raumtypisierungen ist, daß man davon ausgeht, daß man nicht nur für den Gesamttraum oder für spezifische Einzelregionen Aussagen treffen kann, sondern daß sozusagen auf einer „*mittleren Ebene*“ (Nolte 1993, S. 2) mit Raumtypen generalisierende Aussagen zu treffen sind, da „sich die Vielfalt der Erfahrungswirklichkeit auf wenige operationale Strukturmerkmale reduzieren läßt“ (Boustedt, 1975, S. 103). Raumtypisierungen dienen demnach der Erfassung und Beobachtung wesentlicher räumlicher Zusammenhänge und Entwicklungen, indem sie Einzelinformationen komprimieren und dadurch Regelmäßigkeiten entdecken helfen. Man kommt schnell zu Aussagen, ohne daß über die eigentlichen (regional differenzierten) Zusammenhänge genaue Kenntnisse vorliegen müssen. Für komplexere Fragestellungen und Entwicklungsprozesse bilden diese räumlichen Bezugssysteme ein leicht handhabbares Instrumentarium. So wird bei nationalen Bevölkerungsprognosen auf grobe regionale Kategorien zurückgegriffen (vgl. Koch, R. 1979), da es hierbei nicht um den exakten regionalen Bezug - im Sinne der Regionalstatistik - geht, sondern um wesentliche Entwicklungstendenzen der Bevölkerung in verschiedenen Regionstypen (Verdichtungsgebiete - Umland - ländliche Gebiete). Und natürlich sind derartige Raumgliederungen bei der Analyse von Umfragedaten notwendig, da eine regionalstatistische Nutzung von Umfragedaten kaum zu erreichen ist. Die Erhebung müßte für jede Analyseregion repräsentativ sein und dies würde zu praktisch kaum

realisierbaren Stichprobengrößen führen. Deshalb sind Raumtypisierungen ein wichtiges Instrument für die regionalforscherische Nutzung von repräsentativen Umfragedaten. Ein weiterer, nicht unwichtiger Vorteil ist, daß mit einer Typisierung und somit einer Generalisierung Daten räumlich aggregiert werden und man damit den Anforderungen des Datenschutzes eher gerecht wird, als wenn Daten auf statistisch-administrativer Ebene, z. B. auf der Ebene von Kreisen oder Regierungsbezirken, dargestellt werden.

Nachfolgend sollen einige, die für die regionale Auswertung von repräsentativen Daten wichtigsten Raumgliederungen und Raumtypisierungen dargestellt werden. Diese Raumkategorien sind bereits als Variable im ALLBUS - Datensatz vorhanden oder können diesem ohne weiteres an Hand von regionalen Kennziffern zugespielt werden.

2.2.1 Administrative Gebietsgliederungen

Es gibt Regionen, die nicht das Ergebnis einer räumlichen Analyse sind, sondern Instrument der Politik, d. h. entweder Verwaltungs- oder Gestaltungsregionen darstellen. Diese Regionen werden normativ durch einen Entscheidungsträger festgelegt. „In einer Verwaltungsregion werden verschiedene Raumelemente im Hinblick auf eine Dezentralisierung der Verwaltungsaufgaben zusammengefaßt. Abgrenzungskriterium ist die Reichweite der Zuständigkeit einer administrativen Institution“ (Landwehr 1975, S. 72). Faktisch existieren eine Vielzahl von sich gegenseitig überschneidenden Verwaltungsregionen. So werden für die allgemeine Verwaltung Gebietskörperschaften unterteilt, wie z. B. Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke, Länder, oder für spezielle Verwaltungsaufgaben Arbeitsamtbezirke, Finanzbezirke, Planungsregionen, Wahlbezirke gebildet. Daneben gibt es noch viele weitere Verwaltungseinteilungen von Verbänden, wie etwa Parteien, Gewerkschaften und Kirchen.

Für die Regionalstatistik stellen die Gebietskörperschaften, d. h. Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und Bundesländer, die wichtigsten administrativen Einheiten dar. Insbesondere die kleinen Einheiten, wie z. B. die Gemeinden, dienen meist als Grundbausteine nichtadministrativer Gebietsgliederungen bzw. Gebietstypisierungen und als Referenzschlüssel für die räumliche Zuordnung von regionalen Indizes. Für die meisten dieser regionalen Einheiten gibt es öffentlich zugängliche aktuelle Daten (vgl. Kapitel 2.1.1). Zur Systematisierung dient ein 8-stelliger Gemeindeschlüssel. Diese Systematik wird vom Statistischen Bundesamt aktualisiert und mit Grunddaten (Fläche, Bevölkerungszahl) veröffentlicht (Statistisches Bundesamt 1995a; auch als Disketten erhältlich).

Übersicht 2: *Gemeindeschlüsselnummer- Aufbau und Inhalt mit Beispielen*

Gemeinde	Kreis/ kreisfreie Stadt	Region (nur Baden- Württemberg)	Regierungsbezirk	Bundesland
1-8	1-5	1-4	1-3	1-2
02000000 Hamburg	02000 Hamburg		020 Hamburg	02 Hamburg
08111000 Stuttgart	08111 Stuttgart	0811 Mittlerer Neckar	081 Stuttgart	08 Baden- Württemberg
08226095 Walldorf	08226 Rhein-Neckar- Kreis	0822 Unterer Neckar	082 Karlsruhe	08 Baden- Württemberg

Der Schlüssel ist hierarchisch aufgebaut, so daß von einer niedrigen Stufe auf jede höhere Raumebene aggregiert werden kann. Eine Besonderheit der Regionalklassifikation gegenüber klassischen Systematiken, wie z. B. der Wirtschaftszweigssystematik, ist, daß eine gleiche Einheit verschiedenen Ebenen zugeordnet werden kann: Hamburg z. B. ist gleichzeitig Gemeinde, Kreis, Regierungsbezirk und Bundesland.

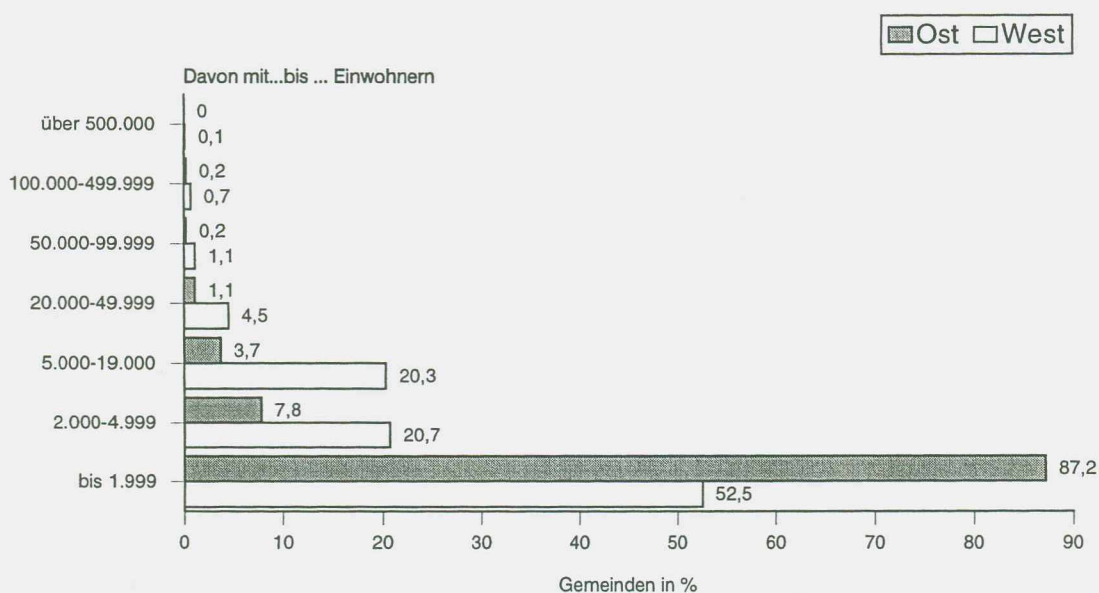
Verwaltungsregionen sind meist geschichtlich gewachsen und beziehen sich häufig nicht auf aktuelle Strukturen und Raumprobleme, und sie sind in ihrem Bestand und ihren Grenzen verfestigt.

2.2.1.1 Politische Gemeindegrößenklasse

Auf Basis der jeweiligen Bevölkerungszahl der Gemeinde als politischer Verwaltungseinheit wird eine der gängigsten und insbesondere in der amtlichen Statistik häufig verwendete Raumklassifikation gebildet: die politische Gemeindegrößenklasse. Diese Klassifizierung dient z. B. zur regionalen Ausweisung von Mikrozensusdaten. Mit der Wahl verschiedener Schwellenwerte sollen die wichtigsten Stadt-Land-Unterschiede repräsentiert werden. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist jedoch fraglich. Durch die Suburbanisierung wuchsen viele Städte über die Gemarkungsgrenzen hinaus. Weiter wurden durch Gemeindegebietsreformen der 60er und 70er Jahre in den alten Bundesländern häufig verschiedene Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen. Diese Reformen wurden zudem in den Bundesländern unterschiedlich ausgeführt. Das bedeutet, daß die Größe einer Gemeinde aufgrund der beschriebenen Entwicklungen inzwischen nicht mehr Indiz ihrer Verstädterung ist.

Vergleicht man die Ortsgrößenklassen der alten Bundesländer mit denen in den neuen Bundesländern, so stellt man fest, daß in diesen die kleinen Verwaltungseinheiten überwiegen (vgl. Abbildung 1). Allerdings sind bereits Gebietsreformen im Gange, um auch im Osten die Verwaltungskompetenz zu bündeln.

Abbildung 1: Anteil der Gemeinden nach der politischen Gemeindegrößenklasse in den alten und neuen Bundesländern¹⁾ (Stand 1.1.1994)



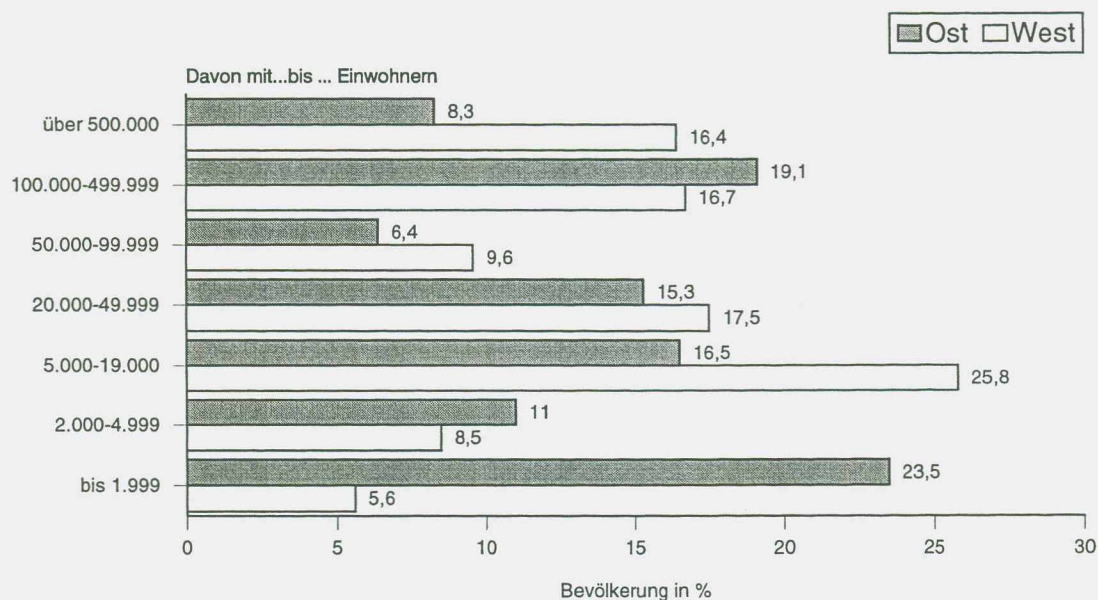
¹⁾ Berlin bei alten Bundesländern als eine Gemeinde enthalten

Quelle: Statistisches Bundesamt 1995b

Insgesamt gibt es zum Stand 1.1.1994 8 507 Gemeinden in den alten Bundesländern (incl. Berlin) und 7 263 Gemeinden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). In Ostdeutschland dominieren Gemeinden unter 2 000 Einwohner: 87,3 % aller ostdeutschen Gemeinden gehören dieser Kategorie an. Im Westen sind es gerade 52,5 %. Als Folge der Planwirtschaft ist der Anteil der Gemeinden in den Kategorien zwischen 2 000 und 49 999 Einwohnern - im Westen ist das die typische Größe für Unter- und Mittelzentren - sehr gering. Besonders deutlich wird der Unterschied in den Gemeindegrößenklassen 2 000 - 4 999 und 5 000 - 19 999 Einwohner. So beträgt dieser Anteil der Gemeinden im Westen jeweils ca 20 %, im Osten dagegen ca. 8 % bzw. 4 %. In den alten Bundesländern fand in diesen Größenbereichen die Suburbanisierung statt, die im Osten praktisch ausblieb, da - staatlich gesteuert - der Ausbau und die Erweiterung von Wohngebieten und Industrie- bzw. Gewerbegebieten auf ausgewählte Zentren beschränkt blieb. Analog zu den Gemeinden nach Größenklassen verhält es sich

mit der Bevölkerungsverteilung (vgl. Abbildung 2). Interessant an dieser Verteilung ist u.a., daß der Bevölkerungsanteil in den neuen Bundesländern in den großen Metropolen ab 500 000 Einwohner nur halb so groß ist wie im Westen, obwohl in der DDR eine starker Ausbau der Zentren stattfand.

Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung nach der politischen Gemeindegrößenklasse in den alten und neuen Bundesländern¹⁾ (Stand 1.1.1994)



¹⁾ Berlin wird in westliche und östliche Stadtbezirke aufgeteilt

Quelle: Statistisches Bundesamt 1995b

2.2.2 Siedlungsstrukturelle Gebietstypen für Regionen, Kreise und Gemeinden der BfLR

Für bestimmte wissenschaftliche oder raumplanerische Fragestellungen sind administrative Gebietsgliederungen nicht geeignet, da die manchmal historischen Zufälligkeiten einer administrativen Abgrenzung nicht immer zu den gewünschten inhaltlichen Zielen führen. Insbesondere die Raumplanung des Bundes braucht für die Raumbeobachtung geeignete Instrumentarien, um die kleinräumig strukturierten Ergebnisse (Kreis- und Gemeindedaten) inhaltlich und zweckorientiert zu generalisieren, damit sie ihrem gesetzlichen Auftrag, Abbau regionaler Disparitäten und Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen, gerecht werden kann (Raumordnungsgesetz (ROG) - Abgeleitet aus dem Sozialstaatsprinzip Art 20 GG). So dienen bei der bundesweiten Raumplanung 97 Raumordnungsregionen als analytisches Raster, um die räumlichen Disparitäten in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bundesrepublik zu beobachten und zu analysieren. Die Raumordnungsregionen - in den neuen Bundesländern

„Analyseeinheiten“ genannt - sind in der Regel Einzugsbereiche bzw. großräumige Verflechtungsbereiche von Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentren; in den alten Bundesländern entsprechen sie meist den Planungsregionen der Länder (kreisscharf und meist länderscharf - Ausnahme Stadtstaaten). Die von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) entwickelten siedlungsstrukturellen Gebietstypen basieren zum größten Teil auf diesen Regionen. Sie sind quasi eine Generalisierung der offiziellen Analyseregionen, um so die vergleichende Beobachtung regionaler Entwicklungsprozesse und regionaler Disparitäten zu erleichtern. Ziel ist es, im Zeitvergleich ein Standardinstrument zu besitzen, um die von großen Siedlungszentren ausgehenden räumlichen Wirkungen, wie z. B. Suburbanisierungsprozesse, zu verfolgen.

Zentrale Dimensionen, nach denen einzelne Regionen unterschieden werden, sind die Lage im Raum, Verdichtung (Bevölkerungsdichte) und Zentralität (vgl. Görmar/Irmen 1991). „Zentrale Orte“ sind charakterisiert durch einen Bedeutungsüberschuß in der Versorgung und der Infrastruktur gegenüber ihren Umlandgemeinden, so daß sich deren Bevölkerung auf den Kernbereich des „Zentralen Ortes“ hin orientiert. Weiter besteht die Annahme, daß die Lage im jeweiligen großräumigen Kontext ein wichtiges regionales Kriterium ist. Das bedeutet, daß die Lebensbedingungen in einem Kreis nicht nur durch seine eigene spezifische Siedlungsstruktur geprägt werden, sondern auch durch die Lebensbedingungen, die in der gesamten Region herrschen, in der der Kreis liegt. Basierend auf dieser Annahme ist der siedlungsstrukturelle Gebietstyp hierarchisch gegliedert. Die oberste Stufe bilden die siedlungsstrukturellen Regionstypen, bei denen die Regionen nach der zentralörtlichen Bedeutung ihres Zentrums und der Bevölkerungsdichte typisiert werden (vgl. Übersicht 2). Es werden drei siedlungsstrukturelle Regionstypen unterschieden:

1. Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Agglomerationsräume)
2. Regionen mit Verdichtungsansätzen (verstädterte Räume)
3. Ländlich geprägte Regionen (ländliche Räume)

Für kleinräumigere Unterschiede innerhalb und zwischen den Regionen wird der siedlungsstrukturelle Kreistyp verwendet. Für diese Typisierung wird neben der Bevölkerungsdichte die Zugehörigkeit zu einem bestimmten siedlungsstrukturellen Regionstyp als Abgrenzungsmerkmal berücksichtigt. Das bedeutet, die Kreistypen stellen keine eigenständige Typisierung auf Kreisbasis dar, sondern sind eine von den Regionsgrundtypen abgeleitete Klassifikation. Analog werden die siedlungsstrukturellen

Gemeindetypen gebildet. So ergeben sich neben den drei Regionstypen, neun Kreistypen und 17 Gemeindetypen (vgl. Anhang 5.2). Da für die weiteren Analysen nur der Kreistyp verwendet wird, soll in der nachfolgenden Übersicht nur die Darstellung der Abgrenzungskriterien für die Regionen und Kreise erfolgen.

Übersicht 3: Abgrenzungskriterien für die siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen der BfLR

I Regionen mit großen Verdichtungsräumen

Regionen mit einem Oberzentrum von mindestens 300 000 Einwohnern und/oder einer Bevölkerungsdichte von über 300 E/qkm

1. **Kernstädte:** kreisfreie Städte über 100 000 Einwohner
2. **Hochverdichtete Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsdichte von um/über 300 E/qkm und darüber,
kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohner
3. **Verdichtete Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsdichte zwischen 150 und 300 E/qkm
4. **Ländliche Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsdichte unter 150 E/qkm

II Regionen mit Verdichtungsansätzen

Regionen mit i.d.R. einem Oberzentrum von über 100 000 Einwohnern und/oder einer Bevölkerungsdichte von über 150 E/qkm

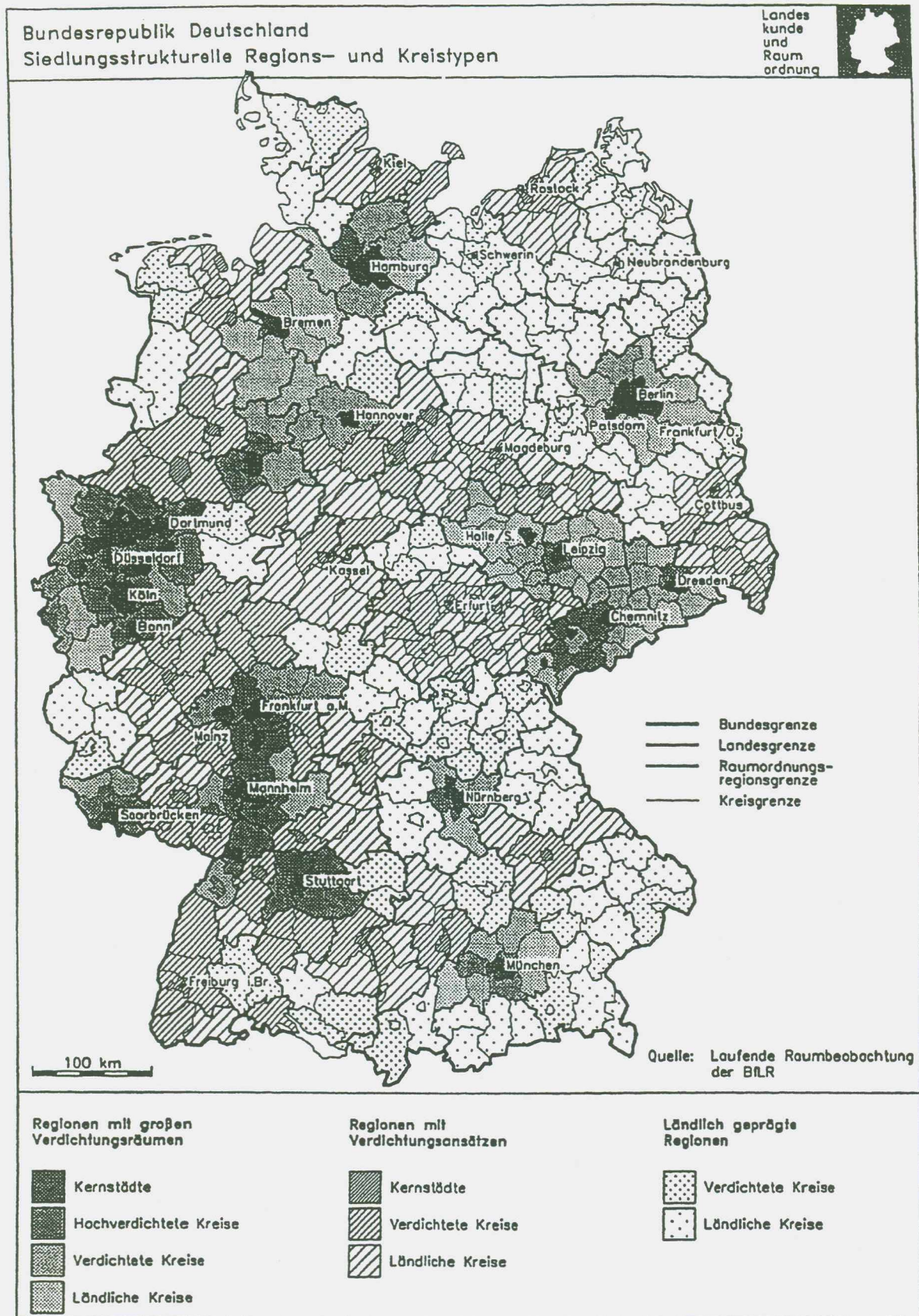
5. **Kernstädte:** kreisfreie Städte um/über 150 E/qkm.
6. **Verdichtete Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsdichte über 150 E/qkm, kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohner und umliegende Kreise von Kernstädten mit einer Bevölkerungsdichte von zusammen mindestens 150 E/qkm.
7. **Ländliche Kreise:** Kreise und kreisfreie Städte mit zusammen einer Bevölkerungsdichte unter 150 E/qkm.

III Ländlich geprägte Regionen

- 3.1 stärker besiedelt, nicht peripher: Regionen ohne Oberzentrum über 100 000 Einwohner, verdichtungsraumnähere Lage und/oder Bev.dichte über 100 E/qkm
- 3.2 gering besiedelt, peripher gelegen: Regionen ohne Oberzentrum über 100 000 Einwohner, Bevölkerungsdichte um 100 E/qkm und weniger
8. **Verdichtete Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsdichte um/über 150 E/qkm, kreisfreie Städte und umliegende Kreise mit zusammen einer Bevölkerungsdichte von um/über 150 E/qkm, kreisfreie Städte um 50 000 Einwohner und mehr und umliegende Kreise, Kreise mit einer Gemeinde über 50 000 Einwohner.
9. **Ländliche Kreise:** Sonstige Kreise und kreisfreie Städte in ländlich geprägten Regionen

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1995; S. 2

Karte 1: Siedlungsstrukturelle Regions- und Kreistypen der BfLR



Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1991

Tabelle 1: Bevölkerung 1992 nach den siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

		Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
		Bevölkerung 31.12.1992		Zahl der Kreise	Bevölkerung 31.12.1992		Zahl der Kreise
		Zahl (Tsd.)	v. H.		Zahl (Tsd.)	v. H.	
I	Regionen mit großen Verdichtungsräumen	33990,2	53,9	118	9254,9	51,8	67
1	Kernstädte	15116,2	24,0	39	5347,0	29,9	8
2	Hochverdichtete Kreise	12050,9	19,1	42	856,0	4,8	11
3	Verdichtete Kreise	4969,5	7,9	23	1531,7	8,6	21
4	Ländliche Kreise	1853,6	2,9	14	1520,2	8,5	27
II	Regionen mit Verdichtungsansätzen	18793,3	29,8	119	5286,1	29,6	78
5	Kernstädte	3436,6	5,5	21	1159,5	6,5	7
6	Verdichtete Kreise	10878,8	17,2	61	2341,0	13,1	34
7	Ländliche Kreise	4477,8	7,1	37	1785,6	10,0	37
II I	Ländlich geprägte Regionen	10334,0	16,3	90	3316,1	18,6	71
8	Verdichtete Kreise	5452,3	8,6	43	1257,8	7,1	21
9	Ländliche Kreise	4881,7	7,7	47	2058,3	11,5	50
	Insgesamt	63117,5	100,0	327	17857,2	100,0	216

¹⁾ Berlin bei neuen Bundesländern als eine Einheit enthalten

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1995

Ein Blick auf die Karte und die Tabelle läßt unschwer die Unterschiede in der Raum- und Siedlungsstruktur zwischen den alten und neuen Bundesländern erkennen (vgl. auch Görmar/Irmen 1991). Wie schon die Bevölkerungsverteilung nach der politischen Ortsgrößenklasse deutlich machte, ist das Umland der großen Städte der alten Bundesrepublik als Folge intensiver Suburbanisierungsprozesse viel stärker verdichtet. Dagegen sind die Verdichtungsregionen im Gebiet der ehemaligen DDR durch ihre „inselartige“ Lage im Verhältnis zu ihrer Umgebung gekennzeichnet. In der Regel besteht ein klarer Übergang von engbesiedeltem Raum zu freier Landschaft. Große Agglomerationen findet man, mit Ausnahme von Berlin, hauptsächlich im Süden der neuen Bundesländer (Halle, Leipzig, Dresden, Chemnitz). Weiter ist ein Großteil der ländlichen Regionen außerordentlich dünn besiedelt. Besonders im Norden der neuen Länder und im weiteren Umland von Berlin gibt es ländliche Gebiete, deren Bevölkerungsdichte unterhalb der Werte der ländlichen Kreise in den alten Ländern liegt. Einen vergleichsweise ähnlich hohen Anteil an Kreisen im „ländlichen Raum“ - wenn auch stärker besiedelt - findet man im alten Bundesgebiet nur noch in Bayern.

Bei den Gebietstypen der BfLR handelt es sich nicht nur um eine Gebietstypisierung rein nach siedlungsstrukturellen Aspekten, sondern auch um ein regionalpolitisches Instrumentarium, das sich sehr stark an administrativen und politischen Grenzen orientiert. In der Literatur wird diese Gebietsgliederung kritisch bewertet. Nolte (1993; S. 12) sieht in dieser Vorgehensweise der Gebietsabgrenzung einen Mangel, da diese, nach seiner Meinung, zu siedlungsstrukturell inkonsistenten Typisierungen führt. Hoffmeyer-Zlotnik (1994, S. 47) bezweifelt die Anwendungsmöglichkeit für die Sozialwissenschaften, da diese Typen zumindest auf Kreisebene eine zu grobe Kategorie darstellen. Beide Autoren werden in ihrer Kritik aber nicht konkreter. Der Anspruch dieser Gebietstypisierung ist primär, ein regionales Vergleichsinstrumentarium für viele Bereiche der räumlich orientierten Forschung zu haben. Diese soll regionale Unterschiede überhaupt erst sichtbar machen, um dann im nächsten Schritt über Ursachen und Folgen dieser regionalen Variation von Merkmalen zu diskutieren oder weitere tiefergehende Analysen durchzuführen (vgl. auch Gatzweiler 1988).

2.2.3 Stadtregionen nach Boustedt

Ein wichtiges Regionenkonzept, welches in die Regionalforschung, aber auch in die kommerzielle Meinungsforschung bis Anfang der 90er Jahre Eingang gefunden hat, sind die Stadtregionen nach Boustedt. Das Stadtregionenmodell wurde z. B. bereits in der AGLA '64 (Arbeitsgemeinschaft Leseranalyse) zur Ausweisung der Ergebnisse herangezogen und später auch bei der Stichprobenziehung und der Stichprobenanpassung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Marktforschungsinstitute im Rahmen ihres ADM-Stichproben-System. Bei dieser Stichprobenziehung handelt es sich um ein geschichtetes, dreistufiges Zufallsauswahlverfahren, basierend auf der Wahlbezirkseinteilung von Bundestagswahlen. In der ersten Auswahlstufe erfolgt die Bestimmung der Sampling Points (=Wahlbezirke) und deren Verknüpfung zu Stichprobennetzen, in der zweiten die Bestimmung der Befragungshaushalte und in der dritten Stufe der in dem einzelnen Haushalt zu befragenden Personen (vgl. Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben Bureau Wendt 1994). In der ersten Stufe werden die Stimmbezirke regional und nach Gemeindegrößenklasse, genauer nach den Boustedt-Stadtregionen und seit 1993 nach der Boustedt-Revision der BIK-Stadtregionen durch Anordnung geschichtet. Durch die Verwendung von Stadtregionen statt der einfachen Gemeindegrößenklasse bei der Stichprobenziehung versucht man die regionale Repräsentanz der Stichproben zu

sichern (Behrens 1994). Beide Stadtregionstypen - Boustedt und BIK - versuchen das Wachstum städtischer Gemeinden über die administrativen Grenzen hinaus zu erfassen.

Die Stadtregionen sind ursprünglich als analytisches Instrument zur empirisch-quantitativen Beobachtung und vergleichenden Bewertung von Agglomerationsstrukturen und -prozessen entwickelt worden. Konzeptionell konnte hierbei auf theoretische Vorüberlegungen und Vorstudien von Boustedt zurückgegriffen werden. Definiert wird eine Stadtregion als sozioökonomisch-funktionale Raumeinheit, nämlich als diejenigen „Umlandbereiche im Agglomerationsraum einer (großen) Stadt, dessen Einwohner überwiegend nichtlandwirtschaftliche Berufe ausüben und von denen der überwiegende oder zumindest ein erheblicher Teil seine Existenzgrundlage in den Arbeitsstätten in der Kernstadt hat“ (Boustedt 1970, Sp. 3207). 1970 erfolgte mit den Daten der Volkszählung von 1970 die letzte Neuabgrenzung. Zur äußeren Abgrenzung der Stadtregionen wurden Merkmale herangezogen, die die räumliche Trennung der Daseinsgrundfunktionen Wohnen und Arbeiten sowie die funktionalen Verflechtungen des suburbanen Raumes mit dem zentralörtlichen Arbeitsmarkt abbilden, aber auch den urbanen Siedlungscharakter deutlich machen. Nach dem letzten Stand der Systematik von 1970 wurden folgende Schwellenwerte und Mindestgrößen zur äußeren Abgrenzung der Stadtregion festgesetzt (vgl. Behrens 1994, S. 30):

Mindestgröße	Kernstadt	≥ 40 000 Ew
	Einzugsbereich gesamt	≥ 80 000 EW
Strukturmerkmal	Agrarquote (= Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft an allen Erwerbspersonen)	< 50 %
Verflechtungsmerkmal	Auspendlerquote (Anteil der Auspendler in das Kerngebiet an allen Erwerbspersonen)	> 25 %

Das Stadtregionenkonzept beinhaltet auch eine innere Raumgliederung. 1970 wurde mittels des strukturellen Merkmals der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte (EAD: Einwohner plus Beschäftigte am Arbeitsort je qkm) nach drei Zonen gegliedert.

1. Kerngebiet: EAD mind. 600
2. Verstädterte Zone: EAD 250 bis unter 600
3. Randzone: EAD unter 250

Boustedt (1975, S. 343) charakterisiert die einzelnen Zonen der Stadtregion (vgl. Abbildung 3) folgendermaßen:

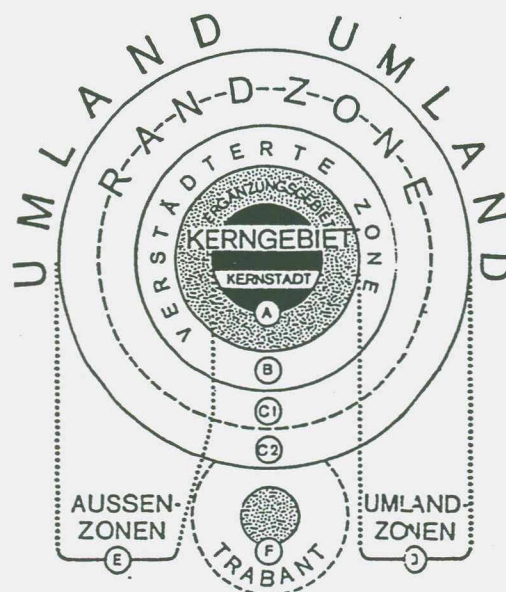
Das Kerngebiet besteht aus Kernstadt und Ergänzungsgebiet und wird als das Zentrum des gesamten Raumes behandelt. Dabei ist die Kernstadt das Verwaltungsgebiet der zentralen Stadtgemeinde. Als Ergänzungsgebiete werden solche Gemeinden der Kernstadt zugeordnet, die der Kernstadt sowohl im Siedlungscharakter als auch in struktureller bzw. funktionaler Hinsicht weitgehend ähneln.

Die verstädterte Zone bildet den Nahbereich der Umlandgemeinden, deren Bevölkerung zum überwiegenden Teil im Kerngebiet arbeitet.

Die Randzone umfaßt die übrigen Umlandgemeinden, in denen zur Peripherie hin der Anteil der im Agrarbereich Tätigen ständig zunimmt, aber die größte Orientierung der Erwerbstätigkeit auf das Kerngebiet gerichtet ist.

Mit diesen genannten Kriterien wurden für die BRD-West 1970 72 Stadtregionen definiert, in denen 64 % der Bevölkerung lebten (im Anhang befindet sich eine Übersicht über die Bevölkerung in den Boustedt-Regionen, Stand VZ 87).

Abbildung 3: Schematische Darstellung der Stadtregionen nach Boustedt



Quelle: O. BOUSTEDT 1970

Tönnies (1988, S. 14) faßt die Vorteile des Stadtregionenkonzepts, die auch gleichzeitig die Gründe für die breite Nutzung sind, zusammen:

- relativ einfaches, auf wenigen bundesweit verfügbaren Merkmalen aufbauendes statistisches Instrumentarium,
- transparente Abgrenzungsmethode (Schwellenwertmethode),
- Vergleichbarkeit mit anderen Modellen zur Abgrenzung urbaner Regionen (z. B. Standard Metropolitan Areas in den USA),
- Möglichkeit der intraregionalen Struktur- und Prozeßanalyse,
- durch funktionale Abgrenzung der äußeren Grenze Einbeziehung des suburbanen Raumes.

Ein großer Nachteil dieses Stadtregionenmodells ist, daß es in seiner Abgrenzung überaltert ist. Weder die Gebietsreformen noch die massiven Suburbanisierungsprozesse von Bevölkerung und Arbeitsplätzen in das Umland von Kernstädten und damit die weiter ansteigende regionale Mobilität (d. h. Zunahme der Pendlerbeziehungen) können berücksichtigt werden. Außerdem hat sich die Bedeutung der Landwirtschaft ebenfalls erheblich geändert. Laut Volkszählung von 1987 sind nur noch 3,2 % aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Somit ist die Agrarquote - zumindest in den alten Bundesländern - kein geeigneter Indikator mehr, städtische Gebiete von eher ländlichen Gebieten abzugrenzen.

2.2.4 BIK-Stadtregionen

1990 kam es zu einer Revision des Boustedt-Stadtregionenkonzepts (vgl. Behrens 1994, S. 27 ff.). Auf der Grundlage der Volkszählungsdaten von 1987 und vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung und dem daraus erwachsenden Bedürfnis, ein einheitliches Schichtungssystem für die Stichprobenziehung von ADM - Stichproben zu haben, wurde von dem BIK-Institut Aschpurwis + Behrens (BIK= Beratung Information Kommunikation) eine neue Stadtregionssystematik - die "BIK - Stadtregionen" - zunächst für die alten Bundesländer erstellt, die den siedlungsstrukturellen Veränderungen der letzten 20 Jahre gerecht werden soll. Bei der neuen Systematik wurden im Vergleich zur Boustedt-Gliederung zum großem Teil neue Abgrenzungsindikatoren verwendet. Nach dem gleichen Prinzip - aber auf einer anderen, teilweise eingeschränkten Datenbasis - wurden die BIK-Stadtregionen in den neuen Ländern abgegrenzt.

Bei der Abgrenzung der BIK-Stadtregionen (West) werden im Gegensatz zum Boustedt-Gemeindetyp nicht nur die Berufspendler, sondern die Zahl der Gesamtpendler (Berufs- und Ausbildungspendler) herangezogen, um so die Verflechtung der Umlandgemeinden zum Verdichtungskern festzustellen. Mit einer Zielpendleranalyse wurde im ersten Schritt die äußere Abgrenzung von Stadtregionen vorgenommen. Ein weiteres Abgrenzungskriterium war die Mindestgröße von 40 000 Einwohnern je Kernstadt. Für die innere Gliederung der Stadtregionen wurden auf Basis der Volkszählung von 1987 für die alten Bundesländer vier Merkmale ermittelt, die zur Abbildung der unterschiedlichen Siedlungsstruktur am besten geeignet sind:

- Tagbevölkerungsdichte $([\text{Einwohner} + \text{Einpendler} - \text{Auspendler}] / \text{Fläche})$
- Durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung
- Anteil der Eigentümerwohnungen
- Anteil der Einpersonenhaushalte.

Durch weitere Analysen ergaben sich vier Strukturtypen, nach denen sich die Gemeinden innerhalb der Stadtregionen differenzieren lassen: Kernbereich, Verdichtungsbereich, Übergangsbereich und peripherer Bereich.

Tabelle 2: BIK - Strukturtypen (West) mit den Durchschnittswerten der Abgrenzungsmerkmale

Strukturtyp	Tagbevölkerungsdichte	Anteil Eigentümerwohnungen	Wohnfläche pro Wohnung	Anteil Einpersonenhaushalte
Kernbereich	1 387	41,63	81,93	32,09
Verdichtungsbereich	525	50,62	92,19	27,31
Übergangsbereich	168	61,96	102,85	22,98
Peripherer Bereich	54	67,41	108,09	18,80
GESAMT	279	60,87	101,70	22,70

Quelle: Behrens 1994, S. 33

Mit diesem Verfahren wurden 72 aktuelle Stadtregionen ermittelt mit einer Mindesteinwohnerzahl von 95 000 (vgl. Übersicht im Anhang 5.4). Die Bevölkerungszahl hat sich in den neuen Stadtregionen mit 60% der Gesamtbevölkerung gegenüber den Boustedt-Regionen (64%) nur leicht verringert. Verkleinert hat sich im Vergleich zur Boustedt-Systematik der periphere Bereich, da sich durch die Suburbanisierung die Kerne und verdichteten Bereiche ausgedehnt haben.

Die Abgrenzung der Stadtregionen in den neuen Bundesländern erforderte aufgrund der eingeschränkten Datenlage ein methodisch modifiziertes Vorgehen (vgl. BIK 1992). Zur äußeren Abgrenzung mußte wegen fehlender Zielpendlerdaten eine Regionsabschätzung vorgenommen werden. Als Rahmen wurde festgesetzt: Kernstadtmindestgröße von ca. 40 000 Einwohnern, eine Regionsmindestgröße von ca. 80 000 Einwohnern und ein mittlerer Regionsradius - je nach Kernstadtgröße - zwischen 10 und 30 km. Als zusätzliche Kriterien der Regionsabschätzung dienten ältere DDR-Analysen zur Stadt-Umland-Beziehung (z. B. Auspendlerquote), die Lage der Zentren im geographischen Raum und die Verkehrsinfrastruktur. Für die innere Abgrenzung wurden nach einer Siedlungsstrukturtypisierung die Merkmale Bevölkerungsdichte und Agrarquote (wirtschaftlich Tätige in der Landwirtschaft 1981) herangezogen.

Tabelle 3: BIK - Strukturtypen (Ost) mit den Durchschnittswerten relevanter Merkmalswerte

Strukturtyp	Mittlere Gemeindegröße 1990	Bevölkerungsdichte Ew./qkm	Agrarquote v.H.
Kernbereich	48 188	1092,1	3,0
Verdichtungsbereich	2 820	280,1	8,2
Übergangsbereich	908	81,9	21,5
Peripherer Bereich	437	37,9	47,5
GESAMT	3 821	149,0	27,1

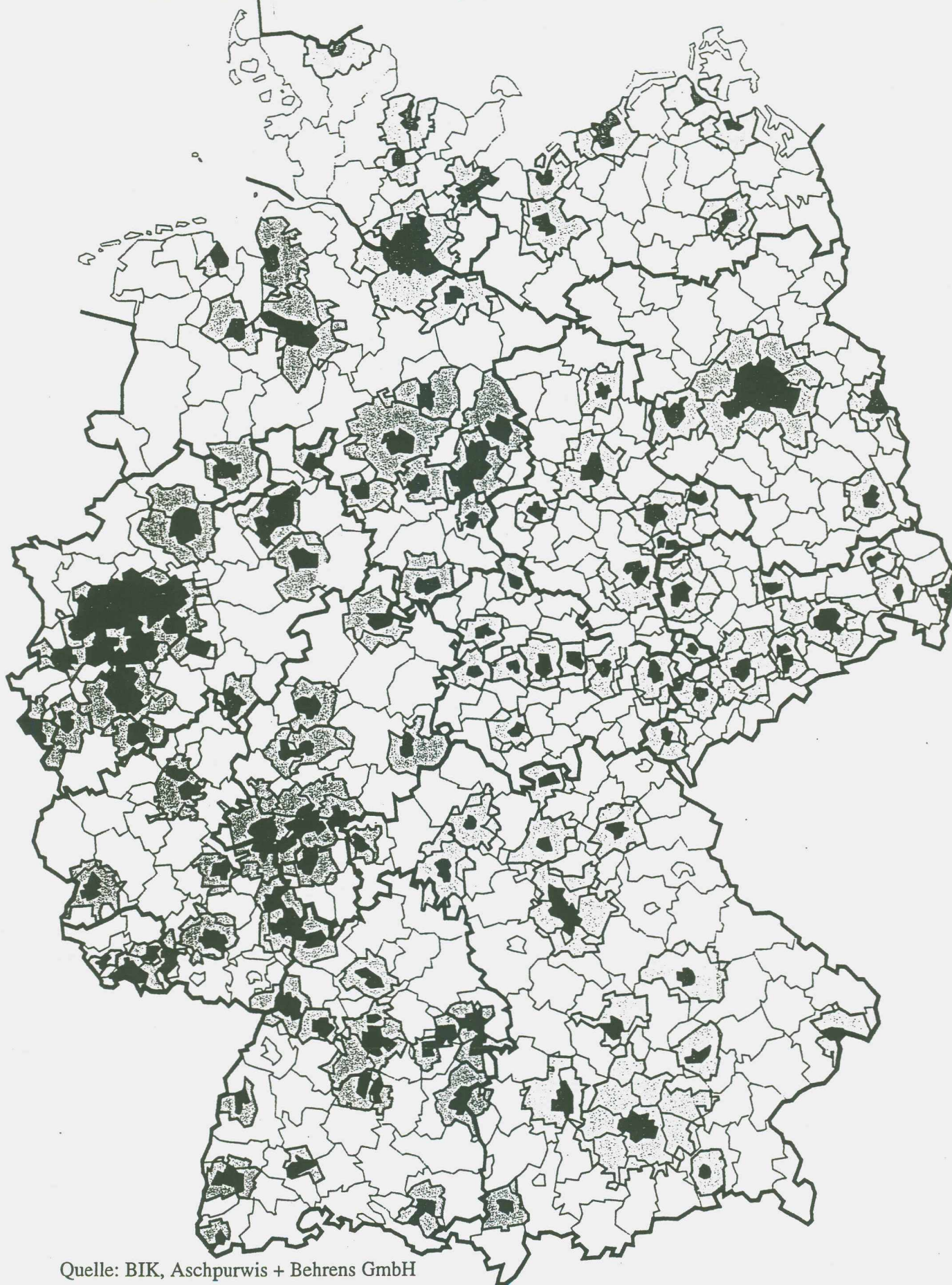
Quelle: BIK 1992, S. 7

So wurden an Hand der gewählten Kriterien 37 Stadtregionen mit einer Größe ab 75 000 Einwohnern definiert, mit einem Anteil von 56 % an der Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern (siehe Übersicht im Anhang 5.5).

Der BIK-Stadtregionen- Index für Gesamtdeutschland ist seit 1992 erhältlich und wird von allen ADM-Instituten mitgeliefert. Dies gilt auch für den ALLBUS.

Wie die Karte 2 zeigt, handelt es sich bei den Abgrenzungen der Stadtregionen nicht um eine flächendeckende Raumgliederung. Den regionalen Siedlungsstrukturunterschieden in den neuen Ländern entsprechend - im Süden höher verdichtete altindustrialisierte Regionen, im Norden dünnbesiedelte ländliche Struktur - sind die Stadtregionen ungleichmäßig über das Gebiet der ehemaligen DDR verteilt. Im Süden von Berlin gibt es eindeutig mehr eng zusammenhängende Verflechtungsbereiche als im Norden.

Karte 2: BIK-Stadtregionen in der Bundesrepublik



Quelle: BIK, Aschpurwis + Behrens GmbH

Was die Karte nicht deutlich macht, aber was der Vergleich zwischen Boustedt- und BIK-Regionen im Westen zeigt, ist, daß es in den alten Bundesländern ein Süd-Nord-Wachstumsgefälle gibt. So kamen sieben Stadtregionen in den südlichen Bundesländern hinzu (Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz, Offenburg in Baden-Württemberg und in Bayern die Regionen um Landshut, Rosenheim, Coburg, Kempten und Passau), während zwei Regionen in Norddeutschland nicht mehr als eigenständige Stadtregionen klassifiziert wurden (Emden in Niedersachsen und Hamm in Nordrhein-Westfalen) (BIK 1993, S 19).

Tabelle 4: Bevölkerung und Bevölkerungsdichte nach Strukturtypen in den Stadtregionen der alten und neuen Bundesländer (alte Bundesländer Stand 1987, neue Bundesländer Stand 1990)

Strukturtyp	Bevölkerung (v.H.)		Bevölkerungsdichte (Ew./qkm)	
	West	Ost	West	Ost
Kernbereich	65,1	76,6	1 463	1 486
Verdichtungsbereich	13,3	7,2	598	281
Übergangsbereich	15,8	12,7	216	78
Peripherer Bereich	5,8	3,5	83	35
GESAMT	100,0	100,0	477	293

Quelle: BIK 1992, S. 7ff.; BIK 1993, S. 22

Ein Vergleich der inneren Gliederung der Stadtregionen in der Bevölkerungsverteilung und -dichte (Tabelle 4) zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt die starke Dominanz der Kerne im Vergleich zum direkten kaum verstädterten Umland auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Hier manifestiert sich wieder das weitgehende Fehlen stärkerer Suburbanisierungsprozesse.

Im ALLBUS-Datensatz findet man - wie schon erwähnt - die Stadtregionen als "Boustedt" bzw. „BIK - Gemeindetyp des Wohnorts ", wie sie bei der ADM-Stichprobenziehung benutzt werden. Dabei werden die Stadtregionen zusammen mit sieben Gemeindegrößenklassen bei der Stichprobenziehung in 10 Kategorien abgegrenzt (vgl. Übersicht 3 und 4):

Boustedt: Das Kerngebiet, bestehend aus Kernstadt und Ergänzungsgebiet auf der einen Seite und verstädterter Zone auf der anderen Seite, bildet eine Stadtregion; die Randzone bleibt unberücksichtigt. Entsprechend der Gesamteinwohnerzahl der so definierten Stadtregion erfolgt die Zuordnung zu einer Gemeindegrößenklasse. Die innere Differenzierung erfolgt nach Randgebiet (= verstädterte Zone + Ergänzungsgebiet) und „Nicht Randgebiet“ bzw. Kerngebiet (entspricht der jeweiligen Kernstadt).

BIK: Die Gemeinden des Kernbereichs, des Verdichtungsbereichs und des Übergangsbereichs bilden eine Stadtregion; der periphere Bereich bleibt unberücksichtigt. Entsprechend der Gesamteinwohnerzahl der so definierten Stadtregion erfolgt die Zuordnung zu einer Gemeindegrößenklasse. Innerhalb der Stadtregion erfolgt die Differenzierung nach Kernbereich auf der einen Seite und Verdichtungs- und Übergangsbereich auf der anderen Seite.

Die Gemeinden, die nicht zu einer Stadtregion gehören bzw. der Randzone beim Boustedt und dem peripheren Bereich beim BIK-Gemeindetyp angehören, werden entsprechend ihrer tatsächlichen politischen Größe klassifiziert.

Übersicht 4: Die Definition der Gemeindegrößenklassen nach den Stadtregionsmodellen BOUSTEDT und BIK für die ADM-Stichprobenziehung

	innere Abgrenzung (theoretisches Modell)	Vercodung der ADM- Institute	Basiszahl für die Zuordnung zur Größenklasse der Stadtregion
Boustedt	1. Kernstadt	Nicht-Randgebiet	Summe der Einwohnerzahl der Gebiete 1 - 3
	2. Ergänzungsgebiet	Randgebiet	
	3. verstädterte Zone		
	4. Randzone	wird nicht berücksichtigt	
BIK	1. Kernbereich	Zone 1	Summe der Einwohnerzahl der Gebiete 1 - 3
	2. Verdichtungsbereich	Zone 2, 3	
	3. Übergangsbereich		
	4. Peripherer Bereich	wird nicht berücksichtigt	

Übersicht 5: *Boustedt - Gemeindetyp des Wohnorts bzw. Gemeindetyp entsprechend der BIK - Stadtregionen im ALLBUS-Datensatz*

		Boustedt (bis 1992 Basis im ALLBUS)	BIK (ab 1994 Basis im ALLBUS)	Zuordnung im ALLBUS
	bis unter	2 000 Einw.		1
2 000	bis unter	5 000 Einw.		2
5 000	bis unter	20 000 Einw.		3
20 000	bis unter	50 000 Einw.		4
50 000	bis unter	100 000 Einw. - Randgebiet	Zone 2,3	5
50 000	bis unter	100 000 Einw. - Kerngebiet	Zone 1	6
100 000	bis unter	500 000 Einw. - Randgebiet	Zone 2,3	7
100 000	bis unter	500 000 Einw. - Kerngebiet	Zone 1	8
500 000	Einw. und mehr	- Randgebiet	Zone 2,3	9
500 000	Einw. und mehr	- Kerngebiet	Zone 1	10

Zone 1 - Kernbereich der Stadtregion

Zone 2 - Verdichtungsbereich

Zone 3 - Übergangsbereich

Somit weichen diese Typisierungen nach Boustedt und BIK, wie sie für die ADM-Stichprobenziehung verwendet werden, von dem ursprünglichen theoretischen Konzept ab.

Daß es sich bei diesen beiden Gemeindetypen um rein für kommerzielle Umfragen entwickelte Raumgliederungen handelt und nicht um forschungsorientierte, wird daran deutlich, daß die Dokumentation beider Gemeindetypen, wie sie letztendlich im Datensatz mitgeliefert wird, von dem Umfrageinstitut sehr unzureichend erfolgt und auch keine flächendeckende Referenzdateien, d. h. eine bundesweite Zuordnung aller Gemeinden zu einem Gemeindetyp wie etwa bei den siedlungsstrukturellen Gebietstypen der BfLR, zugänglich sind. Das hat verschiedene Auswirkungen. So mußte die oben beschriebene konkrete Umsetzung des theoretischen Konzeptes der Stadtregionen mit großem Aufwand aus den verschiedensten Informationsquellen zusammengetragen werden. Eine wichtige Quelle war der Codeplan zur Medienanalyse 1993. Dort konnte auch die nicht unwichtige Information entnommen werden, daß die Zuordnung der Gemeinden zu den BIK-Stadtregionsbereichen für die Medienanalyse 1993 auf Basis des Gebietsstands vom 31.12.1991 erfolgte. In der Dokumentation zur BIK - Stadtregionen - Neuabgrenzung (BIK 1993) war die Basis für die Zuordnung der Gebietsstand VZ 1987. Das läßt vermuten, daß für die Bildung der Gemeindegrößenklassen (vgl. Anhang 5.4; Summe 1-3) immer die aktuellsten zur Verfügung stehenden Gemeindedaten des Statistischen Bundesamtes verwendet werden. So kann die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Gemeindetyp nach BIK in den verschiedenen Stichproben variieren, wenn sich die Einwohnerzahl der Stadtregion um

die Schwellenwertgrenze bewegt. Der Boustedt bzw. BIK- Stadtregionstyp ist somit kein über die Zeit statischer Index.

Nach dem ADM-Boustedt bzw. BIK-Gemeindetyp ergeben sich folgende Bevölkerungsverteilungen:

Tabelle 5: Bevölkerung 1987 nach dem ADM-Boustedt-Gemeindetyp in Westdeutschland

	Bevölkerung 1987		
	Anzahl	Anteil an 1+2 v.H.	Anteil an Insgesamt v.H.
1 Nicht Randzone (Kerngebiet)	21.075.273	60,7	34,5
2 Randzone (Ergänzungsgebiet + verstädterte Zone)	14.197.453	40,3	23,3
<i>Zwischensumme (1+2)</i>	<i>35.272.726</i>	<i>100</i>	<i>57,8</i>
Restgebiete (Peripherer Bereich + Nicht Stadtregionsgebiet)	25.804.316	--	42,2
Insgesamt	61.077.042	--	100

Quelle: BIK 1993

Tabelle 6: Bevölkerung nach dem ADM-BIK-Regionstyp in den alten und neuen Bundesländern

	Alte Bundesländer Bevölkerung 1991			Neue Bundesländer Bevölkerung 1990		
	Anzahl	Anteil an 1+2 v.H.	Anteil an Insgesamt v.H.	Anzahl	Anteil an 1+2 v.H.	Anteil an Insgesamt v.H.
1 Zone 1 (Kerngebiet)	25.089.066	68,7	38,9	6.987.198	79,4	43,0
2 Zone 2, 3 (Verdichtungs- und Übergangsbereich)	11.418.971	31,3	17,7	1.812.180	20,6	11,2
<i>Zwischensumme (1+2)</i>	<i>36.508.037</i>	<i>100</i>	<i>56,6</i>	<i>8.799.378</i>	<i>100</i>	<i>54,2</i>
Restgebiete (Peripherer Bereich + Nicht Stadtregionsgebiet)	27.976.763	--	43,4	7.447.906	--	45,8
Insgesamt	64.484.800	--	100	16.247.284	--	100

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse 1993, Statistisches Bundesamt 1993, BIK 1992

2.2.5 Unterschiede zwischen den Raumtypen

Da bei den späteren Analysen die oben beschriebenen Gebietstypen zur regionalen Darstellung der Umfrageergebnisse verwendet werden, ist vorab aufzuzeigen, inwieweit sich diese Typen voneinander unterscheiden. Auf die Einbeziehung des Boustedt-Regionstyp wird verzichtet, da dieser nach seiner Revision durch den BIK-Gemeindetyp ersetzt wurde.

Da die Gemeindegrößenklasse häufig in sozialwissenschaftlichen Analysen verwendet wird, soll zunächst die Beziehung der einfachen Gemeindeklassifizierung mit den die Siedlungsstruktur weiter differenzierenden Gebietstypen, BIK und Kreistyp der BfLR, dargestellt werden. An Hand der Daten der ALLBUS-Erhebung 1994 (Anzahl und Anteil der Befragten) werden die Unterschiede in der Zuordnung zu den unterschiedlichen Kategorien skizziert.

Dieses Vorgehen ist sehr unbefriedigend, da mit den ALLBUS-Daten die Beziehungen der einzelnen Gebietstypen untereinander nur sehr bruchstückhaft aufgezeigt werden können. Idealerweise müßte ein Vergleich auf der Basis aller Gemeinden bzw. Kreise durchgeführt werden. Da aber weder die Bevölkerungsdaten aller Gemeinden in der Bundesrepublik noch eine bundesweite Schlüsseldatei des BIK-Gemeindetyps zur Verfügung standen, mußte mit beschriebener Hilfskonstruktion vorliebgenommen werden.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß die folgende Darstellung lediglich illustrativen Charakter besitzt. Das heißt, daß an Hand der ALLBUS-Daten die Unterschiede zwischen den Raumkategorien aufgezeigt und nicht die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten der Bundesrepublik widerspiegelt werden sollen (die Gesamtstichprobe ist zwischen den alten und neuen Bundesländern disproportional).

Die Zuordnung der Befragten nach den verschiedenen Kategorien der beiden Gebietstypen BIK und politische Gemeindegrößenklasse (Tabelle 7) zeigt nochmals deutlich, daß die Basis für die BIK-Stadtregionen im ALLBUS die Gemeindegrößenklassen sind. Die Kategorien beim BIK-Gemeindetyp, die mit denen der Gemeindegrößenklasse übereinstimmen, wurden hervorgehoben (dunklere Schrift). Allerdings müßtentheoretisch die Zuordnung der Befragten nach den Ortsgrößenklassen der Gemeinden bis unter 50 000 Einwohnern identisch sein. Das ist aber nicht der Fall. Insgesamt 55 Befragte sind nicht der entsprechenden Kategorie zugeordnet. Die Abweichungen lassen sich damit erklären, daß der Bevölkerungsstandes der für die Regionstypen gilt, je nach Stichtag, der bei der Bildung der Gemeindegrößenklassen verwendet wurde,

unterschiedlich ist. So kann es vorkommen, daß Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl an der Schwellenwertgrenze verschiedenen Größenklassen zugeordnet werden.

Tabelle 7: Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1994 in den BIK-Stadtregionen und in den Gemeinden nach der politischen Größenklasse

BIK-Stadtregionen	politische Gemeindegrößenklasse							Insgesamt
	bis 1.999 Einw.	2.000- 4.999 Einw.	5.000- 19.999 Einw.	20.000- 49.999 Einw.	50.000- 99.999 Einw.	100.000- 499.999 Einw.	500.000- u.mehr Einw.	
bis unter 2.000 Einw.	358 100,0 84,4							358 10,4
2.000 bis unter 5.000 Einw.		259 90,2 68,7	28 9,8 3,7					287 8,3
5.000 bis unter 20.000 Einw.			534 100,0 70,6					534 15,5
20.000 bis unter 50.000 Einw.				315 92,1 49,1	27 7,9 13,7			342 9,9
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 2,3)		24 54,5 6,4	20 45,5 2,6					44 1,3
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 1)				14 9,9 2,2	128 90,1 65,0			142 4,1
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 2,3)	51 23,5 12,0	50 23,0 13,3	69 31,8 9,1	47 21,7 7,3				217 6,3
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 1)					28 8,6 14,2	298 91,4 47,6		326 9,4
Stadtregion mit 500.000 Einw. und mehr (Zone 2,3)	15 4,9 3,5	44 14,3 11,7	82 26,7 10,8	166 54,1 25,9				307 8,9
Stadtregion mit 500.000 Einw. und mehr (Zone 1)			23 2,6 3,0	100 11,2 15,6	14 1,6 7,1	328 36,7 52,4	428 47,9 100,0	893 25,9
Insgesamt	423 12,3	377 10,9	756 21,9	642 18,6	197 5,7	626 18,1	428 12,4	3450 100,0

Quelle: ALLBUS 1994

Besonders interessant ist an dieser Stelle die Frage, ob die Gemeindegrößenklasse - wie generell angenommen - eine Kategorie für Stadt-Land-Unterschiede ist. Das heißt kleine Gemeinden repräsentieren den eher ländlichen Raum und die großen Gemeinden die Großstädte. Mit den ALLBUS-Daten läßt sich gemessen an den BIK-Stadtregionen diese Grundannahme zum Teil bestätigen. So werden ein Großteil der Befragten in den kleinen Gemeindegrößenklassen (bis unter 20 000 Einwohner) Gemeinden außerhalb einer Stadtregion zugeordnet (linke obere helle Schraffur in Tabelle 7). Das heißt, diese Gebiete haben somit zum größten Teil ländlichen Charakter. Noch eindeutiger ist die

Zuordnung der Befragten in Gemeinden ab 50 000 Einwohner. Diese Gemeinden werden nach dem BIK-Stadtregionen jeweils dem Kernbereich einer Stadtregion zugeordnet und sind somit eindeutig als städtische Gebiete zu bezeichnen (rechte untere dunkle Schraffur in Tabelle 7). Demgegenüber streuen die Gemeinden mit 20 000 - 49 999 Einwohner bei der Zuordnung zu den unterschiedlichen BIK-Typen etwas breiter. Diese Gemeindeklasse findet man sowohl im ländlichen Raum, als Kernbereich (Zone 1) oder auch als deren Umland (Zone 2,3) innerhalb einer Stadtregion. Beim ALLBUS 1994 wurde in insgesamt 151 Gemeinden befragt. Diese Zahl ist um einiges geringer als etwa beim ALLBUS 1992, wo in 548 Gemeinden befragt wurde.¹

Setzt man nun die Befragten 1992 in den BIK-Gemeindetypen mit der politischen Gemeindegrößenklasse in Beziehung, so erhält man entsprechend der höheren Zahl der Gemeinden eine breitere Streuung bei der Zuordnung zu den einzelnen Kategorien (vgl. Tabelle im Anhang 5.6). Im großen und ganzen bestätigen sich aber die Aussagen, die zu der Beziehung beider Gebietstypen oben gemacht wurden. Ausgenommen die Zuordnungen der Befragten nach der Gemeindegrößenklasse 5 000 - 19 999. Dort ergibt sich nach dem ALLBUS 1992 eine ähnlich breite Streuung wie in der Kategorie 20 000 - 49 999 Einwohner.

Setzt man nun den siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR in Beziehung zu der politischen Gemeindegrößenklasse, so stimmt die verallgemeinernde Aussage, daß die Gemeindegrößenklasse die Stadt-Land-Unterschiede repräsentiert, nicht mehr so ganz. Nach wie vor sind die städtischen Gebiete eindeutig zu identifizieren: die Gemeinden in den Kategorien ab 100 000 Einwohner werden nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp fast ausnahmslos den jeweiligen Kernstädten zugeordnet (dunkle Schraffur stellt die Überschneidungsgebiete für die städtischen Gebiete dar: Kernstädte, hochverdichtete Kreise und verdichtete Kreise in den Regionen mit Verdichtungsräumen und mit Verdichtungsansätzen). Dagegen weisen die Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern eine größere Streuung über alle siedlungsstrukturellen Kategorien auf. Ebenso lassen sich die Gemeinden in den niedrigen Klassen nicht automatisch einer ländlichen Einheit, d. h. einer nicht verstädterten Zone zuordnen (vgl. linke untere hellere Schraffur).

¹ Die weitaus geringere Zahl der Gemeinden, in denen 1994 Interviews durchgeführt wurden, ist auf die Änderung des Stichprobenverfahrens zurückzuführen (vgl. Koch/Gabler/Braun 1994, S. 57 ff.)

Tabelle 8: Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1994 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR und in den Gemeinden nach der politischen Größenklasse

	politische Gemeindegrößenklasse							Insgesamt
Siedlungsstruktureller Kreistyp	bis 1.999 Einw.	2.000-4.999 Einw.	5.000-19.999 Einw.	20.000-49.999 Einw.	50.000-99.999 Einw.	100.000-499.999 Einw.	500.000- u.mehr Einw.	
	Regionen mit Verdichtungsräumen							
Kernstädte				27 3,4 4,2		340 42,8 54,3	428 53,8 100,0	795 23,0
Hochverdichtete Kreise		21 5,1 5,6	122 29,5 16,1	211 51,1 32,9	34 8,2 17,3	25 6,1 4,0		413 12,0
Verdichtete Kreise	30 8,7 7,1	46 13,4 12,2	59 17,2 7,8	182 52,9 28,3	27 7,8 13,7			344 10,0
Ländliche Kreise	82 64,1 19,3		27 21,1 3,6	19 14,8 3,0				128 3,7
Regionen mit Verdichtungsansätzen								
Kernstädte					28 9,7 14,2	261 90,3 41,7		289 8,4
Verdichtete Kreise	122 20,4 28,8	50 8,4 13,3	216 36,1 28,6	153 25,6 23,8	57 9,5 28,9			598 17,4
Ländliche Kreise	21 9,1 5,0	55 23,7 14,6	131 56,5 17,3	25 10,8 3,9				232 6,7
Ländlich geprägte Regionen								
Verdichtete Kreise	53 19,1 12,5	123 44,2 32,6	70 25,2 9,3		32 11,5 16,2			278 8,1
Ländliche Kreise	116 31,1 27,4	82 22,0 21,8	131 35,1 17,3	25 6,7 3,9	19 5,1 9,6			373 10,8
Insgesamt	424 12,3	377 10,9	756 21,9	642 18,6	197 5,7	626 18,1	428 12,4	3450 100,0

Quelle: ALLBUS 1994

Die Unterschiede in den Beziehungen zwischen der politischen Gemeindegrößenklasse mit dem BIK-Gemeindetyp auf der einen Seite und mit dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR auf der anderen Seite lassen sich darauf zurückführen, daß letzterer nicht so enge Abgrenzungskriterien hat (die Pendlerbeziehungen werden hier im Gegensatz zum BIK-Typ nicht berücksichtigt), welches zu einem größerem Einzugsgebiet der Kernbereiche in den verdichteten Regionen führen kann (vgl. auch Karte 1 und Karte 2), die auch kleinere Gemeinden im weiteren Umland mit einbezieht. Auch wenn bei dem

siedlungsstrukturellen Gebietstyp nicht direkt die Verflechtung, z. B. über die Pendlerbeziehungen, ermittelt wird, so ist diese zumindest indirekt berücksichtigt, da die Abgrenzung der Raumordnungsregionen bzw. Analyseräume neben politisch administrativen Gesichtspunkten nach großräumigen Verflechtungsbeziehungen erfolgt und ein Oberzentrum als Kernstadt gewählt wird. Im Unterschied zu den BIK-Stadtregionen ist der siedlungsstrukturelle Gebietstyp der BfLR eine flächendeckende Typisierung. Das bedeutet, daß jeder Kreis bzw. jede Gemeinde einem siedlungsstrukturellen Gebietstyp zugeordnet wird. Das ist eines der zentralen Ziele dieser Typisierung gewesen, auch außerhalb von Verdichtungsgebieten siedlungsstrukturelle Unterscheidungen im ländlichen Raum zu erhalten. Beim BIK-Gemeindetyp ist das primäre Ziel lediglich, die verdichteten Gebiete differenzierter darzustellen. Auch unterscheiden sich beide Gebietstypen in ihren Abgrenzungseinheiten. Erfolgt bei den BIK-Stadtregionen die Abgrenzung anhand der einzelnen Gemeinden, so handelt es sich bei den „BfLR-Gebietstypen“ um eine regionenbezogene, d. h. eine hierarchische Typisierung - von einer hohen Aggregatstufe (Region) zu der nächst niederen (Kreis und dann Gemeinde). Da die Abgrenzungskriterien beim siedlungsstrukturellen Gebietstyp der BfLR bewußt sehr „grob“ gewählt wurden, veralten diese Regionseinteilungen weniger schnell als etwa die BIK-Stadtregionen. So ist beim BIK, im Westen, die Datengrundlage für die Abgrenzungsmerkmale die Volkszählung von 1987. Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten haben sich die Verflechtungsbeziehungen, z. B. die Pendlerströme an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, verändert. Weiter setzt der Suburbanisierungsprozeß in den neuen Bundesländern erst ein, so daß sich in den nächsten Jahren die innerregionalen Verflechtungen einer Großstadtregion noch verändern werden. Weiter sind die Abgrenzungskriterien für die BIK-Stadtregionen in West und Ost unterschiedlich.

Aufgrund der festgestellten Unterschiede sollen die beiden Gebietstypen direkt miteinander verglichen werden. Die Analyse erfolgte nicht mit dem siedlungsstrukturellen Gemeindetyp der BfLR, da dieser 16 Kategorien umfasst und es somit in den einzelnen Zellen zu erheblichen Fallzahlproblemen käme. Die beiden Typen sind trotz der unterschiedlichen Gebietseinheiten (BIK-Gemeindetyp=Gemeinden, BfLR-Typ =Kreise) miteinander vergleichbar, da der Kreistyp lediglich eine Generalisierung des siedlungsstrukturellen Gemeindetyps ist und sich an der generellen Zuordnung zu den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten durch die Aggregation zu Kreisen nichts ändert.

Tabelle 9: Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1994 in den BIK-Stadtregionen und den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR

BIK-Stadtregionen	Regionen mit großen Verdichtungsräumen				Regionen mit Verdichtungsansätzen			Ländlich geprägte Regionen		Insgesamt
	Kernstädte	Hochverdichtete Kreise	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	Kernstädte	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	
bis unter 2.000 Einw.				67 18,7 52,3	101 28,2 16,9	21 5,9 9,1		53 14,8 19,1	116 32,4 31,1	358 10,4
2.000 bis unter 5.000 Einw.			23 8,0 6,7		28 9,8 4,7	55 19,2 23,7		99 34,5 35,6	82 28,6 22,0	287 8,3
5.000 bis unter 20.000 Einw.		39 7,3 9,4	59 11,0 17,2	27 5,1 21,1	97 18,2 16,2	131 24,5 56,5		50 9,4 18,0	131 24,5 35,1	534 15,5
20.000 bis unter 50.000 Einw.	27 7,9 3,4	69 20,2 16,7	85 24,9 24,7	19 5,6 14,8	92 26,9 15,4	25 7,3 10,8			25 7,3 6,7	342 9,9
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 2,3)								44 100,0 15,8		44 1,3
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 1)		20 14,1 4,8			71 50,0 11,9			32 22,5 11,5	19 13,4 5,1	142 4,1
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 2,3)			30 13,8 8,7		187 86,2 31,3					217 6,3
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 1)	37 11,3 4,7				289 88,7 100,0					326 9,4
Stadtregion mit 500.000 und mehr Einw. (Zone 2,3)		150 48,9 36,3	120 39,1 34,9	15 4,9 11,7	22 7,2 3,7					307 8,9
Stadtregion mit 500.000 und mehr Einw. (Zone 1)	731 81,9 91,9	135 15,1 32,7	27 3,0 7,8							893 25,9
Insgesamt	795 23,0	413 12,0	344 10,0	128 3,7	289 8,4	598 17,3	232 6,7	278 8,1	373 10,8	3450 100,0

Quelle: ALLBUS 1994

In der obigen Tabelle wurden die Tabellenfelder schraffiert, die eine ungefähre siedlungsstrukturelle Übereinstimmung zwischen den beiden Gebietstypen besitzen. Die eher ländlichen Gebiete wurden hell, die verdichteten Gebiete wurden dunkel schraffiert. Insgesamt befinden sich 730 Befragte (ca. 20 %) nicht in den schraffierten Feldern. Durch die nicht schraffierten Felder werden die Unterschiede, wie sie oben schon dargestellt wurden, nochmals deutlich. So erfolgt eine Zuordnung kleiner Gemeinden beim siedlungsstrukturellen Kreistyp breit über alle Kategorien. Doch an Hand der Verteilung der ALLBUS-Befragten 1994 läßt sich auch feststellen, daß je kleiner die Gemeinde nach dem BIK-Typ ist, desto eher erfolgt die Zuordnung beim BfLR-Kreistyp zu den eher niedrig verdichteten Kreisen. Daß es bei der Zuordnung der Befragten nach den einzelnen Kategorien zu der Kombination BIK-Stadtregion mit

50 000 bis unter 100 000 auf der einen Seite und Kreise in ländlich geprägten Regionen beim BfLR-Typ auf der anderen Seite kommt, ist mit der Art und Weise zu erklären, wie innerhalb des siedlungsstrukturellen Kreistyps der BfLR die Kreiskategorien für die ländlich geprägten Regionen gebildet werden. Dadurch, daß es innerhalb dieser Region keine Kategorie „Kernstädte“ gibt, „fehlen“ beim BfLR-Kreistyp im Gegensatz zu den BIK-Stadtregionen die kreisfreien Städte unter 100 000 Einwohnern. Diese Städte sind der Kategorie „verdichtete Kreise in den ländlich geprägten Regionen“ (8) der BfLR zugeordnet. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Städte, die nach BIK eigenständige Stadtregionen darstellen: Flensburg, Trier, Ingolstadt, Passau im Westen und Schwerin, Frankfurt /O., Brandenburg im Osten (vgl. Karte 1 und Karte 2 bzw. Anhang 5.4 und 5.5).

Neben diesen systematischen Unterschieden gibt es Einzelfälle, bei denen Gemeinden, die im Pendlereinzugsbereich der BIK-Kernbereiche liegen, aber außerhalb von Planungsgrenzen, so daß diese nach BIK dem Kernbereich einer Stadtregion zugeordnet werden und nach dem BfLR-Typ eine eigene Kernstadt bilden (z. B. Mainz). Umgekehrt fallen Gemeinden nicht in Stadtregionen, obwohl sie räumlich in direkter Nähe zu einem Oberzentrum liegen und bei der BfLR einer Kernstadt in einem Verdichtungsraum zugeordnet (z. B. Völklingen) werden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß nach obigen Befunden die politische Gemeindegrößenklasse ein grober Indikator für Stadt-Land-Unterschiede ist. Der BIK-Gemeindetyp stellt eine gewisse Erweiterung der Gemeindegrößenklasse dar, indem dieser die Stadtregionen differenzierter abbildet, allerdings ohne kleinere Gemeinden mit zu berücksichtigen. Beim siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR dagegen werden auch kleine Gemeinden siedlungsstrukturellen Kategorien zugeordnet. Dadurch, daß innerhalb der verschiedenen Regionen unterschiedlich stark verdichtete Kreiskategorien gebildet werden, erfolgt insbesondere in den Agglomerationsräumen und den verstädterten Gebieten eine weitergehende Differenzierung als etwa bei den BIK-Stadtregionen.

Die Aufgabe der nachfolgenden Analysen wird sein, die Ergebnisse vor dem Hintergrund zu betrachten, ob die oben skizzierten Unterschiede auch zu unterschiedlichen regionalen Ergebnissen führen.

3 Regionale Unterschiede bei soziodemographischen Merkmalen und Einstellungsvariablen - aufgezeigt anhand der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

3.1 Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) erhebt aktuelle und repräsentative Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die beiden primären Ziele des ALLBUS-Programmes sind die Untersuchung des sozialen Wandels und die Datengenerierung für Sekundäranalysen (Braun/Mohler 1991, S. 7 ff). Letzteres bedeutet, daß die erhobenen Daten sofort nach der Datenaufbereitung interessierten Forschern und Studenten als Datensatz bzw. als Codebuch zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des ALLBUS-Programms wird seit 1980 alle zwei Jahre eine Zufallsstichprobe der Bevölkerung der Bundesrepublik mit einem teils konstanten, teils variablen Frageprogramm befragt (vgl. Koch/Gabler/Braun 1994, S. 3 ff). Wegen der deutschen Vereinigung wurde 1991 außerhalb des Zwei-Jahres-Rhythmus eine Zusatzstudie durchgeführt. Seitdem wird - in getrennten Stichproben - jeweils die wahlberechtigte Bevölkerung (Personen in Privathaushalten) in den alten und neuen Bundesländern befragt. Zudem werden seit 1991 auch deutschsprechende Ausländer befragt. Bis 1992 wurde bei allen Erhebungen das ADM-Stichprobensystem bzw. ein äquivalentes Verfahren eingesetzt. 1994 wurde eine Gemeindestichprobe mit Ziehung von Personenadressen aus den Einwohnermelderegistern verwendet.

Ein weiteres Ziel des ALLBUS-Programms ist der internationale Vergleich. Deshalb wird bei jeder ALLBUS-Befragung die Umfrage des International Social Survey Programme (ISSP) - ein internationaler Forschungsverbund mit inzwischen 22 Ländern - als schriftlicher drop-off durchgeführt.

Jeder ALLBUS enthält neben einer ausführlichen Standarddemographie Einzelfragen und kürzere Itembatterien zu Einstellungen und Verhalten sowie ein bis zwei inhaltliche Schwerpunktthemen. Um den sozialen Wandel abzubilden, wird entweder soweit wie möglich auf bewährte Fragen aus früheren sozialwissenschaftlichen Studien zurückgegriffen oder es werden Meßreihen mit neuen Indikatoren entwickelt. Neben dieser langfristigen Zielsetzung ist jede Einzelerhebung des ALLBUS für Querschnittsanalysen geeignet.

3.2 Beschreibung regionaler Unterschiede

Zur Analyse regionaler Unterschiede von soziodemographischen Merkmalen und Einstellungen der Befragten werden folgende vier Regionalvariablen herangezogen:

- das Bundesland
- die politische Gemeindegrößenklasse
- die BIK-Stadtregionen
- der siedlungsstrukturelle Kreistyp der BfLR.

Die ersten drei raumbeschreibenden Variablen sind standardmäßig im ALLBUS verfügbar. Der Kreistyp der BfLR wurde für die folgenden Analysen über die Kreiskennziffer zugespielt. Die politische Gemeindegrößenklasse, die BIK-Stadtregionen und der Kreistyp der BfLR beschreiben in etwa die gleichen räumlichen Dimensionen, nämlich Stadt-Land-Unterschiede. Funktionen und Unterschiede dieser Regionalvariablen sind in Kapitel 2.1 detailliert beschrieben worden. Im folgenden soll kurz aufgezeigt werden, wie sich die Befragten des ALLBUS 1994 auf die verschiedenen Kategorien der jeweiligen Regionalvariablen verteilen.

3.2.1 Bundesland

In allen ALLBUS-Datensätzen steht die Zuordnung zu den jeweiligen Bundesländern zur Verfügung, bis 1984 auch zum Regierungsbezirk. Dieser wurde aus datenschutzrechtlichen Bedenken ab 1986 nicht mehr dem öffentlich zugänglichen ALLBUS-Datensatz zugefügt.

Bis zum Beitritt der DDR gab es 11, danach 16 Bundesländer in der Bundesrepublik. Davon sind drei sogenannte „Stadtstaaten“, deren Fläche gerade das Stadtgebiet umfaßt. Diese sind Berlin (West + Ost), Hamburg und Bremen incl. Bremerhaven. Die Bundesländer sind politische Gebilde, die bezüglich ihrer Fläche und Bevölkerungszahl unterschiedlich groß sind. Diese Gebietseinteilung ist somit nicht als homogen zu bezeichnen. Doch stellen die Bundeslandgrenzen - wie die späteren Analysen noch zeigen werden - eine durchaus wichtige Grobgliederung, z. B. von kulturellen Verschiedenheiten dar.

Tabelle 10: Befragte nach Bundesländern im ALLBUS 1994

		Befragte im ALLBUS 1994	
			v.H.
0	Berlin-West.	48	1,4
1	Schleswig - Holstein	118	3,4
2	Hamburg	50	1,5
3	Niedersachsen	280	8,1
4	Bremen	17	0,5
5	Nordrhein-Westfalen	645	18,7
6	Hessen	204	5,9
7	Rheinland-Pfalz	168	4,9
8	Baden-Württemberg	335	9,7
9	Bayern	427	12,4
10	Saarland	50	1,5
<i>Alte Bundesländer</i>		2342	67,9
11	Berlin-Ost	77	2,2
12	Mecklenburg-Vorpommern	120	3,5
13	Brandenburg	170	4,9
14	Sachsen-Anhalt	196	5,7
15	Thüringen	218	6,3
16	Sachsen	327	9,5
<i>Neue Bundesländer</i>		1108	32,1
Insgesamt		3450	100,0

Quelle: ALLBUS 1994

3.2.2 Politische Gemeindegrößenklasse

Im ALLBUS - Datensatz ist seit den ersten Erhebungen standardmäßig eine 7-stellige Gemeindegrößenklassifikation enthalten, die in der folgenden Tabelle für 1994 mit den jeweiligen Befragten dargestellt wird.

Tabelle 11: Befragte nach der politischen Gemeindegrößenklasse im ALLBUS 1994 in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

		Befragte im ALLBUS 1994			
		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
			v.H.		v.H.
1	bis 1 999 Einw.	149	6,4	275	24,8
2	2 000 - 4 999 Einw.	231	9,9	146	13,2
3	5 000 - 19 999 Einw.	608	26,9	148	13,4
4	20 000 - 49 999 Einw.	489	20,9	153	13,8
5	50 000 - 99 999 Einw.	114	4,9	83	7,5
6	100 000 - 499 999 Einw.	426	18,2	200	18,1
7	500 000 und mehr Einw.	325	13,9	103	9,3
insgesamt		2342	100,0	1108	100,0

1) Berlin wird in westliche und östliche Stadtbezirke aufgeteilt

Quelle: ALLBUS 1994

Wie bei der allgemeinen Darstellung der politischen Gemeindegrößenklasse (Kapitel 2.2.1.2) werden auch mit den ALLBUS-Daten die unterschiedlichen Größenstrukturen der Gemeinden in West und Ost abgebildet. Bei einem Vergleich mit den tatsächlichen Bevölkerungsanteilen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen - wie bei allen anderen folgenden Regionstypen auch - ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei der ALLBUS-Erhebung nur die erwachsene Bevölkerung in Privathaushalten und nicht - wie in Abbildung 1 dargestellt - die Gesamtbevölkerung erfaßt wird.

3.2.3 Siedlungsstrukturelle Gebietstypen der BfLR

Über die Gemeindekennziffer im internen ALLBUS-Datensatz war es möglich, mit Hilfe der Referenzdatei der BfLR den siedlungsstrukturellen Gebietstyp den Umfragedaten zuzuspielen.

Tabelle 12: Befragte 1994 im ALLBUS nach den siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

	Befragte im ALLBUS 1994			
	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
		v. H.		v. H.
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen	1196	51,1	484	43,7
1 Kernstädte	589	25,1	206	18,6
2 Hochverdichtete Kreise	369	15,8	44	4,0
3 Verdichtete Kreise	186	7,9	158	14,3
4 Ländliche Kreise	52	2,2	76	6,9
II Regionen mit Verdichtungsansätzen	714	30,5	405	36,6
5 Kernstädte	164	7,0	125	11,3
6 Verdichtete Kreise	423	18,1	175	15,8
7 Ländliche Kreise	127	5,4	105	9,5
III Ländlich geprägte Regionen	432	18,5	219	19,7
8 Verdichtete Kreise	222	9,5	56	5,1
9 Ländliche Kreise	210	9,0	163	14,7
Insgesamt	2342	100,0	1108	100,0

¹⁾ Berlin wird in westliche und östliche Stadtbezirke aufgeteilt

Quelle: ALLBUS 1994

Ein kurzer Blick auf die Verteilung der ALLBUS-Befragten nach dem siedlungsstrukturellem Kreistyp zeigt zumindest in den alten Bundesländern ein ähnliches Bild wie bei der Verteilung der Bevölkerung (vgl. Tabelle 1) - mit Ausnahme der hochverdichteten Kreise. Dagegen ist die Verteilung in den Bundesländern weniger gut. Eventuelle Ursachen sind die z.T. niedrigen Fallzahlen pro Kreistyp, inzwischen stattgefundene Bevölkerungsveränderungen, z. B. aufgrund von Migrationen, Gebietsreformen in den neuen Bundesländern. Dies sind unter anderem auch die Gründe, warum nach Abschluß der Gebietsreformen im Osten eine Überarbeitung der BfLR-Gebietstypen vorgesehen ist.

3.2.4 Stadtregionstypen nach BIK

Tabelle 13: Befragte 1994 nach dem ADM-BIK-Regionstyp in den alten und neuen Bundesländern

		Befragte im ALLBUS 1994			
		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
		v.H.		v.H.	
1	bis unter 2 000 Einw.	149	6,4	209	18,9
2	2 000 bis unter 5 000 Einw.	209	8,9	78	7,0
3	5 000 bis unter 20 000 Einw.	409	17,5	125	11,3
4	20 000 bis unter 50 000 Einw.	230	9,8	112	10,1
<i>Restgebiete (Peripherer Bereich + Nicht Stadtregionsgebiet)</i>		997	42,6	524	47,3
5	50 000 bis unter 100 000 Einw. (Zone 2,3)	20	0,9	24	2,2
6	50 000 bis unter 100 000 Einw. (Zone 1)	73	3,1	69	6,2
7	100 000 bis unter 500 000 Einw. (Zone 2,3)	166	7,1	51	4,6
8	100 000 bis unter 500 000 Einw. (Zone 1)	183	7,8	143	12,9
9	500 000 Einw. und mehr (Zone 2,3)	248	10,6	59	5,3
10	500 000 Einw. und mehr (Zone 1)	655	28,0	238	21,5
<i>Stadtregionen</i>					
	1 Zone 1 (Kerngebiet)	911	38,9	450	40,6
	2 Zone 2, 3 (Verdichtungs- und Übergangsbereich)	434	18,5	134	12,1
<i>Zwischensumme (1+2)</i>		1345	57,4	584	52,7
Insgesamt		2342	100,0	1108	100,0

Zone 1 - Kernbereich der Stadtregion, Zone 2 - Verdichtungsbereich, Zone 3 - Übergangsbereich

Quelle : ALLBUS 1994

Ein Vergleich mit den Bevölkerungszahlen (vgl. Tabelle 6) ist nur auf der Basis der schraffierten Felder möglich, da zum BIK-Gemeindetyp, wie er bei der ADM-Stichprobenziehung verwendet wird, keine Referenzdatei zur Verfügung steht. Da mit dem BIK-Gemeindetyp die ALLBUS-Stichprobe regional geschichtet wird, sind die Verteilungen weitgehend ähnlich.

3.3 Analyseschritte

Nachdem die vier Raumkategorien, die in der weiteren Untersuchung verwendet werden, dargestellt wurden, soll im ersten Analyseschritt zunächst geklärt werden, ob sich Regionen - im Hinblick auf bestimmte sozialstrukturelle Merkmale und Einstellungen der Bevölkerung in nennenswertem Ausmaß unterscheiden. Im nächsten Schritt wird die Analyseperspektive erweitert, neben den Regionalvariablen werden die soziodemographischen Variablen - Alter, Geschlecht und Bildung - miteinbezogen. Hintergrund der Vorgehensweise ist die Überlegung, daß Zusammenhänge zwischen Regionaltypen und sozialstrukturellen Merkmalen bzw. Einstellungen möglicherweise auf die unterschiedliche Komposition der Regionen im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Bildung der Befragten zurückzuführen sind. „Komposition“ heißt hier nichts anderes, als daß es bei diesen Merkmalen regionale Disparitäten gibt. Um den Ergebnissen schon vorzugreifen: Regionale Disparitäten sind in der Bundesrepublik besonders im Hinblick auf Bildungsabschlüsse zu beobachten. Ist Bildung als Erklärungsvariable relevant, werden die Effekte für die Regionen schwächer bzw. verschwinden. Die Differenzierung nach Regionen ist dann für die entsprechende Fragestellung von untergeordneter Bedeutung und muß in Erklärungsmodellen nicht unbedingt berücksichtigt werden.

Nun gilt für die meisten sozialwissenschaftlichen Fragestellungen, daß Alter, Geschlecht und Bildung nicht die einzigen - geschweige denn die wichtigsten - Merkmale sind, die Verhalten oder Einstellungen von Personen erklären können. Deshalb werden vor allem bei Fragestellungen, bei denen Alter, Geschlecht und Bildung weniger relevant sind, zusätzlich weitere Merkmale berücksichtigt, von denen bekannt ist, daß sie zentrale Einflußgrößen für das untersuchte Merkmal sind. Es wird also versucht, möglichst sichere Hinweise darauf zu erlangen, ob Regionaltypisierungen - über Kompositionseffekte hinaus - für bestimmte Fragestellungen von Relevanz sein könnten. Es muß betont werden, daß dies lediglich Hinweise sein können. Wenn Regionaltypisierungen auch unter Kontrolle verschiedener anderer Erklärungsfaktoren einen Effekt auf das untersuchte Merkmal ausüben, heißt dies noch nicht, daß Regionen unbedingt ursächlich Einfluß auf die untersuchten abhängigen Variablen haben. Vollständige Kausalmodelle würden den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

Neben den relativ grob gliedernden Regionaltypisierungen hinaus wird bei einzelnen Fragestellungen zusätzlich untersucht, inwieweit der spezielle regionale Kontext des Befragten - gemessen mit objektiven Daten der amtlichen Statistik - einen Einfluß auf

seine Einstellungen hat. Denn es gibt regionale Aspekte, die sich nicht allein mit einem generellen Stadt-Land, Stadt-Umland oder Bundeslandunterschied erklären lassen. So ist z. B. die Arbeitslosenquote als erklärendes Merkmal nicht unbedingt Ausdruck eines Stadt-Land-Unterschieds, sondern ist unter anderem ein Indikator für regionale Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur. Diese Merkmale werden bei den entsprechenden Fragestellungen ebenfalls zusätzlich zum „Standardmodell“ in die multivariaten Analysen miteinbezogen.

Das Hauptaugenmerk bei der multivariaten Analyse liegt bei den folgenden Analysen nicht auf der Frage, wieviel durch das herangezogene Modell erklärt wird, sondern auf der Veränderung des Effektes der Regionalvariablen vom einfachen Modell zum Modell, in dem zusätzliche erklärende Merkmale enthalten sind, d. h. auf die Frage, ob die verwendeten Regionalvariablen nach Berücksichtigung weiterer Kontrollvariablen noch einen signifikanten Einfluß aufweisen oder nicht.

Die bivariaten und multivariaten Analysen erfolgen für alle vier oben dargestellten Regionalvariablen. Meistens erfolgt die bildliche Darstellung regionaler Unterschiede exemplarisch mit dem BIK-Stadtregionentyp, da dieser zur Zeit problemlos für jeden Nutzer verfügbar ist und somit die dargestellten Ergebnisse reproduzierbar sind. Zudem ist dieser Regionstyp zumindest für die neuen Bundesländer - nach obigen Befunden (Kapitel 2.2.3) - zur Zeit das geeignetere Instrument zur Ausweisung von Regionalergebnissen. Für die Abbildungen wurden auf Grund der zum Teil geringen Zellenbesetzung Kategorien zusammengefaßt, und zwar bilden die beiden Stadtregionen 50 000 - 99 999 und 100 000 - 499 999 nach der Recodierung eine Stadtregion.

Bevor auf die Ergebnisse im einzelnen eingegangen wird, soll vorab - zur ersten Orientierung - in einer Übersicht dargestellt werden, welche abhängigen Merkmale mit den Regionalvariablen in Beziehung gesetzt werden, wie stark jeweils der Zusammenhang ist und wie sich der Einfluß der Regionalvariablen nach den multivariaten Analysen quantitativ verändert. In den nachfolgenden Kapiteln wird dann im einzelnen die Variablenauswahl begründet und die hier dargestellten Ergebnisse interpretiert.

Die folgenden Analysen werden getrennt nach alten und neuen Bundesländer durchgeführt.

Übersicht 6: Die bivariaten Zusammenhänge soziodemographischer Merkmale und Einstellungsmerkmale mit den Regionalvariablen Bundesland, Gemeindegrößenklasse, BIK-Gemeindetyp und siedlungsstruktureller Kreistyp der BfLR, sowie die Veränderung des regionalen Einflusses nach der multivariaten Analyse (standard/erweitertes Modell)¹⁾

Alle Bundesländer

Regionalvariable		Bundesland		Gemeindegrößenklasse		BIK-Stadtregionen		siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR	
abhängige Variable		Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/erweitertes Modell)
höchster Schulabschluß ³⁾	bis Hauptschule	.12**	++	.13**	++	.12**	++	.10*	++
	FH/Hochschulreife	.10+		.16**		.16**		.15**	
Haushaltsgröße ³⁾	1 Pers.HH	.08	o	.10*	++	.11**	+	.12**	++
	≥3 Pers.HH	.10*		.17**		.18**		.17**	
Wohnform ³⁾	eigenes Haus	.18**	++	.38**	++	.37**	++	.35**	++
Konfession ³⁾		.24**	++	.16**	++	.17**	+	.20*	++
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	.11**	+	.04	o	.07	o	.07	o
	Bundesland heute - schlecht	.20**	++	.10**	++	.09*	++	.10**	++
	selbst heute - schlecht	.09*	++	.06	o	.06	o	.06	o
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	.15**	++/-	.17**	++/+	.20**	++/+	.19**	++/+
Sexualmoral ⁴⁾	vorehel. Verkehr - schlimm	.11*	+/-	.09*	o	.12*	o	.09	o
	Homosexualität - schlimm	.16**	+/+	.16**	+/+	.16**	++/+	.16**	+/+
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung Mann/Frau - Zustimmung für „klassisch“	.10**	+	.07+	-	.09*	-	.08+	-
Legalen Schwangerschaftsabbruch ²⁾	ja, möglich, wenn Frau es will	.16**	+/+	.16**	++/+	.14**	+/+	.17**	++/+
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	.14**	++/-	.12*	++	.13*	++	.14**	++/-
	SPD	.11+	++	.10+	++	.10	++	.12*	++
	Bündnis 90/ Die Grünen	.12+	-	.10+	-	.11+	-	.10	-
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	.10*	+	.07	-	.07	o	.08	-
	Anteil der Materialisten	.11*	+	.06	o	.07	-	.10*	-
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in enger Umgebung	.16**	++	.24**	++	.25**	++	.22**	++
Einstellung gegenüber Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	.09+	+	.08+	-	.09*	+	.08+	+
	Diskriminierungsindex - hoch	.11*	-	.06	-	.05	+	.07	+

Neue Bundesländer

Regionalvariable		Bundesland		Gemeindegrößenklasse		BIK-Stadtregionen		siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR	
abhängige Variable		Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/ erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/ erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/ erweitertes Modell)	Cramers'V	Regionaleffekt nach der multivariaten Analyse (Standard/ erweitertes Modell)
höchster Schulabschluß ³⁾	bis Hauptschule	.08	++	.15**	++	.15**	++	.13+	++
	FH/Hochschulreife	.09		.18**		.18**		.18**	
Haushaltsgröße ³⁾	1 Pers.HH	.07	o	.05	o	.10	o	.10	o
	≥3 Pers.HH	.05		.09		.10		.04	
Wohnform ³⁾	eigenes Haus	.23**	++	.48**	++	.48**	++	.36**	++
Konfession ³⁾		.10*	++	.18**	++	.21**	++	.13*	++
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	.11*	o	.08	o	.12+	++	.09	+
	Bundesland heute - schlecht	.18**	++	.10+	o	.15**	++	.13*	++
	selbst heute - schlecht	.09	-	.06	o	.10	o	.10	o
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	.13*	++	.10	++	.12	+	.06	o
Sexualmoral ⁴⁾	vorehel. Verkehr - schlimm	.08	+/-	.13+	-	.13+	o	.11	o
	Homosexualität - schlimm	.21**	+/+	.25**	+/+	.23**	++/++	.28**	+/+
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung Mann/Frau - Zustimmung für „klassisch“	.14+	+	.12*	+	.12+	++	.09	-
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	ja, möglich, wenn Frau es will	.17**	+/+	.11+	o	.14+	+/+	.16**	o
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	.22**	+/+	.13	++	.13	++	.16+	o
	SPD	.19**	+	.10	o	.10	o	.13	o
	Bündnis 90/ Die Grünen	.10	-	.13	+	.15	+	.13	+
	PDS	.21**	+	.20**	+	.18*	+	.17*	+
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	.10+	+	.16**	+	.17**	+	.18**	+
	Anteil der Materialisten	.11+	+	.14*	+	.14+	+	.12	-
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in enger Umgebung	.13+	++	.35**	++	.33**	++	.28**	++
Einstellung gegen über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	.11*	+	.10+	+	.10	+	.13*	+
	Diskriminierungsindex - hoch	.13*	+	.14*	+	.14+	+	.16**	+

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

¹⁾ Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7) zu entnehmen

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

++ Regionaleffekte nehmen nach der multivariaten Analyse zu oder bleiben gleich

+ Regionaleffekte nehmen nach der multivariaten Analyse leicht ab, aber bleiben erhalten

- Regionaleffekte nehmen nach der multivariaten Analyse ab, es bleiben keine oder minimale Effekte erhalten

o es bestanden kaum/keine Regionaleffekte

3.4. Soziodemographische Merkmale im regionalen Vergleich

Bei der Beschreibung regionaler sozialstruktureller Unterschiede mit Hilfe der ALLBUS-Daten beschränkt sich die Darstellung auf Merkmale, die zum einen regionale Unterschiede vermuten lassen und daher dazu dienen könnten, auch mit Umfragedaten regionale Strukturen zu beschreiben. Zum anderen soll bei den wichtigsten Hintergrundvariablen, die für die multivariaten Analysen verwendet werden, die regionale Varianz untersucht werden, um eventuelle Kompositionseffekte abschätzen zu können. Diese Auswahl der Variablen erfolgt - wie später auch bei den Einstellungsmerkmalen - exemplarisch und umfaßt nicht sämtliche Variablen des ALLBUS-Frageprogramms. Es wurden folgende soziodemographischen Merkmale ausgewählt: Der höchste erreichte allgemeine Schulabschluß (Bildung), Anzahl der Personen pro Haushalt (Haushaltsgröße), die Wohnform und die Konfessionszugehörigkeit.

Tabelle 14 a: Soziodemographische Variablen nach den alten und neuen Bundesländern 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Berlin (West)	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	inges.	Cramer's V
Anzahl der Befragten 1994		48	118	50	280	17	645	204	168	335	427	50	2342	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	38,3	44,6	44,0	49,3	41,2	57,5	50,2	67,3	53,7	56,0	64,0	54,5	.12**
	FH/Hochschulreife	40,4	25,9	26,0	19,6	35,3	21,7	18,4	15,8	20,4	18,6	20,0	20,7	.10+
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	29,2	13,6	22,0	17,5	5,9	16,3	22,1	15,5	21,8	17,1	22,0	18,1	.08
	≥3 Pers.HH	45,8	57,6	34,0	57,1	29,4	44,8	46,6	50,6	47,8	47,1	44,0	48,0	.10*
Wohnform	eigenes Haus	10,4	49,2	22,0	53,2	17,6	41,7	51,0	61,3	49,9	48,5	58,0	47,2	.18**
Konfession	konfess.los	41,7	29,7	44,0	14,3	29,4	10,1	10,3	5,4	8,1	5,6	10,0	11,7	.24**
	katholisch	8,3	6,8	10,0	28,2	5,9	49,2	34,3	53,0	37,9	69,1	60,0	43,8	
	evangelisch	39,6	58,5	38,0	52,5	58,8	34,2	45,6	36,3	46,3	22,0	26,0	38,4	

Neue Bundesländer

		Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	insgesamt	Cramer's V
Anzahl der Befragten 1994		77	120	170	196	218	327	1108	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	31,2	41,2	40,6	46,2	43,8	45,3	43,0	.08
	FH/Hochschulreife	28,6	16,0	16,4	14,4	15,2	15,1	16,2	.09
Haushaltsgröße	1 Pers.Hh	18,2	18,3	12,9	10,2	12,4	14,1	13,6	.07
	≥3 Pers.Hh	46,8	56,7	48,8	53,6	52,3	52,3	52,1	.05
Wohnform	eigenes Haus	5,2	20,0	44,1	37,2	45,0	33,9	34,7	.23**
Konfession	konfessionslos	85,7	75,0	62,4	74,0	69,1	60,9	68,3	.10*
	katholisch	2,6	3,3	3,5	3,6	2,3	3,1	3,1	
	evangelisch	11,7	18,3	31,8	19,4	24,9	31,2	25,2	

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

Quelle: ALLBUS 1994

Tabelle 14 b: Soziodemographische Variablen nach Gemeindegrößenklassen in den alten und neuen Bundesländern 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Befragte in Gemeinden von ... bis ... Einwohner							insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000-4.999	5.000-19.999	20.000-49.999	50.000-99.999	100.000-499.999	500.000 u.mehr		
Anzahl der Befragten 1994		149	231	608	489	114	426	325	2342	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	68,7	61,2	56,5	53,6	48,2	54,5	42,9	54,5	.13**
	FH/Hochschulreife	8,2	11,0	19,0	20,8	20,2	24,4	31,7	20,7	.16**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	10,1	15,6	16,4	16,4	17,5	23,5	22,5	18,1	.10*
	≥3 Pers.HH	62,4	58,0	52,6	50,7	44,7	36,2	38,2	48,0	.17**
Wohnform	eigenes Haus	75,2	68,4	59,4	54,4	31,6	27,7	16,6	47,2	.38**
Konfession	konfessionslos	8,7	1,7	6,9	13,9	4,4	12,7	26,8	11,7	.16**
	katholisch	48,3	57,1	52,0	39,3	43,0	35,8	34,5	43,8	
	evangelisch	41,6	37,2	36,8	39,9	46,5	43,8	28,9	38,4	

Neue Bundesländer

		Befragte in Gemeinden von ... bis ... Einwohner							insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000-4.999	5.000-19.999	20.000-49.999	50.000-99.999	100.000-499.999	500.000 u.mehr		
Anzahl der Befragten 1994		275	146	148	153	83	200	103	1108	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	53,5	44,1	36,6	40,7	50,6	35,9	34,0	43,0	.15**
	FH/Hochschulreife	8,9	13,1	14,5	14,7	15,2	25,3	28,2	16,2	.18**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	13,1	13,7	12,2	14,4	12,0	13,0	18,4	13,6	.05
	≥3 Pers.HH	51,3	59,6	57,4	47,7	47,0	53,0	44,7	52,1	.09
Wohnform	eigenes Haus	67,3	50,0	31,1	24,2	20,5	11,5	3,9	34,7	.48**
Konfession	konfessionslos	49,8	66,4	74,3	79,7	66,3	75,9	81,6	68,3	.18**
	katholisch	2,5	0,7	2,0	4,6	8,4	2,5	3,9	3,1	
	evangelisch	44,4	27,4	22,3	11,8	24,1	16,6	12,6	25,2	

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1)Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

Quelle: ALLBUS 1994

Tabelle 14 c: Soziodemographische Variablen nach dem BIK-Gemeindetyp in den alten und neuen Bundesländern 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Befragte in Gemeinden bzw. Stadtregionen von ... bis ... Einwohner										insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000-4.999	5.000-19.999	20.000-49.999	50.000-99.999 (Zone 2,3)	50.000-99.999 (Zone 1)	100.000-499.999 (Zone 2,3)	100.000-499.999 (Zone 1)	500.000 u.mehr (Zone 2,3)	500.000 u.mehr (Zone 1)		
Anzahl der Befragten 1994		149	209	409	230	20	73	166	183	248	655	2342	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	68,7	62,0	59,1	55,5	57,5	50,7	56,7	50,3	50,0	48,2	54,5	.12**
	FH/Hochschulreife	8,2	11,2	18,0	20,7	26,3	17,8	13,4	30,2	23,0	26,7	20,7	.16**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	10,1	14,4	15,4	19,1	25,0	19,2	18,7	26,8	14,1	21,1	18,1	.11**
	≥3 Pers.HH	62,4	61,2	54,8	43,0	45,0	46,6	46,4	36,1	56,0	38,9	48,0	.18**
Wohnform	eigenes Haus	75,2	69,4	61,1	48,7	65,0	34,2	63,9	23,5	54,0	25,2	47,2	.37**
Konfession	konfess.los	8,7	1,9	6,8	8,3	-	1,4	4,2	11,5	16,9	21,1	11,7	.17**
	katholisch	48,3	59,8	52,3	43,0	80,0	54,8	53,6	35,5	35,5	33,2	43,8	
	evangelisch	41,6	35,9	37,2	41,3	20,0	42,5	36,1	45,4	40,3	36,4	38,4	

Neue Bundesländer

		Befragte in Gemeinden bzw. Stadtregionen von ... bis ... Einwohner										insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000-4.999	5.000-19.999	20.000-49.999	50.000-99.999 (Zone 2,3)	50.000-99.999 (Zone 1)	100.000-499.999 (Zone 2,3)	100.000-499.999 (Zone 1)	500.000 u.mehr (Zone 2,3)	500.000 u.mehr (Zone 1)		
Anzahl der Befragten 1994		209	78	125	112	24	69	51	143	59	238	1108	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	53,4	48,1	35,2	38,2	45,8	48,5	56,0	41,1	39,0	36,0	43,0	.15**
	FH/Hochschulreife	9,2	11,7	15,6	11,8	-	19,7	8,0	21,3	18,6	25,0	16,2	.18**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	12,9	17,9	12,8	11,6	12,5	15,9	15,7	9,1	6,8	17,6	13,6	.10
	≥3 Pers.HH	52,6	52,6	57,6	52,7	66,7	42,0	47,1	49,7	62,7	49,6	52,1	.10
Wohnform	eigenes Haus	70,8	51,3	32,8	26,8	33,3	11,6	58,8	14,0	54,2	11,8	34,7	.48**
Konfession	konfess.los	50,2	55,1	74,4	83,9	66,7	69,6	43,1	74,6	81,4	76,1	68,3	.21**
	katholisch	2,4	-	1,6	2,7	-	14,5	3,9	2,8	1,7	2,9	3,1	
	evangelisch	44,0	38,5	22,4	10,7	20,8	14,5	49,0	16,9	16,9	18,	25,2	

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1)Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

Quelle: ALLBUS 1994

Tabelle 14 d: Soziodemographische Variablen nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern 1994

Alte Bundesländer

		Regionen mit großen Verdichtungsräumen „Agglomerationsräume“				Regionen mit Verdichtungsansätzen „Verstädterte Räume“			Ländlich geprägte Regionen „ländliche Räume“		insgesamt	Cramer's V
		Kernstädte	hochverd. Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	Kernstädte	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise		
Anzahl der Befragten 1994		589	369	186	52	164	423	127	222	210	2342	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	50,5	51,9	50,5	67,3	46,6	59,8	52,8	60,1	60,9	54,5	.10*
	FH/Hochschulreife	26,3	22,5	24,2	7,7	32,3	16,5	15,2	12,8	13,0	20,7	.15**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	21,9	16,8	14,0	5,8	28,0	18,4	11,8	15,8	14,3	18,1	.12**
	≥3 Pers.HH	38,2	47,7	51,1	61,5	34,8	51,5	68,5	55,0	53,3	48,0	.17**
Wohnform	eigenes Haus	23,6	48,2	54,8	75,0	22,6	60,2	68,5	63,5	60,0	47,2	.35**
Konfession	konfessionslos	21,1	10,8	18,8	17,3	12,8	5,0	4,7	5,0	2,9	11,7	.20*
	katholisch	34,5	45,0	25,8	25,0	35,4	47,8	29,9	60,4	77,4	43,8	
	evangelisch	35,0	37,4	46,2	55,8	45,7	42,1	62,2	32,4	17,6	38,4	

Neue Bundesländer

		Regionen mit großen Verdichtungsräumen „Agglomerationsräume“				Regionen mit Verdichtungsansätzen „Verstädterte Räume“			Ländlich geprägte Regionen „ländliche Räume“		insgesamt	Cramer's V
		Kernstädte	hochverd. Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	Kernstädte	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise		
Anzahl der Befragten 1994		206	44	158	76	125	175	105	56	163	1108	
höchster Schulabschluß	bis Hauptschule	34,3	38,6	47,7	58,1	40,3	45,3	35,6	46,3	46,9	43,0	.13+
	FH/Hochschulreife	26,5	15,9	13,5	5,4	22,6	16,9	10,6	9,3	11,3	16,2	.18**
Haushaltsgröße	1 Pers.HH	17,5	9,1	12,0	9,2	8,8	12,6	14,3	14,3	17,8	13,6	.10
	≥3 Pers.HH	51,0	59,1	51,9	48,7	48,8	53,7	53,3	53,6	52,8	52,1	.04
Wohnform	eigenes Haus	8,7	29,5	46,2	51,3	14,4	45,1	44,8	21,4	52,8	34,7	.36**
Konfession	konfessionslos	75,7	77,3	64,6	60,5	75,8	66,9	65,7	71,7	60,1	68,3	.13*
	katholisch	2,9	2,3	1,9	2,6	2,4	6,3	1,9	8,9	0,6	3,1	
	evangelisch	17,5	20,5	29,7	32,9	17,7	22,9	28,6	14,3	38,0	25,2	

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

Quelle: ALLBUS 1994

3.4.1 Bildung

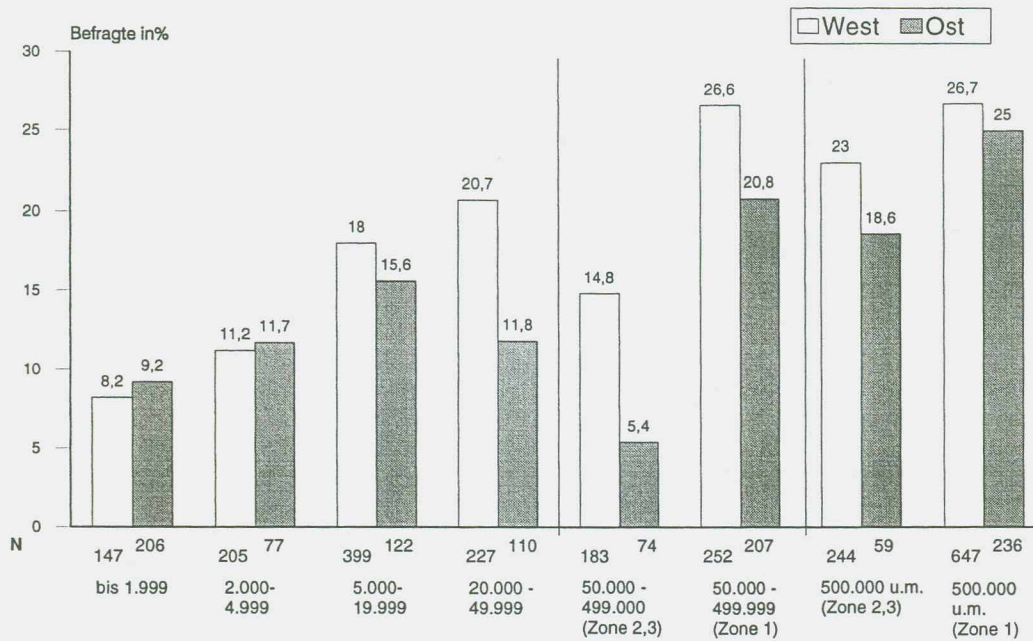
Der Bildungsstand im ALLBUS wird als höchster allgemeinbildender Schulabschluß erfragt. Bei der Verwendung als abhängige Variable soll der Frage nachgegangen werden, ob es in der heutigen Bundesrepublik regionale Disparitäten der Bildungsbeteiligung gibt. Die einfache Korrelation mit den vier Regionalvariablen zeigt einen signifikanten Zusammenhang (vgl. Übersicht 7). Bei diesen Analysen wurde zur Verdeutlichung der Unterschiede zum einen die Ausprägung „bis Hauptschulabschluß“, zum anderen die Kategorie „Fachhochschul- /Hochschulreife“ gebildet.

Nach den Ergebnissen des ALLBUS 1994 (vgl. Tabelle 14 a) haben von den Befragten insgesamt 54,5 % im Westen und 43,0 % im Osten maximal einen Hauptschulabschluß. Fachhochschul- bzw. Hochschulreife haben 20,7 % bzw. 16,2 %. Auf Bundesländerebene gibt es nur für die alten Bundesländer leichte Unterschiede. So finden sich in Rheinland-Pfalz, im Saarland, Nordrhein - Westfalen und Bayern überdurchschnittlich viele Personen mit maximal Hauptschulabschluß, die Bundesländer Berlin/West, Hamburg und Schleswig-Holstein dagegen weisen einen hohen Anteil an Personen mit den beiden höchstmöglichen Bildungsabschlüssen auf.

Anhand der Variable „politische Gemeindegrößenklasse“ erkennt man weiter, daß eindeutig ein Stadt-Land-Gefälle der Bildung existiert. Je größer die Gemeindegröße, desto höher ist der Bildungsabschluß bzw. umgekehrt: je kleiner die Gemeinde, desto eher besitzen die Befragten nur maximal einen Hauptschulabschluß (vgl. Tabelle 14 b). Dieses trifft für die alten und zum Teil auch für die neuen Bundesländer zu.

Die nachfolgende Abbildung bestätigt zumindest für die alten Bundesländer noch einmal den allgemeinen Befund des Stadt-Land-Unterschieds der Bildungsbeteiligung und macht zusätzlich die Unterschiede innerhalb der Verdichtungsräume deutlich. In den vier Ortsgrößenklassen bis maximal 49 999 Einwohner nimmt der Anteil der Personen in Westdeutschland mit dem höchstmöglichen allgemeinbildenden Schulabschluß von 8,2 % auf 20,7 % zu. Innerhalb der Stadtregionen ist der Anteil der „Hochgebildeten“ in den Kernstädten höher als im direkten Umland. Dies gilt auch für die neuen Bundesländer. Dabei ist der Unterschied zwischen Kern und Randzone in den Stadtregionen mit 50 000 bis 499 999 Einwohnern deutlich größer (11,8 bzw. 15,4 Prozentpunkte) als in den großen Agglomerationsräumen ab 500.000 Einwohnern (3,7 bzw. 6,4 Prozentpunkte).

Abbildung 4: Personen mit Fachhochschul-/Hochschulreife 1994 nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen)



Davon mit ... bis ... Einwohnern

West: Cramer's V .15 p=.0000 mean = 20,7

Ost: Cramer's V .18 p=.0000 mean = 16,2

Quelle: ALLBUS 1994

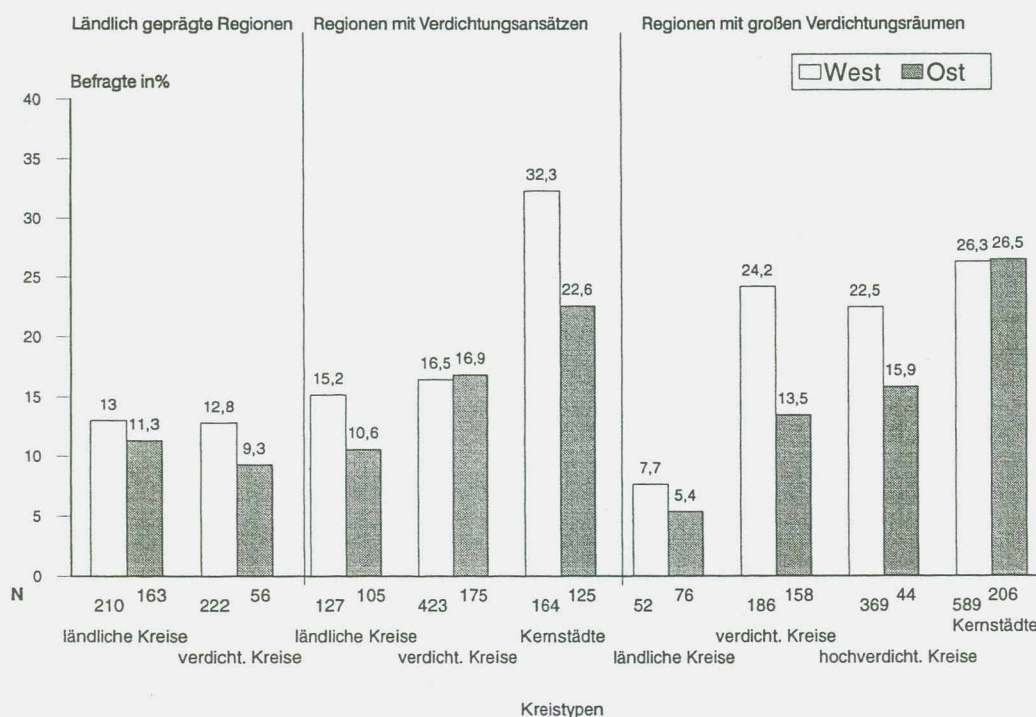
Einen Einfluß auf die regionale Bildungsbeteiligung könnte - zumindest im Westen - in den letzten Jahrzehnten die starke Bevölkerungsumverteilung gehabt haben. Da in den Städten der Anteil der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und im Forschungs- und Entwicklungsbereich im Vergleich zu den sonstigen Wirtschaftsbereichen besonders hoch ist, zogen gut qualifizierte Arbeitskräfte in die Nähe bzw. in die Großstädte. Zudem strebt die ansässige Bevölkerung auf Grund des größeren Angebotes an qualifizierteren Arbeitsplätzen ebenfalls einen höheren Bildungsabschluß an.

Einen weiteren Einfluß auf die Bildungsbeteiligung hatte die staatliche Bildungspolitik. Seit Ende der 60er Jahre gab es in Deutschland eine durch den Staat geförderte „Bildungsexpansion“, die zum Ziel hatte, den im internationalen Vergleich hohen Bildungsrückstand der deutschen Bevölkerung zu beseitigen, indem grundsätzlich für alle sozialen Schichten der Zugang zu allen Schul- und Bildungsarten geöffnet wurde. Dies führte in der Folgezeit dazu, daß von den Jugendlichen immer höhere Bildungsabschlüsse erzielt wurden. In der ehemaligen DDR gab es ebenfalls diesen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen, der aber durch staatliche Reglementierung in Form von Zugangsbeschränkungen eingeschränkt wurde.

Somit liegt es nahe, daß neben der regionalen Herkunft des Befragten die Höhe des Bildungsabschlusses zusätzlich beeinflußt wird von Alter bzw. Geburtskohorte, d. h. dem Zeitraum, in dem der Befragte zur Schule ging, und unter Umständen auch durch das Geschlecht. Um zu überprüfen, welchen Einfluß diese persönlichen Merkmale haben, erfolgte eine multivariate Analyse mit Hilfe einer linearen Regression. In den alten wie auch in den neuen Bundesländern änderte sich nichts zwischen der einfachen und der multiplen Regression (Übersicht 8). Das bedeutet, daß es insbesondere vom Alter unabhängige weitere regionale Einflüsse auf den Bildungsabschluß einer Person geben muß.

Huinink und Wagner (1988) vertreten die Auffassung, daß ein wichtiger Faktor für die regionalen Unterschiede der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung die regional ungleiche Ausstattung mit Bildungseinrichtungen ist. Ein Indiz für diese Vermutung ist die Verteilung der Befragten mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife innerhalb der großen Stadtregionen bzw. in den großen Agglomerationsräumen nach dem siedlungsstrukturellen Gebietstyp der BfLR (vgl. Abbildung 5):

Abbildung 5: Personen mit Fachhochschul-/Hochschulreife 1994 nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR



West: Cramer's V .15 p=.0000 mean = 20,7
 Ost: Cramer's V .18 p=.0000 mean = 16,2

Quelle: ALLBUS 1994

In diesen hochverdichteten Räumen ist eine gute Infrastrukturausstattung bezüglich Bildungseinrichtungen sowie öffentlichem Personennahverkehr vorhanden, so daß der Unterschied beim höchsten erreichbaren Schulabschluß zwischen den Bewohnern von Kernstadt und Umland - wie schon beschrieben - hier geringer ist als in den weniger verdichteten Großstadtregionen.

Übersicht 7: Effekte von Regionalvariablen auf den höchsten Schulabschluß - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
höchster Schulabschluß (Bildung)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	0,15**	0,15**	0,18**	0,18**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,13**	0,13**	0,15**	0,15**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,12**	-0,12**	-0,16**	-0,15**
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,11**	-0,12**	-0,07+	-0,08*
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,09**	-0,09**	-0,02	-0,03
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,05+	-0,04	-0,05	-0,05
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,07*	-0,06*	-0,11*	-0,12**
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
höchster Schulabschluß (Bildung)	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,04	-0,04
BLW 2 Niedersachsen	-0,10*	-0,10*
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,17*	-0,17*
BLW 4 Hessen	-0,10*	-0,09*
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,16**	-0,15**
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,12*	-0,12*
BLW 7 Bayern	-0,16**	-0,16**
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,12+	-0,13*
BLO 2 Brandenburg	-0,12+	-0,13*
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,17*	-0,17**
BLO 4 Thüringen	-0,15*	-0,16**
BLO 5 Sachsen	-0,18*	-0,18**
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+ : $p \leq 0,05$; * : $p \leq 0,01$; ** : $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

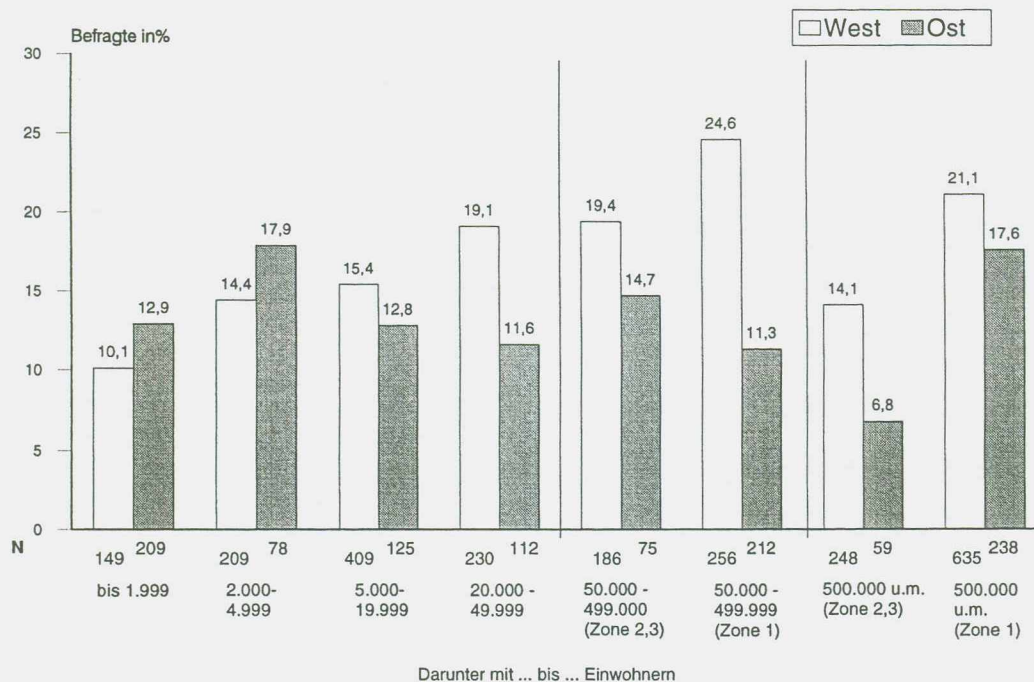
3) Kontrollvariablen sind Alter und Geschlecht

Quelle: ALLBUS 1994

3.4.2 Haushaltsgröße

Die Haushaltsgröße kann als Indikator für das Vorhandensein unterschiedlicher Lebensformen herangezogen werden. Insbesondere der Anteil der Single-Haushalte, also der Einpersonenhaushalte, gibt darüber Auskunft, inwieweit die „Normalfamilie“ Standard ist oder ob andere Lebensformen vorzufinden sind. Anhand der Daten des ALLBUS 1994 werden für die alten und neuen Bundesländer getrennt jeweils die Einpersonenhaushalte und die Haushalte mit mindestens drei Personen auf regionale Unterschiede hin untersucht. Insgesamt gibt es im Westen 18,1 % und im Osten 13,6 % Einpersonenhaushalte (vgl. Tabelle 14 a). Der Anteil der Haushalte mit mindestens drei Personen beträgt 48,0 % bzw. 52,1 %. Bei allen untersuchten regionalen Variablen ergeben sich für die neuen Bundesländer keinerlei signifikante Unterschiede. In den alten Bundesländern zeigen sich zunächst auf der Ebene der Bundesländer leichte Unterschiede zwischen den Stadtstaaten einerseits und den Flächenstaaten andererseits (vgl. Tabelle 14 a). So haben Westberlin und Hamburg (die Ergebnisse von Bremen sind wegen der geringen Fallzahlen - bei allen Analysen - nicht aussagekräftig) unter dem Durchschnitt liegende Anteile von Drei - und Mehrpersonenhaushalten und über dem Durchschnitt liegende Anteile von Einpersonenhaushalten. Diese Unterschiede basieren auf einem generellen Stadt-Land-Unterschied in der Anzahl der Personen pro Haushalt. Dieser allgemeine Befund wird, wie schon bei der Bildungsbeteiligung, sehr gut durch die Verteilung der Haushaltsgrößen nach der politischen Gemeindegrößenklasse abgebildet (vgl. Tabelle 14 b). Nach dem BIK-Gemeindetyp (Tabelle 14 c und Abbildung 6) und dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR (Tabelle 14 d) werden zusätzlich die Unterschiede innerhalb der Verdichtungsräume deutlich.

Abbildung 6: Personen in Einpersonenhaushalten 1994 nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen)



West: Cramer's V .10, $p=.001$, mean = 18,1 %

Ost: Cramer's V .09, $p=.296$, mean = 13,6 %

Quelle: ALLBUS 1994

Neben einem Anstieg des Anteils der Einpersonenhaushalte in den Gemeindegrößenklassen bis 49 999 Einwohner im Westen werden auch die regionalen Unterschiede innerhalb der Agglomerationsräume deutlich. So weisen die Kernbereiche (Zone 1) der beiden Stadtregionen im Vergleich zu ihrem Umland (Zone 2,3) einen überdurchschnittlichen Anteil der Personen auf, die in einem Single-Haushalt leben: 24,6 % vs. 19,4 % bzw. 21,1 % vs. 14,1 %. Umgekehrt verhalten sich die Ergebnisse für die Drei- und Mehrpersonenhaushalte (vgl. Tabelle 14 c): hohe Anteile in den ländlichen Gebieten, niedrigere in den Kernstädten. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man, wenn man die Verteilung der Anzahl der Personen pro Haushalt nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR betrachtet.

Tabelle 15: Anteil der Personen in Einpersonen- und mindestens Dreipersonenhaushalten 1994 nach den siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
		1 Pers.HH	≥ 3 Pers.HH.	1 Pers.HH	≥ 3 Pers.HH.
I	Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Agglomerationsräume)				
1	Kernstädte	21,9	38,2	17,5	51,0
2	Hochverdichtete Kreise	16,8	47,7	9,1	59,1
3	Verdichtete Kreise	14,0	51,1	12,0	51,9
4	Ländliche Kreise	5,8	61,5	9,2	48,7
II	Regionen mit Verdichtungsansätzen (verstädterte Räume)				
5	Kernstädte	28,0	34,8	8,8	48,8
6	Verdichtete Kreise	18,4	51,5	12,6	53,7
7	Ländliche Kreise	11,8	68,5	14,3	53,3
III	Ländlich geprägte Regionen (ländlicher Raum)				
8	Verdichtete Kreise	15,8	55,0	14,3	53,6
9	Ländliche Kreise	14,3	53,3	17,8	52,8
Insgesamt		18,1	48,0	13,6	52,1
Cramer's V		.12**	.17**	.10	.04

¹⁾ Berlin wird in westliche und östliche Stadtbezirke aufgeteilt

Quelle: ALLBUS 1994

Wie aus obiger Tabelle zu entnehmen ist, zeigt sich auch hier, daß der Anteil der Personen, die in Einpersonenhaushalten lebt, in den Kernstädten sowohl der Agglomerationsräume als auch der verstädterten Räume über dem Durchschnitt liegt. Weiter ist aus der Verteilung nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp ersichtlich, daß je ländlicher die Kreise sind, um so höher der Anteil der Personen ist, die in Drei und Mehrpersonenhaushalten leben.

Wie die multivariaten Analysen zeigen (vgl. Übersicht 8), ist dieser Effekt der Regionalvariablen von Alter, Bildung und Geschlecht unabhängig.

Die regionale Verteilung der Haushaltsgrößen in den alten Bundesländern ist unter anderem das Ergebnis des Suburbanisierungsprozesses, der sich auf die regionale Verteilung der privaten Haushalte und hierbei besonders auf deren Zusammensetzung und Größe ausgewirkt hat. So unterscheiden sich die Kernbereiche und deren Umland durch selektive Wanderungsbewegungen und bezüglich der Geburten - und Sterberaten.

Übersicht 8: Effekte von Regionalvariablen auf die Haushaltsgröße - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Haushaltsgröße (1-14)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,16**	-0,15**	-0,04	-0,06+
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,16**	-0,15**	-0,01	-0,02
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,09**	0,09**	0,03	0,05
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,14**	0,13**	0,01	0,01
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,12**	0,12**	0,06	0,04
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,03	0,04	0,00	0,00
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,10**	0,05*	0,04	0,04
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable:			
Haushaltsgröße (1-14)	Bundesland			
	einfach	Standard ³⁾		
West				
BLW 1 Schleswig-Holstein	0,04	0,03		
BLW 2 Niedersachsen	0,09*	0,09*		
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,04	0,03		
BLW 4 Hessen	0,02	0,02		
BLW 5 Rheinland-Pfalz/Saarland	0,03	0,02		
BLW 6 Baden-Württemberg	0,05	0,04		
BLW 7 Bayern	0,06	0,05		
Referenzgruppe: Stadtstaaten				
Ost				
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,09	0,08		
BLO 2 Brandenburg	0,04	0,04		
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,06	0,08		
BLO 4 Thüringen	0,05	0,05		
BLO 5 Sachsen	0,04	0,06		
Referenzgruppe: Berlin/Ost				

+: p ≤ 0,05; *: p ≤ 0,01; **: p ≤ 0,001

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

Im Ergebnis führt das dazu, daß im Umland der Kernstädte der Anteil der Mehrpersonenhaushalte höher ist als in den Kernstädten. Familien in der Gründungsphase ziehen vermehrt aus den Kernstädten in das Umland (besseres Wohnungsangebot bzgl. Qualität und Wohnraumfläche). Auf der anderen Seite orientieren sich Einzelpersonen - insbesondere in der Ausbildungsphase - mehr in Richtung der

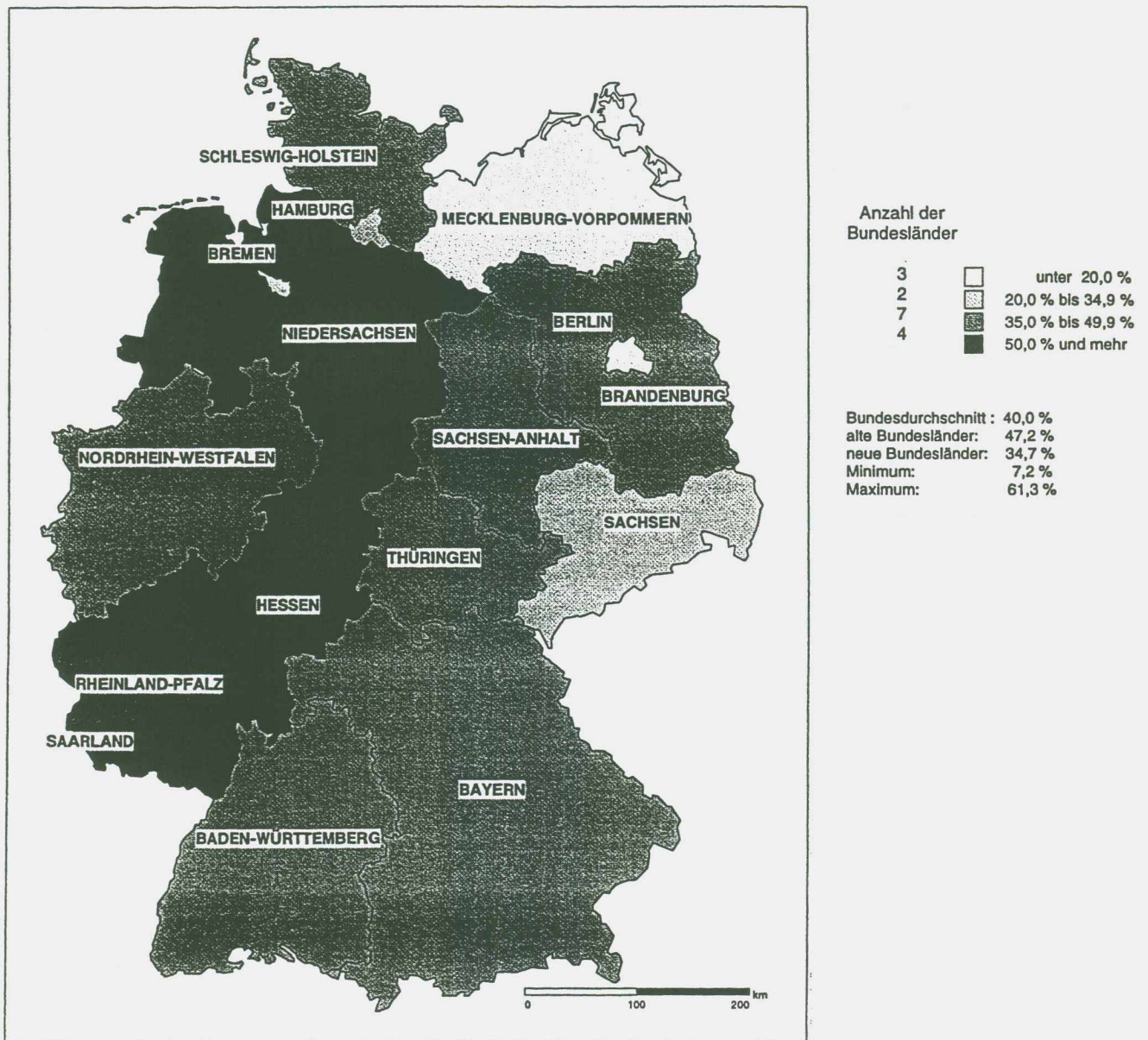
Kernstädte (bessere Erreichbarkeit von Bildungs- und Ausbildungsplätzen). Deshalb überwiegen in den Kernbereichen der Agglomerationen neben Haushalten in der Auflösungsphase (Paare oder Einzelpersonen, bei denen die Kinder bereits aus dem Haushalt ausgezogen sind) die neu gegründeten Haushalte (vgl. Fuchs 1992, S. 32ff. Friedrichs 1983, S. 168 ff). Inzwischen sind aber Tendenzen erkennbar, daß die Haushaltsgröße in den Neubaugebieten der 60er und 70er Jahre am Stadtrand abnimmt, da sich dort ebenfalls die Familien durch Auszug der inzwischen erwachsenen Kinder verkleinern. In den ländlichen Gebieten ist der höhere Anteil von Drei und Mehrpersonenhaushalten auch durch die höhere Fertilität bedingt. Die Ursache wird unter anderem darin gesehen, daß die Berufschancen für Frauen außerhalb der großstädtischen Räume geringer sind. Dort ist die Hausarbeit bzw. Kinderbetreuung oft die einzige Alternative zu niedrigqualifizierter Arbeit oder Arbeitslosigkeit. Außerdem begünstigt die „kinderfreundliche“ Umgebung die Zahl der Kinder (Wagner 1990, S. 138).

Da in den neuen Bundesländern so gut wie keine Suburbanisierung stattfand - das wird z. B. daran deutlich, daß es nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp kaum hochverdichtete Kreise gibt (vgl. Kap. 2.1) -, findet man dort in der Zusammensetzung der Personenzahl pro Haushalt auch kaum Stadt-Umland-Unterschiede.

3.4.3 Wohnform

Wohnformen, d. h. das Wohnen zur Miete oder im eigenen Haus (hierbei sind Eigentumswohnungen ausgeschlossen), sind in Deutschland regional unterschiedlich ausgeprägt. Dies schlägt sich auch in den ALLBUS-Daten von 1994 nieder. Es bestehen sowohl Unterschiede nach Bundesländern (Karte) als auch nach Stadt/Land. Im eigenen Haus wohnen 1994 von den westlichen Befragten 47,2 %, von den Befragten in den neuen Bundesländern 34,8 %.

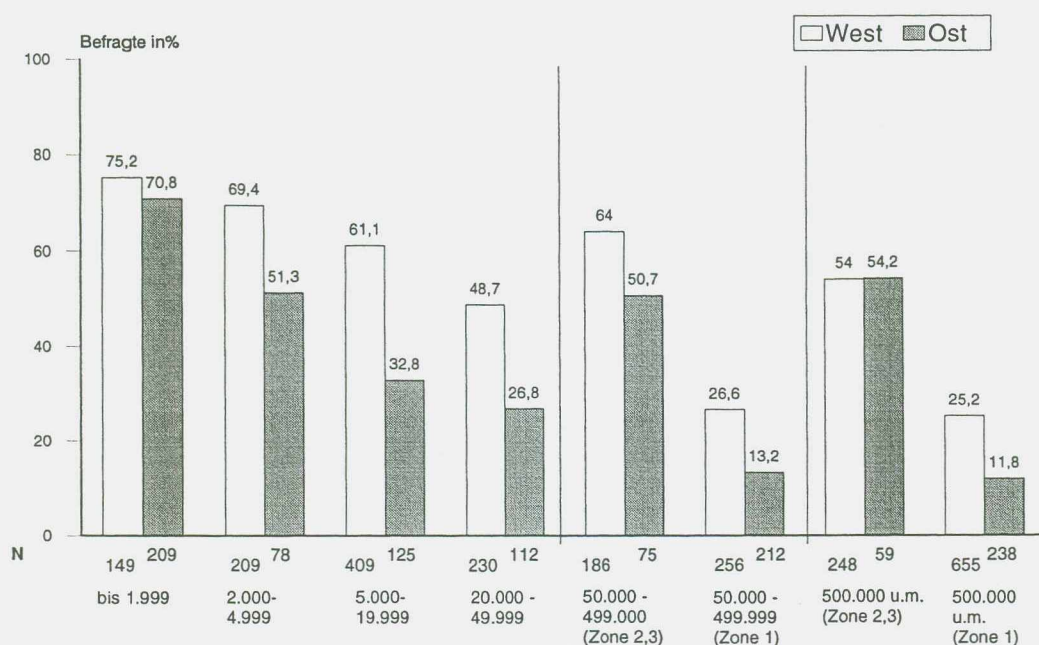
Karte 3: Der Anteil der Befragten, die im eigenem Haus wohnen, in den alten und neuen Bundesländern 1994 (%)



Quelle: ALLBUS 1994 Kartographie: Carmen Eilinghoff - ZUMA Mannheim 5/96

Überdurchschnittliche hohe Werte von „Hausbesitzern“ findet man in den Bundesländern Rheinland-Pfalz (61,3 %), Saarland (58,0 %) und Niedersachsen (53,4 %) im Westen und Brandenburg (44,1%) und Thüringen (45,1 %) im Osten. Eine differenzierte regionale Verteilung der Eigenheimbesitzer nach Verstärkerungsgrad läßt sich unter anderem mit den BIK-Stadtregionen deutlich darstellen.

Abbildung 7: Der Anteil der Befragten, die im eigenem Haus wohnen, nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) 1994



Darunter mit ... bis ... Einwohnern

West: Cramer's V .37, $p=.000$, mean = 47,2 %

Ost: Cramer's V .48, $p=.000$, mean = 34,7 %

Quelle: ALLBUS 1994

Wie die Abbildung zeigt, gibt es einen eindeutigen Stadt-Land-Unterschied - für West und Ost. In den Gemeinden außerhalb der Stadtregionen nimmt mit dem Anstieg der Zahl der Einwohner der Anteil der Befragten, die in einem eigenen Haus wohnen, kontinuierlich ab. So wohnen in den Gemeinden bis 1 999 Einwohner 75,2 % (West) bzw. 70,8 % (Ost) im eigenen Haus, in den Gemeinden mit 20 000 bis 49 999 Einwohnern sind es gerade noch 48,7 % (West) bzw. 26,8 % (Ost). Außerdem gibt es auch einen deutlichen Kernstadt-Umland-Unterschied. Bei den Stadtregionen aller Größenklassen zeigt sich, daß die Eigenheimbildung, das bedeutet hier Erwerb oder Bau eines eigenen Hauses, hauptsächlich im Umland der Kernstädte erfolgt. Der Anteil der

Befragten in den eigenen vier Wänden ist in den alten und neuen Bundesländern in der Umlandzone deutlich höher als in den Kernbereichen.

Zeigt der BIK-Gemeindetyp, insbesondere für die verstädterten Bereiche, den Unterschied Kernbereich - Umland auf, so wird mit dem BfLR-Typ die Beziehung zwischen Grad der Verdichtung und Wohnform differenzierter abgebildet (vgl. Tabelle unten). In West und Ost gilt mit kleineren Einschränkungen: Je ländlicher die Kreise in den verschiedenen Regionen desto höher ist der Anteil der Personen, die im eigenen Haus wohnen.

Tabelle 16: Anteil der Personen, die im eigenem Haus wohnen, 1994 nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

		Anteil der Personen, die im eigenem Haus wohnen	
		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
I	Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Agglomerationsräume)		
1	Kernstädte	23,6	8,7
2	Hochverdichtete Kreise	48,2	29,5
3	Verdichtete Kreise	54,8	46,2
4	Ländliche Kreise	75,0	51,3
II	Regionen mit Verdichtungsansätzen (verstädterte Räume)		
5	Kernstädte	22,6	14,4
6	Verdichtete Kreise	60,2	45,1
7	Ländliche Kreise	68,5	44,8
III	Ländlich geprägte Regionen (ländlicher Raum)		
8	Verdichtete Kreise	63,5	21,4
9	Ländliche Kreise	60,0	52,8
Insgesamt		47,2	34,7
Cramer's V		.35**	.36**

¹⁾ Berlin wird in westliche und östliche Stadtbezirke aufgeteilt

Quelle: ALLBUS 1994

Ein wichtiger Aspekt bei der Eigenheimbildung ist neben dem Vorhandensein von genügend Bauland das zur Verfügung stehende Kapital in Relation zu Baulandpreisen und Baukosten. Das ist ein wichtiger Grund, warum Eigenheimerwerb in kleineren Städten und ländlichen Gegenden eher stattfindet, da dort das Bauen erheblich günstiger ist als in den Verdichtungsräumen. In diesen Regionen steht auch zusätzlich mehr

Humankapital für Eigenleistungen zur Verfügung, wie z. B. die Mithilfe von Familie, Freunden und Nachbarn beim Hausbau oder eigene praktische Fähigkeiten. Außerdem ist die Zusammensetzung der Bevölkerung so, daß diese Form des Wohnens generell angestrebt wird. Demgegenüber zählen Studenten, Familien in der Auflösungsphase oder Rentner, die zu einem hohen Prozentsatz in den Städten anzutreffen sind, sicherlich nicht zu den Bevölkerungsteilen, die diese Wohnform präferieren oder überhaupt finanzieren könnten.

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern bezüglich des Anteils der Eigenheimbesitzer sind das Ergebnis des unterschiedlichen Verlaufs der Siedlungs- und Industriegeschichte und verschiedener „Traditionen der Wohnformen“ (Häußermann/Küchler 1993, S. 43). Die frühe und rasche Industrialisierung im Ruhrgebiet z. B. führte zu starken Zuwanderungen von Arbeitskräften, die in Mietwohnungen untergebracht werden mußten, so daß hier das Wohnen „zur Miete“ zum großen Teil der Normalfall wurde. Im Vergleich dazu verlief die Industrialisierung in Baden-Württemberg und Bayern erheblich später und langsamer, so daß sich in weiten Bereichen die ländliche Siedlungsstruktur, mit dem hohen Bestand an Einfamilienhäusern, eher erhalten hat. Jedoch hat auch das früh und stark industrialisierte Bundesland Saarland eine der höchsten Eigentümerquoten. Der Grund hierfür ist die lange Tradition der „Bergarbeiterhäuser“ und somit das Wohnen im Eigenheim.

Die Selbstverständlichkeit des Besitzes von Grund und Boden ist auch eine Tradition, die durch die Erbfolge automatisch an die nächsten Generationen weitergegeben werden kann. Für die meisten Menschen galt diese Tradition lediglich in den ländlichen Gebieten Deutschlands. Der Versuch von breiten Schichten, auch in den Städten Eigentum zu bilden, ist eine neue Entwicklung, die erst durch die steigenden Realeinkommen möglich wurde, so daß viele Neubausiedlungen innerhalb und um die Großstädte herum entstehen konnten (vgl. Fuchs 1992, S. 63).

Um auszuschließen, daß die Eigentumbildung sich nicht doch vorrangig durch das Alter und den Bildungsstand bedingt (implizit ein Indikator für höherqualifizierte und besser dotierte Berufe), wird diese regionale Beziehung mit dem Alter und dem höchsten Schulabschluß kontrolliert. Das Ergebnis der logistischen Regression auf allen regionalen Ebenen zeigt, daß dieser Zusammenhang zumindest von diesen beiden Variablen unabhängig ist (vgl. Übersicht 9).

Übersicht 9: Effekte von Regionalvariablen auf das „Wohnen im eigenen Haus“ - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wohnen im eigenen Haus: Haus vs. Rest	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,46**	-0,48**	-0,60**	-0,61**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,64**	-0,68**	-0,69**	-0,70**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	2,15**	2,24**	2,93**	2,98**
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	1,84**	1,98**	2,04**	2,08**
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	1,53**	1,62**	1,30**	1,36**
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	1,02**	1,01**	0,94**	0,94**
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	1,40**	1,45**	2,14**	2,21**
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable:			
Wohnen im eigenen Haus:	Bundesland			
	einfach	Standard ³⁾		
West				
BLW 1 Schleswig-Holstein	1,61**	1,64**		
BLW 2 Niedersachsen	1,76**	1,74**		
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	1,28**	1,28**		
BLW 4 Hessen	1,64**	1,65**		
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	2,03**	2,07**		
BLW 6 Baden-Württemberg	1,60**	1,61**		
BLW 7 Bayern	1,53**	1,54**		
Referenzgruppe: Stadtstaaten				
Ost				
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	1,53**	1,49**		
BLO 2 Brandenburg	2,65**	2,61**		
BLO 3 Sachsen-Anhalt	2,39**	2,33**		
BLO 4 Thüringen	2,69**	2,65**		
BLO 5 Sachsen	2,22**	2,16**		
Referenzgruppe: Berlin/Ost				

+; p ≤ 0,05; *: p ≤ 0,01; **: p ≤ 0,001

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablen definition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

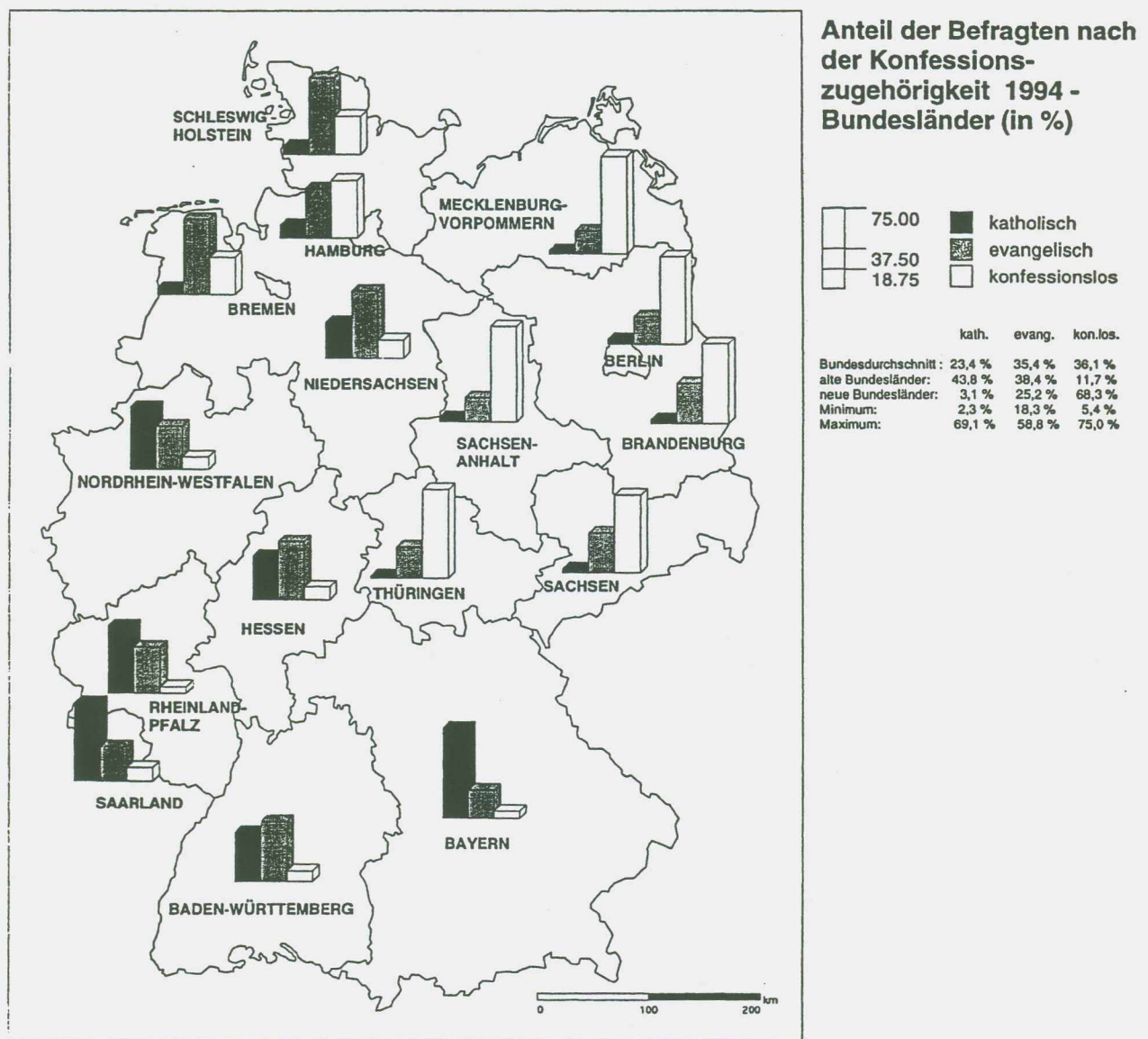
3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

3.4.4 Konfessionszugehörigkeit

Die Auswertung der Religionszugehörigkeit der ALLBUS-Befragten ergibt signifikante regionale Unterschiede in West und Ost. Dabei sind zwei Dimensionen unterscheidbar. Zum einen Unterschiede auf Länderebene und zum anderen Stadt-Land Unterschiede.

Karte 4: Der Anteil der evangelischen Befragten 1994 in den alten und neuen Bundesländern



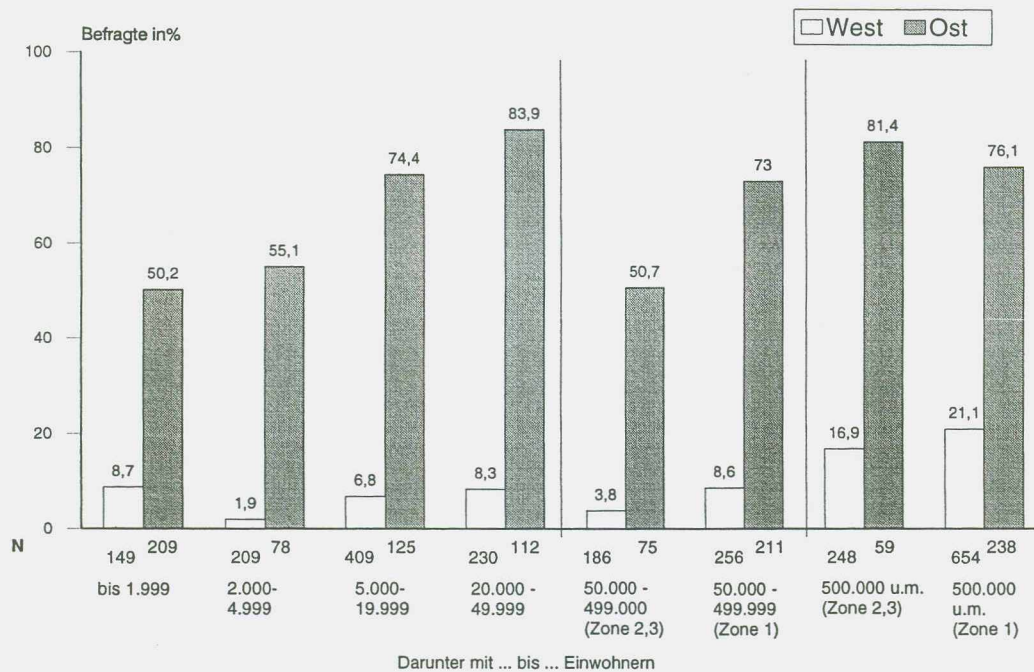
Quelle: ALLBUS 1994 Kartographie: Carmen Eilinghoff - ZUMA Mannheim 5/96

Für die alten Bundesländer gilt: In den südlichen Bundesländern ist die Bevölkerung - mit Ausnahme von Baden-Württemberg- eher katholisch (Bayern 69,1 %, Saarland 60,0 %, Rheinland-Pfalz 53,0 %); in den norddeutschen Ländern eher evangelisch (Schleswig-Holstein 58,5 %, Niedersachsen 52,5 %). Die Stadtstaaten haben im Vergleich zu den Flächenstaaten einen überdurchschnittlichen Anteil an Befragten, die keiner Konfession angehören (alte Bundesländer gesamt 11,7 %; Hamburg 44,0 %, Bremen 29,4 %, Berlin/West 41,7 %). In den neuen Bundesländern gibt es ebenfalls bei der Konfessionszugehörigkeit bzw. Konfessionslosigkeit Unterschiede zwischen den Bundesländern. So gibt es im Osten der Bundesrepublik insgesamt 68,3 % Konfessionslose, 25,2 % Protestanten und nur 3,1 % Katholiken. Überdurchschnittlich hohe Anteile von evangelischen Befragten findet man in den Bundesländern Brandenburg (31,8 %) und Sachsen (31,2 %).

Bei allen regionalen Variablen der Stadt-Land-Dimension gibt es eindeutige Unterschiede bei der Konfessionszugehörigkeit. Auf den ersten Blick scheint der Kreistyp der BfLR für den Westen und der BIK-Gemeindetyp für den Osten die Stadt-Land-Unterschiede am besten abzubilden (höheres Cramer's V). Doch beim genaueren Betrachten spiegelt sich hier die unterschiedliche Konfessionszugehörigkeit in den Bundesländern wider. Da nicht jedes Bundesland die gleichen siedlungsstrukturellen Eigenschaften besitzt (vgl. Kapitel 2.1), kommt es insbesondere bei den Anteilen der konfessionsgebundenen Befragten zu den beobachteten Unterschieden (vgl. Tabelle 14 a - 14 d). So hat z. B. das katholische Bayern überproportional viele Kreise, die nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR den ländlich geprägten Regionen angehören. Daher sind über zwei Drittel der Bevölkerung im ländlichen Raum katholisch. Beim BIK-Gemeindetyp ist dieser Anteil in den ähnlichen räumlichen Kategorien deutlich niedriger.

Anhand beider Raumgliederungen, ebenso aber auch nach der politischen Gemeindegrößenklasse wird deutlich, daß es große regionale Unterschiede beim Anteil der Bevölkerung gibt, die keiner Konfessionsgemeinschaft angehören.

Abbildung 8: Personen ohne Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgemeinschaft 1994 nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen)



West: Cramer's V .16, $p = .000$, mean = 11,7 %

Ost: Cramer's V .31, $p = .000$, mean = 68,3 %

Quelle: ALLBUS 1994

Aus der Abbildung ist zu ersehen, daß die Konfessionslosigkeit im Westen ein Phänomen der großen Städte ist. In den neuen Bundesländern ist der Befund nicht so eindeutig. Dabei gibt es zwischen West und Ost die schon beschriebenen Unterschiede in der Höhe des Konfessionslosenanteils. In den alten Bundesländern gehören in den Großstadtregionen ab 500 000 Einwohner überproportional viele Befragte keiner Religionsgemeinschaft an, wobei es noch zusätzlich Unterschiede zwischen der Kernstadt (21,1 %) und dem Umland (16,9 %) gibt. Auf niedrigerem Niveau gilt dies auch für die nächstkleinere Stadtregion (100 000 - 499 999). In den neuen Bundesländern ist auffällig, daß obwohl in der DDR von staatlicher Seite unerwünscht, in den ländlichen Gemeinden (bis 4 999) und im Umland der Stadtregionen 100 000 - 499 999 (Zone 2,3) besonders wenige Befragte den Status „konfessionslos“ besitzen.

Die regionale Verteilung der Konfessionszugehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist das Ergebnis jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklungen. Als immer noch erkennbare Folgen der reformatorischen Bewegungen und der daraus folgenden Glaubensspaltung aufgrund der Gegenreformation überwiegt in Nord-, Ost- und Mittel-

deutschland die evangelische, im Südosten und Mittelwesten des Bundesgebietes dagegen die römisch-katholische Kirche. Der Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen in den westlichen Teil Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg, hat zu einer leichten Angleichung der Verteilung der großen Konfessionen innerhalb der einzelnen Bundesländer geführt. In den östlichen Bundesländern stellt derzeit die formale Zugehörigkeit zu einer Kirche die Ausnahme dar; zwei Drittel der Bevölkerung sind konfessionslos. Von der konfessionsgebundenen Bevölkerung gehört im Gegensatz zum Westen der überwiegende Teil der evangelischen Kirche an.

Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ist eine regional historisch gewachsene Größe. Deshalb ist nicht davon auszugehen, daß nach einer Kontrolle mit den Kovariaten Alter, Geschlecht und Bildung diese regionalen Unterschiede verschwinden. Da es sich bei der Konfessionszugehörigkeit um eine nominalskalierte Variable handelt, wird als multivariates Verfahren die logistische Regression angewandt. Dazu wird die Religionszugehörigkeit dichotomisiert: Für die alten und neuen Bundesländer wird unterschieden nach konfessionslosen Befragten und den Befragten, die einer Religionsgemeinschaft angehören. Es zeigt sich, daß - sowohl auf der Ebene der Bundesländer als auch bei den Regionalvariablen (Übersicht 10), die die Verstädterung beschreiben - die Regressionskoeffizienten der multivariaten logistischen Regression sich kaum von denen der einfachen Regression unterscheiden. Für den Westen wird noch eine Analyse durchgeführt, bei der nach katholisch und evangelisch unterschieden wird. Auch hier bringt die multivariate Analyse die gleichen Ergebnisse wie die einfache Regression.

Übersicht 10: Effekte von Regionalvariablen auf die Konfession - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Konfession	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
konfessionslos vs. Rest	0,31**	0,30**	0,22**	0,25**
West - katholisch vs. evangelisch	-0,08*	-0,07+	-	-
unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR				
konfessionslos vs. Rest	0,49**	0,49**	0,22**	0,25**
West - katholisch vs. evangelisch	-0,13*	-0,10+	-	-
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
konfessionslos vs. Rest				
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,80*	-0,72+	-1,07**	-1,19**
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-2,38**	-2,32**	-0,89**	-1,01**
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-1,06**	-1,02**	-0,01	-0,04
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,86**	-0,82*	0,63+	0,58+
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,51*	-0,47*	-0,51+	-0,65*
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13	0,11		
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,25	0,23		
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				
unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
West - katholisch vs. evangelisch				
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,27	0,17		
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,58**	0,50*		
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,44**	0,39*		
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,13			

abhängige Variable ²⁾ Konfession (katholisch vs. evangelisch)	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,51	-0,58
BLW 2 Niedersachsen	0,89+	0,83+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	1,91**	1,86**
BLW 4 Hessen	1,23**	1,21*
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	2,04**	1,96**
BLW 6 Baden-Württemberg	1,33**	1,27**
BLW 7 Bayern	2,69**	2,64**
Referenzgruppe: Stadtstaaten		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mithilfe einer logistischen Regression durchgeführt und der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

3.5 Einstellungsmerkmale im regionalen Vergleich

Neben den allgemeinen Beschreibungen in der Literatur anhand statistischer Kennzahlen (Görmar/Maretzke 1992, Maretzke/Möller 1992, Gatzweiler 1993, Friedrichs 1993, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1994) zeigen auch die regionalen Analysen mit den ausgewählten soziodemographischen Merkmalen aus dem ALLBUS 1994, daß es aktuell in der Bundesrepublik regionale Unterschiede in den Lebensformen (z. B. Haushaltsgröße, Wohnform), der sozialen Struktur der Bevölkerung (z. B. Bildung) und in kulturellen Traditionen (z. B. Konfessionszugehörigkeit) gibt. Ausgehend von der These, daß diese regionalen ungleichen Lebenssituationen einen Einfluß haben auf die Orientierungen und Einstellungen der Bewohner in den Regionen (vgl. Kapitel 1), erfolgen nun weitere Analysen zu ausgewählten Einstellungsvariablen aus den ALLBUS-Erhebungen von 1994 und 1992. Die Auswahl der Merkmale orientiert sich daran, ob eine Einstellungsvariable potentiell von ihrem Inhalt her regionale Unterschiede vermuten läßt.

Setzt man regionale Disparitäten in der Bundesrepublik voraus, insbesondere jene auf dem Arbeitsmarkt, stellt sich z. B. die Frage, ob sich diese Ungleichgewichte auch auf das subjektive Wirtschaftsklima auswirken, d. h. ob die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage regional variiert.

Neben wirtschaftsstrukturellen Unterschieden in den Regionen der BRD gibt es auch Unterschiede in den kulturellen Traditionen, die die Grundwerte der jeweiligen Bewoh-

ner entsprechend beeinflussen können. Einer dieser Grundwerte wäre der Grad der Religiosität bzw. Säkularisierung in einer Region. Das Merkmal „Kirchgangshäufigkeit“ ist ein Indikator dafür. Da die Kirche lange Zeit großen Einfluß auf die gesellschaftlichen Moralvorstellungen hatte, ist weiter anzunehmen, daß je nach Grad der Religiosität entsprechende Grundeinstellungen beeinflußt werden. Das bedeutet, wenn regionale Unterschiede in der Religiosität vorhanden sind, ist anzunehmen, daß z. B. Einstellungen zur Sexualmoral, zur Rolle der Frau in der Gesellschaft oder zur Einstellung gegenüber der Möglichkeit eines legalen Schwangerschaftsabbruches regional variieren.

Regionale Analysen des Wahlverhaltens der Bevölkerung haben sowohl in der Wahlsoziologie als auch in der Wahlgeographie lange Tradition. Mit der Wahlabsichtsfrage, der sogenannten Sonntagsfrage im ALLBUS, können entsprechende Analysen durchgeführt werden.

In bezug auf die aktuelle Diskussion über Pluralisierung der Lebensstile und zunehmende Individualisierung der Menschen stellt sich die Frage, ob diese Prozesse in der Gesellschaft regional gleichförmig verlaufen. Der Inglehart-Index, der zwischen Materialisten und Postmaterialisten unterscheidet, könnte einen Hinweis darauf geben.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist regional verschieden. So leben in den Städten - insbesondere in den Verdichtungsräumen - eine große Anzahl von Ausländern. Die Frage stellt sich damit, ob es vielleicht Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern gibt.

Neben strukturellen und kulturellen regionalen Unterschiede können die physischen Lebensumwelten von städtischen und weniger verdichteten bzw. ländlichen Regionen verschieden sein. Die Architektur der Großstädte, d. h. eine höhere Bebauungsdichte und dadurch bedingte größere Anonymität in den Städten, könnte einen Einfluß z. B. auf die Furcht vor Kriminalität haben.

Zu all den oben kurz angesprochenen Themenstellungen werden im folgenden die Analysen mit den vier Regionalvariablen und an zwei Beispielen mit regionalen Kennziffern aus der amtlichen Statistik dargestellt.

Tabelle 17 a: Einstellungsvariablen nach den alten und neuen Bundesländern 1992 und 1994¹⁾

Alte Bundesländer		Berlin (West)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	inges.	Cramer's V
Anzahl der Befragten	1992	113	103	73	276	26	647	213	150	346	411	42	2400	
	1994	48	118	50	280	17	645	204	168	335	427	50	2342	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	31,3	22,9	26,5	35,6	47,1	39,2	44,6	51,2	38,4	38,7	55,1	39,0	.11**
	Bundesland heute - schlecht	41,7	29,5	20,4	36,9	76,5	42,5	33,0	47,0	26,3	22,0	80,0	35,2	.20**
	Befragter heute - schlecht	22,9	8,5	4,0	8,6	17,6	12,1	15,3	16,2	13,8	12,2	20,0	12,6	.09*
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	8,5	5,9	10,0	23,7	5,9	23,8	19,6	22,0	24,8	31,1	16,0	23,0	.15**
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	11,4	8,7	13,3	21,5	25,0	20,8	19,5	20,0	28,1	22,8	11,6	21,0	.11*
	Homosexualität - schlimm	43,2	52,6	60,5	72,1	44,4	64,0	63,9	74,4	72,2	72,7	50,0	66,7	.16**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ - Zustimmung	16,7	27,1	20,8	32,0	41,2	40,7	37,2	45,0	40,0	38,2	30,6	37,3	.10**
Legalier Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will - Zustimmung	62,9	48,9	61,2	46,8	69,6	37,8	40,3	31,3	35,2	39,7	37,8	41,4	.16**
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	18,2	26,1	35,3	36,6	15,4	31,5	32,3	29,7	33,0	45,5	16,1	33,8	.14**
	SPD	48,5	40,2	35,3	39,5	69,2	38,5	40,2	45,9	31,6	32,1	41,9	37,8	.11+
	Bündnis 90/ Die Grünen	27,3	21,7	17,6	10,7	-	16,1	15,0	11,7	16,5	9,0	16,1	14,3	.12+
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	34,0	33,9	38,0	21,3	23,1	20,2	23,2	20,9	21,6	19,5	22,4	22,1	.10*
	Anteil der Materialisten	10,6	7,8	8,0	14,6	7,7	16,8	23,2	18,4	17,3	22,3	18,4	17,5	.11*
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	47,7	46,5	53,5	39,5	56,0	41,9	43,8	31,9	28,8	29,0	28,2	37,9	.16**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	23,3	19,1	31,9	30,7	28,6	32,0	38,0	31,8	33,0	36,4	28,9	32,3	.09+
	Diskriminierungsindex - hoch	23,3	25,2	38,3	41,6	42,9	40,4	49,7	44,2	43,7	42,5	46,7	41,4	.11*

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

⁴⁾ ISSP 1994

Neue Bundesländer		Berlin (Ost)	Mecklen- burg-Vor- pommern	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Sachsen	insgesamt	Cramer's V
Anzahl der Befragten	1992	103	142	185	199	181	338	1148	
	1994	77	120	170	196	218	327	1108	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	26,3	33,3	25,0	38,2	37,2	24,5	30,6	.11*
	Bundesland heute - schlecht	33,3	73,1	49,4	60,6	55,8	41,3	51,8	.18**
	Befragter heute - schlecht	14,3	23,3	12,4	23,5	18,0	17,2	18,2	.09
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	1,3	5,8	7,1	5,1	2,8	10,7	6,4	.13*
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	7,2	7,8	12,5	14,8	13,5	15,0	12,9	.08
	Homosexualität - schlimm	38,6	71,6	69,8	71,2	66,9	78,6	69,9	.21**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ -. Zustimmung	2,7	11,8	6,6	14,0	14,2	11,7	11,2	.14+
Legalen Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will, Zustimmung	83,0	79,7	77,6	70,4	63,4	62,2	70,4	.17**
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	11,3	13,2	13,8	17,2	23,0	35,0	22,0	.22**
	SPD	28,3	34,2	55,3	33,6	35,1	29,1	36,0	.19**
	Bündnis 90/ Die Grünen	17,0	13,2	6,5	13,8	10,8	15,5	12,6	.10
	PDS	39,6	22,4	14,6	16,4	15,5	8,7	16,1	.21**
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	18,2	9,2	7,1	9,3	14,9	9,5	10,8	.10+
	Anteil der Materialisten	13,0	24,4	25,6	30,9	20,9	27,0	25,0	.11+
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	66,0	59,4	46,6	59,6	47,2	50,2	53,3	.13+
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	15,6	39,5	22,4	26,4	29,4	29,0	27,8	.11*
	Diskriminierungsindex - hoch	28,6	57,1	46,7	46,4	45,9	51,9	47,9	.13*

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

⁴⁾ ISSP 1994

Tabelle 17 b: Einstellungsvariablen nach Gemeindegrößenklassen in den alten und neuen Bundesländern 1992 und 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Befragte in Gemeinden von ... bis ... Einwohner							insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000- 4.999	5.000- 19.999	20.000- 49.999	50.000- 99.999	100.000- 499.999	500.000 u.mehr		
Anzahl der Befragten	1992	135	188	582	387	211	448	449	2400	
	1994	149	231	608	489	114	426	325	2342	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	39,2	38,2	40,2	37,6	42,5	39,9	37,0	39,0	.04
	Bundesland heute - schlecht	33,8	25,8	34,7	38,3	32,1	38,5	35,7	35,2	.10**
	Befragter heute - schlecht	14,9	11,3	14,0	8,8	14,0	14,1	13,0	12,6	.06
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	19,5	39,0	28,6	19,4	20,2	19,1	13,9	23,0	.17**
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	10,3	26,1	23,6	20,1	25,7	20,7	16,9	21,0	.09*
	Homosexualität - schlimm	74,5	78,9	72,8	63,0	69,4	62,5	54,1	66,7	.16**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ Zustimmung	44,1	40,4	37,9	36,8	37,8	37,1	31,4	37,3	.07+
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will, Zustimmung	31,3	36,9	36,5	38,5	35,8	42,6	56,2	41,4	.16**
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	42,0	43,9	35,7	34,6	33,3	27,8	26,0	33,8	.12*
	SPD	37,0	33,1	35,2	33,7	35,8	45,9	43,2	37,8	.10+
	Bündnis 90/ Die Grünen	9,0	5,7	14,1	16,0	14,8	15,9	18,1	14,3	.10+
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	20,3	15,9	21,2	24,2	22,0	22,3	25,9	22,1	.07
	Anteil der Materialisten	16,8	20,3	19,2	17,2	15,6	18,3	12,9	17,5	.06
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	16,4	19,0	28,9	38,0	38,9	48,1	53,0	37,9	.24**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	25,4	37,0	33,6	34,1	27,1	33,1	28,0	32,3	.08+
	Diskriminierungsindex - hoch	42,3	44,3	42,1	43,5	43,0	40,9	34,0	41,4	.06

+ : $p \leq 0,05$; * : $p \leq 0,01$; ** : $p \leq 0,001$

¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

⁴⁾ ISSP 1994

Neue Bundesländer

Befragte in Gemeinden von ... bis ... Einwohner

		bis 1.999	2.000- 4.999	5.000- 19.999	20.000- 49.999	50.000- 99.999	100.000- 499.999	500.000 u. mehr	insgesamt	Cramer's V
Anzahl der Befragten	1992	274	115	188	155	78	166	172	1148	
	1994	275	146	148	153	83	200	103	1108	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	34,1	27,5	34,2	25,5	24,1	34,9	25,5	30,6	.08
	Bundesland heute - schlecht	49,8	57,0	54,1	53,6	55,4	53,8	36,6	51,8	.10+
	Befragter heute - schlecht	16,8	15,9	18,4	18,3	14,5	23,5	17,5	18,2	.06
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	7,6	5,5	4,8	4,6	13,3	6,5	3,9	6,4	.10
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	15,1	11,4	14,4	17,0	20,3	6,4	8,5	12,9	.13+
	Homosexualität - schlimm	82,5	76,4	74,0	67,9	73,2	57,5	46,8	69,9	.25**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ Zustimmung	16,9	15,3	4,9	8,8	13,3	9,7	4,0	11,2	.12*
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will, Zustimmung	65,4	71,7	71,3	73,9	59,7	69,3	79,0	70,4	.11+
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	27,7	25,0	20,7	26,3	12,3	18,1	16,0	22,0	.13
	SPD	41,0	35,0	27,6	35,8	44,6	33,9	32,0	36,0	.10
	Bündnis 90/ Die Grünen	8,1	7,0	13,8	13,7	20,0	16,5	14,7	12,6	.13
	PDS	9,2	10,0	19,5	14,7	10,8	22,0	32,0	16,1	.20**
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	6,1	9,7	8,2	7,3	9,8	18,7	18,6	10,8	.16**
	Anteil der Materialisten	32,2	31,7	20,5	23,2	22,0	22,2	13,7	25,0	.14*
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	29,6	33,7	55,3	56,3	72,2	74,5	68,8	53,3	.35**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	28,9	36,1	29,1	32,5	23,2	22,6	18,4	27,8	.10+
	Diskriminierungsindex - hoch	51,7	56,9	44,7	52,3	50,6	41,5	33,0	47,9	.14*

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$ ¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.²⁾ ALLBUS 1992³⁾ ALLBUS 1994⁴⁾ ISSP 1994

Tabelle 17 c: Einstellungsvariablen nach dem BIK-Gemeindetyp in den alten und neuen Bundesländern 1992 und 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Befragte in Gemeinden bzw. Stadtregionen von ... bis ... Einwohner										Insgesamt	Cramer's V
		bis 1.999	2.000-4.999	5.000-19.999	20.000-49.999	50.000-99.999 (Zone 2,3)	50.000-99.999 (Zone 1)	100.000-499.999 (Zone 2,3)	100.000-499.999 (Zone 1)	500.000 u.mehr (Zone 2,3)	500.000 u.mehr (Zone 1)		
Anzahl der Befragten	1992	110	140	328	213	23	87	155	261	237	846	2400	
	1994	149	209	409	230	20	73	166	183	248	655	2342	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	39,2	38,8	41,4	39,6	45,0	47,9	41,6	43,1	34,0	36,3	39,0	.07
	Bundesland heute - schlecht	33,8	24,6	38,5	41,9	35,0	34,7	35,2	36,1	28,6	36,8	35,2	.09*
	Befragter heute - schlecht	14,9	11,1	16,0	9,6	15,0	15,1	12,0	14,8	8,9	12,1	12,6	.06
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	19,5	42,1	31,3	18,7	35,0	16,4	29,5	20,9	17,3	15,3	23,0	.20**
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	10,3	25,4	25,5	23,5	27,8	19,7	26,4	24,5	14,6	18,1	21,0	.12*
	Homosexualität - schlimm	74,5	76,5	76,7	69,1	58,3	62,5	71,3	60,9	61,4	58,2	66,7	.16**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ - Zustimmung	44,1	37,9	38,1	34,5	42,1	27,1	47,1	31,6	37,6	35,9	37,3	.09*
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will - Zustimmung	30,4	39,1	32,5	36,5	47,1	44,7	33,6	42,9	40,0	48,9	41,4	.14**
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	42,0	43,3	37,6	31,6	54,5	26,0	42,5	29,3	32,4	27,3	33,8	.13*
	SPD	37,0	31,2	32,1	32,9	27,3	44,0	38,9	44,8	37,5	42,9	37,8	.10
	Bündnis 90/ Die Grünen	9,0	8,5	14,2	19,1	-	14,0	6,2	17,2	15,3	16,9	14,3	.11+
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	20,3	17,6	19,3	23,7	15,8	20,3	18,9	26,5	25,6	23,8	22,1	.07
	Anteil der Materialisten	16,8	21,0	19,6	20,2	26,3	13,0	16,5	21,0	16,3	14,3	17,5	.07
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	15,4	20,0	24,2	39,7	14,3	34,1	36,0	38,2	30,7	52,1	37,9	.25**
Einstellung gegen-über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	25,4	35,9	38,2	33,8	15,8	21,7	35,1	32,1	27,0	31,5	32,3	.09*
	Diskriminierungsindex - hoch	42,3	40,4	44,5	44,3	47,4	42,0	42,9	35,2	41,1	39,6	41,4	.05

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

⁴⁾ ISSP 1994

Neue Bundesländer

Befragte in Gemeinden bzw. Stadtregionen von ... bis ... Einwohner

		bis 1.999	2.000- 4.999	5.000- 19.999	20.000- 49.999	50.000- 99.999 (Zone 2,3)	50.000- 99.999 (Zone 1)	100.000- 499.999 (Zone 2,3)	100.000- 499.999 (Zone 1)	500.000 u.mehr (Zone 2,3)	500.000 u.mehr (Zone 1)	Insgesamt	Cramer's V
Anzahl der	1992	207	70	110	98	23	99	33	140	61	307	1148	
Befragten	1994	209	78	125	112	24	69	51	143	59	238	1108	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	38,5	32,0	32,5	25,0	37,5	24,6	14,9	37,9	19,0	27,7	30,6	.12+
	Bundesland heute - schlecht	55,9	61,8	55,3	58,0	66,7	53,6	26,5	54,9	42,9	43,5	51,8	.15**
	Befragter heute - schlecht	16,7	15,4	19,4	13,4	26,1	15,9	14,0	25,2	15,3	19,3	18,2	.10
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	7,7	9,1	4,0	1,8	-	13,0	9,8	7,0	1,7	6,7	6,4	.12
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	13,5	14,5	14,3	12,9	13,6	23,7	23,8	9,9	5,7	9,6	12,9	.13+
	Homosexualität - schlimm	82,9	74,5	71,3	65,1	76,9	79,6	82,4	61,7	78,3	55,2	69,9	.23**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ - Zustimmung	16,7	15,4	5,0	9,2	17,4	10,1	18,0	12,2	14,0	6,1	11,2	.12+
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will - Zustimmung	71,7	71,0	72,3	71,7	50,0	64,4	72,4	65,1	53,2	76,	70,4	.14+
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	28,6	26,3	18,9	26,5	23,5	16,4	36,0	16,1	17,1	18,8	22,0	.13
	SPD	39,1	35,1	29,7	36,8	35,3	43,6	36,0	36,8	46,3	30,9	36,0	.10
	Bündnis 90/ Die Grünen	6,8	3,5	10,8	13,2	5,9	16,4	12,0	18,4	14,6	17,0	12,6	.15
	PDS	12,0	10,5	21,6	14,7	11,8	12,7	-	18,4	4,9	24,8	16,1	.18*
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	7,1	11,7	5,6	7,3	4,2	11,8	2,0	14,8	8,5	18,3	10,8	.17**
	Anteil der Materialisten	31,3	31,2	18,5	22,7	33,3	20,6	39,2	20,4	28,8	21,3	25,0	.14+
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	26,7	41,9	53,4	55,2	28,6	70,0	50,0	75,0	37,7	62,4	53,3	.33**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	28,3	35,5	27,7	27,9	45,8	28,4	33,3	21,3	29,3	25,2	27,8	.10
	Diskriminierungsindex - hoch	50,5	61,8	47,1	51,4	58,3	50,0	61,2	44,3	44,8	38,2	47,9	.14+

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$ ¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.²⁾ ALLBUS 1992³⁾ ALLBUS 1994⁴⁾ ISSP 1994

Tabelle 17 d: Einstellungsvariablen nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR in den alten und neuen Bundesländern 1992 und 1994¹⁾

Alte Bundesländer

		Regionen mit großen Verdichtungsräumen „Agglomerationsräume“				Regionen mit Verdichtungsansätzen „Verstädterte Räume“			ländliche geprägte Räume „ländliche Räume“		insgesamt	Cramer's V
		Kernstädte	hochverd. Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	Kernstädte	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise		
Anzahl der Befragten	1992	730	406	166	56	165	389	113	223	152	2400	
	1994	589	369	186	52	164	423	127	222	210	2342	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	38,5	35,8	33,5	30,0	42,0	44,1	37,8	34,8	45,9	39,0	.07
	Bundesland heute - schlecht	39,2	35,4	31,8	14,6	34,2	39,5	38,1	28,2	29,0	35,2	.10**
	Befragter heute - schlecht	13,3	10,3	9,8	9,8	14,0	13,3	15,7	12,3	13,8	12,6	.06
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	16,4	17,1	21,0	13,5	17,8	24,1	31,5	35,1	39,5	23,0	.19**
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	17,0	19,2	25,9	18,6	24,1	22,3	27,8	24,9	18,2	21,0	.09
	Homosexualität - schlimm	58,5	64,7	66,2	73,7	55,4	69,2	77,4	74,7	81,0	66,7	.16**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ - Zustimmung	35,2	38,3	38,5	31,4	27,2	38,9	33,3	43,0	42,6	37,3	.08+
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will - Zustimmung	49,3	41,5	48,1	47,9	50,4	28,7	27,3	33,8	38,3	41,4	.17**
Wahlabsicht ³⁾	CDU/CSU	26,6	31,4	35,2	37,8	28,3	35,1	31,1	44,5	46,4	33,8	.14**
	SPD	45,3	36,7	34,5	43,2	43,4	34,7	41,9	30,1	29,8	37,8	.12*
	Bündnis 90/ Die Grünen	16,1	16,3	16,2	10,8	18,9	14,8	10,8	11,0	6,0	14,3	.10
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	23,4	23,3	25,5	17,6	29,4	20,2	18,3	19,7	17,5	22,1	.08
	Anteil der Materialisten	15,4	15,3	16,8	23,5	18,4	16,3	15,0	18,3	28,6	17,5	.10*
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	51,7	34,5	37,2	25,9	46,2	31,8	21,6	23,8	24,8	37,9	.22**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	30,5	28,3	31,5	34,7	31,3	32,3	32,8	37,3	39,5	32,3	.08+
	Diskriminierungsindex - hoch	39,2	43,1	45,0	51,0	34,7	39,5	45,9	41,5	45,0	41,4	.07

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

²⁾ ALLBUS 1992

³⁾ ALLBUS 1994

⁴⁾ ISSP 1994

Neue Bundesländer

		Regionen mit großen Verdichtungsräumen „Agglomerationsräume“				Regionen mit Verdichtungsansätzen „Verstädterte Räume“			ländliche geprägte Räume „ländliche Räume“		insgesamt	Cramer's V
		Kernstädte	hochverd. Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	Kernstädte	verdichtete Kreise	ländliche Kreise	verdichtete Kreise	ländliche Kreise		
Anzahl der Befragten	1992	241	73	111	104	94	163	154	78	130	1148	
	1994	206	44	158	76	125	175	105	56	163	1108	
Wirtschaftslage ³⁾	BRD heute - schlecht	27,2	25,0	27,6	34,7	39,0	27,7	31,4	26,8	34,8	30,6	.09
	Bundesland heute - schlecht	44,2	38,6	48,0	44,4	56,8	49,4	55,8	58,9	65,2	51,8	.13*
	Befragter heute - schlecht	20,9	6,8	16,7	21,1	24,0	14,9	21,0	12,7	17,2	18,2	.10
Religiosität ³⁾	Kirchgangshäufigkeit - oft	6,8	6,8	8,3	6,6	5,6	6,9	2,9	7,1	6,2	6,4	.06
Sexualmoral ⁴⁾	Sex vor der Ehe - schlimm	8,2	12,8	14,0	20,3	10,4	18,2	10,0	12,0	13,2	12,9	.11
	Homosexualität - schlimm	50,0	73,5	83,8	81,6	62,1	76,5	55,4	73,5	82,1	69,9	.28**
Geschlechterrollen ⁴⁾	Arbeitsteilung „klassisch“ - Zustimmung	6,4	4,8	15,8	15,5	12,4	11,0	11,7	12,7	11,3	11,2	.09
Legaler Schwangerschaftsabbruch ²⁾	wenn Frau es will - Zustimmung	77,6	57,6	67,4	60,4	63,6	65,3	71,6	75,3	81,0	70,4	.16**
Wahlabt ³⁾	CDU/CSU	17,9	27,6	34,1	33,3	13,6	23,6	17,1	17,4	20,2	22,0	.16+
	SPD	32,9	27,6	24,2	31,4	37,0	42,7	38,6	43,5	42,3	36,0	.13
	Bündnis 90/ Die Grünen	12,7	24,1	13,2	11,8	18,5	10,0	8,6	10,9	6,7	12,6	.13
	PDS	26,4	6,9	8,8	7,8	19,8	12,7	18,6	15,2	14,4	16,1	.17*
Inglehart ³⁾	Anteil der Postmaterialisten	19,1	18,6	3,8	4,1	15,3	11,5	7,6	5,5	7,5	10,8	.18**
	Anteil der Materialisten	20,1	27,9	29,3	37,8	19,4	22,4	21,9	29,1	28,0	25,0	.12
Kriminalitätsfurcht ²⁾	ja, nachts in näherer Umgebung	69,2	44,1	34,0	44,3	76,7	48,7	42,5	70,1	43,4	53,3	.28**
Einstellung gegen- über Ausländern ³⁾	politische Beteiligung untersagen - ja	19,7	27,9	35,5	25,7	22,8	24,3	23,2	35,7	39,4	27,8	.13*
	Diskriminierungsindex - hoch	36,6	32,6	57,5	50,0	44,3	48,3	44,4	53,6	58,5	47,9	.16**

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$ ¹⁾Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.²⁾ALLBUS 1992³⁾ALLBUS 1994⁴⁾ISSP 1994

3.5.1 Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage

Wie schon eingangs (Kapitel 1) beschrieben, kann man für die Bundesrepublik regionale Disparitäten in den Lebensbedingungen anhand objektiver Merkmale wie z. B. der Wirtschaftsstruktur, der Arbeitsmarktsituation oder sonstiger, die wirtschaftliche Leistungskraft messender Indikatoren feststellen. Mit dem ALLBUS ist es nun möglich, das subjektive Wirtschaftsklima zu messen. Dabei wird unterschieden zwischen gesamtwirtschaftlichen Einschätzungen, d. h. bezogen auf Bundes- und Landesebene, und der individuellen Lageeinschätzung des Befragten.

Die deutsche Einheit und die allgemeine Weltwirtschaftskrise haben sich einschneidend auf die deutsche Wirtschaft und somit auf die regionalen Arbeitsmärkte ausgewirkt. So waren in Ostdeutschland viele Regionen durch industrielle oder landwirtschaftliche Monostrukturen geprägt. Diese Landesteile waren und sind durch die nach der Wende einsetzende Umstrukturierung der ehemaligen DDR-Wirtschaft, d. h. den plötzlichen Wegfall von Produktion und Beschäftigung, besonders stark betroffen. In den alten Bundesländern wirkte sich, obwohl kurzzeitig Zuwächse in der Wirtschaftsentwicklung durch die Öffnung der Märkte im Osten zu verzeichnen waren, die konjunkturelle Flaute nicht nur weiter auf die schon seit Jahren mit Problemen behafteten Altindustrien aus, sondern erfaßte auch die bisherigen Wachstumsbranchen, wie z. B. den Maschinen- und Fahrzeugbau, die Chemie und die Elektroindustrie. Vermehrte Rationalisierungsmaßnahmen mit z.T. massivem Abbau der Belegschaft waren auch hier die Folge. Diese Entwicklung führte zur Verschärfung der regionalen Disparitäten, die ihren Niederschlag z. B. in regional unterschiedlichen Arbeitslosenquoten findet. Mit den Daten des ALLBUS 1994 kann nun untersucht werden, ob bei der subjektiven Lageeinschätzung der Wirtschaft ähnliche regionale Muster zu beobachten sind.

Für die alten und neuen Bundesländer gilt insgesamt, daß die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage erheblich positiver ausfällt als die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage des Landes oder des Bundes (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in den alten und neuen Bundesländern 1994

	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage...		
	BRD heute: schlecht	Bundesland heute: schlecht	Befragter heute: schlecht
alte Bundesländer	39,0	35,2	12,6
neue Bundesländer	30,6	51,8	18,2

Quelle: ALLBUS 1994

So geben im Westen 12,6 % und im Osten 18,2 % der Befragten an, daß die eigene Wirtschaftslage schlecht ist. Im Vergleich dazu schätzen im Westen die Menschen zu 39,0 % die wirtschaftliche Lage des Bundes und zu 35,2 % des Landes als schlecht ein; im Osten sind es 30,6 % bzw. 51,8 %. Interessant an dieser Stelle ist, daß die Einschätzung der Lage des Bundes in den alten Bundesländern schlechter ist als die der Bundesländer; in den neuen Bundesländern verhält es sich gerade anders herum.

Auf der regionalen Ebene sind weitgehend nur auf der Ebene der Bundesländer signifikante Unterschiede in den Antworten zu beobachten (vgl. Tabelle 17 a). Die Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik als auch des eigenen Bundeslandes fällt bei den Befragten der Bundesländer Saarland, Rheinland - Pfalz und Bremen in den alten Bundesländern und in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den neuen Bundesländern besonders negativ aus. Ähnlich verhält es sich mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Die Befragten in den oben genannten Bundesländern bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation überproportional schlechter. Überwiegend positive Einschätzungen sind in der Bevölkerung von Schleswig-Holstein und Hamburg im Westen und in Ostberlin, Brandenburg und Sachsen in den neuen Bundesländern zu finden. Auffällig in den alten Bundesländern ist, daß die wirtschaftliche Lage des eigenen Bundeslandes in Baden-Württemberg und Bayern im Vergleich zu der Selbst- bzw. Bundeseinschätzung sehr positiv gesehen wird. Dies entspricht dem Image, welches diese südlichen wirtschaftlichen „Musterländer“ in der Öffentlichkeit besitzen.

Auf der Ebene der Stadt-Land-Dimension gibt es bei der Beurteilung der momentanen Wirtschaftslage des Bundeslandes signifikante Unterschiede - allerdings ohne eindeutige Tendenzen (vgl. Tabellen 17 a - 17 d).

Wie schon frühere Analysen gezeigt haben, ist die Einschätzung des Wirtschaftsklimas relativ unabhängig von soziodemographischen Merkmalen (Terwey 1990). Dies bestäti-

gen auch die Ergebnisse der multivariaten Analysen mit dem Standardmodell. Nach diesem ergeben sich auch keine Veränderungen bei den standardisierten Regressionskoeffizienten für die Regionalvariablen zwischen der einfachen und der multiplen Regression (Übersicht 12).

Bei der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage des Bundes und des eigenen Bundeslandes wird die zum Zeitpunkt der Befragung herrschende Stimmungslage der Bevölkerung erfaßt. Da den meisten befragten Personen der gesamtwirtschaftliche Überblick fehlt, entsprechen die Antworten vermutlich einer von den Medien beeinflussten und aus der politischen Grundeinstellung heraus gefärbten Kompetenzzuschreibung der jeweiligen Regierungspolitik auf Bundes- bzw. Landesebene. Deshalb sollen an dieser Stelle weitere Einflüsse auf die Einschätzung der Wirtschaftslage untersucht werden, zum Beispiel ob politische Grundeinstellungen oder äußere Faktoren wie die Arbeitsmarktlage relevant sind. Da bei der allgemeinwirtschaftlichen Einschätzung der Situation im Bund und im jeweiligen Bundesland nur auf der Ebene der Bundesländer relevante Unterschiede feststellbar sind, beschränken sich die Folgeanalysen auf diese beiden Aspekte.

Die politische Grundeinstellung wird mit dem Sympathiewert für die CDU erfaßt. Die SPD-Sympathieskala ergab bivariat keinen Einfluß auf die Lageeinschätzung. Es ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung Kenntnis von der allgemeinen Arbeitsmarktsituation besitzt, sei es über eigene Beobachtungen im Betrieb, in der Nachbarschaft, bei Freunden und Verwandten oder über die Medien, in denen über die aktuelle Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes, z. B. anhand der Arbeitslosenzahlen, berichtet wird. Deshalb wird weiter untersucht, ob die Arbeitslosenquote (hier des Kreises) einen Einfluß auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage hat. Beide Merkmale werden dem „Standardmodell“ hinzugefügt.

Tabelle 19: Multivariate Analyse der wirtschaftlichen Lageeinschätzung¹⁾ nach dem einfachen und erweiterten Modell (standardisierte Regressionskoeffizienten²⁾)

alte Bundesländer				
Bundesland: ³⁾	wirtschaftliche Lage in der BRD heute	wirtschaftliche Lage im Bundesland heute		
Schleswig-Holstein	-0,01	0,02	-0,02	0,05
Niedersachsen	0,06	0,08+	0,01	0,07
NRW	0,08	0,09+	0,06	0,10+
Hessen	0,08+	0,09*	-0,02	0,04
Rheinland-Pfalz/Saarland	0,14**	0,13**	0,12**	0,14**
Baden - Württemberg	0,06	0,09+	-0,10*	0,02
Bayern	0,05	0,10+	-0,15**	-0,01
Alter		0,02		0,04+
Geschlecht ⁴⁾		-0,00		0,03
Bildung		-0,14**		-0,08**
CDU-Sympathie		-0,23**		-0,19**
Arbeitslosenquote 1993		0,07*		0,20**
R ²		0,09		0,13

neue Bundesländer				
Bundesland: ³⁾	wirtschaftliche Lage in der BRD heute	wirtschaftliche Lage im Bundesland heute		
Mecklenburg - Vorpommern	0,07	0,02	0,30**	0,23**
Brandenburg	0,00	-0,01	0,14*	0,12*
Sachsen - Anhalt	0,11+	0,07	0,31**	0,25**
Thüringen	0,07	0,05	0,22**	0,20**
Sachsen	-0,01	0,01	0,11+	0,13+
Alter		-0,06		-0,02
Geschlecht ⁴⁾		-0,07+		-0,08*
Bildung		-0,12**		0,01
CDU-Sympathie		-0,27**		-0,29**
Arbeitslosenquote 1993		0,07+		0,13**
R ²		0,10		0,18

¹⁾ Einschätzung der Wirtschaftslage in der BRD und im Bundesland heute: 1= sehr gut bis 5=sehr schlecht

²⁾ +: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

³⁾ Referenzkategorie: Stadtstaaten

⁴⁾ Referenzkategorie: männlich

Quelle: ALLBUS 1994, Laufende Raumbeobachtung BfLR 1994

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, sind die Ergebnisse für die Beurteilung der momentanen wirtschaftlichen Situation jeweils für den Bund und für die Länder und zusätzlich noch zwischen West und Ost recht unterschiedlich. Ein gemeinsames Ergebnis ist jedoch herauszustellen: Die Arbeitsmarktsituation vor Ort hat einen Einfluß auf die allgemeine Einschätzung der Wirtschaftslage. Je höher die Arbeitslosenquote des Kreises ist, in dem der Befragte wohnt, desto schlechter wird auch die wirtschaftliche Lage des Bundes und der Länder eingeschätzt. Dabei ist dieser Effekt in bezug auf die Lageeinschätzung der Bundesländer eindeutig höher als in Bezug auf die des Bundes.

In den alten Bundesländern ergeben sich Unterschiede zwischen der Lageeinschätzung für den Bund und für die Bundesländer. Werden die politische Präferenz des Befragten und die Arbeitslosenquote vor Ort berücksichtigt, kann man nach der multivariaten Analyse mit dem erweiterten Modell die Tendenz beobachten, daß die Befragten in den Flächenstaaten im Vergleich zu den Befragten in den Stadtstaaten die allgemeinwirtschaftliche Lage des Bundes schlechter einschätzen (die standardisierten Regressionskoeffizienten werden höher und zudem fast alle signifikant). In bezug auf die Einschätzung des Wirtschaftsklimas der Länder sind im Vergleich zur einfachen Regression sowohl Zunahmen aber auch völliger Rückgang des Einflusses des Bundeslandes zu verzeichnen. Das nach der bivariaten Analyse festgestellte Ergebnis einer generell positiveren Einschätzung im Süden in den alten Bundesländern (Baden - Württemberg und Bayern) kann nach der multivariaten Analyse mit dem erweiterten Modell nicht mehr bestätigt werden.

In den neuen Bundesländern gilt, daß die allgemeinwirtschaftliche Lageeinschätzung des Bundes unabhängig davon ist, in welchem Bundesland die Befragten wohnen. Dagegen bewertet die ostdeutsche Bevölkerung die wirtschaftliche Lage des eigenen Bundeslandes, im Vergleich zum Stadtstaat Ostberlin, durchgängig schlechter, unabhängig von der Sympathie für die CDU und von der tatsächlichen Arbeitslosenquote. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, da dies objektiv der schlechteren Wirtschaftssituation in den fünf neuen Bundesländern entspricht.

Übersicht 11: Effekte von Regionalvariablen auf die „Einschätzung der wirtschaftlichen Lage“ - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen ¹⁾

Übersicht 11.1: Wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik heute

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wirtschaftslage - BRD heute (1-5)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,00	0,02	-0,03	-0,01
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,01	0,01	-0,09*	-0,06+
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,01	-0,03	0,05	0,04
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,01	-0,03	0,02	0,01
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,04	0,02	0,00	0,00
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,03	0,02	-0,02	-0,03
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,01	-0,02	-0,05	-0,07+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
Wirtschaftslage - BRD Heute (1-5)	Bundesland	
	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,01	-0,02
BLW 2 Niedersachsen	0,06	0,04
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,08	0,06
BLW 4 Hessen	0,08+	0,07+
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	0,14**	0,11**
BLW 6 Baden-Württemberg	0,06	0,04
BLW 7 Bayern	0,05	0,02
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,07	0,06
BLO 2 Brandenburg	0,00	-0,01
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,11+	0,09
BLO 4 Thüringen	0,07	0,05
BLO 5 Sachsen	-0,01	-0,03
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: p ≤ 0,05; *: p ≤ 0,01; **: p ≤ 0,001

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

Übersicht 11.2: Wirtschaftliche Lage im Bundesland heute

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wirtschaftslage - Bundesland heute (1-5)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	0,06*	0,07**	-0,06	-0,06
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,06*	0,08**	-0,09*	-0,09*
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,02	-0,03	0,07+	0,07+
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,09**	-0,10**	0,09*	0,09*
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,02	0,01	0,05	0,05
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,06*	0,05+	0,09*	0,08*
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,06+	-0,07*	-0,04	-0,05
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
Wirtschaftslage - Bundesland heute (1-5)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,02	-0,02
BLW 2 Niedersachsen	0,01	0,01
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,06	0,05
BLW 4 Hessen	-0,02	-0,03
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	0,12**	0,10*
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,10*	-0,11*
BLW 7 Bayern	-0,15**	-0,16**
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,30**	0,30**
BLO 2 Brandenburg	0,14*	0,14*
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,31**	0,31**
BLO 4 Thüringen	0,22**	0,22**
BLO 5 Sachsen	0,12+	0,11+
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

Übersicht 11.3: Wirtschaftliche Lage Befragter heute

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wirtschaftslage - Befragter heute (1-5)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	0,01	0,04	0,02	0,06
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,00	0,02	0,01	0,03
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,01	-0,01	-0,01	-0,04
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,01	-0,04	-0,03	-0,04
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,03	0,01	-0,01	-0,01
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,01	-0,02	-0,04	-0,05
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,03	-0,05+	-0,04	-0,07+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
Wirtschaftslage - Befragter heute (1-5)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,07+	-0,08*
BLW 2 Niedersachsen	-0,07	-0,09+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,07	-0,10+
BLW 4 Hessen	0,00	-0,02
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	0,01	-0,02
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,01	-0,03
BLW 7 Bayern	-0,04	-0,07
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,11+	0,08
BLO 2 Brandenburg	-0,02	-0,04
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,07	0,04
BLO 4 Thüringen	0,05	0,02
BLO 5 Sachsen	0,04	0,00
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

3.5.2 Religiosität

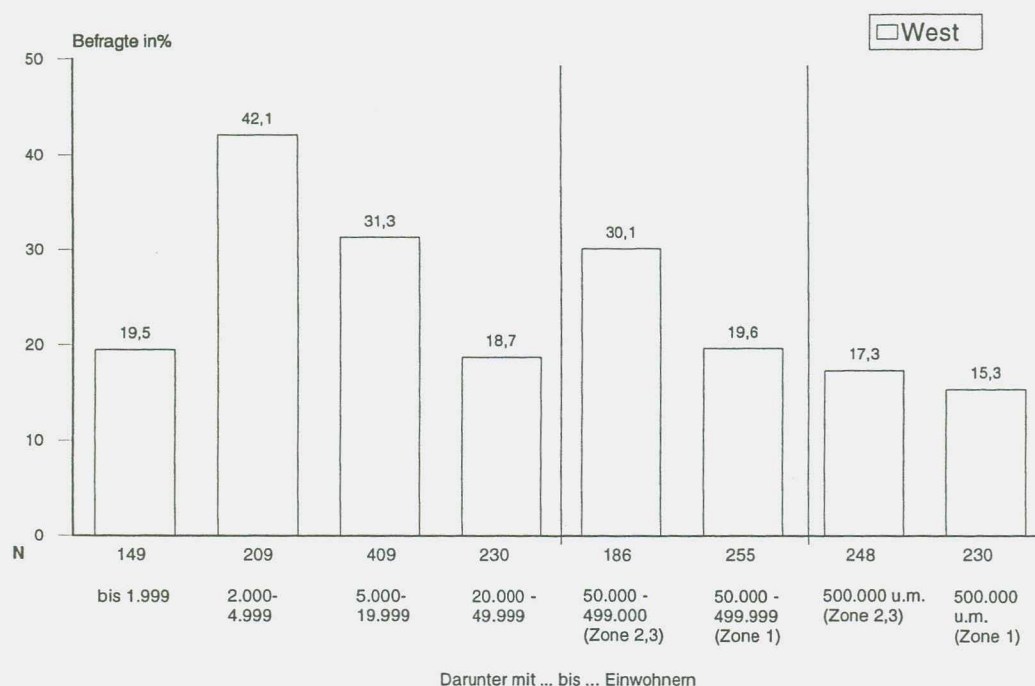
Nachdem in Kapitel 3.3.4 die regionalen Unterschiede bei der formalen Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft beschrieben wurden, soll in diesem Abschnitt untersucht werden, wie sich die Befragten in der aktiven Ausübung ihres Glaubens regional unterscheiden. Dazu wird die Frage herangezogen, die ein Indikator für die Teilnahme am offiziellen religiösen Leben ist: die Kirchengangshäufigkeit. Dabei ergeben sich zwischen den alten und neuen Bundesländern deutliche Unterschiede. So gehen nach den Daten des ALLBUS 1994 in den westlichen Bundesländern 23,0 % der Befragten, in den östlichen Bundesländern dagegen nur 6,4 % der Befragten „oft“ (mindestens 1 bis 3 mal im Monat) in die Kirche. Dieses Ergebnis in den neuen Bundesländern ist das Resultat der gesellschaftlichen Gegebenheiten in der ehemaligen DDR. Aktive Kirchenmitglieder wurden benachteiligt, und in manchen beruflichen Positionen war jegliche kirchliche Betätigung unerwünscht. Dadurch, daß alles, was mit Glauben und Kirche zu tun hat, aus dem öffentlichen Leben verbannt wurde - z. B. fand keinerlei religiöse Erziehung, wie etwa in Westdeutschland durch den Schulunterricht, statt -, sind die niedrigen Werte der Konfessionszugehörigkeit und Kirchengangshäufigkeit in den neuen Ländern zu verstehen. Auf Grund der niedrigen Fallzahlen und der daraus resultierenden unsicheren Ergebnisse wird an dieser Stelle auf eine regionale Analyse der Religiosität in den neuen Bundesländern verzichtet.

In Westdeutschland haben die zwei großen Kirchen, die katholische und die evangelische, insbesondere auch wegen dem Staatskirchenrecht eine feste gesellschaftliche Verankerung. Der christliche Glauben ist in der Bundesrepublik einer der anerkannten Grundwerte der gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Abnahmen in der Konfessionszugehörigkeit und der aktiven Ausübung des Glaubens sind in den alten Bundesländern als eine bewußte Abkehr zumindest gegenüber der offiziellen Amtskirche zu sehen. Wie schon bei den Konfessionslosen werden auch bei der aktiven Ausübung der Religion erhebliche regionale Unterschiede festgestellt. Bei allen vier Regionalvariablen erhält man bei der bivariaten Analyse signifikante Unterschiede (Tabelle 17 a - 17 d).

So gibt es überproportional viel regelmäßige Kirchgänger (Durchschnitt 23,0 %) in den Bundesländern Bayern (31,1 %) und Baden-Württemberg (24,8 %). Dagegen scheinen die Gottesdienste in den Stadtstaaten Bremen (5,9 %), Berlin (West, 8,5 %), Hamburg (10,0 %), aber auch in Schleswig - Holstein (5,9 %) von besonders wenigen Gläubigen besucht zu werden. Generell gilt die Aussage, daß die Befragten desto seltener in die Kirche gehen, je verstädterter ein Gebiet ist. Das gilt auch innerhalb der

Großstadträume: in den Kernbereichen ist die Kirchengangshäufigkeit niedriger als im direkten Umland, wie die Abbildung nach dem BIK-Gemeindetyp deutlich zeigt. Dabei besteht allerdings ein nur geringer Unterschied zwischen Kernbereich und Umland in den großen Stadtregionen. (Der niedrige Wert in den ländlichen Gemeinden bis 1 999 Einwohner ist auf Zufallsschwankungen, aufgrund zu geringe Fallzahlen zurückzuführen.)

Abbildung 9: Kirchengangshäufigkeit (oft) nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) 1994 in Westdeutschland



West: Cramer's V .20 $p=.000$

mean = 23,0 %

Quelle: ALLBUS 1994

Zu einem ähnlichen Befund kommt man, wenn man den die Kirchengangshäufigkeit nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp betrachtet (vgl. Tabelle 17 d): in den ländlichen Kreisen in den alten Bundesländern (Ausnahme Agglomerationsräume wg. geringer Fallzahl) ist der Anteil der Personen, die den Gottesdienst regelmäßig besuchen, überdurchschnittlich hoch; in den Kernstädten dagegen unter dem Durchschnitt.

Untersuchungen zeigen unter anderem, daß Kirchlichkeit und Religiosität generationenabhängig ist (Koch, A. 1992). So werden Gottesdienste fast nur noch von alten Personen besucht. Daß aber die gefundenen regionalen Unterschiede von den soziostrukturellen Merkmalen unabhängig sind, zeigen die multivariaten Analysen nach dem Standardmodell (vgl.Übersicht 12). Es bestehen kaum Unterschiede zwischen den standardisierten Koeffizienten in der einfachen und der multiplen - hier linearen - Regression.

Neben den Unterschieden auf der individuellen Ebene nach Alter und Geschlecht in der Kirchlichkeit wurden bei den in der Literatur dargestellten Analysen signifikante Ergebnisse nach der Konfessionszugehörigkeit festgestellt (Koch, A. 1992, S. 149; Kecskes/Wolf 1995, S. 509). Die Katholiken gelten als religiöser als die Protestanten, was sich z. B. in der aktiven Ausübung ihres Glaubens ausdrückt, zumal bei den Katholiken der Gottesdienstbesuch als religiöse Pflicht angesehen wird. Da in den alten Bundesländern die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sich erheblich regional unterscheidet, könnten die Unterschiede in der Kirchengangshäufigkeit auf eben diese Ungleichverteilung zurückzuführen sein (Kompositionseffekt). Um diesen Einfluß zu untersuchen, wurde das Standardmodell um die Variable Konfessionszugehörigkeit erweitert (vgl. Übersicht 13). Die multivariate Analyse mit dem erweiterten Modell bestätigt diese Annahme, denn auf der Ebene der Bundesländer verlor sich jeglicher Regionaleinfluß.

Dagegen verändert sich auf der Ebene der Stadt-Land-Dimension der Regressionskoeffizient der multivariaten Regression kaum gegenüber der einfachen Regression (vgl. Übersicht 13). Die Konfessionszugehörigkeit hat zwar großen Einfluß auf die Häufigkeit des Kirchganges, aber es gibt anscheinend noch andere regionale Bedingungen, die zu diesen Stadt-Land-Unterschieden führen. Eventuell spielen Aspekte wie soziale Kontrolle und die generell größere Einbindung in das öffentlichen Leben in kleinen Gemeinden eine Rolle.

Übersicht 12: Effekte von Regionalvariablen auf die „Kirchgangshäufigkeit“ - ohne (einfaches Modell), mit (Standardmodell) Kontrollvariablen und weiteren Einflußmerkmalen (erweitertes Modell)¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West			Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse				
Kirchgangshäufigkeit (1-6)	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,15**	-0,16**	-0,12**	-0,06+	-0,10*
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR				
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,16**	-0,16**	-0,14**	0,01	-0,01
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾	einfach	Standard ³⁾
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,05+	0,06*	0,05+	0,04	0,07+
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,18**	0,18**	0,17**	0,03	0,04
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,13**	0,14**	0,12**	-0,04	-0,04
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,02	0,01	-0,01	-0,12**	-0,10*
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,07**	0,07*	0,07*	0,00	0,02
Referenzgruppe: BIK 6 Stadtregion (Zone 1)					

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland		
Kirchgangshäufigkeit (1-6)	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
West			
BLW 1 Schleswig-Holstein	0,01	0,02	-0,03
BLW 2 Niedersachsen	0,17**	0,17**	0,11+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,24**	0,24**	0,04
BLW 4 Hessen	0,15**	0,14**	0,03
BLW 5 Rheinland-Pfalz/Saarland	0,13**	0,13**	-0,01
BLW 6 Baden-Württemberg	0,21**	0,21**	0,09
BLW 7 Bayern	0,29**	0,29**	0,10
Referenzgruppe: Stadtstaaten			
Ost			
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,08	0,11+	-
BLO 2 Brandenburg	0,17**	0,19**	-
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,08	0,11+	-
BLO 4 Thüringen	0,08	0,12+	-
BLO 5 Sachsen	0,26**	0,30**	-
Referenzgruppe: Berlin/Ost			

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

4) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht, Bildung und Konfessionszugehörigkeit (katholisch vs. evangelisch)

Quelle: ALLBUS 1994

3.5.3 Sexualmoral am Beispiel der Bewertung vorehelicher sowie gleichgeschlechtlicher Sexualität

Bis Mitte der 60er Jahre hatten die beiden großen Kirchen erheblichen Einfluß auf Einstellungen und Wertmaßstäbe der Bevölkerung. Mit der Studentenbewegung änderten sich die Einstellungen zu Autoritäten und Normen grundsätzlich. Feste Normen, die die Freiheit des einzelnen begrenzen, wurden zunehmend abgelehnt. Das gilt auch im Bereich der Sexualmoral (vgl. Köcher 1988).

Da in der Gegenwart ein Stadt-Land-Unterschied in der Kirchenbindung besteht, ist davon auszugehen, daß - trotz des Rückgangs des Kircheneinflusses auf Wert- und Normvorstellungen -, ebenfalls regionale Unterschiede in der Sexualmoral bestehen. Denn kirchennahe Personen unterscheiden sich von kirchenfernen dadurch, daß sie z. B. rigidere Moralvorstellungen besitzen (a.a.O., S. 152). Dazu werden die Einstellungen zu vorehelichem Geschlechtsverkehr und zur gleichgeschlechtlichen Sexualität, der Homosexualität, näher untersucht.

Bis in die 60er Jahre wurde vorehelicher Geschlechtsverkehr, insbesondere bei jungen Frauen, gesellschaftlich geächtet. Erst mit Aufkommen der „sexuellen Revolution“ und gleichzeitiger Sexualaufklärung, insbesondere zur Empfängnisverhütung, sowie mit dem stetigen Anstieg des Heiratsalters aufgrund längerer Ausbildungszeiten wird Sexualität außerhalb der Ehe zunehmend als normal betrachtet. Allerdings wird von seiten der katholischen Kirche die Auffassung vertreten, daß „die Sexualität zwischen Mann und Frau der Ehe vorbehalten ist“. Und „der voreheliche Geschlechtsverkehr wird daher von der Kirche abgelehnt“ (Burger 1983, S. 57).

Vordergründig scheint der Katholizismus eine restriktivere Sexualmoral zu vertreten als der Protestantismus. Doch dem ist nicht so. Der Protestantismus hat mit seiner Lehre von der Pflichterfüllung und der gottgewollten Ordnung die christliche Lustfeindlichkeit mitbegründet. Da nach der christlichen Moralvorstellung eine untrennbare Verknüpfung zwischen sexueller Vereinigung und Fortpflanzung besteht, werden andere Formen von Sexualität, wie z. B. gleichgeschlechtliche Sexualität, strikt abgelehnt. Da auch von staatlicher Seite in der Bundesrepublik diese Moralvorstellung unterstützt wurde, dadurch daß z. B. die eheliche Form des Zusammenlebens besonderen verfassungsrechtlichen Schutz genießt (Art. 4 Grundgesetz), hat sich die diskriminierende und ablehnende Haltung gegenüber Homosexuellen in der Gesellschaft fest verankert. In der ehemaligen DDR war Homosexualität offiziell jahrelang ein Tabuthema. Gleichgeschlechtliche Sexualität galt lange als unproletarisches Verhalten und Ausdruck

westlicher Dekadenz. Erst Ende der 80er wurde offiziell zu allgemeiner Toleranz gegenüber Homosexuellen aufgefordert.

In der ISSP-Zusatzstudie von 1994 sollten die Befragten ihre Einstellung zu vorehelichem und gleichgeschlechtlichem Geschlechtsverkehr angeben.

Tabelle 20: Bewertung vorehelicher und gleichgeschlechtlicher Sexualität in den alten und neuen Bundesländer 1994

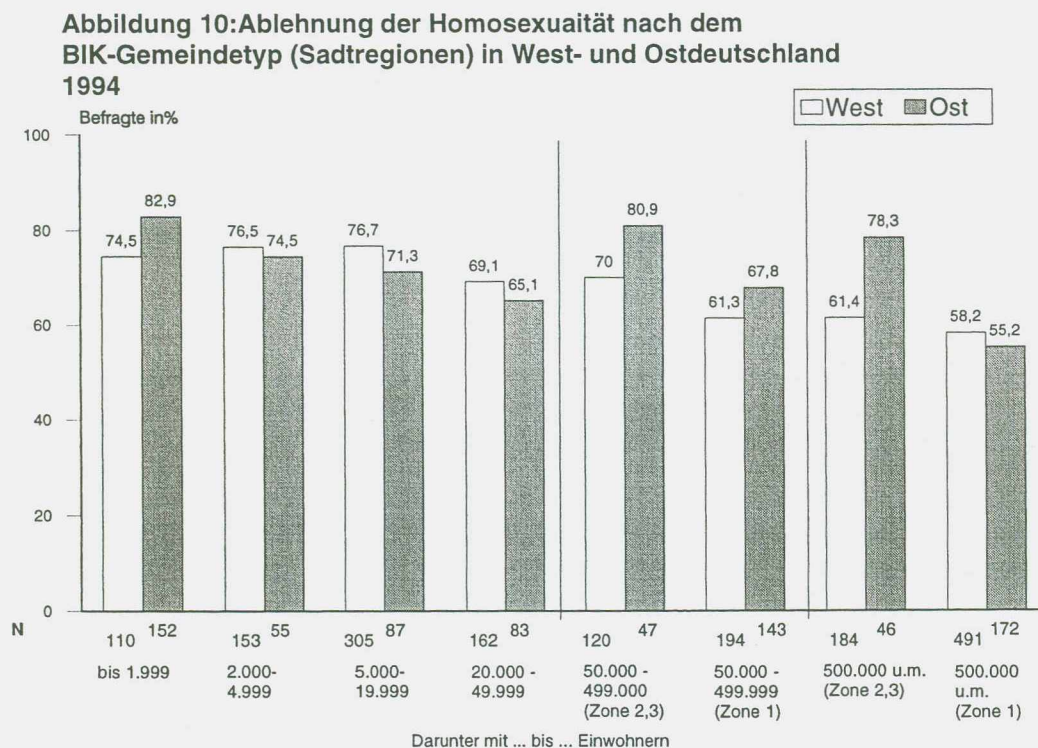
	vorehelicher Sex: schlimm	gleichgeschlechtlicher Sex: schlimm
alte Bundesländer	21,0	66,7
neue Bundesländer	12,9	69,9

Quelle: ALLBUS 1994

Relativ wenige Befragten fanden vorehelichen Verkehr schlimm (immer schlimm/fast immer schlimm). Dabei ist der Anteil der Zustimmung in den alten Bundesländern mit 21,0 % um ca. 8 Prozentpunkte höher als bei den Befragten in den neuen Bundesländern (12,9 %). Dagegen wird Homosexualität von zwei Dritteln der Bevölkerung (West: 66,7 %, Ost: 69,9 %) abgelehnt. Die Entwicklung von einer stark kirchlich geprägten hin zu einer bürgerlichen Sexualmoral führt - wie mit den ALLBUS-Daten angedeutet werden kann - zu einer breiten Akzeptanz einer in gewissen Grenzen freien Heterosexualität, aber weiterhin zu einer Diskriminierung „abnormen“ Sexualverhaltens, wie der Homosexualität (Teckenbrock/Vogt 1990).

Gibt es bei der Beurteilung der Sexualität außerhalb der Ehe kaum regionale Unterschiede, sind bei der Ablehnung von Homosexualität regionale Variationen in West und Ost festzustellen. In den alten Bundesländern weisen die Daten auf Bundeslandebene ein Nord-Süd-Gefälle der Toleranz gegenüber nichtkonventionellem Sexualverhalten auf (vgl. Tabelle 17 a). So findet die Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Berlin/West die sexuelle Beziehung zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Erwachsenen weniger schlimm als etwa die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. In den neuen Bundesländern weisen die Ostberliner die tolerantesten Einstellungen auf, die Sachsen die am wenigsten toleranten. Insbesondere in der Ablehnung der Homosexualität ist der Unterschied zwischen dem Stadtstaat Berlin (Ost) und den Flächenstaaten im Osten mit einem Unterschied von ca. 30 bis 40 Prozentpunkten erheblich. Dieses Ergebnis spiegelt sich in den Stadt-Land-Unterschieden in den neuen Bundesländern wider. Die Bevölkerung in den Städten weist die niedrigste Ablehnung der Homosexualität auf.

Abbildung 10: Ablehnung der Homosexualität nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) in West- und Ostdeutschland 1994



West: Cramer's V .16, $p=.000$, mean = 66,7 %
 Ost: Cramer's V .21, $p=.000$, mean = 69,9 %

Quelle: ISSP 1994

Wie die Abbildung zeigt, ist die Ablehnung gleichgeschlechtlicher Sexualität um so größer, je ländlicher die Gemeinden sind. Ebenfalls besteht ein Stadt - Umland Unterschied in der Toleranz gegenüber abweichendem Sexualverhalten. So finden die Befragten im Kernbereich (Zone 1) Homosexualität weniger schlimm als die Befragten in den Umlandgemeinden der Stadtregionen (Zone 2, 3). Im Osten sind die Unterschiede größer als im Westen. Das liegt am generell geringeren Verdichtungs- und Verflechtungsgrad des suburbanen Raumes. Das gleiche Ergebnis erhält man im übrigen bei der Analyse dieser Einstellung nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR (vgl. Tabelle 17d).

Die Tolerierung von Fremdgruppen ist abhängig von Wissen und Kenntnis anderer Lebensformen und Kontakt mit verschiedenen Subgruppen. Deshalb ist davon auszugehen, daß die Einstellung zu Homosexualität und Sexualmoral allgemein mit der Bildung und dem Alter variiert. Wie die multivariaten Analysen zeigen (Übersicht 14.1 und 14.2), besteht ein solcher Einfluß, aber die regionalen Unterschiede in der Beurteilung

von Homosexualität bleiben in beiden Teilen Deutschlands auf allen regionalen Ebenen bestehen.

Die Meinung zum vorehelichen Geschlechtsverkehr ist weit weniger abhängig vom Wohnort des Befragten, wie die ersten bivariaten Analysen gezeigt haben. Lediglich die Bevölkerung in Baden-Württemberg und Sachsen unterscheidet sich in ihrer Einstellung sowohl ohne als auch unter der Berücksichtigung von Alter, Geschlecht und Bildung signifikant von den Menschen in den Stadtstaaten (Übersicht 14.1).

Frühere Analysen haben gezeigt, daß bei Fragen zu Werten und Normen weniger der Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken eine Rolle spielt als die Kirchnähe (Daiber 1988, S. 69). Da bei den Katholiken eine größere Bindung an die Kirche besteht als bei den Protestanten (vgl. Kap. 3.4.4), ergeben sich dementsprechend Unterschiede zwischen den Konfessionen. Deshalb soll an dieser Stelle nur der Einfluß von Kirchengang auf die regionalen Unterschiede in den Einstellungen zur Sexualmoral untersucht werden. So sind die Unterschiede zwischen Baden-Württemberg und Sachsen im Vergleich zu der Referenzgruppe der Stadtstaaten in der Einstellung zur vorehelichen Sexualität das Ergebnis der unterschiedlich starken Bindung an die Kirche. Nach der Berücksichtigung der Häufigkeit des Kirchgangs bei der multivariaten Analyse verschwindet jeglicher Effekt des Bundeslandes (vgl. Übersicht 13.1).

Ganz anders stellt sich der Sachverhalt für die Einstellung gegenüber der Homosexualität dar. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber gleichgeschlechtlicher Sexualität ist nicht nur an die starke Orientierung an religiöse Moralvorstellungen geknüpft, sondern hat auch noch Ursachen in anderen regional variierenden gesellschaftlichen Einflüssen. Die Analysen mit dem erweiterten Modell zeigen darüber hinaus, daß in den neuen Bundesländern nur ein geringer religiöser Einfluß auf die Beurteilung von Homosexualität besteht und der Stadt-Land-Unterschied viel deutlicher ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern (Übersicht 13.2).

Übersicht 13: Effekte von Regionalvariablen) auf die „Sexualmoral“ - ohne (einfaches Modell), mit (Standardmodell) Kontrollvariablen und weiteren Einflußmerkmalen (erweitertes Modell)¹⁾

Übersicht 13.1: Einstellung zu Sex vor der Ehe

	West		Ost	
abhängige Variable ²⁾	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Sex vor der Ehe (1-4)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	0,03	0,02	0,07*	0,06
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,04+	0,03	0,05	0,04
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,03	0,04	-0,01	-0,01
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,03	-0,02	-0,05	-0,05
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,06+	-0,05+	0,01	-0,01
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,02	-0,01	0,00	-0,01
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,01	-0,00	-0,03	-0,03
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland		
Sex vor der Ehe (1-4)	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
West			
BLW 1 Schleswig-Holstein	0,02	0,02	0,03
BLW 2 Niedersachsen	-0,03	-0,02	0,03
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,07	-0,06	0,01
BLW 4 Hessen	-0,05	-0,04	-0,01
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,02	-0,02	0,02
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,14**	-0,13**	-0,07
BLW 7 Bayern	-0,06	-0,04	0,04
Referenzgruppe: Stadtstaaten			
Ost			
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,00	-0,01	0,02
BLO 2 Brandenburg	-0,06	-0,05	0,00
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,10	-0,09	-0,06
BLO 4 Thüringen	-0,08	-0,07	-0,04
BLO 5 Sachsen	-0,14+	-0,13+	-0,05
Referenzgruppe: Berlin/Ost			

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1)Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

4) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht, Bildung und Kirchengangshäufigkeit

Quelle: ISSP 1994

Übersicht 13.2: Einstellung zur Homosexualität

abhängige Variable ¹⁾	West			Ost		
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse					
Homosexualität (1-4)	einfach	Standard ²⁾	erweitert ³⁾	einfach	Standard ²⁾	erweitert ³⁾
	0,15**	0,11**	0,07**	0,23**	0,17**	0,16**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR					
	0,15**	0,11**	0,07**	0,20**	0,14**	0,13**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)					
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,06*	-0,07*	-0,05+	-0,07**	-0,19**	-0,15**
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,06*	-0,07*	-0,03	-0,02	-0,06	-0,03
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,09**	-0,11**	-0,07*	0,00	-0,09+	-0,06
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,01	-0,04	-0,03	0,03	-0,04	-0,02
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,02	-0,05	-0,00	-0,03	-0,07	-0,08+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)						

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland		
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ³⁾
Homosexualität (1-4)			
West			
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,03	-0,02	-0,01
BLW 2 Niedersachsen	-0,15**	-0,10*	-0,06
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,17**	-0,11+	-0,05
BLW 4 Hessen	-0,12*	-0,09*	-0,06
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,14**	-0,09*	-0,06
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,19**	-0,15**	-0,11*
BLW 7 Bayern	-0,20**	-0,14**	-0,08+
Referenzgruppe: Stadtstaaten			
Ost			
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,19**	-0,14*	-0,13*
BLO 2 Brandenburg	-0,22**	-0,16*	-0,14
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,26**	-0,17*	-0,16*
BLO 4 Thüringen	-0,21**	-0,14+	-0,13+
BLO 5 Sachsen	-0,35**	-0,27**	-0,25**
Referenzgruppe: Berlin/Ost			

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht, Bildung und Kirchengangshäufigkeit

Quelle: ISSP 1994

3.5.4 Geschlechterrollen

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte werden besonders deutlich in bezug auf die Rolle der Frau in Familie und Beruf. Auffällige Entwicklungen sind z. B. der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere auch von Frauen mit Kleinkindern, und die Umbewertung der traditionellen Familie. Letzteres wird deutlich an der Zunahme der Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften, am Rückgang der Geburtenzahlen, an höheren Scheidungsraten und dem damit verbundenen Anstieg unvollständiger Familien. Parallel zum sichtbaren Verhalten haben sich auch die Einstellungen gewandelt (vgl. Braun 1995). Bertram und Dannenbeck (1991) stellen weiter fest, daß nicht nur Lebensformen und familiäre Beziehungen zwischen Regionen variieren, sondern daß sich auch die Einstellungen der Menschen in bezug auf die Rolle der Frau in Familie und Beruf regional erheblich unterscheiden und daß diese Unterschiede größer sind als die Variation zwischen den sozialen Schichten (a.a.O., S. 105).

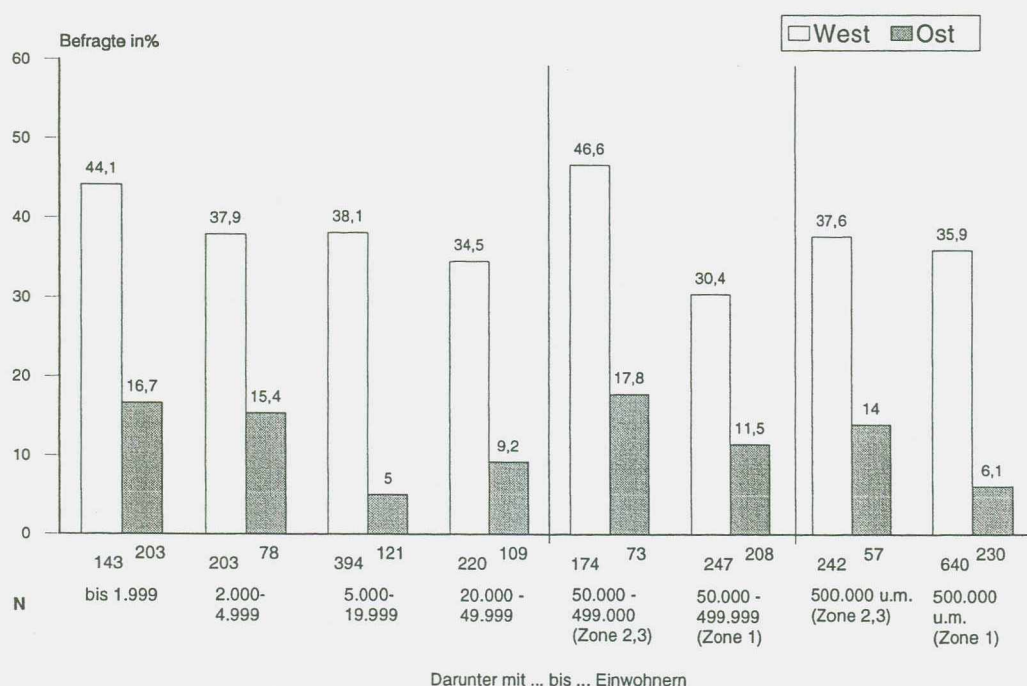
Im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) wurden 1994 Fragen zu dem Themenschwerpunkt „Familie und sich ändernde Geschlechterrollen“ gestellt. Das bewußt breit angelegte Fragenprogramm hat z. B. die Einstellungen zu den Geschlechterrollen, d. h. die geschlechtsspezifische Zuweisung von unterschiedlichen Fähigkeiten und Aufgabenbereichen, und insbesondere die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Frauen zum Inhalt. Die ursprüngliche traditionelle Auffassung von Geschlechterrollen beinhaltet, daß der Mann für die außerhäusliche Erwerbsarbeit zuständig ist und der Frau die innerfamiliären Reproduktionsleistungen, als ihr quasi natürlicher Aufgabenbereich, zugewiesen werden. Eine der Aussagen im ISSP fragt genau diese „klassische“ Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ab: „Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern“. Der Grad der Zustimmung zeigt auf, inwieweit in der Bevölkerung bestimmte Geschlechterrollen-Ideologien verankert sind, d. h. ob eher ein traditionelles oder ein gleichberechtigtes Modell präferiert wird.

Getrennt nach den alten und neuen Bundesländern ergeben sich erhebliche Unterschiede: die Ostdeutschen sind viel weniger bereit, den Frauen die klassische Rolle an Heim und Herd zuzuschreiben, als die Westdeutschen. So stimmen die Befragten im Osten lediglich zu 11,2 %, die im Westen immerhin zu 37,3 % der Aussage zur „klassischen“ Arbeitsteilung zu. In den alten Bundesländern wird Frauenerwerbstätigkeit häufig als „Luxus“ betrachtet, den man sich nur bei guter Wirtschaftslage leisten

kann (Arbeitsmarktreserve) und der eher zur Selbstverwirklichung der Frauen dient. Im Vergleich dazu ist es in den neuen Bundesländern aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, daß die Frau zusätzlich zum Mann zum Haushaltseinkommen beiträgt, so daß diese gelebte Alltagserfahrung auch entsprechend auf das Rollenverständnis der Menschen in den neuen Bundesländern abgefärbt hat (vgl. Braun 1995).

Nach den ISSP-Daten zeigt sich (vgl. Tabelle 17 a), daß die Menschen in den westlichen Bundesländern in Berlin/West (16,7 %), Hamburg (20,8 %) und Schleswig-Holstein (27,1 %) liberaler sind in bezug auf die Zuordnung der Geschlechterrollen. Eher eine traditionelle Meinung vertreten die Befragten in Hessen (45,0 %) und Niedersachsen (41,2 %). In den neuen Bundesländern gibt es in Berlin/Ost (2,7 %) und Brandenburg (6,6 %) kaum Menschen, die dieser Geschlechtsrollenzuordnung noch zustimmen. Die am „traditionellsten“ neuen Bundesländer sind Thüringen (14,2 %) und Sachsen-Anhalt (14,0 %).

Abbildung 11: Befürwortung der „klassischen“ Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) in West- und Ostdeutschland 1994



West: Cramer's V .08 $p=.02$, mean = 37,3
 Ost: Cramer's V .11 $p=.02$, mean = 11,2

Quelle: ISSP 1994

An allen Variablen der Stadt-Land-Dimension lassen sich zusätzlich, wenn auch nur schwach, weitere regionale Variationen erkennen. Wie die Abbildung nach den BIK-Stadtregionen zeigt, befürworten die Befragten in den kleineren Gemeinden zumindest im Osten (bis 4 999 Einw.) und im Umland der Stadtregionen - sowohl im Westen als auch im Osten - eher das traditionelle Familienmodell als die Befragten in den Kernbereichen der Städte (Zone 1). Mit den nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp aufgeschlüsselten Daten läßt sich mehr oder weniger nur die traditionellere Einstellung der Menschen im ländlichen Raum der alten Bundesländer zeigen (vgl. Tabelle 17 d). Für die neuen Bundesländer ergeben sich danach überhaupt keine signifikanten Unterschiede.

Die regionale Darstellung der Geschlechterrollenzuweisung setzt voraus, daß es neben den allgemeinen gesellschaftlichen Einflüssen spezielle regionsspezifische Effekte gibt, die die normative Vorstellung über die wünschenswerte Rolle der Frau beeinflussen. Deshalb wird im nächsten Analyseschritt untersucht, wie die wichtigsten individuellen Einflußfaktoren - Geschlecht, Alter und Bildung, die das Rollenverständnis der Geschlechter stark prägen (vgl. Braun/Nowossadeck 1992) - den gefundenen regionalen Einfluß verändern. Nach der multivariaten Analyse (vgl. Übersicht 14) verschwindet der regionale Einfluß im Westen zwischen Stadt und Land fast völlig, dagegen bleibt er in den neuen Bundesländern bestehen und verstärkt sich zum Teil noch (BIK-Gemeindetyp). Der Effekt der Bundesländer in West und Ost verändert sich nach der multivariaten Analyse mit den individuellen Einflußfaktoren kaum. Diese Befunde lassen somit weitere regionsspezifische Einflußfaktoren auf das Rollenverständnis von Frauen und Männern vermuten, wie z. B. Berufsstatus oder Schichtzugehörigkeit.

Übersicht 14: Effekte von Regionalvariablen auf die Einstellung zu Geschlechterrollen (Arbeitsteilung Mann/Frau „klassisch“) - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost		
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse				
Arbeitsteilung Mann/Frau „klassisch“ (1-5)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾	
	0,08**	0,04+	0,14**	0,10*	
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR				
	0,08**	0,04+	0,09*	0,05	
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
	BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,05+	-0,03	-0,08*	-0,11*
	BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,03	-0,03	-0,05	-0,08+
	BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,01	-0,02	0,06+	-0,01
	BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,01	0,01	-0,01	-0,06
	BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,04+	-0,04	-0,08*	-0,10*
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)					

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
Arbeitsteilung Mann und Frau klassisch“ (1-5)	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,03	-0,02
BLW 2 Niedersachsen	-0,11*	-0,07+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,23**	-0,18**
BLW 4 Hessen	-0,14**	-0,10**
BLW 5 Rheinland-Pfalz/Saarland	-0,15**	-0,11**
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,17**	-0,14**
BLW 7 Bayern	-0,18**	-0,13**
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,13*	-0,10+
BLO 2 Brandenburg	-0,12+	-0,09
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,21**	-0,16*
BLO 4 Thüringen	-0,23**	-0,18**
BLO 5 Sachsen	-0,25**	-0,20**
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der standardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ISSP 1994

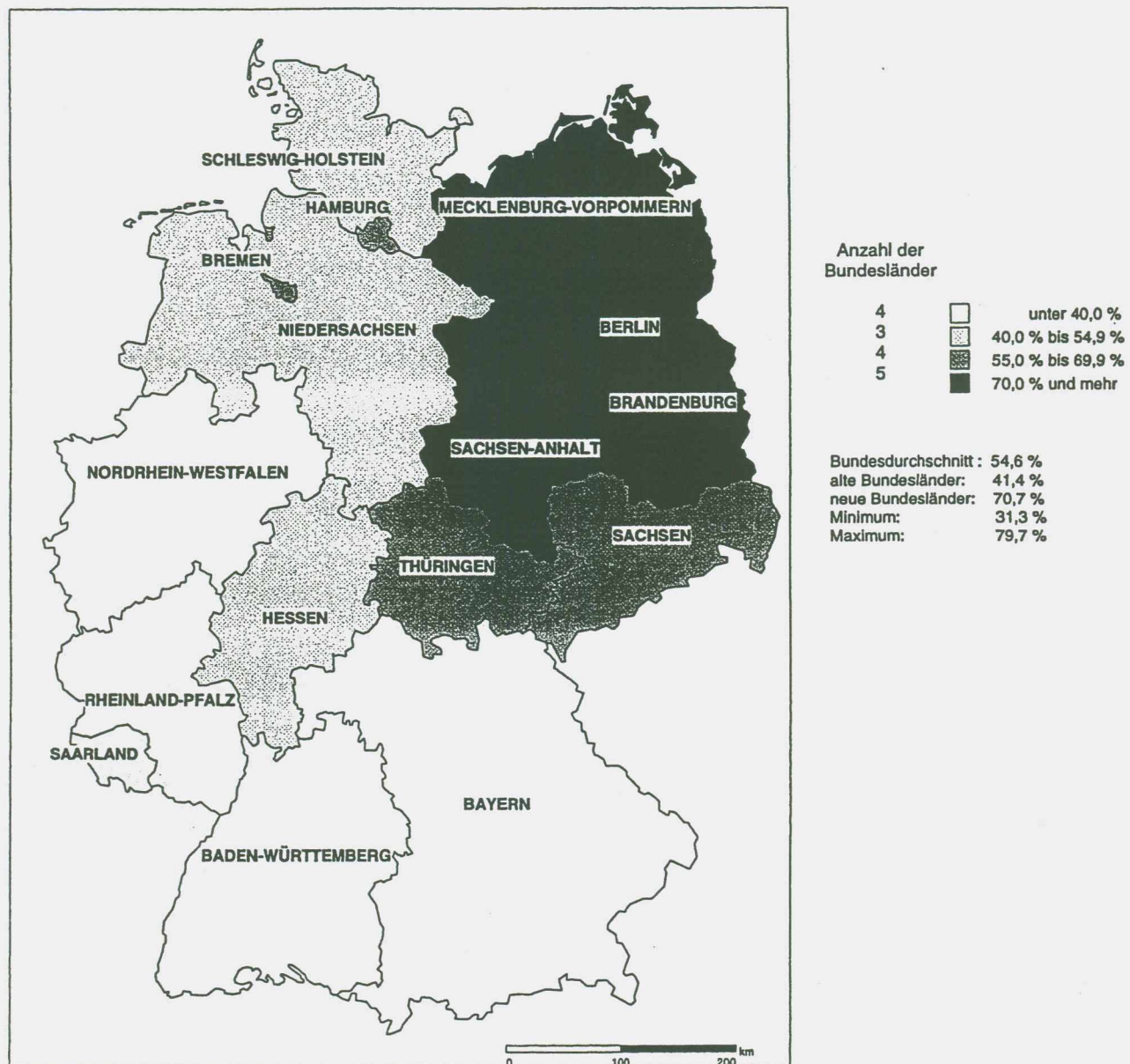
3.5.5 Einstellung zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches

Stark mit allgemeinen Wertvorstellungen und Normen verbunden ist die Diskussion über die Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs. Inwieweit der Frau in diesem Zusammenhang eine eigenständige Entscheidung zugestanden wird, gibt weiterhin Aufschluß über das herrschende Rollenverständnis. Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten im Jahre 1990 stand der §218, d. h. die Frage, unter welchen Bedingungen ein straffreier Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden darf, wieder auf der politischen Tagesordnung und wurde auf allen gesellschaftlichen Ebenen kontrovers diskutiert. Insbesondere die Vereinheitlichung der Rechtsordnung machte Probleme, da eine Regelung gefunden werden mußte, die das unterschiedliche Recht in beiden Teilen Deutschlands - in Westdeutschland ein Indikationsmodell, in Ostdeutschland eine Fristenregelung (nach der während der ersten zwölf Schwangerschaftswochen keine spezifische Begründung für einen Abbruch gefordert wurde) - ablösen sollte.

Das letzte Mal wurde die Einstellung zur Legalisierung der Abtreibung innerhalb des ALLBUS im Mai bis Juni 1992 erhoben, zu einem Zeitpunkt also, an dem in West- und Ostdeutschland noch die unterschiedlichen Regelungen in Kraft waren. Die Befragten sollten unter anderem angeben, ob es ihrer Meinung nach einer Frau gesetzlich möglich sein sollte, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, unabhängig davon, welchen Grund sie dafür hat.

Insgesamt gibt es große Unterschiede in den Einstellungen bezüglich der völligen Freigabe des Schwangerschaftsabbruches zwischen den alten und neuen Bundesländern: Im Westen befürworten 41,4 % diese Möglichkeit, in den Gebieten der ehemaligen DDR sind es 70,4 %. Diese erheblichen Unterschiede zwischen den ehemals getrennten deutschen Staaten stehen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Rechtssituation und der derzeitigen großen Belastung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern aufgrund der Umbruchsituation und der unsicheren wirtschaftlichen Lage (vgl. Koch, A. 1994, S. 213).

Karte 5: Einstellung zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den Bundesländern West- und Ostdeutschlands im Jahr 1992 (Karte)



Quelle: ALLBUS 1994 Kartographie: Carmen Eilinghoff - ZUMA Mannheim 5/96

Die Ergebnisse zur Einstellung gegenüber einer bedingungslosen Freigabe des Schwangerschaftsabbruches weisen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern signifikante regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Wie auch die Karte deutlich macht, haben die Befragten im Norden der Bundesrepublik eine liberalere Einstellung als die im Süden. Neben den Stadtstaaten (Berlin West und Ost, Hamburg, Bremen) ist auch bei den Flächenstaaten Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Westen sowie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg im Osten überdurchschnittliche Zustimmung festzustellen.

Die Einstellung zur völligen Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs zeigt nach der Stadt-Land-Dimension kaum eindeutige Tendenzen in West und Ost. In der gesamten Bundesrepublik gilt aber, daß die Befragten in den Großstädten bzw. in den Kernen der großen Verdichtungsräume die höchsten Anteile an Zustimmung für dieses Item aufweisen und die Befragten in den ländlichen Gebieten der alten Bundesländer eine weniger liberale Einstellung zur Freigabe des § 218 besitzen (Tabelle 17 b - 17 d).

Frühere Untersuchungen (vgl. Erbslöh und Koch 1990: 98ff, Rattinger 1993: 113ff) haben ergeben, daß sozialstrukturelle Merkmale wie Geschlecht, Alter und Bildung nur einen geringen Effekt haben. Das zeigt sich auch bei den multivariaten Analysen mit dem Standardmodell, bei denen sich kaum Unterschiede zwischen dem standardisierten Regressionskoeffizienten der multiplen und dem der einfachen Regression ergeben (Übersicht 15).

Weit stärkere Auswirkungen haben dagegen insbesondere die konfessionelle Bindung und die Religiosität auf die Einstellung zur Abtreibungsregelung (vgl. Koch, A. 1994, S. 220). Die katholische wie auch die evangelische Kirche nehmen sehr aktiv an der gesellschaftspolitischen Diskussion über die Abtreibungsregelung teil. Deshalb ist es nicht überraschend, wenn konfessionelle und religiöse Orientierungen die Einstellungen zur gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs beeinflussen. Für die Einstellung zur Abtreibungsregelung ist jedoch nicht nur die Konfessionszugehörigkeit von Belang, sondern eine noch viel größere Rolle spielt die in der Kirchengangshäufigkeit zum Ausdruck kommende Kirchenbindung. Je enger die Bindung an die Kirche, desto restriktiver die Haltung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs.

Übersicht 15: Effekte von Regionalvariablen auf die Einstellung zur Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs - wenn Frau es will - - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West			Ost		
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse					
legaler Schwangerschaftsabbruch: ja, möglich, (1) wenn Frau es will vs. Rest (0)	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
	0,15**	0,14**	0,08*	0,06	0,05	0,03
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR					
	0,24**	0,22**	0,13*	0,03	0,01	-0,00
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)					
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,73*	-0,70*	-0,41	-0,01	0,06	0,20
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,34	-0,30	0,22	-0,01	0,00	0,05
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,63**	-0,58**	-0,37+	0,02	0,02	0,02
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,50*	-0,46*	-0,29	-0,05	-0,02	-0,07
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,37*	-0,34*	-0,27+	-0,60*	-0,55+	-0,47+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)						

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland		
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
legaler Schwangerschaftsabbruch: ja, möglich, (1) wenn Frau es will vs. Rest (0)			
West			
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,63+	-0,57+	-0,38
BLW 2 Niedersachsen	-0,70**	-,68**	-0,49+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-1,05**	-1,00**	-0,72**
BLW 4 Hessen	-0,96**	-0,91**	-0,68*
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-1,33**	-1,28**	-0,93**
BLW 6 Baden-Württemberg	-1,16**	-1,11**	-0,73**
BLW 7 Bayern	-0,98**	-0,93**	-0,47+
Referenzgruppe: Stadtstaaten			
Ost			
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,18	-0,08	0,07
BLO 2 Brandenburg	-0,35	-0,26	-0,15
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,69+	-0,55	-0,30
BLO 4 Thüringen	-1,08**	-1,02*	-0,83+
BLO 5 Sachsen	-1,05**	-0,99*	-0,77+
Referenzgruppe: Berlin/Ost			

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

4) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht, Bildung und Kirchengangshäufigkeit

Quelle: ALLBUS 1992

Wie schon die Analysen zur Religiosität zeigten (Kap.3.5.2), gibt es zumindest in den alten Bundesländern erhebliche regionale Unterschiede in der aktiven Glaubensausübung. Um diesen Einfluß auf die Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch zu untersuchen, wird das Standardmodell bei der multivariaten Analyse um die Variable Kirchengangshäufigkeit erweitert. Generell gilt, daß nach der multiplen Regression der Einfluß der Regionalvariablen erheblich zurückgeht, aber, wenn vorhanden, auf niedrigem Niveau erhalten bleibt (Übersicht 16). Das bedeutet, daß es neben den religiös motivierten Bedenken gegen die Möglichkeit eines legalen Schwangerschaftsabbruchs ohne Einschränkungen weitere regional variierende Faktoren geben muß, die diese Einstellung beeinflussen.

3.5.6 Wahlverhalten

Regionale Analysen von Wahlergebnissen oder möglichem Wahlverhalten haben sowohl in den Sozial- und Politikwissenschaften als auch in der Geographie eine lange Tradition. In der Regel wird versucht, auf der Grundlage von Wahlergebnissen bzw. Wahlabsichten Entsprechungen zwischen dem Parteienanteil einerseits und der Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen (z. B. Arbeiter, Bildungsbürger etc. auf Basis von Aggregatdaten) andererseits zu finden. Dabei möchte man politische Grundströmungen mit Hilfe regionaler, kultureller und soziodemographischer Merkmale erklären. Voraussetzung für diese Vorgehensweise ist die Annahme, daß das Wahlverhalten des einzelnen Wählers in seiner Sozialgruppe verankert ist (Ganser 1966, S. 16). Und da in einer Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit besteht, soziale Strukturen sich in entsprechenden räumlichen Ungleichverteilungen (Segregation) widerspiegeln, gibt es Teilgebiete ähnlicher Orientierungen und Verhaltensweisen seiner Bewohner.

Im ALLBUS wird die Parteienpräferenz u.a. über die sogenannte Sonntagsfrage ermittelt. Das ist eine hypothetische Frage danach, welche Partei gewählt würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Gemäß der Fragestellung handelt es sich also nicht um ein Abbild tatsächlicher Mehrheitsverhältnisse im Land, sondern um ein Stimmungsbild für den entsprechenden Erhebungszeitraum. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sich das westliche Parteiensystem schnell in den neuen Bundesländern etabliert. Die einzigen bedeutsamen Parteien, die separat in den neuen Bundesländern überlebt haben, sind die SED-Nachfolgepartei PDS und das Bündnis 90,

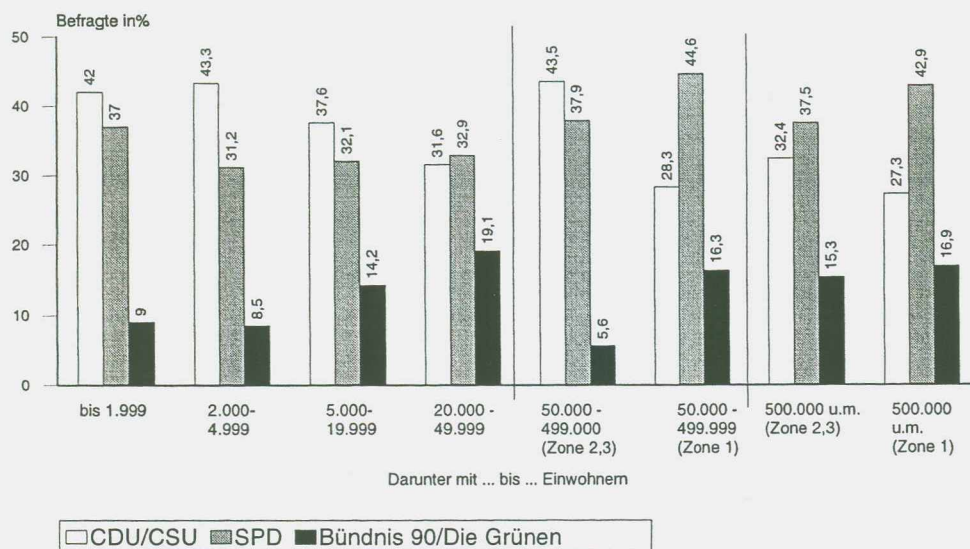
das sich inzwischen mit der Partei Die Grünen verbündet hat. Bei den folgenden Analysen wurden nur die Befragten berücksichtigt, die angaben, eine konkrete Partei wählen zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, d. h. Unentschiedene und Nichtwähler wurden in die Analysen nicht miteinbezogen. In den Tabellen werden potentielle Wähler von FDP und Splitterparteien wegen der geringen Fallzahlen nicht dargestellt und die der PDS nur für die neuen Bundesländer.

Zum Befragungszeitpunkt 3.2. - 18.5.1994 wäre nach den Befragten im ALLBUS die SPD mit 37,8 % im Westen und 36,0 % im Osten eindeutig stärkste Partei, wobei insgesamt ca. 20 % der Befragten noch nicht wußten, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, bzw. keine Angaben machten. Ein Vergleich mit den Bundestagswahlergebnissen vom 16. Oktober 1994 zeigt, daß die CDU/CSU im Vergleich zu dem Stimmungsbild im Frühjahr 1994 an Boden gut machen konnte. Sie konnte auf Bundesebene bei den tatsächlichen Wahlen 41,4 % aller Stimmen auf sich vereinigen; der SPD-Stimmenanteil entspricht mit 36,4 % in etwa den Ergebnissen der ALLBUS-Umfrage. Daß anscheinend in der ALLBUS-Umfrage Unzufriedenheit und Protest gegenüber der regierenden Partei ausgedrückt werden sollte, zeigt neben dem schlechten Ergebnis der CDU/CSU (West: 33,8 %; Ost: 22,0 %) das gute Abschneiden Bündnis90/ Die Grünen (West: 14,3 %; Ost: 12,6 %) in den alten und neuen Bundesländern.

Betrachtet man die Stimmenverteilung auf der Ebene der Bundesländer, so zeigt sich, daß nach der „Sonntagsfrage“ außer in Baden-Württemberg und Bayern in den alten Bundesländern und Sachsen in den neuen Bundesländern in keinem Bundesland die CDU/CSU stärkste Partei wäre. Somit wäre die SPD - außer in Ostberlin, wo die PDS viele Anhänger hat - in allen Bundesländern der Bundesrepublik stärkste Partei. Selbst in Bayern und in Sachsen, typischen Hochburgen der CSU bzw. der CDU reicht der Stimmenanteil bei der Wahlabsichtsfrage nicht an das tatsächliche Ergebnis bei der Bundestagswahl heran (Bayern, CSU: Umfrage 45,5 %, Bundestagswahl : 51,2 % bzw. Sachsen, CDU: 35,0 % zu 48,0 %).

Alle Variablen der Stadt-Land-Dimension zeigen mehr oder weniger starke Unterschiede im Wahlverhalten. Für die genauere Darstellung wird wieder auf den BIK-Gemeindetyp zurückgegriffen, da hier der Einfluß des Bundeslandes im Vergleich zum siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR weniger direkt einwirkt und er im Gegensatz zur politischen Gemeindegrößenklasse differenzierte Informationen über die Großstadtregionen liefert.

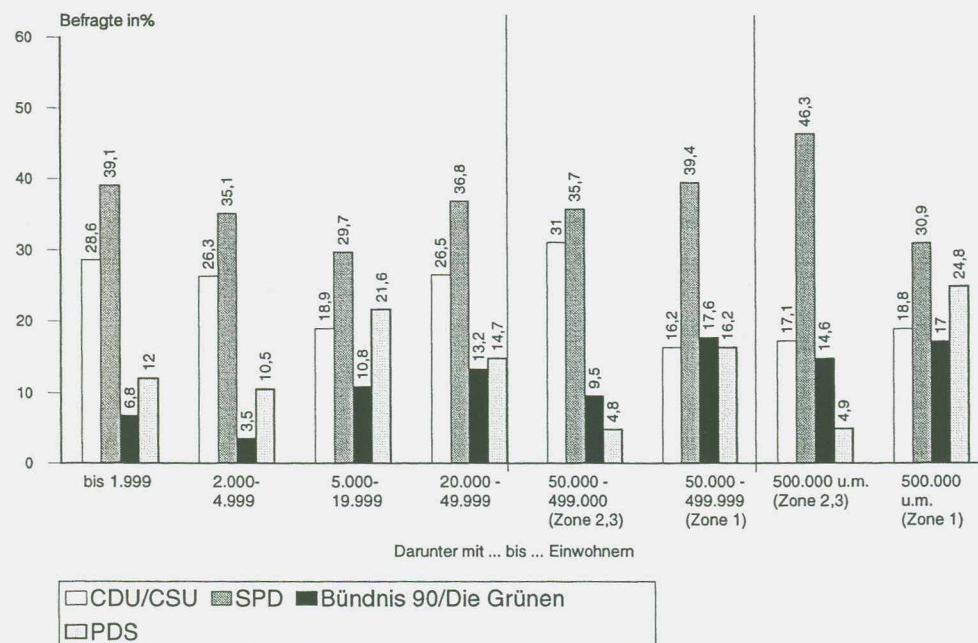
Abbildung 12: Wahlabsicht nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) in Westdeutschland 1994



CDU/CSU: Cramer's V .13, p=.000, mean = 33,8 %
 SPD: Cramer's V .10, p=.024, mean = 37,8 %
 Bündnis 90/Die Grünen: Cramer's V .11, p=.006, mean = 14,3 %

Quelle: ALLBUS 1994

Abbildung 13: Wahlabsicht nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) in Ostdeutschland 1994



CDU/CSU: Cramer's V .13, p=.120, mean = 22,0 %
 SPD: Cramer's V .09, p=.500, mean = 36,0 %
 Bündnis 90/Die Grünen: Cramer's V .15, p=.033, mean = 12,6 %
 PDS: Cramer's V .17, p=.003, mean = 16,1 %
 Quelle: ALLBUS 1994

In den alten Bundesländern bestätigen die Ergebnisse weitgehend die generellen Befunde der Wahlforschung. Die CDU/CSU - Anhänger finden sich überproportional in den ländlichen Gebieten (Gemeinden außerhalb der Stadtregionen mit einer Einwohnergröße bis zu 19 999) und die SPD hat ihr größtes Wählerpotential in den Kernstädten der großen Ballungsräume (Zone 1 aller Stadtregionen). In den kleineren Stadtregionen (50 000 - 499 999 Ew.) nimmt jedoch die Wählergunst in den Umlandgemeinden der Stadtregion gegenüber der SPD zugunsten der CDU ab. Die bivariaten Analysen zeigen ebenfalls, daß die Grünen eine Partei der urbanen Zentren ist. Das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern gründet noch nicht wie im Westen auf traditionell nach 1945 verankerten Strukturen. Deshalb sind nicht unbedingt ähnliche Unterschiede zu erwarten. Doch erkennt man - obwohl die Ergebnisse für die großen „Westparteien“ nicht signifikant sind - zumindest für die CDU und Bündnis 90/ Die Grünen ähnliche Strukturen wie in den alten Bundesländern. Die PDS ist nach der Wahlabsichtsfrage im ALLBUS sehr stark in den neuen Bundesländern vertreten. Dabei ist ihr Anteil im Kernbereich (Zone 1) der größten Stadtregion am höchsten. Hier kommt zum Teil wieder der „Berlineffekt“ zum Tragen.

In der Wahlforschung sind die Variablen Schicht, Alter und Konfession bzw. aktive Glaubensausübung - zumindest in Westdeutschland - als bedeutsamsten für die Wahlentscheidung ermittelt worden (vgl. Bürklin 1988, Kühnel/Terwey 1990, Trometer 1992). So haben Wahlanalysen der zurückliegenden Wahlen in den alten Bundesländern ergeben, daß es zumindest für die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD ein fest verankertes traditionelles Wählermilieu gibt. Deren sozialstrukturelle Unterschiede spiegeln sich in den regionalen Unterschieden wider (vgl. Forschungsgruppe Wahlen (FGW) 1994, S. 15 f). So hat die SPD bei den Arbeitern besonders in den hochverdichteten industriell strukturierten Ballungszentren ein hohes Wählerpotential und die CDU bezieht ihre Stammwählerschaft unter anderem aus der Gruppe der kirchlich gebundenen Katholiken und der Landwirte, die beide vor allem im ländlichen Raum anzutreffen sind.

Diese für den Westen bekannten Muster des Wahlverhaltens bestimmter Bevölkerungsgruppen lassen sich aus mehreren Gründen nicht auf die neuen Bundesländer übertragen. Zum einen fehlt der Zeitraum für einen solchen Sozialisationsprozeß, der langfristig stabile Verhaltensmuster entstehen lassen könnte, und zum anderem steht die Frage im Raum, ob sich solche bestehenden tradierten Muster in der heutigen Zeit noch einmal entwickeln können, da milieubedingte Wählermuster zunehmend an Bedeutung verlieren (FGW 1994, S. 15).

In den multivariaten Analysen zur Überprüfung des Regionaleinflusses mit dem demographischen Standardmodell sind die genannten Einflußfaktoren direkt (Alter) oder indirekt (Bildung) zum Teil enthalten. Unterschiede zwischen den standardisierten Koeffizienten der einfachen und multiplen - hier logistischen - Regressionen ergeben sich nur für die Anhänger der Grünen (vgl. Übersicht 16.3). Durch den Einfluß von Bildung und Alter geht jeglicher Regionaleinfluß zurück. Die Neigung, die Grünen zu wählen, wird also nicht durch „Urbanität“ erklärt, sondern ist insbesondere ein Effekt der höheren Bildung, die - wie gezeigt (vgl. Kapitel 3.4.1) - stark regional variiert.

Entsprechend der oben beschriebenen Wählertypologie der beiden großen Parteien wird exemplarisch für die Anhänger der CDU/CSU das Standardmodell um jeweils die wichtigsten Einflußfaktoren erweitert (vgl. Übersicht 16.1). So verliert sich der Stadt-Land-Effekt bei der Wahlabsicht zugunsten der CDU in den alten Bundesländern, wenn man die Kirchengangshäufigkeit, Konfession (katholisch vs. Rest) und die berufliche Stellung (Selbständige incl. Landwirte nach dem Einordnungsberuf; vgl. Variablendefinition im Anhang 5.7) berücksichtigt. Ebenfalls verliert sich für Westdeutschland der Einfluß des Bundeslandes, d. h. Bayern und Baden-Württemberg unterscheiden sich nicht mehr signifikant von den Stadtstaaten. Dagegen bleibt der Einzeleffekt von Sachsen auf die Wahlentscheidung zugunsten der CDU nach Kontrolle der CDU-Stammwählereigenschaften bestehen.

Übersicht 16: Effekte von Regionalvariablen auf die Wahlabsicht - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

16.1: Wahlabsicht CDU/CSU

abhängige Variable ²⁾	West			Ost		
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse					
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
Wahlabsicht: CDU/CSU (1) vs. Rest (0)	-0,14**	-0,14**	-	-0,12*	-0,12*	-
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR					
	-0,22**	-0,22**	-0,11	-0,14	-0,14	-0,13
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)					
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,66*	0,63*		0,63+	0,66*	
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,73**	0,81**		0,52	0,53	
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,47*	0,49*	-	0,10	0,10	-
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,18	0,11		0,44	0,50	
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,44*	0,39*		0,32	0,35	
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)						

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland		
	einfach	Standard ³⁾	erweitert ⁴⁾
Wahlabsicht: CDU/CSU (1) vs. Rest (0)			
West			
BLW 1 Schleswig-Holstein	0,06	0,09	0,07
BLW 2 Niedersachsen	0,51	0,44	0,11
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,30	0,28	-0,20
BLW 4 Hessen	0,33	0,29	-0,06
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	0,08	0,03	-0,54
BLW 6 Baden-Württemberg	0,41	0,41	0,01
BLW 7 Bayern	0,93*	0,91*	0,25
Referenzgruppe: Stadtstaaten			
Ost			
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,19	0,29	0,09
BLO 2 Brandenburg	0,20	0,23	0,07
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,50	0,52	0,39
BLO 4 Thüringen	0,86	0,90	0,77
BLO 5 Sachsen	1,46*	1,51*	1,31*
Referenzgruppe: Berlin/Ost			

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablen definition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

4) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht, Bildung und Konfessionszugehörigkeit (katholisch vs. Rest; nur West), Kirchengangshäufigkeit und Selbständige (incl. Landwirte)

Quelle: ALLBUS 1994

16.2: Wahlabsicht SPD

abhängige Variable ¹⁾	West		Ost		
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse				
Wahlabsicht: SPD (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾	
	0,08*	0,11*	-0,03	-0,01	
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR				
	0,16*	0,20**	-0,07	-0,03	
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)				
	BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,24	-0,37	0,14	0,03
	BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,53*	-0,68*	0,04	-0,02
	BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,45*	-0,54**	-0,20	-0,21
	BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,42+	-0,46+	0,11	0,08
	BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,21	-0,24	0,28	0,21
	Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
	Bundesland	
Wahlabsicht: SPD (1) vs Rest (0)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,17	-0,24
BLW 2 Niedersachsen	-0,22	-0,32
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,29	-0,38
BLW 4 Hessen	-0,20	-0,30
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,02	-0,16
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,61+	-0,68+
BLW 7 Bayern	-0,57+	-0,68*
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,24	0,13
BLO 2 Brandenburg	1,18**	1,10*
BLO 3 Sachsen-Anhalt	0,26	0,14
BLO 4 Thüringen	0,33	0,20
BLO 5 Sachsen	0,03	-0,10
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

16.3: Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen

abhängige Variable ¹⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wahlabsicht: Bündnis 90/ Die Grünen (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	0,14**	0,09+	0,14*	0,11+
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,21*	0,12	0,26*	0,21+
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,83+	-0,50	-1,00*	-0,86+
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,73+	-0,60	-1,68+	-1,63+
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,26	-0,11	-0,62	-0,56
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,17	0,39	-0,25	-0,22
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,51+	-0,37	-0,36	-0,27
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
	Bundesland	
Wahlabsicht: Bündnis 90/Die Grünen (1) vs Rest (0)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	0,04	0,19
BLW 2 Niedersachsen	0,65	-0,36
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,20	0,02
BLW 4 Hessen	-0,33	-0,13
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,49	-0,17
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,19	-0,08
BLW 7 Bayern	-0,88+	-0,67
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,29	-0,23
BLO 2 Brandenburg	-1,04+	-0,94
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,31	-0,15
BLO 4 Thüringen	-0,59	-0,43
BLO 5 Sachsen	-0,15	0,01
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

16.4: Wahlabsicht PDS (nur Ost)

abhängige Variable ¹⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Wahlabsicht: PDS (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	-	-	0,22**	0,20**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-	-	0,27*	0,23*
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-	-	-0,64+	-0,52
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-	-	-0,79	-0,73
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-	-	-0,01	0,02
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-	-	-0,41	-0,36
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-	-	-1,64*	-1,56*
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
	Bundesland	
Wahlabsicht: PDS (1) vs Rest (0)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein		
BLW 2 Niedersachsen		
BLW 3 Nordrhein - Westfalen		
BLW 4 Hessen		
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland		
BLW 6 Baden-Württemberg		
BLW 7 Bayern		
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,81+	-0,66
BLO 2 Brandenburg	-1,44**	-1,33**
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-1,20*	-1,08*
BLO 4 Thüringen	-1,26**	-1,13*
BLO 5 Sachsen	-1,89**	-1,77**
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

3.5.7 Werteorientierung

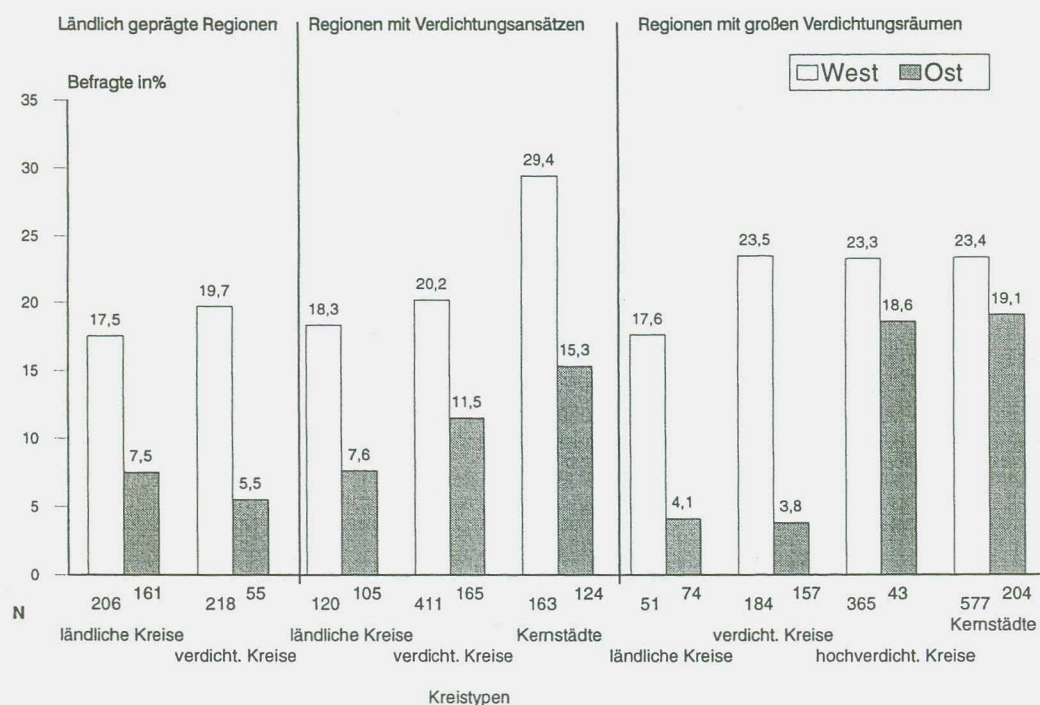
Seit den 70er Jahren wird in allen westlichen Industrienationen ein Wertewandel in der Bevölkerung beobachtet. War es der Bevölkerung bis dato wichtig, materialistische Ziele wie Wohlstand und Sicherheit zu erreichen, wurden für einen immer größeren Teil Ziele wie Gleichberechtigung, Umweltschutz und persönliche Entfaltung wichtig. Diese Lebensausrichtung wird als „Postmaterialismus“ bezeichnet. Dazu hat Inglehart (1977) einen Materialismus - Postmaterialismus - Index entwickelt, welcher sich zu einem weit verbreiteten Instrument in sozialwissenschaftlichen Umfragen entwickelt hat. Eine Kurzfassung dieses Instruments wird seit 1980 im ALLBUS verwendet. Dazu sollen die Befragten vier politische Ziele nach ihrer Wichtigkeit in eine Rangfolge bringen. Je nach Prioritätensetzung der einzelnen Ziele werden die Befragten in Postmaterialisten und Materialisten bzw. zu einer Richtung tendierende Mischtypen eingeteilt (genaue Formulierung der Items im Anhang 5.7). Für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern sind jedoch die allgemeinen Lebensbedingungen ganz andere als in den alten Bundesländern. Durch den wirtschaftlichen Einbruch und das jahrzehntelange Wohlstandsgefälle zwischen der früheren DDR und der alten Bundesrepublik sind im Osten stärkere materialistische Orientierungen zu vermuten. Erwartungsgemäß liegt der Anteil der Postmaterialisten - nach der ALLBUS-Befragung von 1994 - im Westen höher als im Osten (22,1 % vs. 10,8 %). Bei den „Materialisten“ liegt der Anteil im Westen bei 17,5 %, im Osten bei 25,0 %. Die restlichen Befragten gehören den sogenannten „Mischtypen“ an.

Auf Bundesländerebene gibt es sowohl für die westliche als auch für die östliche Bevölkerung nur leichte Unterschiede in den grundlegenden Wertorientierungen (vgl. Tabelle 17 a). In den alten Bundesländern läßt sich aber ein leichter Nord-Süd-Unterschied feststellen: sind die Befragten in Schleswig - Holstein (33,9 %) und Hamburg (38,0 %) überdurchschnittlich „postmaterialistisch“, sind jene in Hessen (23,2 %) und Bayern (22,3 %) überdurchschnittlich „materialistisch“ eingestellt. Auch ist die Bevölkerung sowohl in Berlin/ West (34 %) als auch in Berlin/ Ost (18,2 %) zu einem relativ hohen Anteil postmaterialistisch eingestellt.

Nach der Stadt-Land-Dimension erhält man folgende Ergebnisse: Für die neuen Bundesländer ergeben sich für alle Regionalvariablen signifikante Unterschiede; in den alten Bundesländern können allenfalls nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR regionale Unterschiede ausgemacht werden (Tabelle 17 a. - 17 d). Dabei gilt für Ost und eingeschränkt für West: je verdichteter der Kreis, desto größer ist der Anteil der post-

materialistischen Bevölkerung, und je ländlicher der Kreis, desto eher ist die Bevölkerung materialistisch eingestellt.

Abbildung 14: Anteil der postmaterialistisch eingestellten Befragten nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR 1994



West: Cramer's V .08 p=.114, mean=22,1 %

Ost: Cramer's V .18 p=.000, mean=10,8 %

Quelle: ALLBUS 1994

Die Abbildung veranschaulicht anhand des Anteils der „Postmaterialisten“ den obigen Befund. In den Kernstädten und den daran anschließenden hochverdichteten bzw. verdichteten Kreisen liegt der Anteil in West und Ost über dem Durchschnitt.

Analysen zum Wertewandel in den westlichen Industrienationen haben gezeigt, daß vor allem jüngere und Personen mit hohem Bildungsabschluß eher postmaterialistisch eingestellt sind (Roller u.a. 1992). Da liegt es nahe, die gefundenen Beziehungen zwischen Wertorientierung und Region mit den soziodemographischen Standardvariablen zu überprüfen. Nach der Berücksichtigung der Variablen Bildung, Alter und Geschlecht bei der multivariaten Analyse nehmen die Effekte der Bundesländer - in West und Ost - eindeutig ab (vgl. Übersicht 17.1 und 17.2). Lediglich die Bevölkerung in den alten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern und in dem neuen Bundesland Brandenburg ist weniger postmaterialistisch eingestellt als die Bevölkerung in den Stadtstaaten. Bei den materialistischen

Einstellungen sind die Ergebnisse für die alten Bundesländer nicht unbedingt identisch: Hier weisen nur noch Hessen und Bayern Unterschiede zu den Stadtstaaten auf. In den neuen Bundesländern dagegen haben die soziodemographischen Standardvariablen kaum einen Einfluß auf die regionalen Unterschiede in den materialistischen Einstellungen der Befragten. Das bedeutet, daß die Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen sich hier von Ostberlin unterscheiden.

Während sich im Westen der nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR gefundene Stadt-Land-Unterschied in den Wertorientierungen nach der multivariaten Analyse verliert, bleibt dieser Unterschied im Osten nahezu unverändert bestehen. Das gilt insbesondere für die postmaterialistischen Einstellungen. Betrachtet man die Einzelitems des Inglehart-Index genauer, so werden die eindeutigen Stadt-Land-Unterschiede in den neuen Bundesländern plausibel. Die die postmaterialistische Einstellung bestimmenden Aussagen - mehr Einfluß des Bürgers auf Regierungsentscheidungen und Schutz der freien Meinungsäußerung - entsprechen im großen und ganzen den Forderungen nach Demokratisierung der Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR, die ihre mehrheitliche Verankerung in breiten Schichten der Bevölkerung besonders in den Städten hatte. Solche Grundeinstellungen haben anscheinend nach der Vereinigung der deutschen Staaten trotz des Verlusts der wirtschaftlichen Sicherheit nach wie vor Bestand.

Daß sich für die alten Bundesländer keine signifikanten Stadt-Land-Unterschiede ergeben, wie zu erwarten gewesen wäre, wird nachvollziehbar, wenn man die Befunde von Bertram u.a. (1993, S. 74) berücksichtigt. Er stellt z. B. fest, daß die Bevölkerung im norddeutschen ländlichen Raum aufgrund der Tradition des eher individualistischen Protestantismus zu postmaterialistischen Einstellungen neigt. Die Bevölkerung in den Städten mit ihren traditionellen Industriestrukturen an Rhein und Ruhr z. B. weisen dagegen mit bestimmten ländlichen Regionen im Süden vergleichbare, eher materialistische Einstellungen auf. Das bedeutet, daß gerade für die alten Bundesländer bei den regionalen Analysen zur Werteorientierung nicht eine rein dichotome Stadt-Land-Beziehung vorherrscht, sondern regionenspezifische kulturelle Einflüsse wirken.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß der Wertewandel keineswegs über die gesamte Gesellschaft in gleicher Weise vonstatten geht und Unterschiede nicht nur in ihrer soziodemographischen Struktur, sondern nach ihren Traditionen und Kulturen hin untersucht werden sollten.

Übersicht 18: Effekte von Regionalvariablen auf den Inglehart-Index - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

17.1: Postmaterialisten

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Postmaterialisten (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	0,06+	0,01	0,21**	0,17*
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,12*	0,05	0,39**	0,32**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-0,21	0,10	-0,90*	-0,62
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-0,39	-0,19	-0,33	-0,13
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-0,28	-0,14	-1,12*	-1,15*
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,00	0,15	-0,85+	-0,71
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,08	0,03	-1,21*	-1,12*
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
	Bundesland	
Postmaterialismus (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,00	-0,08
BLW 2 Niedersachsen	-0,66*	-0,51
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,74**	-0,60+
BLW 4 Hessen	-0,61+	-0,45
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,67+	-0,43
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,68*	-0,57+
BLW 7 Bayern	-0,81**	-0,65*
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,77	-0,74
BLO 2 Brandenburg	-1,03+	-0,92+
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,77+	-0,52
BLO 4 Thüringen	-0,26	-0,06
BLO 5 Sachsen	-0,80+	-0,64
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+ : $p \leq 0,05$; * : $p \leq 0,01$; ** : $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

17.2: Materialisten

abhängige Variable ¹⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Materialisten (1) vs. Rest (0)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	-0,06	-0,03	-0,14**	-0,12*
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,14*	-0,10	-0,16*	-0,12
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,05	-0,12	0,56*	0,41+
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,40+	0,28	0,56+	0,53
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,30	0,22	-0,11	-0,11
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,33	0,25	0,14	0,13
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,09	0,01	0,68*	0,64*
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable: Bundesland	
	einfach	Standard ²⁾
Materialisten (1) vs. Rest (0)		
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,24	-0,20
BLW 2 Niedersachsen	0,51	0,40
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,69+	0,56
BLW 4 Hessen	1,11*	0,97+
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	0,78+	0,60
BLW 6 Baden-Württemberg	0,75+	0,65
BLW 7 Bayern	1,07*	0,95*
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	0,78	0,74
BLO 2 Brandenburg	0,88+	0,84+
BLO 3 Sachsen-Anhalt	1,11*	1,01+
BLO 4 Thüringen	0,59	0,50
BLO 5 Sachsen	0,90+	0,81+
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

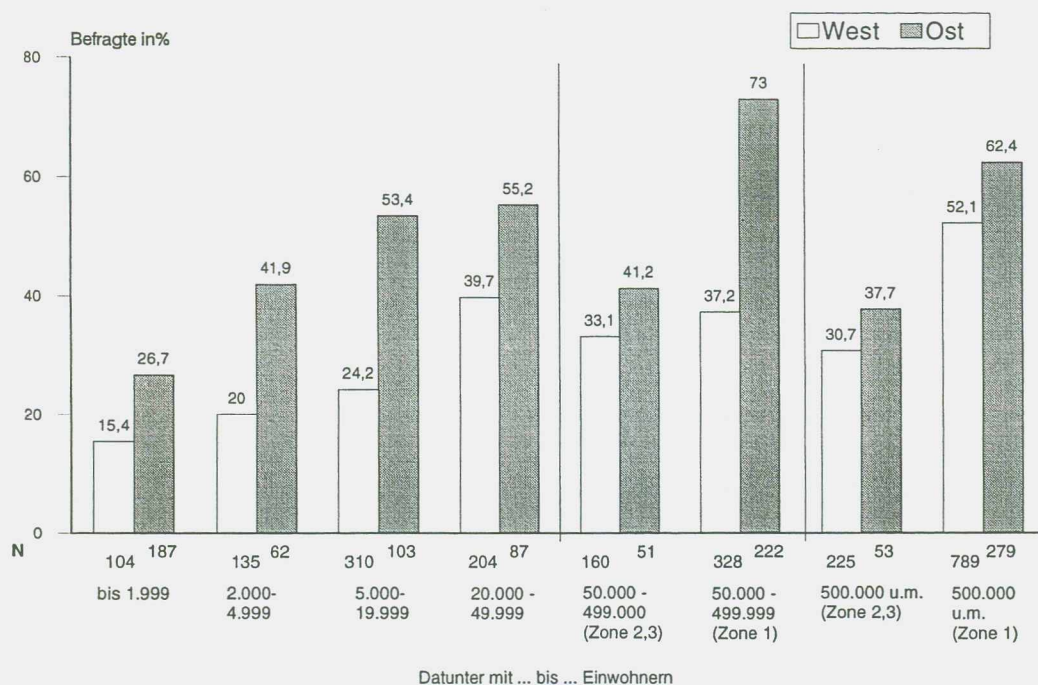
3.5.8 Kriminalitätsfurcht

Innerhalb des ALLBUS-Frageprogramms wird versucht, das Gefühl der persönlichen Bedrohung zu messen. Das geschieht mit folgender Frage: "Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe - ich meine so im Umkreis von einem Kilometer - irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?" Diese Frage ist trotz der allgemeinen Kritik (Frage bezieht sich im Prinzip nur auf Gefahrensituationen überfallartiger Gewalt und Sexualdelikte) zu einem festen Bestandteil von Untersuchungen geworden, die die Verbrechensfurcht der Bevölkerung erfassen wollen. Diese Frage wurde im ALLBUS 1992 das letzte Mal gestellt. Es zeigt sich, daß in den alten Bundesländern 37,9 % und in den neuen Bundesländern sogar über die Hälfte, d. h. 53,3 % aller Befragten sich nachts alleine in ihrer direkten Umgebung fürchten. Das Gefühl der größeren Unsicherheit im Osten ist aufgrund der dramatischen Veränderungen des gesamten Gesellschaftssystems der ehemaligen DDR nicht verwunderlich. So wurde nach der Vereinigung erstmalig über Kriminalität öffentlich informiert. Für die Zeit vorher gibt es keine offiziellen Kriminalstatistiken. Dadurch, daß Kriminalität sichtbar wurde und die Medien wiederholt darüber berichteten, muß es in einer Bevölkerung, die mit diesem Phänomen unzureichend vertraut ist, zu einem starken Anstieg des Gefühls der Bedrohung kommen. Die Verbrechensfurcht ist weiterhin in Zusammenhang mit der allgemeinen Lebenssituation zu sehen. Da fast jeder Lebensbereich mit Ängsten und Befürchtungen (Arbeit, Wohnen, Finanzen etc.) verbunden ist, ist in der Bevölkerung eine weitreichende Verunsicherung eingetreten. Der einzelne fühlt sich in einer solchen Situation verletzbarer, was zu einem höheren Angstpotential führt, auch im direkten Wohnumfeld.

Betrachtet man die Verteilung der Kriminalitätsfurcht auf der regionalen Ebene, so ergeben sich für alle regionalen Einheiten signifikante Unterschiede (Tabelle 17 a -17 d). Auf der Ebene der Bundesländer hat sowohl im Westen als auch im Osten die Bevölkerung in den Stadtstaaten mit die höchste Kriminalitätsfurcht. Eindeutig hat die Wohnortgröße einen Einfluß auf die Furcht der Befragten: Mit zunehmender Ortsgröße nimmt, das zeigen die Zahlen nach allen Variablen der Stadt - Land - Dimension, die Verbrechensfurcht zu. Das gilt sowohl für die alten als auch für die neuen Bundesländer.

Nach dem BIK-Gemeindetyp zeigt sich in den Kategorien bis 49 999 eine monotone Zunahme der Kriminalitätsfurcht mit zunehmender Wohnortgröße. Weiter wird deutlich, daß in den Kernstädten die Kriminalitätsfurcht höher ist als in den direkt anschließenden Umlandgemeinden.

Abbildung 15: Kriminalitätsfurcht nach dem BIK-Gemeindetyp (Stadtregionen) in West- und Ostdeutschland 1992



West: Cramer's V .25, $p=.000$, mean = 37,9 %

Ost: Cramer's V .33, $p=.000$, mean = 53,3 %

Quelle: ALLBUS 1992

Auf der individuellen Ebene zeigen eine Vielzahl in- und ausländischer Studien, daß Personen, die eine geringere Wahrscheinlichkeit der Viktimisierung aufweisen, oft eine besonders hohe Kriminalitätsfurcht haben (Kury u.a. 1992, S. 223 ff)). Die Ursache liegt in der unterschiedlichen Verletzbarkeit. So zeigt sich, daß Frauen und ältere Menschen, die statistisch gesehen seltener Opfer sind als etwa junge Männer, sich am ehesten in ihrer direkten Nachbarschaft bedroht fühlen. Diese Personengruppen schätzen ihre persönliche Fähigkeit der Gefahrenabwehr aufgrund ihrer körperlichen Schwäche gegenüber einem vermeintlich stärkeren Angreifer niedrig ein. Bei den Frauen wird die Angst dadurch verstärkt, daß sie zudem noch der Gefahr von sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Um den individuellen Einfluß auf die Verbrechensfurcht zu berücksichtigen, werden die regionalen Ergebnisse mit den Variablen Alter, Geschlecht und Bildung mit Hilfe einer multivariaten Analyse kontrolliert. Nach Einbeziehung der Individualmerkmale des Standardmodells (Alter, Geschlecht, Bildung) gibt es keine Veränderung bezüglich des Einflusses der Regionalvariablen, sowohl in West als auch in Ost. Im Gegenteil, der Effekt verstärkt sich noch (Übersicht 18). Daß nicht allein die

Übersicht 18: Effekte von Regionalvariablen auf die Kriminalitätsfurcht - ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Angst: ja (1), nachts in näherer Umgebung vs. Rest (0)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	0,27**	0,34**	0,32**	0,36**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	0,39**	0,50**	0,37**	0,41**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	-1,59**	-1,96**	-1,72**	-1,94**
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	-1,24**	-1,54**	-1,05**	-1,14**
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	-1,01**	-1,30**	-0,59+	-0,58+
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	-0,28	-0,44+	-0,42	-0,50
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	-0,66**	-0,78**	-1,12**	-1,22**
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variable ²⁾	Unabhängige Regionalvariable:	
	Bundesland	
Angst: ja (1), nachts in näherer Umgebung vs. Rest (0)	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,14	-0,21
BLW 2 Niedersachsen	-0,43+	-0,48+
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	-0,35+	-0,41+
BLW 4 Hessen	-0,26	-0,32
BLW 5 Rheinland.-Pfalz/Saarland	-0,80**	-1,00**
BLW 6 Baden-Württemberg	-0,94**	-1,04**
BLW 7 Bayern	-0,91**	-1,11**
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenburg-Vorpommern	-0,23	-0,21
BLO 2 Brandenburg	-0,80*	-0,78*
BLO 3 Sachsen-Anhalt	-0,27	-0,35
BLO 4 Thüringen	-0,77*	-0,84*
BLO 5 Sachsen	-0,63+	-0,67+
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer logistischen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient b angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1992

individuelle Disposition, sondern äußere regionalspezifische Einflüsse auf das Gefühl der Bedrohung eines Menschen einwirken, vermuten auch Kury u.a. (1992). Sie erklären die regionalen Unterschiede in der Viktimisierungsfurcht durch die "in mancher Hinsicht ungünstigeren Lebensbedingungen" in den verdichteten Wohngebieten (S. 239). So nimmt die Anonymität der Bewohner in der Regel mit dem Verdichtungsgrad zu und damit auch die Isolierung gegenüber den Mitmenschen. Zudem ist in großen Städten häufig die Ballung der sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armut für jedermann sichtbar. Vor diesem Hintergrund ist der Großstadtbewohner größeren psychischen Belastungen ausgesetzt. Diese allgemeine Verunsicherung macht ihn verletzbarer und anfälliger für Kriminalitätsfurcht.

3.5.9 Die Einstellung der Deutschen zu Ausländern in der Bundesrepublik

Betrachtet man die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer, könnte man annehmen, daß die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland generell zugenommen hat. Auch wenn die Taten von einer kleinen Minderheit verübt werden, interessiert es doch, inwieweit diese Täter Rückendeckung aus der Bevölkerung erhalten. Der ALLBUS untersucht seit Beginn der ersten Erhebungen die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Ausländern, so daß inzwischen zahlreiche Veröffentlichungen zu diesem Themenbereich vorliegen. Diese kommen zu der generellen Aussage, daß weder im Westen noch im Osten negative Einstellungen gegenüber Ausländern in der Bundesrepublik vorherrschen und keine Zunahme diskriminierender Einstellungen zu verzeichnen ist (z. B. Kühnel/Terwey 1994).

Im ALLBUS werden die persönlichen Einstellungen des Befragten zu vier diskriminierenden Aussagen erfaßt. Dabei wird gefragt, ob Gastarbeiter ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen sollen, ob sie in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt sein sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten. Da der Begriff „Gastarbeiter“ heutzutage nicht mehr zeitgemäß ist - in der breiten Öffentlichkeit werden darunter meist nur die Ausländer aus den klassischen Anwerbeländern subsumiert und nicht die in den letzten Jahren stark angestiegene Zahl von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien - wurde im ALLBUS 1994, der für die nachfolgenden Analysen benutzt wird, in einem Teil der

Stichprobe (Split) der Begriff „Gastarbeiter“ in „die in Deutschland lebenden Ausländer“ umgeändert (vgl. Koch/Gabler/Braun 1994, S. 30). Eine regionale Analyse jeweils mit den Daten der Splitversionen würde zu Fallzahlproblemen führen. Deswegen wurden die Fragen beider Fragebogenversionen in jeweils einer Variablen vereint. Untersuchungen dazu zeigen, daß beide Formulierungen zumindest bei den Diskriminierungselementen äquivalent sind (Dazu erscheint demnächst ein Artikel von Blank/Wasmer in den ZUMA-Nachrichten). Einfachheitshalber werde ich bei der folgenden Analyse die allgemeinere Formulierung „Ausländer“ benutzen.

Um alle vier Dimensionen von Ausländerdiskriminierung zu erfassen, wird aus den oben beschriebenen Einzelitems, in Anlehnung an Wittenberg/Cramer (1992, S. 92) ein „Diskriminierungsindex“ gebildet. Trotz der Möglichkeit, die Komplexität der Analysen durch diesen Index zu reduzieren, wird die Frage nach dem Verbot politischer Betätigung von Ausländern separat untersucht. Der Grund dafür ist, daß bei dieser Aussage aufgrund der aktuellen politischen Diskussion und Entscheidungen ein spezieller regionaler Einfluß vermutet wird. Die in Deutschland lebenden und arbeitenden Ausländer in der Bundesrepublik wurden bis in jüngste Vergangenheit vom Gesetzgeber systematisch von der aktiven und passiven Teilnahme an Wahlen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ausgeschlossen werden. Allerdings wird die Teilnahme von Ausländern an Kommunalwahlen öffentlich diskutiert und die Durchführung inzwischen (nach dem Befragungszeitraum) für alle EU-Bürger politisch eingeführt.² Die Einführung eines solchen Wahlrechtes könnte, zumindest in den großen Städten, einen Einfluß auf das kommunalpolitische Leben haben, da ein Ausländeranteil über 10 % die Regel ist und inzwischen sogar teilweise bei 20 % liegt (München, Frankfurt, Stuttgart, Mannheim). Es wäre nicht verwunderlich, wenn es vor diesem Hintergrund regional differenzierte Reaktionen auf diese Aussage gäbe.

Definiert man die Diskriminierungsneigung nach den Indexwerten zwischen 0 und 9 als niedrig und 10 bis 24 als hoch (9 ist der statistische Trennwert), so haben in den alten Bundesländern 41,4 % und in den neuen Bundesländern 47,9 % der Bevölkerung eine relativ hohe Neigung, Ausländer zu diskriminieren. Die Werte für das Einzelitem „politische Beteiligung“ sind dagegen wesentlich niedriger. 32,3 % der Bevölkerung im

² Der Rat der Europäischen Union beschloß am 19.12.1994 eine Richtlinie über das Wahlrecht bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat. Danach hat jeder Unionsbürger grundsätzlich das aktive und passive Wahlrecht in seinem „Wohnsitz-Mitgliedsstaat“. Der Bundestag hat am 31.12.1995 entsprechend das Grundgesetz (Art. 28) geändert, wobei die Gesetzgebungsverfahren in den Bundesländern zeigen, daß es unterschiedliche Regelungen im Kommunalwahlrecht für Unionsbürger geben wird (Cohn-Bendit, 1996).

Westen und 27,8 % im Osten sprechen sich dafür aus, daß die politische Beteiligung von Ausländern untersagt wird.

Auf Bundeslandebene scheinen die Befragten im Westen in den nördlichen Bundesländern in geringerem Maße diskriminierende Einstellungen zu besitzen als die in den südlichen Bundesländern. Nach dem Diskriminierungsindex hat die Bevölkerung eine überdurchschnittliche Diskriminierungsneigung in den Bundesländern Hessen (49,7 %), Saarland (46,7 %) und Rheinland - Pfalz (44,2 %) im westlichen Teil der Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern in Mecklenburg-Vorpommern (57,1 %) gefolgt von Sachsen (51,9 %). Diese Tendenzen bestätigen sich im großen und ganzen bei den Einstellungen der Befragten zum Verbot politischer Betätigung (vgl. Tabelle 17 a). In bezug auf die Zustimmung zu der Aussage, daß Ausländer sich in Deutschland nicht politisch betätigen sollten, ragt das Ergebnis von Schleswig-Holstein besonders heraus. Nur 19,1 % der Befragten stimmen hier dieser ausländerdiskriminierenden Einstellung zu. Hier könnten praktische Erfahrungen mit der politischen Betätigung von Ausländern³ sich positiv auf die Einstellung der Bevölkerung ausgewirkt haben. Weiter heben sich im Westen wie auch im Osten die Einstellungen der Befragten in Berlin von denen der restlichen Bundesländer ab, sowohl in bezug auf die Einstellung zur politischen Beteiligung von Ausländern als auch nach dem Diskriminierungsindex. Dieser Sachverhalt schlägt sich in den neuen Bundesländern in den Ergebnissen der Raumgliederungen nach dem Verstädterungsgrad nieder. Da Berlin praktisch die einzige große Metropole in den neuen Bundesländern darstellt, spiegeln die signifikanten Stadt-Land-Unterschiede unter anderem diese Beziehung wider (Tabelle 17 b - 17 d).

Im Westen gibt es lediglich bei der Einstellung zur politischen Betätigung von Ausländern signifikante Stadt-Land-Unterschiede, allerdings ohne eindeutige Richtung. Allein nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR ergeben sich leichte Unterschiede zwischen den Befragten im ländlichen Raum und denen in den verdichteten Räumen (Tabelle 17 d). In den Kernstädten gibt es - wie angenommen - keine Abweichungen vom Durchschnitt.

In zahlreichen Analysen wurde der Einfluß individueller Merkmale auf die Einstellung gegenüber Ausländern untersucht. Dabei spielten Alter und Bildung und eingeschränkt

³ In Schleswig-Holstein besteht ein Minderheitenschutz für die dänische Minderheit. So wird zum Beispiel der Partei der dänischen Minderheit SSW (Südschleswigscher Wählerverband) bei Wahlen ein Sonderstatut eingeräumt. Außerdem wollten Schleswig-Holstein und Hamburg schon vor der Festlegung des EU-Rates 1989 ein Kommunalwahlrecht für Ausländer einführen. Dieses wurde allerdings vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt.

auch das Geschlecht eine große Rolle (z. B. Kühnel/Terwey 1994; Wiegand 1992). Wie bei den bisherigen Analysen auch werden die bisherigen bivariaten Ergebnisse mit dem multivariaten Standardmodell überprüft (Übersicht 20.1 und 20.2).

Auf Bundesländerebene gehen in den alten Ländern die nur schwachen regionalen Effekte sowohl beim Diskriminierungsindex als auch beim Item „politische Beteiligung von Ausländern“ gänzlich zurück. Lediglich im Bundesland Bayern bleibt bei der Einstellung zur politischen Betätigung von Ausländern der Zusammenhang bestehen. Das bedeutet, daß die Diskriminierungsneigung der Befragten in Bayern im Vergleich zu der Referenzgruppe der Stadtstaaten signifikant höher ist. Dagegen bleiben die standardisierten Regressionskoeffizienten bei den multivariaten Analysen für die neuen Bundesländer bei beiden abhängigen Variablen nahezu unverändert.

Bei den Regionalvariablen der Stadt-Land-Dimension bleibt der regionale Zusammenhang in den neuen Bundesländern nach der Kontrolle mit den Kovariaten Alter, Geschlecht, Bildung bei allen abhängigen Variablen zur Ausländerdiskriminierung bestehen, wenn auch auf niedrigerem Niveau und unterschiedlich stark. So ist im Vergleich zum „Diskriminierungsindex“ der regionale Effekt auf die Einstellung zur politischen Betätigung von Ausländern nur noch sehr schwach. In den alten Bundesländern geht je nach Ausgangsniveau der Ergebnisse der schon sehr niedrige regionale Effekt nach der multivariaten Analyse bei beiden abhängigen Variablen zur Ausländerdiskriminierung völlig zurück oder ist nur noch sehr schwach. Anscheinend gibt es im Westen im Gegensatz zu den neuen Bundesländern keine nennenswerten regionalen Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern.

Trotzdem soll an diese Stelle für beide Bevölkerungsteile - im Westen und im Osten - untersucht werden, ob die Anwesenheit von Ausländern am Wohnort einen Einfluß auf die Diskriminierungsneigung der Befragten hat. Die meisten Ausländer wohnen in den Kernstädten der großen Verdichtungsräume (Gödecke-Stellmann 1994, S. 380). Diese Ungleichverteilung der Ausländer führt zu regional unterschiedlichen Ausländeranteilen (vgl. nachstehende Tabelle). Dabei lebt der überwiegende Teil in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern sind Ausländer außer in Berlin (Ost) eine Ausnahme.

Tabelle 21: Ausländeranteil 1992 nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in %

Regions-/Kreistyp	alte Bundesländer (ohne Berlin)	neue Bundesländer (incl. Berlin)
Regionen mit großen Verdichtungsräumen - „Agglomerationsräume“		
Kernstädte	15,2	7,7
hochverd. Kreise	10,9	0,7
verdichtete Kreise	7,0	0,8
ländliche Kreise	4,8	0,6
Regionen mit Verdichtungsansätzen - „Verstädterte Räume“		
Kernstädte	9,8	1,1
verdichtete Kreise	6,8	0,8
ländliche Kreise	4,9	0,8
Ländlich geprägte Regionen - „ländliche Räume“		
verdichtete Kreise	6,3	0,9
ländliche Kreise	4,5	0,5
Durchschnitt Insgesamt	9,4	2,8

Quelle: Laufende Raumbeobachtung der BfLR 1995

Untersuchungen zeigen, daß durch Kontakte mit Ausländern Vorurteile abgebaut werden (Wiegand 1992, S. 614). Außerdem ist festzustellen, daß Ausländerkontakte durch den Ausländeranteil positiv beeinflusst werden und daß somit auch die Kontakte regional variieren. Und zwar stellt Böltken (1994 a) nach der BfLR-Umfrage 1992 fest, daß zumindest im Westen Nachbarschaftskontakte in den Kernstädten im Vergleich zu den weniger verdichteten oder ländlichen Kreisen höher sind (a.a.O., S. 346). Diese Zusammenhänge lassen vermuten, daß die Diskriminierungsneigung abnimmt, je verstädterter der Wohnort ist, da die alltäglichen Kontakte und Erfahrungen im Zusammenleben von Ausländern und Deutschen Vorurteile abbauen helfen. Außerdem nimmt Böltken (1994 b) an, daß in den Städten generell eine höhere Bereitschaft zur Integration besteht, da städtisches Leben geprägt ist durch „Vertrautheit im Umgang mit Unbekannten“ (a.a.O., S. 82). Somit führt dann „städtische Toleranz“ zur größeren Bereitschaft, mit Ausländern in Kontakt zu treten. Um diese Einflüsse zu untersuchen, wird das multivariate „Standardmodell“ um die unabhängigen Variablen „Kontakte mit Ausländern“ (Index⁴) und das objektive Merkmal des Ausländeranteils 1992 auf Kreisebene erweitert. Das heißt, daß jedem Befragten der Ausländeranteil seines Kreises zugespielt wurde. Daß Kreisdaten nur sehr grob die objektive Situation widerspiegeln, insbesondere bei den großen Kreisen, die aus vielen Einzelgemeinden bestehen, muß wegen der Datenlage in diesem Fall in Kauf genommen werden. Anhand des Diskriminierungsindex und des siedlungsstrukturellen Kreistyps der BfLR sollen diese Einflüsse überprüft werden.

⁴ An dieser Stelle wäre es sinnvoll, zwischen freiwilligen und unfreiwilligen Kontaktformen zu unterscheiden (vgl. Reuband 1989). Es wurde aber darauf verzichtet, um so die Fallzahlproblematik zu umgehen.

Tabelle 22: Multivariate Analyse der Diskriminierungsneigung nach dem erweiterten Modell (standardisierte Regressionskoeffizienten¹⁾)

	Ausländerdiskriminierung (Index)	
	alte Bundesländer	neue Bundesländer
siedlungsstruktureller Kreistyp (4 Kat.)	- 0,06+	-0,07+
Alter	0,21**	-0,00
Geschlecht ²⁾	0,02	0,02
Bildung	-0,26**	-0,24**
Kontakte (Index)	-0,19**	-0,16**
Ausländeranteil 1992 ³⁾	0,06+	-0,05
R ²	0,22	0,13

¹⁾ +: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

²⁾ Referenzkategorie: männlich

³⁾ Der Ausländeranteil 1992 wird in den amtlichen Daten (hier laufende Raumbeobachtung) nur für Berlin insgesamt ausgewiesen, weshalb für die getrennten ALLBUS-Analysen nach West und Ost jeweils der Ausländeranteil für Berlin insgesamt verwendet wurde, um nicht ganz auf den Effekt zu verzichten

Quelle: ALLBUS 1994, Laufende Raumbeobachtung BfLR 1994

In den alten Bundesländern bestätigen sich die bereits beschriebenen Einflüsse von Alter, Bildung und Ausländerkontakten auf die Diskriminierungsneigung der Befragten und auch daß der Grad der Verstädterung einen leichten Effekt in der Richtung hat, daß in Kernstädten eine geringere ausländerdiskriminierende Einstellung vorherrscht. Überraschend ist, daß der Ausländeranteil zwar einen leichten, aber einen positiven Effekt auf die Diskriminierung besitzt. Das bedeutet, daß ein hoher Ausländeranteil diskriminierende Einstellungen begünstigen kann. Die Ergebnisse für die neuen Bundesländer sind vielleicht nicht besonders aussagekräftig in bezug auf den Ausländeranteil, da der Ausländeranteil (der Kreise, in denen befragt wurde), sehr niedrig ist. Er bewegt sich je nach Kreis zwischen 0,1 % und 11,0 % (= Berlin); der Durchschnitt beträgt 1,53 %.

Übersicht 20: Effekte von Regionalvariablen auf die Einstellung gegenüber Ausländern
- ohne (einfaches Modell) und mit (Standardmodell) Kontrollvariablen¹⁾

20.1: Politische Beteiligung von Ausländern sollte untersagt werden

abhängige Variable ²⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Einstellung gegenüber Ausländern: politische Beteiligung untersagen (1-7)	einfach	Standard ³⁾	einfach	Standard ³⁾
	-0,06*	-0,03	-1,11*	-0,08+
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,08**	-0,06*	-0,12**	-0,09*
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,00	-0,02	0,07+	0,04
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,04	0,03	0,06	0,05
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,08**	0,07*	0,04	0,03
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,05+	0,03	0,05	0,04
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,02	0,00	0,10*	0,07+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variablen ²⁾	Unabhängige Regionalvariable Bundesland	
Einstellung gegenüber Ausländern: politische Betätigung untersagen (1-7)	einfach	Standard ³⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,01	-0,01
BLW 2 Niedersachsen	0,07	0,04
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,09	0,05
BLW 4 Hessen	0,09*	0,06
BLW 5 Rheinland-Pfalz/Saarland	0,05	0,02
BLW 6 Baden - Württemberg	0,09+	0,07
BLW 7 Bayern	0,12*	0,09+
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenb.-Vorp.	0,21**	0,19**
BLO 2 Brdgbg.	0,11+	0,09
BLO 3 Sach.-Anh.	0,14*	0,10+
BLO 4 Thür.	0,14*	0,11+
BLO 5 Sachsen	0,19*	0,15*
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+ : $p \leq 0,05$; * : $p \leq 0,01$; ** : $p \leq 0,001$

1) Die genaue Variablendefinition und Codierung der verwendeten Variablen ist der Dokumentation im Anhang (5.7.) zu entnehmen.

2) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

3) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle: ALLBUS 1994

20.2: Einstellung gegenüber Ausländern: Diskriminierungsindex

abhängige Variable ¹⁾	West		Ost	
	unabhängige Regionalvariable: Gemeindegrößenklasse			
Einstellung gegenüber Ausländern: Diskriminierungsindex (0-24)	einfach	Standard ²⁾	einfach	Standard ²⁾
	-0,07*	-0,03	-0,15**	-0,10**
	unabhängige Regionalvariable: Kreistyp der BfLR			
	-0,08**	-0,05+	-0,16**	-0,12**
	Unabhängige Regionalvariable: BIK-Stadttyp (6Kat.)			
BIK 1 bis 1 999 Ew	0,02	-0,01	0,11**	0,07+
BIK 2 2 000 - 4 999 Ew	0,03	0,00	0,11**	0,09*
BIK 3 5 000 - 19 999 Ew	0,10**	0,08**	0,05	0,05
BIK 4 20 000 - 49 999 Ew	0,04	0,01	0,09*	0,07+
BIK 5 Stadtregion (Zone 2,3)	0,04	0,01	0,10*	0,07+
Referenzgruppe:BIK 6 Stadtregion (Zone 1)				

abhängige Variablen ¹⁾	Unabhängige Regionalvariable Bundesland	
Einstellung gegenüber Ausländern: Diskriminierungsindex (0-24)	einfach	Standard ²⁾
West		
BLW 1 Schleswig-Holstein	-0,02	-0,02
BLW 2 Niedersachsen	0,07	0,04
BLW 3 Nordrhein - Westfalen	0,09	0,05
BLW 4 Hessen	0,09*	0,05
BLW 5 Rheinland-Pfalz/Saarland	0,07	0,02
BLW 6 Baden - Württemberg	0,09+	0,06
BLW 7 Bayern	0,09+	0,05
Referenzgruppe: Stadtstaaten		
Ost		
BLO 1 Mecklenb.-Vorp.	0,23**	0,20**
BLO 2 Brdgbg.	0,15*	0,11+
BLO 3 Sach.-Anh.	0,18**	0,13*
BLO 4 Thür.	0,18**	0,14*
BLO 5 Sachsen	0,27**	0,22**
Referenzgruppe: Berlin/Ost		

+: $p \leq 0,05$; *: $p \leq 0,01$; **: $p \leq 0,001$

1) Die multivariaten Analysen wurde mit Hilfe einer linearen Regression durchgeführt und jeweils der unstandardisierte Regressionskoeffizient Beta angegeben

2) Kontrollvariablen sind Alter, Geschlecht und Bildung

Quelle ALLBUS 1994

3.6 Siedlungsstruktureller Kreistyp der BfLR und regionale Kennziffern im ALLBUS unter der besonderen Berücksichtigung des Datenschutzes

Für die Daten von repräsentativen Umfragen wie dem ALLBUS werden i.d.R. die gleichen Maßstäbe an den Datenschutz angelegt wie bei der Weitergabe von Daten aus der amtlichen Statistik. Das bedeutet, daß die „faktische Anonymität“ gewahrt sein muß. Damit ist nicht eine „absolute Anonymität“ gemeint, sondern „faktische Anonymität“ ist gegeben, wenn Einzelangaben „nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft“ zugeordnet werden können (§16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz vom 22.01.1987). Mit dieser Formulierung in der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes von 1987, der sogenannten Wissenschaftsklausel, wurde die sehr restriktiven Vorgaben der Datenweitergabe zugunsten der Wissenschaft gelockert. Somit wurde von Seiten des Gesetzgebers, das Bedürfnis der Wissenschaft nach zunehmender Nutzung von Daten der amtlichen Statistik für ihre Analysen zu den unterschiedlichsten Forschungsfragen anerkannt. In dem von Walter Müller in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführten „De-Anonymisierungsprojekt“, welches die unmittelbare Umsetzung dieser Regelung für die Praxis der Weitergabe zum Thema hatte, wurde herausgefunden, daß sozialwissenschaftliche Umfragen von der Natur der Sache her nur extrem schwer deanonymisierbar sind, solange keine differenzierten Regionalinformationen im Datensatz enthalten sind (Müller/Blien/Knoche/Wirth 1991, S. 435). Das ist allerdings nur eine Bedingung von mehreren Bedingungen für eine „Risikokonstellation“. Weitere Bedingungen für eine relativ „einfache“ Deanonymisierung sind eine sachliche Tiefengliederung, d. h. eine Person im Datensatz gehört einer sehr kleinen, spezifischen Subpopulation an - bestimmt z. B. durch Berufsgruppe oder Nationalität. Gleichzeitig muß der Forscher Teilnahmekennntnis besitzen, d. h. wissen, daß diese Person an der betreffenden Umfrage teilgenommen hat. Und schließlich müssen die Daten kompatibel sein, d. h. die Merkmale dieser Person im Datensatz müssen identisch sein mit den vom Forscher vermuteten. Diese Bedingungen sind in der Regel nur in der Gesamtheit eine Gefahr für die „faktische Anonymität“ und diese beschriebene Konstellation kann als ein „außergewöhnliches Ereignis“ betrachtet werden, so daß die Gefahr der Deanonymisierung sehr gering ist (a.a.O.).

Der ALLBUS enthält viele Detailinformationen über die Befragungsperson, d. h. es ist eine tiefe sachliche Gliederung der Daten vorhanden. So ist die Demographie außerordentlich umfangreich und genau. Neben dem Geburtsdatum (Monat, Jahr), werden die genaue Haushaltszusammensetzung (Haushaltsliste) und eine detaillierte Berufsangabe

(ISCO-Berufscodes) erfragt. Wegen der Gefahr der Deanonymisierung von Einzelpersonen gelten in der Umfrageforschung, und somit auch für den ALLBUS, die Gemeinden und auch die Kreise (wegen der kreisfreien Städte) als Informationen, welche aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden dürfen. Aus diesem Grund entschloß sich das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA), welches für den Vertrieb der ALLBUS-Daten zuständig ist, seit dem ALLBUS 1986 auch auf die Weitergabe des Regierungsbezirks zu verzichten. Denn durch Kombination mit Gemeindegrößenklasse und Bundesland können jederzeit kreisfreie Städte identifiziert werden. Die Anreicherung des ALLBUS-Datensatzes mit dem siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR würde ebenfalls eine eindeutige Identifizierung von ca. 19 kreisfreien Städten zulassen (über die Kategorie „Kernstädte“ und z.T. in Kombination mit der Gemeindegrößenklasse). Allerdings hat die kleinste Kreisstadt, die identifiziert werden kann, ca. 70 Tsd. Einwohner. Im übrigen lassen sich natürlich mit der Gemeindegrößenklasse in Kombination mit dem Bundesland alle Großstädte ab 500 Tsd. identifizieren. Das bedeutet, daß eine allgemeine Anonymisierung der Gemeinden, in denen befragt worden ist, nicht durchsetzbar ist. Berücksichtigt man die Befunde aus dem „De-Anonymisierungsprojekt“ bestehen allerdings kaum Bedenken, die siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR bzw. die um eine Aggregatstufe höheren Regionaltypen dem ALLBUS zuzuspielen.

Anders verhält es sich mit regionalen Kennziffern, d. h. regionalen Einzelmerkmalen als Hintergrundvariablen (z. B.: Ausländeranteil) auf Kreisebene. Die Daten sind entweder als absolute Zahlen (Statistik Regional) oder als Anteilswerte, die bis auf eine Dezimalstelle genau ausgewiesen sind (Laufende Raumbefragung), erhältlich. Eine Identifizierung von einzelnen Kreisen ist, wenn der Nutzer über die leicht öffentlich zugänglichen Regionaldatensätze verfügt, durch eine Kombination von nur wenigen Merkmalen mühelos möglich.

Um hier die Möglichkeit zu schaffen solche regionale Hintergrundinformationen für wissenschaftliche Analysen zu nutzen, müßten hier erhöhte Sicherheitsvorschriften gelten. Eine Möglichkeit wäre, um datenschutzrechtlich ganz sicher zu gehen, ähnlich wie beim Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) besondere Datenschutzvorkehrungen bei der Weitergabe von Regionalinformationen zu treffen. Hier wird der Nutzer auf Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet und kann entsprechend bei Zuwiderhandlung haftbar gemacht werden. Außerdem sollten die sensiblen demographischen Variablen, wie Geburtsdatum und ISCO-Berufscodes sowie die regionalen Hintergrundvariablen beim Regionalfile nur kategorisiert weitergegeben werden.

3.7 Diskussion

Zusammenfassend ergeben die Analysen mit den ALLBUS-Daten, daß Bevölkerungsstrukturen und Einstellungen regional variieren. So spiegeln sich die bestehenden regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur und den Lebensbedingungen in den Ergebnissen der ALLBUS-Umfrage wider. Sowohl in den alten Bundesländern als auch in den neuen Bundesländern unterscheidet sich die Bevölkerung regional etwa in der Bildungsbeteiligung, in der Art, zu wohnen, in der Konfession und im Westen auch in der Haushaltsgröße. Auch bei den Einstellungen ergaben sich anhand der verwendeten Regionalvariablen Bundesland, Gemeindegrößenklasse, BIK-Gemeindetyp und siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR regionale Unterschiede. Die Ursachen sind vielfältiger Natur und zum Teil konnten sie auch nicht eindeutig benannt werden. So lassen sich einige regional variierende Einstellungen unter anderem mit den regionalen Disparitäten der Bildungsabschlüsse in der Bundesrepublik erklären (Einstellung gegenüber Ausländern, Wahlabsicht: Bündnis 90/Die Grünen, Geschlechterrollen). Hinter anderen regionalen Beziehungen verbergen sich desweiteren spezifische kulturelle Einflüsse, die sich entsprechend auf moralische Grundeinstellungen auswirken. Das relativ stark ausgeprägte Land-Stadt-Gefälle der Kirchenbindung etwa führt zu unterschiedlich starkem Festhalten an kirchlichen Moralvorstellungen (§218, Sex vor der Ehe, Homosexualität). Die vorgenommenen Analysen zeigen, daß es sich bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen lohnt, die regionale Dimension zu berücksichtigen, sei es mittels Regionstypen oder regionalen Kennzahlen.

Mit den hier verwendeten Raumtypisierungen - politische Gemeindegrößenklasse, BIK-Gemeindetyp und siedlungsstruktureller Kreistyp der BfLR - lassen sich, wenn vorhanden, Stadt-Land-Unterschiede feststellen. Speziell Stadt - Umland -Unterschiede können jedoch nur mit dem BIK-Gemeindetyp und dem siedlungsstrukturellen Kreistyp erfaßt werden. Obwohl beide Gebietstypen unterschiedliche Raumkategorien beinhalten (Gemeinden bzw. Kreise) und erhebliche Unterschiede in der Typenbildung aufweisen, können nach den bisherigen empirischen Befunden jedoch jeweils dieselben Grundaussagen getroffen werden. Und wie die obigen Analysen an den ausgewählten Beispielen weiter zeigen, ist der viel komplexer abgegrenzte BIK - Stadtregionentyp nicht genauer. Bei den BfLR- Kreistypen sind zum Teil differenziertere Darstellungen im suburbanen Raum möglich, da das Umland feiner aufgegliedert wird (Bsp. Bildungsbeteiligung). Möchte man die Ergebnisse eher in einer polarisierten Form darstellen, eignen sich

dafür sicherlich die BIK-Gemeindetypen besser. Ein großer Nachteil des BfLR - Typs ist, daß er die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten in den neuen Bundesländern z.T. nicht sehr differenziert abbildet (vgl. Kapitel 3.2.3).

Ein generelles Problem bei beiden Gebietstypen ist, daß es bei den in der Umfrageforschung gängigen Stichprobengrößen mit den vorgegebenen Kategorien bei BIK (10) und Kreistyp (9) zu niedrigen Fallzahlen in den einzelnen Zellen kommen kann. Das bedeutet, daß bei den Analysen eine weitere Generalisierung, d. h. eine Zusammenfassung der Einzelkategorien notwendig ist (z. B. Kreistyp mit vier Kategorien oder BIK-Stadtregionen mit sechs Kategorien, wie sie zur multivariaten Analyse verwandt wurde). Diese weitere regionale Generalisierung bedeutet zwar einen Informationsverlust (insbesondere bezüglich der Stadt-Umland-Beziehung), der aber in Kauf genommen werden könnte, da mit Umfragedaten mit diesen Fallzahlen sowieso keine regional differenzierteren Analysen möglich sind. Möchte man genauere Aussagen über regionalspezifische Befunde machen, ist die Auswertung von Umfragedaten mit Hilfe der Raumgliederungen als eine Vorstufe zu betrachten, um im Anschluß in weiteren Analysen mit Regionalindizes oder speziellen Untersuchungen fortzufahren.

Es gibt Autoren, die wenden sich gegen eine „Allzweckregionalisierung“, d. h. universal einsetzbare Raumgliederungen für Regionalanalysen. So sieht etwa Bahrenberg (1988) Raumgliederungen als zweckgebunden an, die sich immer an den analytischen oder planerischen Zielen der Regionalanalyse orientieren sollen - sowohl bei der Festsetzung der Abgrenzungsvariablen als auch bei den räumlichen Basiseinheiten. Dagegen steht das Argument, daß ein Standardinstrument benötigt wird, mit denen regionale Vergleiche vereinheitlicht werden. Dadurch ist ein Bündeln und Vergleichen von regionalen Informationen aus unterschiedlichen Stichproben möglich. Diese Regionstypen sollten nicht zu komplex sein, um sie bei möglichst vielen Fragestellungen einsetzen zu können. Gerade bei der Regionalisierung von sozialwissenschaftlichen oder auch sozialgeographischen Umfragen ist z. B. die Verstädterung bzw. Verdichtung (BIK und BfLR-Typen) eine zentrale Dimension. Denn gerade im Stadt - Land bzw. Kernstadt-Umland-Verhältnis sind regionale Unterschiede bei der Bevölkerungsstruktur und den Einstellungen zu erwarten (regionale Disparitäten, sozialer Wandel zuerst in den Städten etc.).

Als einen weiteren Kritikpunkt an den benutzten Regionstypen wie BIK-Gemeindetyp und siedlungsstrukturellen Kreistyp der BfLR könnte man das Fehlen der Dimension der Wirtschaftsstruktur (Merkmale zu Monostrukturen, Altindustrialisierung, Innovationszentren) anführen. Dem ist entgegen zu halten, daß durch den schnellen Strukturwandel

in der Industrie Abgrenzungen dieser Art relativ schnell veralten würden. Dieses Manko wurde auch schon für den BIK-Gemeindetyp angeführt (Kapitel 2.2.2).

Aus den oben angeführten Gründen sollte man überlegen, ob nicht zukünftig die siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR - trotz Bedenken bei den Analysen in den neuen Bundesländern - in Umfragen wie z. B. dem ALLBUS standardmäßig angeboten werden. Auf den Gemeindetyp der BfLR müßte aus datenschutzrechtlichen Gründen aber verzichtet werden.

Wie die Analysen weiter zeigten, können einzelne regionale Kennziffern - auch auf Kreisebene - die Lebenssituation der Menschen so abbilden, daß deren Einfluß auf Einstellungen aufgezeigt werden kann. Besonders deutlich wurde das bei dem Einfluß der Arbeitslosenquote auf Kreisebene und der wirtschaftlichen Lageeinschätzung. Im Zusammenhang mit der Ausländerdiskriminierung konnten nur sehr schwache Effekte auf die Einstellung durch den tatsächlichen Ausländeranteil im Kreis festgestellt werden (wahrscheinlich Interaktionseffekte mit den Variablen zu Ausländerkontakte). Hier wären kleinräumigere Daten notwendig sowie die differenzierte Analyse der einzelnen Kontaktarten zu Ausländern (freiwillig/unfreiwillig), um einen direkten Einfluß zu untersuchen.

Innerhalb der ZUMA-Arbeitsgruppe „Regionalisierung“ wurde ein Minimalkatalog erarbeitet, welche regionale Indikatoren möglichst auf aktuellem Stand (z. B. aus dem Regionalfile des Mikrozensus erstellt) sozialwissenschaftlichen Umfragedaten als Hintergrundinformationen zur Seite gestellt werden sollten. Neben den in den vorliegenden Analysen verwendeten Merkmalen „Arbeitslosenquote“ und „Ausländeranteil“ wurden speziell zu bildende Indizes (in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern) zur Wirtschaftsstruktur, Haushalts- und Familientypen und Wanderungen für sozialwissenschaftliche Umfragen als wichtig erachtet.

4. Literatur

- Alpheis, Hannes (1988): Kontextanalyse - Die Wirkung des sozialen Umfeldes, untersucht am Beispiel der Eingliederung von Ausländern. Wiesbaden.
- Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben Bureau Wendt (1994): Das ADM-Stichproben-System. Stand: 1993. In: S. Gabler/J. H.P. Hoffmeyer-Zlotnik/D. Krebs (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen, S. 188-202.
- Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse e.V. (AG. MA) (1993): MA 93 Datensatz Codeplan. Frankfurt.
- Bahrenberg, Gerhard (1988): Zwecke und Methoden der Raumgliederung. In: Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 1-2, S. 2-11.
- Behrens, Kurt (1994): Schichtung und Gewichtung - Verbesserung der regionalen Repräsentanz: In: S. Gabler/J.H.P. Hoffmeyer-Zlotnik/D. Krebs (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen, S. 27-41.
- Bertram, Hans (1995): Regionale Vielfalt und Lebensformen. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Opladen. S. 157-195.
- Bertram, Hans (1992): Regionale Disparitäten, soziale Lage und Lebensführungen. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Opladen. S. 123-150.
- Bertram, Hans (1990): Dokumentation zu den Inhalten der Regionaldatenbank am Deutschen Jugendinstitut - Teil I und Teil II. München.
- Bertram, Hans/Bayer, Hiltrud/Bauereiß, Renate (1993): Familien-Atlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland - Karten und Zahlen. München.
- Bertram, Hans/Dannenbeck, Clemens (1991): Familien in städtischen und ländlichen Regionen. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Opladen, S. 79-110.
- BIK Aschpurwis + Behrens (Hrsg.), 1992: BIK-Stadtregionen in den neuen Bundesländern. Bericht zur Abgrenzung der BIK-Stadtregionen Ost. Hamburg. masch.schr.
- BIK Aschpurwis + Behrens (Hrsg.), 1993: Die Abgrenzung von Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland (Boustedt-Revision) auf der Basis des Zensus von 1987. Hamburg. masch.schr.
- Böltken, Ferdinand (1994a): Angleichung und Ungleichheit. Einstellungen zur Integration von Ausländern im Wohngebiet in Ost- und Westdeutschland drei Jahre nach der Einheit. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 5/6, S. 335-362.
- Böltken, Ferdinand (1994b): Regionalinformationen für und aus Umfragen: Einstellungen zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Band 78, S. 74-95.
- Böltken, Ferdinand (1992): Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland im regionalen und zeitlichen Vergleich. In: H. Klages/H-J. Hippler/W. Herbert (Hrsg.): Werte und Wandel. Frankfurt/New York, S. 168-186.
- Böltken, Ferdinand (1991): Umfragen als Instrument vergleichender Regionalforschung. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, S. 407-418.
- Böltken, Ferdinand (1987a): Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung im regionalen Vergleich. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1987. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S.442-448.

- Böltken, Ferdinand (1987b): Soziale Disparitäten und soziale Netzwerke im regionalen Vergleich. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 9/10, S. 543-549.
- Böltken, Ferdinand (1987c): Ortsgebundenheit und Ortszufriedenheit. Empirische Befunde im Zeit- und Regionalvergleich. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 3, S. 147-156.
- Böltken, Ferdinand/Strubelt, Wendelin (1985): Möglichkeiten und Voraussetzungen der Nutzung von Daten aus der Umfrageforschung für den Ausbau der Laufenden Raumbeobachtung. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 5, S. 345-356.
- Boustedt, Olaf (1975): Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1970. In: Schriftenreihe der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Hannover, Band 103.
- Boustedt, Olaf (1970): Stadtregionen. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover, Sp.3207.
- Braun, Michael (1995): Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau: Steigende Zustimmung im Osten, Stagnation im Westen. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 13, S. 6-9.
- Braun, Michael/Mohler, Peter Ph.(1991): Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS): Rückblick und Ausblick in die neunziger Jahre. In: ZUMA-Nachrichten, Heft 29, S. 7-28.
- Braun, Michael/Nowossadeck, Sabine (1992): Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau. In: P.Ph. Mohler/W. Bandilla (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West. Opladen. S.127-140.
- Bürklin, Wilhelm (1988): Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) 1995: Laufende Raumbeobachtung: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 1992/93 (= Materialien zur Raumentwicklung, Heft 67). Bonn.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) 1992: Laufende Raumbeobachtung: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 1989/90 (= Materialien zur Raumentwicklung, Heft 47). Bonn.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) 1991: BfLR-Mitteilungen. Bonn, Nr. 4.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) 1986: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 11/12.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1994: Raumordnungsbericht 1993 der Bundesregierung. Drucksache 12/2143. Bonn: Deutscher Bundestag.
- Burger, Alfons (Hrsg.) 1983: Veränderung von Werten und Normen im ländlichen Raum. Stuttgart.
- Cohn-Bendit, Daniel (1996): Europa wählt nun auch kommunal. In: schrägstrich - Zeitschrift für bündnisgrüne Politik, Nr.3-4, S.27-28.
- Daiber, Karl-Fritz (1988): Religiöse Orientierungen und Kirchenmitgliedschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: F.X. Kaufmann/B. Schäfers (Hrsg.): Religion, Kirche und Gesellschaft in Deutschland, Sonderheft 5 der Reihe Gegenwartskunde. Opladen, S. 61-73.

- Erbslöh, Barbara/Koch, Achim (1990): Einstellungen zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs: Das Meinungsbild in der Bundesrepublik im zeitlichen und internationalen Vergleich. In: W. Müller/P. Ph. Mohler/B. Erbslöh/M. Wasmer (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger. Opladen . S.95-117.
- zum Felde, Wolfgang/Alisch, Monika; (1992): Zur Bedeutung des Raumes für Lebensbedingungen und Lebensstile von Bewohnern innerstadtnaher Nachbarschaften in Hamburg. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Opladen. S. 173-194.
- Forschungsgruppe Wahlen (FGW) e.V. (1994): Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994, Bericht Nr. 76. Mannheim.
- Friedrichs, Jürgen (1993): Vom Süd-Nord-Gefälle zum West-Ost-Gefälle ? In: Diskurs, Heft 1 S. 8-14.
- Friedrichs, Jürgen (1983): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. (3.Aufl.). Opladen.
- Friedrichs, Jürgen/Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.)1986: Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Opladen.
- Fuchs, Gerhard (1992): Die Bundesrepublik Deutschland. Mit aktualisierten Daten 1989 und einen Ausblick auf die neuen Bundesländer. (5. aktualisierte Aufl.). Stuttgart/Dresden.
- Ganser, Karl (1966): Sozialgeographische Gliederung der Stadt München aufgrund der Verhaltensweisen der Bevölkerung bei politischen Wahlen. In: Münchner Geographischen Hefte 28. München.
- Gatzweiler, Hans-Peter (1993): Regionale Ost-West-Asymmetrien. Ergebnisse aus der laufenden Raubeobachtung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. In: Diskurs, Heft 1 S. 15-22.
- Gatzweiler, Hans-Peter (1988): Forschungs- und planungsorientierte Raumgliederung mit VZ-Daten. In: Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 1-2, S. 33-?.
- Gatzweiler, Hans-Peter/Janich, Helmut (1991): Zum regionalstatistischen Datenbedarf räumlich orientierter Politik in Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 6, S. 364-378.
- Göddecke-Stellmann, Jürgen (1994): Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 5/6, S. 373-386.
- Görmar, Wilfried/Maretzke, Steffen (1992): Siedlungsstruktur und regionale Bevölkerungsentwicklung. In: Geographische Rundschau, Nr.44, S. 148-154.
- Görmar, Wilfried/Irmen, Eleonore (1991): Nichtadministrative Gebietsgliederungen und -kategorien für die Regionalstatistik. In:Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 6, S. 387-394.
- Häußermann, Hartmut/Küchler, Manfred (1993): Wohnen und Wählen. Zum Einfluß von Hauseigentum auf die Wahlentscheidung. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 1, S.33-48).
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen (1994): Regionalisierung von Umfragen. In: ZUMA-Nachrichten Nr.34, S.35-57.
- Huinink, Johannes/Wagner, Michael (1988): Regionale Lebensbedingungen, Migration und Fertilität. Arbeitspapier Nr. 274 des Sonderforschungsbereichs 3 - Mikroanalytischen Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Mannheim.

- Inglehart, Ronald (1977): The silent revolution: Changing values and political styles among western publics. Princeton.
- Kecskes, Robert/Wolf, Christof (1995): Christliche Religiosität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 3, S. 494-519.
- Knoche, Peter/Köhler, Sabine (1992): Neuere Entwicklungen in der Regionalstatistik. Ein Überblick. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4, S. 207-216.
- Koch, Achim (1994): Einstellung zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. In: M. Braun/P. Ph. Mohler. (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger. Opladen. S.209-235.
- Koch, Achim (1992): Religiosität und Kirchlichkeit in Deutschland. In: P.Ph. Mohler/W. Bandilla (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West. Opladen. S.141-155.
- Koch, Achim/Gabler, Siedfried/ Braun, Michael (1994): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1994. ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 94/11. Mannheim.
- Koch, Reinhold (1992): Informationssysteme für die räumliche Planung und ihre Grenzen durch Statistik und Datenschutz. Eine Zwischenbilanz aus bayerischer Sicht. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3-4, S. 136-141.
- Koch, Reinhold (1979): Überlegungen zu regionalisierten, demographischen Modellrechnungen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6, S. 337-349.
- Köcher, Renate (1988): Wandel des religiösen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. In: F.X. Kaufmann/B. Schäfers (Hrsg.): Religion, Kirche und Gesellschaft in Deutschland, Sonderheft 5 der Reihe Gegenwartskunde. Opladen, S. 145-158.
- Kühnel, Steffen M./Terwey, Michael (1994): Gestörtes Verhältnis? Die Einstellungen der Deutschen zu Ausländern in der Bundesrepublik. In: M. Braun/P. Ph. Mohler. (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger. Opladen. S.71-105.
- Kühnel, Steffen M./Terwey, Michael (1990): Einflüsse sozialer Konfliktlinien auf das Wahlverhalten im gegenwärtigen Vierparteiensystem der Bundesrepublik. In: W. Müller/P. Ph. Mohler/B. Erbslöh/M. Wasmer (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger. Opladen . S.63-94.
- Kury, Helmut/Dörmann, Uwe/Richter, Harald/Würger, Michael (1992): Opfererfahrung und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer Vergleich von Viktimisierungen, Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost und West vor der Vereinigung. In: Bundeskriminalamt- Kriminalistisch - kriminologische Forschungsgruppe (Hrsg): BKA-Forschungsreihe, Bd 25. Wiesbaden.
- Landwehr, Reinhard (1975): Die Gliederung des Raumes. Typisierung, Regionsabgrenzung und Regionalisierung. In: Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 22. Münster
- Maretske, Steffen/Möller, Ferdinand-Otto (1992): Wirtschaftlicher Strukturwandel und regionale Strukturprobleme. In: Geographische Rundschau, Nr.44, S. 154-159.
- Müller, Walter/Blien, Uwe/Knoche, Peter/Wirth, Heike u.a. (1991): Die faktische Anonymität von Mikrodaten. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Forum der Bundesstatistik, Bd.19.

- Nolte, Bernd (1993): Zielorientierte Regionentypisierung: Möglichkeiten und Grenzen. In: Diskussionsbeiträge der Europäischen Forschungsstelle für den Ländlichen Raum an der Uni Stgt.-Hohenheim, Nr 3. Stuttgart.
- Pricking, Thomas (1993): Traditionelle und innovative Wege der Datenbereitstellung durch die amtliche Statistik Deutschlands. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 77, S. 211-223.
- Rattinger, Hans (1993): Einstellungen zur staatlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in Ost- und Westdeutschland. Determinanten und politische Konsequenzen. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 22, S. 111-124.
- Reuband, Karl-Heinz (1989): Wächst in der Bundesrepublik die Ausländerfeindlichkeit? Ein Vergleich der Umfragen der Jahre 1980-1988. In: Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 3, S.270-274.
- Roller, Edeltraut u.a. (1992): Bürger und Politik I: Grundlegende politische Orientierungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1992. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S.629-638.
- Rost, Reinhard (1991): Regionalstatistisches Mindestprogramm - ein Instrument zur Verbesserung der regionalstatistischen Datengrundlagen. In: Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 6, S. 394-398.
- Schröter, Albrecht (1985): Subjektive Indikatoren in der raumbezogenen Statistik. In: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn, Heft 5, S. 357-365.
- Statistisches Bundesamt (1995 a). Amtliche Schlüsselnummern und Bevölkerungsdaten der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1994. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (1995 b). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (1993). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik. Wiesbaden.
- Teckenbrock, Heike/Vogt, Bernhard (1990): Der Zwang ES nicht zu tun. Thesen zur Entwicklung bürgerlichen Sexualmoral. In: A. Bagel-Bohlan/M. Salewski (Hrsg.): Sexualmoral und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert. Opladen, S. 165-173.
- Terwey, Michael (1990): Zur Wahrnehmung von wirtschaftlichen Lagen in der Bundesrepublik. In: W. Müller/P. Ph. Mohler/B. Erbslöh/M. Wasmer (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger. Opladen . S.144-171.
- Tönnies, Gerd (1988): Planungs- und forschungsorientierte Raumgliederungen. Zur Abgrenzung von Agglomerationsräumen (Stadtregionen). In :Raumforschung und Raumordnung. Bonn, Heft 1-2, S. 11-24.
- Trometer, Reiner (1992): Wähler und ihre Parteien. In: P.Ph. Mohler/W. Bandilla (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West. Opladen. S.64-82.
- Wagner, Michael (1990): Regionale Herkunft und Lebensverlauf. In: L. Bertels/U. Herlyn (Hrsg.): Lebenslauf und Raumerfahrung. Opladen. S. 123-143.
- Wiegand, Erich. (1992): Einstellungen zu Ausländern. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1992. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 612-623.
- Wittenberg, Reinhard; Cramer, Hans (1992): Datenanalyse mit SPSS. Stuttgart/Jena.

ANHANG

- 5.1 Indikatoren der laufenden Raumbeobachtung (BfLR)
- 5.2 Siedlungsstruktureller Gemindetyp der BfLR
- 5.3 Bevölkerung 1987 in den Boustedt-Regionen sortiert nach Regionsgröße mit Summer der Zonen 1 bis 3 in Anlehnung an den MA-Codeplan
- 5.4 Bevölkerung 1987 in den Stadtregionen sortiert nach Regionsgröße mit Summer der Zonen 1 bis 3 in Anlehnung an den MA-Codeplan
- 5.5 Bevölkerung 1990 in den Stadtregionen
- 5.6 Unterschiede zwischen den Raumtypen
- 5.7 Dokumentation der bei den Analysen verwendeten Variablen

Anhang 5.1: Indikatoren der laufenden Raumb Beobachtung (BfLR)

I. Indikatoren auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte

Bevölkerung und Siedlungsstruktur

Fläche absolut 1992
Bevölkerungsbestand in 1.000 31.12.1992
Einwohnerdichte 1992
Anzahl Oberzentren 1994
Anzahl Mittelzentren 1994
Zugehörigkeit zum siedlungsstrukturellen Regionstyp
Zugehörigkeit zum siedlungsstrukturellen Kreistyp
Kennziffer der Raumordnungsregion
Land

Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsbestand in 1.000 31.12.1992
Bevölkerungsentwicklung 1980 bis 1992
Bevölkerungsentwicklung 1989 bis 1992
Frauen je 100 Einwohner 1992
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 E 1992
Natürlicher Bevölkerungssaldo vom 1.1.1980 bis 31.12.1992
Natürlicher Bevölkerungssaldo vom 1.1.1989 bis 31.12.1992
Anteil der Ausländer 1992
Entwicklung der Zahl der Ausländer von 1980 bis 1992
Entwicklung der Zahl der Ausländer von 1989 bis 1992

Bevölkerungsmobilität

Gesamtwanderungssaldo je 1.000 E 1991
Anteil der Ausländer an den Gesamtzuzügen 1991
Anteil der Ausländer an den Gesamtfortzügen 1991
Außenwanderungssaldo je 1.000 E 1991
Binnenwanderungssaldo je 1.000 E 1991
Binnenwanderungssaldo der <18jährigen je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der 18-<25jährigen je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der 25-<30jährigen je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der 30-<50jährigen je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der 50-<65jährigen je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der 65jährigen und älteren je 1.000 der AG 1991
Binnenwanderungssaldo der Erwerbspersonen je 1.000 E (15-<65 J) 1991

Altersstruktur der Bevölkerung

Anteil der Einwohner <5 J 1992
Entwicklung der Zahl der <5jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 5-<18 J 1992
Entwicklung der Zahl der 5-<18jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 18-<25 J 1992
Entwicklung der Zahl der 18-<25jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 25-<30 J 1992
Entwicklung der Zahl der 25-<30jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 30-<50 J 1992
Entwicklung der Zahl der 30-<50jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 50-<65 J 1992
Entwicklung der Zahl der 50-<65jährigen von 1989 bis 1992
Anteil der Einwohner 65 J und älter 1992
Entwicklung der Zahl der E 65 Jahre und älter von 1989 bis 1992

Anhang 5.1: Fortsetzung

Sozialstruktur

Anteil der Einwohner 75 J und älter 1992
Entwicklung der Zahl der E 75 J und älter von 1989 bis 1992
Anteil der Frauen 75 J und älter 1992
Entwicklung der Zahl der Frauen 75 J und älter von 1989 bis 1992
Verhältnis der E < 15 J zu den E 15-<65 J 1992
Entwicklung der Zahl der <15jährigen 1989 bis 1992
Verhältnis der E 65 J und älter zu den E 15-<65 J 1992
Entwicklung der Zahl der E 65 J und älter 1989 bis 1992
Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 E 1992
Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1989 bis 1992
Empfängerinnen lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Frauen 1992
Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen von 1989 bis 1992

Beschäftigung und Einkommen

Zahl der SV Beschäftigten in 1.000 1993
Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten von 1980 bis 1993
Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten von 1989 bis 1993
Anteil der weiblichen SV Beschäftigten 1993
Entw. der Zahl der weiblichen SV Beschäftigten von 1980 bis 1993
Entw. der Zahl der weiblichen SV Beschäftigten von 1989 bis 1993
Anteil der unter 30jährigen SV Beschäftigten 1993
Entw. der Zahl der SV Beschäftigten unter 30 Jahre von 1989 bis 1993
Anteil der SV Beschäftigten 55 Jahre und älter 1993
Entw. der Zahl der SV Beschäftigten 55 J und älter von 1989 bis 1993
Monatliche Lohn- u. Gehaltssumme je Industriebeschäftigten 1993

Wirtschaft

Anteil der SV Beschäftigten im Primären Sektor 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Primären Sektor von 1980 bis 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Primären Sektor von 1989 bis 1993
Anteil der SV Beschäftigten im Sekundären Sektor 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Sekundären Sektor von 1980 bis 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Sekundären Sektor von 1989 bis 1993
Anteil der SV Beschäftigten im Tertiären Sektor 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Tertiären Sektor von 1980 bis 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Tertiären Sektor von 1989 bis 1993
Anteil der SV Beschäftigten im Berufsbereich III 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Berufsbereich III von 1989 bis 1993
Anteil der SV Beschäftigten im Berufsbereich V 1993
Entw. der SV Beschäftigten im Berufsbereich V von 1989 bis 1993

Arbeitslosigkeit

Zahl der Arbeitslosen in 1.000 30.9.1993
Arbeitslosenquote 30.9.1993
Anteil arbeitsloser Frauen an den Arbeitslosen 30.9.1993
Anteil arbeitsloser Ausländer an den Arbeitslosen 30.9.1993
Anteil Arbeitsloser unter 25 Jahre an den Arbeitslosen 30.9.1993
Anteil Arbeitsloser 55 Jahre u.ä. an den Arbeitslosen 30.9.1993
Anteil der 1 Jahr u.m. Arbeitslosen an den Arbeitslosen 30.9.1993
Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an den Arbeitslosen 30.9.1993

Anhang 5.1: Fortsetzung

Bildung

Schüler je 100 Einwohner 1992
Anteil Schüler in Grund- und Hauptschulen 1992
Anteil Schüler in Sonderschulen 1992
Anteil Schüler in Realschulen 1992
Anteil Schüler in Gesamtschulen 1992
Anteil Schüler in Gymnasien 1992
Anteil ausländischer Schüler 1992
Quartanerquote 1992
Gesamtangebot an betriebl. Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager 1992
Studenten an wissenschaftlichen HS und FH je 1.000 E 1991/92
Studenten an HS und FH je 100 Studienplätze 1991/92
Berufliche Weiterbildungslehrgänge je 10.000 SV Beschäftigte 1993

Soziale und kulturelle Infrastruktur

Anzahl Gymnasien, Gesamt- und Waldorfschulen je 10.000 E 15-20 J 1991
Kurse an Volkshochschulen je 10.000 Einwohner 1991
Plätze in Theatern und Lichtspielhäusern je 10.000 Einwohner 1991/92
Ärzte insgesamt je 100.000 Einwohner 1993
Entwicklung der Zahl der Ärzte insgesamt von 1992 bis 1993
Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner 1993
Internisten je 100.000 Einwohner 1993
Krankenhausbetten je 10.000 Einwohner 1991/92

Verkehr und Energie

Anteil der Einwohner mit IC-Anschluß 1992
Anteil der Einwohner mit Autobahnanschluß 1992
Anteil der durch Bundesfernstraßen inanspruchgenommenen Fläche 1992
PKW-Reisezeit zum nächsten internationalen Flughafen 1992
LKW-Reisezeit zum nächsten Umschlagbahnhof 1992
PKW-Reisezeit zum Kern des nächsten Verdichtungsraums 1992
Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner 1994
Straßenverkehrsunfälle je 100.000 Einwohner 1992
Verunglückte je 100.000 Einwohner 1992
Getötete je 100.000 Einwohner 1992
Durchschnittlicher Strompreis 1994
Veränderung des durchschnittlichen Strompreises 1991-1994
Anteil der Einwohner, deren Gemeinde gasversorgt ist, 1992
Veränderung des Anschlußgrades an die Gasversorgung von 1990 bis 1992

Flächennutzung

Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992
Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 1988 bis 1992
Verhältnis bebauter Fläche zu Freifläche 1992
Einwohner je qkm Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992
Freifläche je Einwohner 1992
Erholungsfläche je Einwohner 1992
Naturnähere Fläche je Einwohner 1992

Anhang 5.1: Fortsetzung

Baulandmarkt und Wohnungsbestand

Durchschnittliche Baulandpreise 1980 bis 1982
Durchschnittliche Baulandpreise 1987 bis 1989
Durchschnittliche Baulandpreise 1990 bis 1992
Baureifes Land 1992
Wohnungen in 1.000 1992
Entwicklung der Zahl der Wohnungen von 1990 bis 1992
Anteil der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen 1992
Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen 1992
Wohnfläche je Einwohner 1992
Differenz der Wohnfläche je Einwohner von 1990 bis 1992
Personen je Wohnung 1992
Personen je Raum 1992

Wohnungsbau

Fertiggestellte Wohnungen absolut 1992
Fertiggestellte Wohnungen je 1.000 Wohnungen des Bestandes 1992
Fertiggestellte Whg. ohne Neubau je 1.000 Whg. des Bestandes 1992
Fertiggestellte neue Wohnungen je 1.000 Whg. des Bestandes 1992
Anteil neuer Whg. in neuerrichteten 1 und 2 Familienhäusern 1992
Entw. der Zahl neuer Whg. in 1 u. 2 Familienhäusern von 1989 bis 1992
Anteil neuerrichteter 1 und 2 Familienhäuser 1992
Entw. der Zahl neuerrichteter 1 u. 2 Familienhäuser von 1989 bis 1992

Anhang 5.1: Fortsetzung

II. Indikatoren für Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohner

Ausgewählte Strukturdaten

Einwohner absolut in 1.000 1991

Fläche absolut 1992

Anteil der Gebäude- und Freifläche 1992

Einwohnerdichte 1991

Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner 1991

Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 1991

Anteil der Ausländer 1992

Kindergartenplätze je Geborenen 1992

Praktische Ärzte je 10.000 Einwohner 1992

Zahnärzte je 10.000 Einwohner 1992

Rohzugang an Wohnungen je 1.000 Whg. des Bestandes 1991

Kommunale Finanzsituation

Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt je E 1992

Steuereinnahmen(netto) des Verwaltungshaushalts je E 1992

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je E 1992

Gewerbesteuer (netto) je E 1992

Allgemeine Zuweisungen von Bund und Land je E 1992

Ausgaben des Verwaltungshaushalts insgesamt je E 1992

Ausgaben für Sozialleistungen je E 1992

Einnahmen aus Zuweisungen für Investitionen je E 1992

Ausgaben für Baumaßnahmen je E 1992

Ausgaben für Erwerb von Sachvermögen je E 1992

Schulden je E 1992

Anhang 5.2 Siedlungsstruktureller Gemeindetyp der BfLR

Regionstyp	Kreistyp	Gemeindetyp
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen	1-Kernstädte	01-Kernstädte>500.000 Ew 02-Kernstädte<500.000 Ew
	2-hochverdichtete Kreise	03-Ober-/Mittelzentren 04-sonstige Gemeinden
	3-verdichtete Kreise	05-Ober-/Mittelzentren 06-sonstige Gemeinden
	4-ländliche Kreise	07-Ober-/Mittelzentren 08-sonstige Gemeinden
II Regionen mit Verdichtungsräumen	5-Kernstädte	09-Kernstädte
	6-verdichtete Kreise	10-Ober-/Mittelzentren 11-sonstige Gemeinden
	7-ländliche Kreise	12-Ober-/Mittelzentren 13-sonstige Gemeinden
III Ländlich geprägte Regionen	8-verdichtete Kreise	14-Ober-/Mittelzentren 15-sonstige Gemeinden
	9-ländliche Kreise	16-Ober-/Mittelzentren 17-sonstige Gemeinden

Quelle: BfLR 1991

Anhang 5.3 Bevölkerung 1987 in den Boustedt-Regionen sortiert nach Regionsgröße mit Summen der Zonen 1 bis 3 in Anlehnung an den MA-Codeplan

Boustedt-Region	Kernstadt	Ergänzungs- gebiet	Verstädterte Zone	Randzone	Summe 1-3
	1	2	3	4	
58 Rhein-Ruhr	6522655	2512149	349529	114233	9384333
25 Hamburg	1592770	336151	123619	220905	2052540
63 Stuttgart	551904	1086047	344353	86301	1982304
45 München	1185421	350943	296534	155831	1832898
18 Frankfurt/Offenbach	729652	820202	317741	84766	1867595
57 Rhein-Neckar	697912	477550	232265	63956	1407727
49 Nürnberg/Fürth/Erlangen	668231	206319	226218	136674	1100768
28 Hannover	494864	217627	380113	38811	1092604
11 Bremen	605527	148310	48125	111940	801962
68 Wiesbaden/Mainz	424400	194325	165897	82279	784622
9 Bonn/Siegburg	310290	49396	203639	25376	563325
1 Aachen	229740	290532	20072	27960	540344
35 Karlsruhe	260591	100362	129367	59495	490320
8 Bielefeld	305566	118626	106790	18741	530982
59 Saarbrücken/Völklingen	232131	202768	85760	19472	520659
10 Braunschweig/Wolfenbüttel	252351	50729	44911	185797	347991
44 Mönchengladbach/Rheydt/Viersen	326032	85343	88440	10736	499815
4 Augsburg	242819	95000	78311	84785	416130
36 Kassel	187288	61889	146447	75542	395624
46 Münster	246186	.	14457	120268	260643
38 Koblenz/Neuwied	195246	70722	33195	77991	299163
37 Kiel	237767	32787	48892	49766	319446
14 Darmstadt	134272	102704	82327	33077	319303
19 Freiburg	178672	14524	84373	63881	277569
56 Reutlingen/Tübingen	170554	71482	88754	8510	330790
65 Ulm/Neu-Ulm	147932	13146	58562	114272	219640
51 Osnabrück	150807	40610	83485	50818	274902
30 Heilbronn	110970	47764	96189	46313	254923
55 Regensburg	118639	10908	76141	74794	205688
39 Lübeck	210497	23578	1501	33473	235576
71 Würzburg	123378	23087	51303	65379	197768
53 Pforzheim	106530	55384	65537	34329	227451
31 Herford	60935	159821	35650	.	256406
62 Siegen	106384	5931	82096	55005	194411
27 Hamm	171170	70659	.	.	241829
50 Oldenburg	140149	.	.	101411	140149
12 Bremerhaven	126629	44180	25978	37532	196787
22 Göppingen	52151	100248	41415	36300	193814
52 Paderborn	110715	.	31463	83157	142178
21 Gießen	69824	48550	75472	26640	193846
60 Saarlouis/Dillingen	58577	57884	55623	44227	172084
23 Göttingen	114698	.	38285	58553	152983
43 Minden	75031	77823	57485	.	210339
33 Ingolstadt	96071	9235	45294	53302	150600
61 Schweinfurt	51962	16954	46912	81316	115828
32 Hildesheim	103449	6199	32347	48594	141995
70 Wolfsburg	124896	.	7667	52964	132563
64 Trier	94118	15433	12598	56230	122149
3 Aschaffenburg	60964	58277	35681	23207	154922
34 Kaiserslautern	97326	3326	21100	56333	121752
5 Bamberg	69100	15329	58180	34477	142609
69 Wilhelmshaven	90982	32121	8870	38376	131973
16 Emden	50144	7349	.	112017	57493
20 Fulda	54322	26669	8115	78954	89106
15 Düren	82857	11919	14870	55732	109646
48 Neunkirchen/Ottweiler	51215	67347	.	34655	118562
72 Zweibrücken/Homburg	74757	.	46445	27720	121202
66 Villingen-Schwenningen	75861	14103	13335	44930	103299
17 Flensburg	86554	.	13043	43128	99597
6 Basel/Lörrach	40561	46910	41577	12298	129048
42 Marburg	68624	.	27046	41080	95670
67 Wetzlar	50211	11352	43937	28693	105500
40 Lüdenscheid	74635	44054	11197	.	129886
26 Hameln	58181	.	35897	31664	94078
29 Heidenheim	47753	18378	12116	43805	78247
2 Aalen	62633	8104	12434	33909	83171
13 Celle	71222	.	.	45164	71222
54 Ravensburg	43913	20918	6344	43640	71175
7 Bayreuth	69813	4773	24979	13357	99565
41 Lüneburg	59543	.	19858	31051	79401
24 Goslar	45978	23157	34451	5124	103586
47 Neumünster	79771	6726	2153	16437	88650
Gesamt	21075273	8944693	5252760	4007453	35272726

Anhang 5.4 Bevölkerung 1987 in den BIK-Stadtregionen (West) sortiert nach Regionsgröße mit Summen der Zonen 1 bis 3 in Anlehnung an den MA-Codeplan

Stadtregion	Strukturtyp				Summe 1-3
	Kernbereich 1	Verdichtungs- bereich 2	Übergangs- bereich 3	Peripherer Bereich 4	
20 RUHRGEBIET	6409848	901634	118063	18503	7429545
5 HAMBURG	1832324	175274	251500	82810	2259098
57 MUENCHEN	1466350	228030	298637	170449	1993017
32 FRANKFURT-OFFENBACH-RUESSELSHEIM-HANAU	1240187	484993	246570	5023	1971750
23 KOELN-LEVERKUSEN	1344158	247068	118319	.	1709545
42 STUTTGART-ESSLINGEN-LUDWIGSBURG	1106432	330033	154800	.	1591265
47 LUDWIGSHAFEN-MANNHEIM-HEIDELBERG-WORMS	695361	346761	243839	4827	1285961
65 MUERNBERG-FUERTH-ERLANGEN	751587	117926	185876	75331	1055389
10 HANNOVER	530755	182353	375171	6098	1088279
18 BREMEN	605527	51946	165136	59754	822609
33 WIESBADEN-MAINZ	424400	75742	170184	20342	670326
27 BIELEFELD-GUETERSLOH-HERFORD	366501	100970	159983	.	627454
71 SAARBRUECKEN-NEUNKIRCHEN-HOMBURG	292851	219135	73516	5303	585502
22 BONN	326049	90428	105665	1716	522142
6 BRAUNSCHWEIG-SALZGITTER-WOLFENBUETTEL	252351	161798	67501	29620	481650
46 KARLSRUHE	260591	96066	145516	.	502173
69 AUGSBURG	262050	50189	96789	66139	409028
26 MUENSTER	246186	.	80296	74932	326482
36 KASSEL	210598	28722	125049	35955	364369
2 KIEL	264830	49669	38061	34606	352560
31 DARMSTADT	134272	157001	78643	2325	369916
38 KOBLENZ-NEUWIED	116621	158796	74803	20613	350220
49 FREIBURG	182807	90798	57532	24282	331137
34 GIESSEN-WETZLAR	120035	26333	175810	19266	322178
21 AACHEN	272834	33499	6567	23874	312900
53 TUEBINGEN-REUTLINGEN	170554	35069	118566	2241	324189
16 OSNABRUECK	150807	30833	114073	30007	295713
44 HEILBRONN	132504	41090	116002	.	289596
3 LUEBECK	230319	3756	30375	18183	264450
68 WUERZBURG	132139	16818	65337	67469	214294
54 ULM	103494	63448	79188	34100	246130
61 REGENSBURG	127360	.	78857	69663	206217
7 WOLFSBURG	124896	34770	37120	57034	196786
15 OLDENBURG	140149	.	78837	22574	218986
43 GOEPPINGEN-SCHWABISCH GMUEND	128283	38232	61563	5758	228078
55 RAVENSBURG-FRIEDRICHSHAFEN	116639	12592	71074	25208	200305
29 PADERBORN	110715	.	66707	43039	177422
48 PFORZHEIM	106530	24544	79158	.	210232
30 SIEGEN	106384	35301	43373	21959	185058
41 KAISERSLAUTERN	105503	3326	55257	36289	164086
8 GOETTINGEN	114698	.	35159	49997	149857
19 BREMERHAVEN	126629	.	4912	67587	131541
56 INGOLSTADT	96071	.	43011	54973	139082
45 HEIDENHEIM-AALEN	110386	8104	46138	27402	164628
12 HILDESHEIM	103449	.	67609	17152	171058
40 TRIER	94118	4140	51458	37722	149716
62 BAMBERG	69100	10191	44003	52092	123294
66 ASCHAFFENBURG	67707	32843	59205	11584	159755
24 DUEREN	82857	.	62241	22596	145098
67 SCHWEINFURT	51962	16462	26191	72808	94615
37 FULDA	54322	.	54420	57535	108742
1 FLENSBURG	86554	10065	22958	40809	119577
28 MINDEN	75031	.	48043	23619	123074
35 MARBURG	68624	.	58756	13071	127380
63 BAYREUTH	69813	.	22705	41715	92518
13 CELLE	71222	.	23088	39372	94310
14 LUENEBURG	59543	7871	21761	40536	89175
59 LANDSHUT	56446	.	19775	50766	76221
58 ROSENHEIM	53155	13835	35306	19961	102296
17 WILHELMSHAVEN	90982	.	28316	.	119298
11 HAMELN	58181	.	35896	23798	94077
70 KEMPTEN	59369	.	8073	48000	67442
60 PASSAU	42516	.	35728	28057	84244
51 VILLINGEN-SCHWENNINGEN	75861	.	30342	4759	106203
25 LUEDENSCHEID	74635	.	26898	6828	101533
9 GOSLAR	45978	23157	24958	9493	94093
50 OFFENBURG	51311	2822	40081	7482	94214
39 BAD KREUZNACH	41385	5685	35698	18873	82768
64 COBURG	42909	4702	28554	24601	76165
4 NEUMUENSTER	79771	.	3651	16800	83422
72 SAARLOUIS	44044	19028	35459	.	98531
52 LOERRACH	66361	.	30361	1243	96722
Gesamt	23992771	4903848	5820067	2146523	34716686

Anhang 5.5 Bevölkerung 1990 in den BIK-Stadtregionen (Ost)

Stadtregion	Strukturtyp				Bevölkerung insgesamt
	Kernbereich	Verdichtungs- bereich	Übergangs- bereich	Peripherer Bereich	
73 Berlin-Potsdam	1708018	142584	123481	37574	2011657
95 Dresden	718802	48010	68004	8046	842862
90 Leipzig	604894	60729	48507	10193	724323
97 Chemnitz	489588	136185	76526	3806	706105
88 Halle	381219	47480	80122	12204	521025
84 Magdeburg	340435	23542	77958	9389	451324
75 Rostock	254706	12170	28384	14929	310189
104 Erfurt	213962	12874	32030	11637	270503
98 Zwickau	172187	35537	35436	609	243769
101 Gera	140940	21456	32239	9165	203800
82 Cottbus	127425	9251	28652	5924	171252
78 Schwerin	128833	.	16492	22541	167866
86 Dessau	124401	10454	20879	9136	164870
102 Jena	113125	6479	17089	12383	149076
80 Brandenburg	91656	.	19514	13983	125153
99 Plauen	73005	16719	28486	4473	122683
79 Neubrandenburg	90239	.	9509	20237	119985
89 Wolfen-Bitterfeld	76599	19358	18816	2268	117041
106 Suhl	70038	9947	30530	428	110943
81 Frankfurt	86716	2635	9071	7536	105958
96 Freiberg-Brand-Erbisdorf	60830	5129	38111	1632	105702
74 Stralsund	73780	.	11654	18934	104368
76 Greifswald	67556	.	12536	16103	96195
107 Eisenach	59902	612	30145	2060	92719
93 Bautzen	49919	8984	28825	2244	89972
94 Görlitz	73202	680	11488	4005	89375
105 Gotha	56019	.	27901	3738	87658
109 Nordhausen	47466	6354	28915	3589	86324
91 Riesa	52323	7226	18508	6974	85031
103 Weimar	61361	747	16080	5053	83241
108 Mühlhausen	46278	.	33409	3390	83077
92 Hoyerswerda	66686	.	16137	.	82823
100 Altenburg	50303	6874	23653	1401	82231
77 Wismar	56270	.	12717	12082	81069
83 Stendal	61676	.	3539	14058	79273
87 Wittenberg	50992	2163	18455	4902	76512
85 Halberstadt	45847	.	24203	4482	74532
Gesamt	6987198	654179	1158001	321108	9120486

Quelle:BIK Aschpurwis und Behrens GmbH (1992)

Anhang 5.6 Unterschiede zwischen den Raumtypen 1992

Anhang 5.6.1 Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1992 in den BIK-Stadtregionen und in den Gemeinden nach der Politischen Größenklasse

BIK-Stadtregionen	politische Gemeindegrößenklasse							Insgesamt
	bis 1.999 Einw.	2.000- 4.999 Einw.	5.000- 19.999 Einw.	20.000- 49.999 Einw.	50.000- 99.999 Einw.	100.000- 499.999 Einw.	500.000- u.mehr Einw.	
bis unter 2.000 Einw.	312 98,4 76,3	5 1,6 1,7						317 8,9
2.000 bis unter 5.000 Einw.	15 7,1 3,7	195 92,9 64,4						210 5,9
5.000 bis unter 20.000 Einw.		6 1,4 2,0	432 98,6 56,1					438 12,3
20.000 bis unter 50.000 Einw.			6 1,9 0,8	305 98,1 56,3				311 8,8
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 2,3)	15 32,6 3,7	13 28,3 4,3	18 39,1 2,3					46 1,3
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 1)			5 2,7 0,6	42 22,6 7,7	139 74,7 48,1			186 5,2
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 2,3)	24 12,8 5,9	33 17,6 10,9	101 53,7 13,1	19 10,1 3,5	5 2,7 1,7	6 3,2 1,0		188 5,3
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 1)			21 5,2 2,7	15 3,7 2,8	90 22,4 31,1	275 68,6 44,8		401 11,3
Stadtregion mit 500.000 Einw. und mehr (Zone 2,3)	43 14,4 10,5	46 15,4 15,2	117 39,3 15,2	71 23,8 13,1	21 7,0 7,3			298 8,4
Stadtregion mit 500.000 Einw. und mehr (Zone 1)		5 0,4 1,7	70 6,1 9,1	90 7,8 16,6	34 2,9 11,8	333 28,9 54,2	624 53,9 100	1153 32,5
Insgesamt	409 11,5	303 8,5	770 21,7	542 15,3	289 8,1	614 17,3	621 17,5	3548 100

Quelle: ALLBUS 1992

Anhang 5.6.2 Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1992 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR und in den Gemeinden nach der Politischen Größenklasse

	politische Gemeindegrößenklasse							
Siedlungsstruktureller Kreistyp	bis 1.999 Einw.	2.000-4.999 Einw.	5.000-19.999 Einw.	20.000-49.999 Einw.	50.000-99.999 Einw.	100.000-499.999 Einw.	500.000- u.mehr Einw.	Insgesamt
Regionen mit Verdichtungsräumen								
Kernstädte				9 0,9 107	16 1,6 5,5	325 33,5 52,9	621 64 100	971 27,4
Hochverdichtete Kreise	15 3,1 3,7	31 6,5 10,2	143 29,9 18,6	191 39,9 35,2	73 15,2 25,3	26 5,4 4,2		479 13,5
Verdichtete Kreise	42 15,2 10,3	32 11,6 10,6	112 40,4 14,5	84 30,3 15,5	7 2,5 2,4			277 7,8
Ländliche Kreise	52 32,5 12,7	29 18,1 9,6	53 33,1 6,9	26 16,3 4,8				160 4,5
Regionen mit Verdichtungsansätzen								
Kernstädte					18 6,9 6,2	241 93,1 39,3		259 7,3
Verdichtete Kreise	103 18,7 25,2	43 7,8 14,2	207 37,5 26,9	112 20,3 20,7	72 13,0 24,9	15 2,7 2,4		552 15,6
Ländliche Kreise	56 21,0 13,7	63 23,6 20,8	102 38,2 13,2	46 17,2 8,5				267 7,5
Ländlich geprägte Regionen								
Verdichtete Kreise	29 9,6 7,1	54 17,9 17,8	57 18,9 7,4	51 16,9 9,4	103 34,2 35,6	7 2,3 1,1		301 8,5
Ländliche Kreise	112 39,7 27,4	51 18,1 16,8	96 34,0 12,5	23 8,2 4,2				282 7,9
Insgesamt	409 11,5	303 8,5	770 21,7	542 15,3	289 8,1	614 17,3	621 17,5	3548 100

Quelle: ALLBUS 1992

Anhang 5.6.3 Anzahl bzw. Anteil der Befragten 1992 in den BIK-Stadtregionen und den siedlungsstrukturellen Kreistypen der BfLR

BIK-Stadtregionen	Regionen mit großen Verdichtungsräumen				Regionen mit Verdichtungsansätzen			Ländlich geprägte Regionen		Insgesamt
	Kernstädte	Hochverdichtete Kreise	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	Kernstädte	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	Verdichtete Kreise	Ländliche Kreise	
bis unter 2.000 Einw.		7 2,2 1,5	20 6,3 7,2	34 10,7 21,3		78 24,6 14,1	56 17,7 21,0	21 6,6 7,0	101 31,9 35,8	317 8,9
2.000 bis unter 5.000 Einw.			15 7,1 5,4	22 10,5 13,8		14 6,7 2,5	58 27,6 21,7	39 18,6 13,0	62 29,5 22,0	210 5,9
5.000 bis unter 20.000 Einw.		46 10,5 9,6	44 10,0 15,9	26 5,9 16,3		95 21,7 17,2	92 21,0 34,5	39 8,9 13,0	96 21,9 34,0	438 12,3
20.000 bis unter 50.000 Einw.	5 1,6 0,5	74 23,8 15,4	43 13,8 15,5	10 3,2 6,3		95 30,5 17,2	38 12,2 14,2	39 8,9 13,0	23 7,4 8,2	311 8,8
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 2,3)		12 26,1 2,5				16 34,8 2,9	5 10,9 1,9	23 7,4 7,6		46 1,3
Stadtregion mit 50.000 bis unter 100.000 Einw. (Zone 1)		20 10,8 4,2	9 4,8 3,2			51 27,4 9,2	8 4,3 3,0	13 28,3 4,3		186 5,2
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 2,3)		13 6,9 2,7	8 4,3 2,9	3 1,6 1,9		6 3,2 2,3	125 66,5 22,6	5 2,7 1,9	98 52,7 32,6	188 5,3
Stadtregion mit 100.000 bis unter 500.000 Einw. (Zone 1)	32 8,0 3,3	14 3,5 2,9	7 1,7 2,5			243 60,6 93,8	5 1,2 1,9	28 14,9 9,3		401 11,3
Stadtregion mit 500.000 und mehr Einw. (Zone 2,3)	4 1,3 0,4	138 46,3 28,8	106 35,6 38,3	32 10,7 20,0		18 6,0 3,3		40 10,0 13,3		298 8,4
Stadtregion mit 500.000 und mehr Einw. (Zone 1)	930 80,7 95,8	155 13,4 32,4	25 2,2 9,0	33 2,9 20,6		10 0,9 3,9				1153 32,5
Insgesamt	971 27,4	479 13,5	277 7,8	160 4,5	259 7,3	552 15,6	267 7,5	301 8,5	282 7,9	3548 100

Quelle: ALLBUS 1992

Anhang 5.7 Dokumentation der bei den Analysen verwendeten Variablen

In der nachfolgenden Übersicht werden die verwendeten Variablen genau beschrieben und dokumentiert in welcher Codierung sie in den einzelnen Analysen verwendet wurden. Die Analysen erfolgten immer getrennt nach alten und neuen Bundesländern !

Regionalvariablen	Bivariate Analysen	Multivariate Analysen
Bundesländer	0 Berlin/West	Referenzkategorie 0 Stadtstaaten (0,2,4)
1992: V447	1 Schleswig-Holstein	BLW1
1994: V351	2 Hamburg	0
	3 Niedersachsen	BLW2
	4 Bremen	0
	5 NRW	BLW3
	6 Hessen	BLW4
	7 Rheinland-Pfalz	BLW5
	8 Baden-Württemberg	BLW6
	9 Bayern	BLW7
	10 Saarland	BLW5
	-----	-----
	11 Berlin/Ost	Referenzkategorie 0 Berlin/Ost
	12 Mecklenburg-Vorpo.	BLO1
	13 Brandenburg	BLO2
	14 Sachsen - Anhalt	BLO3
	15 Thüringen	BLO4
	16 Sachsen	BLO5
Größenklasse der politischen Gemeinde	1 bis 1 999 Einwohner	metrisch: 1- 7
1992: V449	2 2 000 - 4 999 Ew	
1994: V352	3 5 000 - 19 999 Ew	
	4 20 000 - 49 999 Ew	
	5 50 000 - 99 999 Ew	
	6 100 000 - 499 999 Ew	
	7 über 500 000 Ew	
BIK - Stadtregionen		6 Kategorien
1992: wurde aus externer Datei	1 bis 1 999 Einwohner	BIK1
zugespielt	2 2 000 - 4 999 Ew	BIK2
1994: V354	3 5 000 - 19 999 Ew	BIK3
	4 20 000 - 49 999 Ew	BIK4
	5 50 000 - 99 999 Ew (Zone 2,3)	BIK5 (5,7,9)
	6 50 000 - 99 999 Ew (Zone 1)	Referenzkategorie 0 (6,8,10)
	7 100 000 - 499 999 Ew (Zone 2,3)	
	8 100 000 - 499 999 Ew (Zone 1)	
	9 über 500 000 Ew (Zone 2,3)	
	10 über 500 000 Ew (Zone 1)	
siedlungsstruktureller Kreistypen der BfLR in Region...	Region I: mit großen Verdichtungsräumen	metrisch: 1 - 4
	Region II: mit Verdichtungsansatz	
	Region III: ländlich geprägt	
1992: wurde aus externer Datei	1 Kernstadt in Region I	1 Ländliche Kreise (4,7,9)
zugespielt	2 hochverdichtete Kreise in Region I	2 verdichtete Kreise (3,6,8)
1994: s.o.	3 verdichtete Kreise in Region I	3 hochverdichtete Kreise (2)
	4 ländliche Kreise in Region I	4 Kernstädte (1,5)
	5 Kernstadt in Region II	(vgl. Görmann/Maretzke 1992, S. 150)
	6 verdichtete Kreise in Region II	
	7 ländliche Kreise in Region II	
	8 verdichtete Kreise in Region III	
	9 ländliche Kreise in Region III	

Demographische Variablen

Bivariate Analysen

Multivariate Analysen

Alter

1994: V247

-

metrisch: 18 - 93 Jahre

Geschlecht

1994: V330

0 männlich

als abhängige Variable bei log. Regr.:

1 weiblich

1 vs. 0

Bildung

1994: V12

Frage 3: Als nächste kommen jetzt Fragen zu ihrer Ausbildung und ihrem Beruf. Welchen allgemeinbildenden Schulabschluß haben Sie? Nur höchste Nennung nach Liste: A noch Schüler; B Schule beendet ohne Schulabschluß; C Volks-/Hauptschulabschluß bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluß 8. oder 9. Klasse; D Mittlere Reife, Realschulabschluß bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluß 10. Klasse; E Fachhochschulreife(Abschluß einer Fachoberschule etc.); F Abitur (Hochschulreife) bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluß 12. Klasse; G Anderen Schulabschluß, und zwar...;

I: 1 bis Hauptschule

1 ohne Ausbildung

0 Sonstige

2 Hauptschule

missing (Schüler, KA)

3 mittlerer Bildungsweg

II: 1 Fachhochschul - und Hochschulreife

4 Fachhochschulreife

0 Sonstige

5 Hochschulreife

missing (Schüler, KA)

missing (Sonstige, Schüler, KA)

metrisch: 1 - 5

Haushaltsgröße

1994: V266

Frage S32: Wie viele Personen leben insgesamt hier in Ihrem Haushalt, Kinder und Sie selbst mit eingeschlossen?

I: 1 Einpersonenhaushalt

metrisch: 1 - 14

0 Sonstige

II: 1 größer gleich 3 Personen pro Haushalt

0 Sonstige

Konfession

1994: V321

Frage S37: Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an? Nennung nach Liste: A Der römisch-katholischen Kirche, B Der evangelischen Kirche (ohne Freikirchen), C Einer evangelischen Freikirche, D Einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft, E Einer anderen nichtchristlichen Religionsgemeinschaft, F keiner Religionsgemeinschaft

0 konfessionslos

als abhängige Variable bei log. Regr.:

1 katholisch

West + Ost: 0 vs. 1-3

2 evangelisch (ohne evangelische Freikirchen)

West: 1 vs. 2; 0,3=missing

3 Sonstige

Wohnform

1994: V320

Frage S36: Die nächste Frage bezieht sich auf die Wohnung, in der Sie bzw. Ihre Familie hier wohnen. Sagen Sie mir bitte., was von der Liste auf Sie bzw. Ihre Familie zutrifft. Nennung nach Liste S36: A Zur Untermiete, B In einer Dienst./Werkwohnung, C In einer Mietwohnung des sozialen Wohnungsbaus, D In einer Mietwohnung (nicht sozialer Wohnungsbau)/ in gemieteter Eigentumswohnung, E in Eigentumswohnung (Eigen- oder Familienbesitz), G Im eigenen Haus (oder Haus der Familie), H Andere Wohnform, und zwar...

1 Wohnen im eigenem Haus

als abhängige Variable bei log. Regr.:

0 Sonstiges

1 vs. 0

Einstellungen

Bivariate Analysen

Multivariate Analysen

Wirtschaftslage in der BRD heute
1994: V6

Frage 1A: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?

1 gut (sehr gut (1), gut (2)) metrisch: 1 - 5
2 teils gut/ teils schlecht (3)
3 Schlecht (schlecht (4), sehr schlecht (5))
missing (weiß nicht, KA)

Wirtschaftslage im eigenem Bundesland heute
1994: V7

Frage 1B: Und die heutige wirtschaftliche Lage in Ihrem Bundesland?

1 gut (sehr gut (1), gut (2)) metrisch: 1 - 5
2 teils gut/ teils schlecht (3)
3 Schlecht (schlecht (4), sehr schlecht (5))
missing (weiß nicht, KA)

Wirtschaftslage Befragter heute
1994: V8

Frage 1C: Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute ?

1 gut (sehr gut (1), gut (2)) metrisch: 1 - 5
2 teils gut/ teils schlecht (3)
3 Schlecht (schlecht (4), sehr schlecht (5))
missing (weiß nicht, KA)

Arbeitslosenquote 1993 in den Kreisen
Laufende Raumbbeobachtung der BfLR 1995

Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in % (Stand 30.9.1993)

3,3 % - 25,3 %

CDU-Sympathie-Thermometer
1994: V144

F51: Mich würde interessieren, wie Sie heute über die folgenden Parteien CDU, SPD, CSU, F.D.P., Bündnis 90/Die Grünen, Die Republikaner denken. Hier haben wir eine Art Thermometer. Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, umso sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei; je weiter Sie auf dem schwarzen Kästchen nach unten gehen, umso mehr lehnen Sie die Partei ab. Fangen wir mit der CDU an. Ganz allgemein: Was halten Sie von der CDU ?

- metrisch 1 - 11
(1 = - 5 ... 11 = +5)
missing (KA)

Kirchgangshäufigkeit
1994: V322

Frage S38: Wie oft gehen Sie allgemein in die Kirche?.....

1 selten (mehrmals im Jahr (4), seltener (5), nie (6)) metrisch: 1 - 6
2 oft (mehr als 1X pro Woche (1), 1X pro Woche (2), 1-3X im Monat (3))

Sex vor der Ehe schlimm ? (ISSP)
1994: V397

Frage I16: Glauben Sie, daß es schlimm ist oder nicht schlimm ist, wenn ein Mann und eine Frau vorehelichen Geschlechtsverkehr haben?

1 schlimm (Immer schlimm (1), fast immer schlimm (2)) metrisch: 1 - 4
2 nicht schlimm (nur manchmal schlimm (3), nie schlimm (4))
missing (Kann ich nicht sagen, KA, ISSP - Fragebogen nicht ausgefüllt)

Homosexualität schlimm ? (ISSP)
1994: V400

Frage I19: Und wie denken Sie über sexuelle Beziehungen zwischen zwei Erwachsenen des gleichen Geschlechts?

1 schlimm (Immer schlimm (1), fast immer schlimm (2)) metrisch: 1 - 4
2 nicht schlimm (nur manchmal schlimm (3), nie schlimm (4))
missing (Kann ich nicht sagen, KA, ISSP - Fragebogen nicht ausgefüllt)

Einstellungen

Bivariate Analysen

Multivariate Analysen

Geschlechterrollen: Mann Geld verdienen, Frau im Haushalt (ISSP)
1994: V364

*Frage I2B Meinung zu Aussagen:
Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau sich um Haushalt und Familie zu kümmern.*

1 Zustimmung (stimme voll und ganz zu (1), stimme zu (2))
2 weder noch (3)
3 Ablehnung (stimme nicht zu (4), stimme überhaupt nicht zu (5))
missing (Kann ich nicht sagen, KA, ISSP - Fragebogen nicht ausgefüllt)

metrisch: 1 - 5

Legal Schwangerschaftsabbruch - wenn Frau es will
1992: V111

Frage 30 (g): Schwangerschaftsabbruch sollte möglich sein: wenn die Frau es so will, unabhängig davon, welchen Grund sie dafür hat.

1 ja, sollte möglich sein
0 nein, sollte nicht möglich sein
missing (weiß nicht, KA)

als abhängige Variable bei log. Regr.:

1 vs. 0

Wahlabsicht : Bundestagswahl
1994: V329

Frage S43: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen? Nennungen nach Liste S43:

I: 1 CDU/CSU
0 Rest (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., PDS, Die Republikaner, andere Partei)
missing (würde nicht wählen, verweigert, weiß nicht, nicht wahlberechtigt, KA)

als abhängige Variable bei log. Regr.:

1 vs. 0

II: 1 SPD

0 Rest (CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., PDS, Die Republikaner, andere Partei)
missing (würde nicht wählen, verweigert, weiß nicht, nicht wahlberechtigt, KA)

1 vs. 0

III: 1 Bündnis 90/Die Grünen

0 Rest (CDU/CSU, SPD, F.D.P., PDS, Die Republikaner, andere Partei)
missing (würde nicht wählen, verweigert, weiß nicht, nicht wahlberechtigt, KA)

1 vs. 0

nur neue Bundesländer

IV: 1 PDS

0 Rest (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., Die Republikaner, andere Partei)
missing (würde nicht wählen, verweigert, weiß nicht, nicht wahlberechtigt, KA)

1 vs. 0

Einordnung: Berufliche Stellung
1994: V429

Der Einordnungsberuf läßt sich auch für nicht erwerbstätige Befragte eine indirekte berufliche Klassifikation beispielweise über den Beruf des/der Ehepartners/in oder des Vaters zu. Zweck des Einordnungsberufs ist es, für die Nichterwerbstätigen eine Beschreibung von Lebenslagen und sozialer Position zu erreichen, sofern sie auf einer (indirekten) Beziehung zum Beschäftigungssystem beruhen. (vgl. Fußnote 15 im Codebuch ALLBUS 1994)

1 vs. 0

1 Selbständige und Landwirte (10-30)

0 Rest (40 - 65)

missing (96= nicht bestimmbar)

Einstellungen

Bivariate Analysen

Multivariate Analysen

Inglehart - Index 1994: V122

Frage 47 (5): Diese Variable wurde aus F47(1) bis F47(4) gebildet: Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müßten, welches Ziel erschien Ihnen persönlich am wichtigsten? Folgende Aussagen müssen nun in eine Rangfolge gebracht werden: 1. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung; 2. Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung; 3. Kampf gegen die steigenden Preise; 4. Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung

I: 1 Postmaterialisten (Ziele 2 und 4) als abhängige Variable bei log. Regr.:

0 (Postmaterialistischer bzw. 1 vs. 0

materialistischer Mischtyp)

missing (weiß nicht, KA)

II: 1 Materialisten (Ziele 1 und 3)

0 (Postmaterialistischer bzw. 1 vs. 0

materialistischer Mischtyp)

missing (weiß nicht, KA)

Kriminalitätsfurcht

1992: V397

Frage S.106: Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe - ich meine so im Umkreis von einem Kilometer - irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?

1 ja, gibt es als abhängige Variable bei log. Regr.:

0 nein, gibt es hier nicht

1 vs. 0

missing (weiß nicht, KA)

Einstellung gegenüber Ausländern¹⁾:

Diskriminierungsindex

1994: V101 - V104, V109 - V112

Frage 44 (C): Bei dieser Frage geht es um Gastarbeiter / um die in Deutschland lebenden Ausländer. Auf dieser Liste stehen Sätze, die man schon irgendwann mal gehört hat. Sagen sie mir bitte zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, daß Sie überhaupt nicht zustimmen; der Wert 7 heißt, daß Sie voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können sie ihre Meinung abstufen: A. Gastarbeiter / die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen; B. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter / die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in die Heimat zurückschicken; C. Man sollt den Gastarbeitern / den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen; D. Gastarbeiter / die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

Additiver Index aus den Variablen V101 bis V104 und V109 bis V112

1 gering (0 - 9) metrisch: 0 - 24

2 stark (10 - 24)

missing (keine deutsche

Staatsangehörigkeit, KA)

Einstellung gegenüber Ausländern¹⁾

: politische Betätigung untersagen

1994: V103/V111

Text siehe oben

1 Ablehnung (1-3)

metrisch: 1 - 7

2 Mitte (4)

3 Zustimmung (5 - 7)

Kontakt zu Ausländern¹⁾:

1994: V105 - V108, V113 - V116

Haben Sie persönlich Kontakt zu Gastarbeitern oder deren Familien/ zu in Deutschland lebenden Ausländer, und zwar...

A ..in ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?; B:..an ihrem Arbeitsplatz?; C: ..in Ihrer Nachbarschaft?; D:.. in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis? (ja/nein); Additiver Index aus den Variablen V105 - V108, V113 - V116

0 keinen Kontakt

1 Kontakte (1 - 4)

metrisch: 0 - 4

missing (keine deutsche

Staatsangehörigkeit, KA)

Ausländeranteil 1992 in den Kreisen

Laufende Raumbbeobachtung der BfLR
1995

Anteil der Ausländer an den Einwohner in % (Stand 31.12.1992)

-

0,1 % - 27,9 %

¹ Die Antworten der beiden Splitversionen wurden zusammengefaßt (Gastarbeiter + Ausländer)

ZUMA-Arbeitsberichte

- 80/15 Gerhard Arminge, Willibald Nagl, Karl F. Schuessler
Methoden der Analyse zeitbezogener Daten. Vortragsskripten der ZUMA
Arbeitstagung vom 25.9. bis 5.10.79
- 81/07 Erika Brückner, Hans-Peter Kirschner, Rolf Porst, Peter Prüfer, Peter Schmidt
Methodenbericht zum "ALLBUS 1980"
- 81/19 Manfred Küchler, Thomas P. Wilson, Don H. Zimmerman
Integration von qualitativen und quantitativen Forschungsansätzen
- 82/03 Gerhard Arminge, Horst Busse, Manfred Küchler
Verallgemeinerte Lineare Modelle in der empirischen Sozialforschung
- 82/08 Glenn R. Carroll
Dynamic analysis of discrete dependent variables: A didactic essay
- 82/09 Manfred Küchler
Zur Messung der Stabilität von Wählerpotentialen
- 82/10 Manfred Küchler
Zur Konstanz der Recallfrage
- 82/12 Rolf Porst
"ALLBUS 1982" - Systematische Variablenübersicht und erste Ansätze zu
einer Kritik des Fragenprogramms
- 82/13 Peter Ph. Mohler
SAR - Simple AND Retrieval mit dem Siemens-EDT-
Textmanipulationsprogramm
- 82/14 Cornelia Krauth
Vergleichsstudien zum "ALLBUS 1980"
- 82/21 Werner Hagstotz, Hans-Peter Kirschner, Rolf Porst, Peter Prüfer
Methodenbericht zum "ALLBUS 1982"
- 83/09 Bernd Wegener
Two approaches to the analysis of judgments of prestige: Interindividual
differences and the general scale
- 83/11 Rolf Porst
Synopsis der ALLBUS-Variablen. Die Systematik des ALLBUS-
Fragenprogramms und ihre inhaltliche Ausgestaltung im ALLBUS 1980 und
ALLBUS 1982
- 84/01 Manfred Küchler, Peter Ph. Mohler
Qualshop (ZUMA-Arbeitstagung zum "Datenmanagement bei qualitativen
Erhebungsverfahren") - Sammlung von Arbeitspapieren und -berichten,
Teil I + II
- 84/02 Bernd Wegener
Gibt es Sozialprestige? Konstruktion und Validität der Magnitude-Prestige-
Skala
- 84/03 Peter Prüfer, Margrit Rexroth
Erfahrungen mit einer Technik zur Bewertung von Interviewerverhalten

- 84/04 Frank Faulbaum
Ergebnisse der Methodenstudie zur internationalen Vergleichbarkeit von Einstellungsskalen in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1982
- 84/05 Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik
Wohnquartiersbeschreibung. Ein Instrument zur Bestimmung des sozialen Status von Zielhaushalten
- 84/07 Gabriele Hippler, Hans-Jürgen Hippler
Reducing Refusal Rates in the Case of Threatening Questions: The "Door-in-the-Face" Technique
- 85/01 Hartmut Esser
Befragtenverhalten als "rationales Handeln" - Zur Erklärung von Antwortverzerrungen in Interviews
- 85/03 Rolf Porst, Peter Prüfer, Michael Wiedenbeck, Klaus Zeifang
Methodenbericht zum "ALLBUS 1984"
- 86/01 Dagmar Krebs
Zur Konstruktion von Einstellungsskalen im interkulturellen Vergleich
- 86/02 Hartmut Esser
Können Befragte lügen? Zum Konzept des "wahren Wertes" im Rahmen der handlungstheoretischen Erklärung von Situationseinflüssen bei der Befragung
- 86/03 Bernd Wegener
Prestige and Status as Function of Unit Size
- 86/04 Frank Faulbaum
Very Soft Modeling: The Logical Specification and Analysis of Complex Process Explanations with Arbitrary Degrees of Underidentification and Variables of Arbitrary Aggregation and Measurement Levels
- 86/05 Peter Prüfer, Margrit Rexroth (Übersetzung Dorothy Duncan)
On the Use of the Interaction Coding Technique
- 86/06 Hans-Peter Kirschner
Zur Kessler-Greenberg-Zerlegung der Varianz der Meßdifferenz zwischen zwei Meßzeitpunkten einer Panel-Befragung
- 86/07 Georg Erdmann
Ansätze zur Abbildung sozialer Systeme mittels nicht-linearer dynamischer Modelle
- 86/09 Heiner Ritter
Einige Ergebnisse von Vergleichstests zwischen den PC- und Mainframe-Versionen von SPSS und SAS
- 86/11 Günter Rothe
Bootstrap in generalisierten linearen Modellen
- 87/01 Klaus Zeifang
Die Test-Retest-Studie zum ALLBUS 1984 - Tabellenband
- 87/02 Klaus Zeifang
Die Test-Retest-Studie zum ALLBUS 1984 - Abschlußbericht
- 87/04 Barbara Erbslöh, Michael Wiedenbeck
Methodenbericht zum "ALLBUS 1986"
- 87/05 Norbert Schwarz, Julia Bienias
What Mediates the Impact of Response Alternatives on Behavioral Reports?

- 87/06 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Gesine Müller, Brigitte Chassein
The Range of Response Alternatives may determine the Meaning of the Question: Further Evidence on Informative Functions of Response Alternatives
- 87/07 Fritz Strack, Leonard L. Martin, Norbert Schwarz
The Context Paradox in Attitude Surveys: Assimilation or Contrast?
- 87/08 Gudmund R. Iversen
Introduction to Contextual Analysis
- 87/09 Seymour Sudman, Norbert Schwarz
Contributions of Cognitive Psychology to Data Collection in Marketing Research
- 87/10 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Denis Hilton, Gabi Naderer
Base-Rates, Representativeness, and the Logic of Conversation
- 87/11 George F. Bishop, Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz, Fritz Strack
A Comparison of Response Effects in Self-Administered and Telephone Surveys
- 87/12 Norbert Schwarz
Stimmung als Information. Zum Einfluß von Stimmungen und Emotionen auf evaluative Urteile
- 88/01 Antje Nebel, Fritz Strack, Norbert Schwarz
Tests als Treatment: Wie die psychologische Messung ihren Gegenstand verändert
- 88/02 Gerd Bohner, Herbert Bless, Norbert Schwarz, Fritz Strack
What Triggers Causal Attributions? The Impact of Valence and Subjective Probability
- 88/03 Norbert Schwarz, Fritz Strack
The Survey Interview and the Logic of Conversation: Implications for Questionnaire Construction
- 88/04 Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz
"No Opinion"-Filters: A Cognitive Perspective
- 88/05 Norbert Schwarz, Fritz Strack
Evaluating One's Life: A Judgment of Subjective Well-Being
- 88/06 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Gerd Bohner, Uwe Harlacher, Margit Kellenbenz
Response Scales as Frames of Reference: The Impact of Frequency Range on Diagnostic Judgments
- 88/07 Michael Braun
ALLBUS-Bibliographie (7. Fassung, Stand: 30.6.88)
- 88/08 Günter Rothe
Ein Ansatz zur Konstruktion inferenzstatistisch verwertbarer Indices
- 88/09 Ute Hauck, Reiner Trometer
Methodenbericht International Social Survey Program - ISSP 1987
- 88/10 Norbert Schwarz
Assessing frequency reports of mundane behaviors: Contributions of cognitive psychology to questionnaire construction
- 88/11 Norbert Schwarz, B. Scheuring (sub.)
Judgments of relationship satisfaction: Inter- and intraindividual comparison strategies as a function of questionnaire structure
- 88/12 Rolf Porst, Michael Schneid
Ausfälle und Verweigerungen bei Panelbefragungen - Ein Beispiel -

- 88/13 Cornelia Züll
SPSS-X. Anmerkungen zur Siemens BS2000 Version
- 88/14 Michael Schneid
Datenerhebung am PC - Vergleich der Interviewprogramme "internerv+" und "THIS"
- 88/15 Norbert Schwarz, Bettina Scheuring
Die Vergleichsrichtung bestimmt das Ergebnis von Vergleichsprozessen: Ist - Idealdiskrepanzen in der Partnerwahrnehmung
- 88/16 Norbert Schwarz, Bettina Scheuring
Die Vergleichsrichtung bestimmt das Ergebnis von Vergleichsprozessen: Ist - Idealdiskrepanzen in der Beziehungsbeurteilung
- 89/01 Norbert Schwarz, George F. Bishop, Hans-J. Hippler, Fritz Strack
Psychological Sources of Response Effects in Self-Administered And Telephone Surveys
- 89/02 Michael Braun, Reiner Trometer, Michael Wiedenbeck
Methodenbericht. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften - ALLBUS 1988
- 89/03 Norbert Schwarz
Feelings as Information: Informational and Motivational Functions of Affective States
- 89/04 Günter Rothe
Jackknife and Bootstrap: Resampling-Verfahren zur Genauigkeitsschätzung von Parameterschätzungen
- 89/05 Herbert Bless, Gerd Bohner, Norbert Schwarz und Fritz Strack
Happy and Mindless? Moods and the Processing of Persuasive Communications
- 89/06 Gerd Bohner, Norbert Schwarz und Stefan E. Hormuth
Die Stimmungs-Skala: Eine deutsche Version des "Mood Survey" von Underwood und Froming
- 89/07 Ulrich Mueller
Evolutionary Fundamentals of Social Inequality, Dominance and Cooperation
- 89/08 Robert Huckfeldt
Noncompliance and the Limits of Coercion: The Problematic Enforcement of Unpopular Laws
- 89/09 Peter Ph. Mohler, Katja Frehsen und Ute Hauck
CUI - Computerunterstützte Inhaltsanalyse. Grundzüge und Auswahlbibliographie zu neueren Anwendungen
- 89/10 Cornelia Züll, Peter Ph. Mohler
Der General Inquirer III - Ein Dinosaurier für die historische Forschung
- 89/11 Fritz Strack, Norbert Schwarz, Brigitte Chassein, Dieter Kern, Dirk Wagner
The Salience of Comparison Standards and the Activation of Social Norms: Consequences for Judgments of Happiness and their Communication
- 89/12 Jutta Kreiselmaier, Rolf Porst
Methodische Probleme bei der Durchführung telefonischer Befragungen: Stichprobenziehung und Ermittlung von Zielpersonen, Ausschöpfung und Nonresponse, Qualität der Daten
- 89/13 Rainer Mathes
Modulsystem und Netzwerktechnik. Neuere inhaltsanalytische Verfahren zur Analyse von Kommunikationsinhalten

- 89/14 Jutta Kreiselmeier, Peter Prüfer, Margrit Rexroth
Der Interviewer im Pretest. Evaluation der Interviewerleistung und Entwurf eines neuen Pretestkonzepts. April 1989
- 89/15 Henrik Tham
Crime as a Social Indicator
- 89/16 Ulrich Mueller
Expanding the Theoretical and Methodological Framework of Social Dilemma Research
- 89/17 Hans-J. Hippler, Norbert Schwarz, Elisabeth Noelle-Neumann
Response Order Effects in Dichotomous Questions: The Impact of Administration Mode
- 89/18 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler, Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Münkkel
Response Order Effects in Long Lists: Primacy, Recency, and Asymmetric Contrast Effects
- 89/19 Wolfgang Meyer
Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland
- 89/20 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS Bibliographie (8. Fassung, Stand: 30.6.1989)
- 89/21 Günter Rothe
Gewichtungen zur Anpassung an Statusvariablen. Eine Untersuchung am ALLBUS 1986
- 89/22 Norbert Schwarz, Thomas Münkkel, Hans-J. Hippler
What determines a "Perspective"? Contrast Effects as a Function of the Dimension Tapped by Preceding Questions
- 89/23 Norbert Schwarz, Andreas Bayer
Variationen der Fragenreihenfolge als Instrument der Kausalitätsprüfung: Eine Untersuchung zur Neutralisationstheorie devianten Verhaltens
- 90/01 Norbert Schwarz, Andreas Bayer
Assimilation and Contrast Effects in Part-Whole Question Sequences: A Conversational Logic Analysis
- 90/02 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Hans-J. Hippler, George Bishop
The Impact of Administration Mode on Response Effects in Survey Measurement
- 90/03 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Gerd Böhner
Mood and Persuasion: Affective States Influence the Processing of Persuasive Communications
- 90/04 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS-Bibliographie 90
- 90/05 Norbert Schwarz, Fritz Strack
Context Effects in Attitude Surveys: Applying Cognitive Theory to Social Research
- 90/06 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Fritz Strack, Gisela Klumpp, Annette Simons
Ease of Retrieval as Information: Another Look at the Availability Heuristic
- 90/07 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Hans-J. Hippler
Kognitionspsychologie und Umfrageforschung: Themen und Befunde eines interdisziplinären Forschungsgebietes
- 90/08 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler
Response Alternatives: The Impact of their Choice and Presentation Order

- 90/09 Achim Koch
Externe Vergleichsdaten zum ALLBUS 1984, 1986, 1988
- 90/10 Norbert Schwarz, Bärbel Knäuper, Hans-J. Hippler, Elisabeth Noelle-Neumann, Leslie Clark
Rating Scales: Numeric Values May Change the Meaning of Scale Labels
- 91/01 Denis J. Hilton
Conversational Inference and Rational Judgment
- 91/02 Denis J. Hilton
A Conversational Model of Causal Explanation
- 91/03 Mood Effects on Interpersonal Preferences: Evidence for Motivated Processing Strategies
- 91/04 Joseph P. Forgas
Affective Influences on Interpersonal Perception
- 91/05 Norbert Schwarz, Herbert Bless
Constructing Reality and Its Alternatives: An Inclusion/Exclusion Model of Assimilation and Contrast Effects in Social Judgment
- 91/06 Herbert Bless, Roland F. Fellhauer, Gerd Bohner, Norbert Schwarz
Need for Cognition: Eine Skala zur Erfassung von Engagement und Freude bei Denkaufgaben
- 91/07 Norbert Schwarz, Bärbel Knäuper, E. Tory Higgins
Der Einfluß von Rangordnungsaufgaben auf nachfolgende Denkprozesse: Zur Aktivierung prozeduraler Sets
- 91/08 Bettina Scheuring, Norbert Schwarz
Selbstberichtete Verhaltens- und Symptommhäufigkeiten: Was Befragte aus Antwortvorgaben des Fragebogens lernen
- 91/09 Norbert Schwarz, Herbert Bless
Scandals and the Public's Trust in Politicians: Assimilation and Contrast Effects
- 91/10 Rolf Porst
Ausfälle und Verweigerungen bei einer telefonischen Befragung
- 91/11 Uwe Blien, Heike Wirth, Michael Müller
Identification risk for microdata stemming from official statistics
- 91/12 Petra Beckmann
Methodological Report ISSP 1989
- 91/13 Martina Wasmer, Achim Koch, Michael Wiedenbeck
Methodenbericht zur "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1990
- 91/14 Uwe Blien, Oded Löwenbein
Einkommensanalysen auf der Grundlage amtlicher Daten und Umfragedaten: Ergebnisse zur betrieblichen Seniorität und Arbeitslosigkeit
- 91/15 Petra Beckmann, Peter Mohler, Rolf Uher
ISSP Basic Information on the ISSP Data Collection 1985 -1994
- 91/16 Norbert Schwarz
In welcher Reihenfolge fragen? Kontexteffekte in standardisierten Befragungen
- 91/17 Ellen D. Riggle, Victor C. Ottati, Robert S. Wyer, Jr., James Kuklinski, Norbert Schwarz
Bases of Political Judgments: The Role of Stereotypic and Non-stereotypic Information

- 91/18 Dagmar Krebs
Was ist sozial erwünscht? Der Grad sozialer Erwünschtheit von Einstellungselementen
- 91/19 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS-Bibliographie
- 91/20 Michael Schneid
Einsatz computergestützter Befragungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland
- 91/21 Rolf Porst, Michael Schneid
Software-Anforderungen an computergestützte Befragungssysteme
- 91/22 Ulrich Mueller
The Reproductive Success of the Elites in Germany, Great Britain, Japan and the USA during the 19th and 20th Century
- 92/01 P.H. Hartmann, B. Schimpl-Neimanns
Zur Repräsentativität sozio-demographischer Merkmale des ALLBUS - multivariate Analysen zum Mittelschichtbias der Umfrageforschung
- 92/02 Gerd Bohner, Kimberly Crow, Hans-Peter Erb, Norbert Schwarz
Affect and Persuasion: Mood Effects on the Processing of Message Content and Context Cues and on Subsequent Behavior
- 92/03 Herbert Bless, Gerd Bohner, Traudel Hild, Norbert Schwarz
Asking Difficult Questions: Task Complexity Increases the Impact of Response Alternatives
- 92/04 Wolfgang Bandilla, Siegfried Gabler, Michael Wiedenbeck
Methodenbericht zum DFG-Projekt ALLBUS Baseline-Studie
- 92/05 Frank Faulbaum
Von der Variablenanalyse zur Evaluation von Handlungs- und Prozeßzusammenhängen
- 92/06 Ingwer Borg
Überlegungen und Untersuchungen zur Messung der subjektiven Unsicherheit der Arbeitsstelle
- 92/07 Ingwer Borg, Michael Braun
Arbeitsethik und Arbeitsinvolvement als Moderatoren der psychologischen Auswirkungen von Arbeitsunsicherheit
- 92/08 Eleanor Singer, Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz
Confidentiality Assurances in Surveys: Reassurance or Threat?
- 92/09 Herbert Bless, Diane M. Mackie, Norbert Schwarz
Mood Effects on Attitude Judgments: The Independent Effects of Mood before and after Message Elaboration
- 92/10 Ulrich Mueller, Carola Schmid
Ehehäufigkeit und Fruchtbarkeit weiblicher Mitglieder der deutschen Elite
- 92/11 Herbert Bless, Fritz Strack, Norbert Schwarz
The Informative Functions of Research Procedures: Bias and the Logic of Conversation
- 92/12 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Michaela Wänke
Subjective Assessment and Evaluation of Change: Lessons from Social Cognition Research
- 92/13 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler
Buffer Items: When Do They Buffer and When Don't They?

- 92/14 Hans-J. Hippler, Norbert Schwarz
The Impact of Administration Modes on Response Effects in Surveys
- 92/15 Michaela Wänke, Norbert Schwarz
Comparative Judgments: How the Direction of Comparison Determines the Answer
- 92/16 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS-Bibliographie (11. Fassung, Stand: 30.6.1992)
- 92/17 Anke Nau, Rolf Porst
Projektbericht ZUMA-Methodenpanel Teil 1: Konzeption, Vorbereitung und Durchführung
- 92/18 Michael Schneid
Handbuch ZUMA-Feldsteuerungsprogramm
- 92/19 Paul Lüttinger, Bernhard Schimpl-Neimanns
Amtliche Bildungsstatistik und empirische Sozialforschung
- 92/20 Rolf Porst, Michael Schneid
Fragebogenschreiben mit Microsoft WORD 5.0: Druckformate, Textbausteine und Makros zur effizienten Gestaltung von Fragebogen
- 92/21 Michael Braun, Jacqueline Scott, Duane F. Alwin
Economic Necessity or Self-Actualization? Attitudes toward Women's Labor-force Participation in the East and West
- 92/22 Duane F. Alwin, Michael Braun, Jacqueline Scott
The Separation of Work and the Family: Attitudes Towards Women's Labour-Force Participation in Germany, Great Britain, and the United States
- 92/23 Michaela Wänke, Norbert Schwarz, Herbert Bless
The Availability Heuristic Revisited: Experienced Ease of Retrieval in Mundane Frequency Estimates
- 93/01 Michael Braun, Carmen Eilinghoff, Siegfried Gabler, Michael Wiedenbeck
Methodenbericht zur Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1992
- 93/02 Michael Häder, Sabine Novossadeck
Einstellungsdynamik in Ostdeutschland. Auswertung von Wiederholungsuntersuchungen zur individuellen Bewältigung des sozialen Wandels
- 93/03 Norbert Schwarz
Judgment in a Social Context: Biases, Shortcomings, and the Logic of Conversation
- 93/04 Norbert Schwarz, Michaela Wänke, Herbert Bless
Subjective Assessments and Evaluations of Change: Some Lessons from Social Cognition Research
- 93/05 Norbert Schwarz
Context Effects in Attitude Measurement
- 93/06 Reiner Trometer
Die Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS
- 93/07 Carola Schmid
Der Zugang zu den Daten der Demographie
- 93/08 Michael Schneid
Fragebogenschreiben mit Word für Windows

- 93/09 Achim Koch
Die Nutzung demographischer Informationen in den Veröffentlichungen mit ALLBUS-Daten
- 93/10 Helmut Schröder
Über den Zusammenhang zwischen Aktivitäten und Zufriedenheit: "Eine kommunale Seniorenbefragung"
- 93/11 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS-Bibliographie, 12. Fassung, Stand: 30.9.93
- 93/12
- 93/13 Steven E. Finkel, Peter R. Schrott
Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990
- 93/14 Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik, Dagmar Krebs
Subjektive Statuszuweisung; Objektive Schichtmessung
- 93/15 Dagmar Krebs
Richtungseffekte von Itemformulierungen
- 93/16 Dagmar Krebs
Social Desirability: The collective conscience? Judging the degree of social desirability in attitude items
- 93/17 Bernhard Krüger, Heiner Ritter, Cornelia Züll
SPSS Einsatz auf unterschiedlichen Plattformen in einem Netzwerk: Daten und Ergebnisaustausch
- 94/01 Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, Michael Wiedenbeck
Überlegungen zu Sampling, Qualitätsprüfung und Auswertung von Daten aus Teilpopulationen
- 94/02 Michael Häder, Sabine Häder
Die Grundlagen der Delphi-Methode: - Ein Literaturbericht -
- 94/03 Sabine Häder
Auswahlverfahren bei Telefonumfragen
- 94/04 Peter Prüfer, Margrit Rexroth
Ein Verfahren zur Erfassung von Erhebungsproblemen bei Interviews der Hauptstudie
- 94/05 Michael Häder, Sabine Häder
Ergebnisse einer Experimentellen-Studie zur Delphi-Methode
- 94/06 Bernhard Schimpl-Neimanns, Heike Wirth
Bestandsaufnahme und Nutzungsmöglichkeiten amtlicher Mikrodaten der DDR für Sekundäranalysen zur Bildungs- und Einkommensungleichheit
- 94/07 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler
Subsequent Questions May Influence Answers to Preceding Questions in Mail Surveys
- 94/08 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler
The Numeric Values of Rating Scales: A Comparison of their Impact in Mail Surveys and Telephone Interviews
- 94/09 Norbert Schwarz
Cognition, Communication, and Survey Measurement: Some Implications for Contingent Valuation Surveys
- 94/10 Michael Braun, Reiner Trometer
ALLBUS Bibliographie (13. Fassung, Stand 30.8.94)

- 94/11 Achim Koch, Siegfried Gabler, Michael Braun
Konzeption und Durchführung der allgemeinen
Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
(ALLBUS) 1994
- 95/01 Michael Schneid
Fragebogenschreiben mit Microsoft Word für Windows
Version 6.0
- 95/02 Michael Schneid
Disk-By-Mail
Eine Alternative zur schriftlichen Befragung?
- 95/03 Michael Schneid
Einsatz computergestützter Befragungssysteme in
Südamerika, Nah-Ost, Asien, Afrika und Australien.
Eine Fax-Umfrage
- 95/04 Rolf Porst, Christa von Briel
Wären Sie vielleicht bereit, sich gegebenenfalls
noch einmal befragen zu lassen? Oder:
Die Gründe für die Teilnahme an Panel-Befragungen
- 95/05 Michael Häder, Sabine Häder, Andreas Ziegler
Punkt- versus Verteilungsschätzungen: Ergebnisse
eines Tests zur Validierung der Delphi-Methode
- 95/06 Achim Bühl
Das Wertewandel-Theorem Ronald Ingleharts.
Methodenausbildung anhand des ALLBUS
- 95/07 Chr. Michael Dunke
Regionale Unterschiede von Medienverbreitung und Mediennutzung.
Ausgewählte Ergebnisse der MEDIA-ANALYSE '94 im
Regierungsbezirk Stuttgart
- 96/01 Peter R. Schrott, Michael F. Meffert
How to Test 'Real' Campaign Effects:
Linking Survey Data to Content Analytical Data
- 96/02 Michael Häder
Zur Evaluation der Delphi-Technik
Eine Ergebnisübersicht
- 96/03 Janet Harkness
ISSP 1993 - Environment
ZUMA-Report on the German Study
- 96/04 Georgios Papastefanou
Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik -
Forschungspotentiale zur Untersuchung des Wandels der
Lebensführung in den neuen Bundesländern
- 96/05 Peter Prüfer, Margrit Rexroth
Verfahren zur Evaluation von Survey-Fragen:
Ein Überblick
- 96/06 Michael Häder/Sabine Häder/Kerstin Hollerbach
Methodenbericht zur Untersuchung
„Leben Ostdeutschland 1996“

- 96/07 Rolf Porst
Aufschöpfung bei Sozialwissenschaftlichen Umfragen
Die Sicht der Institute
- 96/08 Martina Wasmer, Achim Koch, Janet Harkness, Siegfried Gabler
Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungs-
umfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1996
- 96/09 Janet Harkness
Research into Environmental Attitudes and
Perceptions (REAP) 1993/1994
ZUMA Report on the German Implementation of the Survey
- 96/10 Janet Harkness
ISSP 1995. National Identity
ZUMA Report on the German Study
- 97/01 Michael Schneid
Einsatz computergestützter Befragungssysteme in Europa
(Eine computerisierte Fax-Umfrage)
- 97/02 Georgios Papastefanou, Osvaldo Rojas
Comparative analysis of sociodemographic effects
on subjective well-being in West Germany and in Chile
- 97/03 Karin Kurz, Michael Blohm
ALLBUS Bibliographie, 14. Fassung, Stand: Juli 1996
(Diesen Arbeitsbericht gibt es nur auf Diskette,
Anfragen bitte richten an ZUMA, Abt. ALLBUS,
oder World Wide Web)
- 97/04 Günther Schühly, Ulrich Mueller
Secularization in Eastern and Western Europe
Results from the ISSP 1991 Survey on Religion
in 10 West and East European Nations